G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Bernd Greiner
Kräfteverschiebung in der amerikanischen Politik

Bartjes/Krysmanski/Wiengarn
Militarisierung der Umwelt

Bernd Moldenhauer
Fetisch Produktivkraft?
Ökologie und Ökonomie

Jan Priewe
Strategien gegen Arbeitslosigkeit

Colin S. Grey und Keith Payne
„Sieg ist möglich"
Eine amerikanische Einladung zum Atomkrieg

Walter Boehlich
Mit Glanz und Gloria . . .

Sondermemorandum:
Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme

12 '80

Dezember 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abbonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1980

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1409

KOMMENTARE UND BERICHTE

Dort draußen geht es um Leben und Tod ...
Anmerkungen zur Regierungserklärung
vom 24. November 1980 ..... *Karl D. Bredthauer* 1412

El Salvador ..... *Dorothee Sölle* 1416

Erste bundesweite Friedenswoche ..... *Karl-Klaus Rabe* 1419

Der Widerstand gegen die Atompolitik der USA in Westeuropa
Internationales Forum in Amsterdam
am 22. und 23. November 1980 ..... *Meindert J. F. Stelling und Bischof H. Ernst* 1421

HAUPTAUFSÄTZE

Die Kräfteverschiebung in der amerikanischen Politik ..... *Bernd Greiner* 1426

Militarisierung der Umwelt
Ökologische, raum- und kommunalpolitische Folgen der
Aufrüstung in der Bundesrepublik ..... *Stephan Bartjes, Renate Krysmanski und Rudi Wiengarn* 1444

Fetisch Produktivkraft?
Ökologie und Ökonomie ..... *Bernd Moldenhauer* 1460

Strategien gegen Arbeitslosigkeit
Zum Scheitern sozialliberaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
Alternativen für die 80er Jahre ..... *Jan Priewe* 1473

Die chilenische Intelligenz
unter der Diktatur ..... *Alexander Wittkowsky und Wolfgang Schmitz* 1489

Mit Glanz und Gloria ...
Die Bundeswehr im fünfundzwanzigsten Jahr ..... *Walter Boehlich* 1498

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

„Sieg ist möglich"
Eine amerikanische Einladung zum Atomkrieg
(„Foreign Policy") ..... *Colin S. Grey und Keith Payne* 1502

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD
im 3. Vierteljahr 1980
(Wirschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1510

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung des Krefelder Forums vom 15./16. November 1980: „Der Atomtod bedroht uns alle" (Wortlaut) 1513

Sondermemorandum: „Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme. Gefahren der Austeritätspolitik und Alternativen zur Bekämpfung von Rezession und steigender Arbeitslosigkeit" (Wortlaut) 1514

JAHRESREGISTER I-XIV

Dort draußen geht es um Leben und Tod...

Anmerkungen zur Regierungserklärung vom 24. November 1980

„Dort draußen geht es um Leben und Tod, hier geht es um Einkommen und Auskommen." – Dieser Satz, vor allem sein zweiter Teil, trifft genau den Grundton, auf den Bundeskanzler Helmut Schmidt die Regierungserklärung der erneuerten SPD/FDP-Koalition insgesamt eingestimmt hatte. Vordergründig klingt das, unsensibel und anachronistisch genug, nach der wohlig-gruseligen Selbstzufriedenheit, mit der Goethe seine Spießbürger auf dem Osterspaziergang die Völker „hinten, weit in der Türkei" aufeinander schlagen ließ. Ein solcher Zungenschlag wäre schon infam genug, aber es ist viel schlimmer. Denn die Insel der Seligen selbst, als die Schmidts biedermeierliche Spruchweisheit diese Bundesrepublik erscheinen lassen möchte, ist ja durch und durch unterminiert, ein atomares Sprengstofflager ohne Beispiel in der Welt, das – so gern wir es verdrängen möchten – noch jederzeit in die Luft fliegen und uns alle auslöschen, aber auch die „dort draußen" mit hineinziehen könnte in einen neuen Holocaust. Überhaupt: Dort draußen? „Hinten, weit in der Türkei"? Ist die Bundesrepublik nicht schon heute in vielfältiger Weise aktiv daran beteiligt – siehe gerade die Türkei! –, zumindest mitverantwortlich dafür, wenn es „dort draußen" um Leben und Tod geht? Im südlichen Afrika beispielsweise oder in Mittel- und Südamerika? Wenn die große Mehrzahl der Völker der Dritten Welt im Elend lebt, während auch die Bundesrepublik die Milliardensummen immer noch weiter hochtreibt, die für den Rüstungswahn vergeudet werden?

Diese Regierungserklärung vom 24. November 1980 ist miserabel, so schlecht, wie keine andere, die seit 1969 vorgelegt wurde. Sie liest sich wie die definitive Abdankungsurkunde jeglicher sozialliberaler Reformambition. „Es ist ein weiter Weg, Herr Kollege Wehner, vom einstigen Kampfruf des Jahre 1969 ‚Mehr Demokratie wagen'... bis zu diesen 110 Minuten ...", konnte der CDU-Vorsitzende die Regierungserklärung quittieren. Ein groteskes Bild, wie eine Breughelsche Illustration zum Sprichwort vom Einäugigen, der unter Blinden König ist: So schwach und perspektivlos ist diese Regierungserklärung, daß ein politischer Kopf vom Format Helmut Kohl den Versuch wagen kann, sich als Mann der Offenheit für die Zukunft, des langen, historischen Atems, der Sensibilität für neue Fragen und Bedürfnisse, ja fast als Anwalt der Jugend, des Veränderungswillens, der Alternativbewegung, auch der enttäuschten Sozialdemokraten und Liberalen in Szene zu setzen, ohne damit allseits homerisches Gelächter zu ernten.

Was Schmidt da unter dem Motto „Mut zur Zukunft" vorgetragen hat, hat keinerlei erkennbares Konzept für eine weniger unfriedliche, für eine demokratischere und menschenwürdigere Zukunft anzubieten, als Surrogat stattdessen der Öffentlichkeit den Eindruck ambitionsloser, aber solider Verwaltung des Status quo zu vermitteln versucht, während doch in der Praxis der Abmarsch in den Rüstungs- und Sozialabbau-Staat längst begonnen hat. Es ist Täuschung, wenn die Regierungserklärung den Eindruck erweckt – wohl auch erwecken soll, weil die Verfasser sich eine narkotisierende Wirkung

davon versprechen –, als werde in Bonn nun im Grunde alles den gewohnten Gang weitergehen. Das Koalitionsprogramm und die ihm zugrundeliegenden Orientierungen und Prioritäten laufen in Wirklichkeit auf tiefe, schmerzhafte Eingriffe in das tägliche Leben der Bevölkerung hinaus. (Vgl. dazu das „Sondermemorandum" im Dokumentarteil) Schmidt hat in dieser Hinsicht mehr verschwiegen als ausgesprochen, auf das stillschweigende Einverständnis der Wissenden in allen Wirtschafts- und Parteispitzen setzend. Wurde mehr von ihm erwartet?

„Der Kanzler müßte in seiner Regierungserklärung ungleich dramatischer als schon vor vier Jahren den Imperativ verkünden, daß einerseits die fortdauernde Abflachung des wirtschaftlichen Wachstums keine zusätzlichen Leistungen des Staates im Inneren mehr ermöglicht; daß andererseits eine weitere Mehrung des deutschen Wohlstandes wegen der unabweisbaren Bonner außenpolitischen Verpflichtungen nicht mehr vertretbar ist." – „Jetzt, nach der Wahl" sei „in der Tat eine große nationale Debatte fällig, die Aufschluß darüber gibt, ob wir über unsere Verhältnisse leben . . ." – „Wie noch nie zuvor (sei) ein Umdenken, ein tiefgreifender Wandel der Mentalität erforderlich." Denn: „. . . Die Außenpolitik ist sprunghaft teuerer geworden. Der deutsche Tresor ist der größte der Welt . . . In der Sicherheitspolitik hat sich Bonn nicht nur zur alljährlichen Aufstockung des Verteidigungsetats um 3 % und zur vollständigen Modernisierung seiner Rüstung verpflichtet. Es muß auch gewärtigen, einen Teil der finanziellen Bürde der amerikanischen strategischen Eingreifreserve für die Golfregion übernehmen zu müssen . . . Dazu kommen die Hilfe für die geostrategisch unverzichtbare Türkei" und „größere Entwicklungshilfe" für „blockfreie Staaten in Krisenregionen", „. . . damit sie der Kooperationsbereitschaft mit dem Westen den Vorzug geben vor einer Anlehnung an die Sowjetunion." Das Resümee des hier in seinem ganzen Widerspruch – „wir haben den größten Tresor . . ."; was folgt daraus? Gürtel enger schnallen . . . – zitierten publizistischen Regierungsberaters lautet: „Remedur kann nur in der Innenarchitektur der Bundesrepublik geschaffen werden." Denn: „An dieser Grundstruktur der Bonner Außen- und Sicherheitspolitik läßt sich nicht rütteln." Der dies alles am 10. Oktober 1980 in der Hamburger „Zeit" so offen zu Protokoll gegeben hat, heißt Kurt Becker und ist mittlerweile zum Bonner Regierungssprecher avanciert. . .

Zufrieden ist niemand mit dieser Regierungserklärung. Die Gründe sind so unterschiedlich wie der Grad der Betroffenheit. Die Wähler und die „kleinen" Mitglieder der Regierungsparteien fragen sich, was daran „sozial" sein solle, – oder „liberal" im politisch-emanzipatorischen Verständnis des Wortes, wenn man nicht den CDU-Säulenheiligen Ludwig Erhard und auch nicht den Grafen Lambsdorff, der sich neuerdings als „Erhard der 80er Jahre" feiern läßt, als Verkörperung von Liberalität zu akzeptieren bereit ist. Die Verbände und Zeitungen von Industrie und Finanz, im Prinzip durchaus guten Mutes, hätten gerne manches schon in der Regierungserklärung offen ausgesprochen gehört, was der Kanzler, der andere taktische Rücksichten zu nehmen hat, dort durch beredtes Schweigen oder gefällige Leerformeln umschrieb. Für die Betroffenen ist es allerdings wenig tröstlich, wenn die Regierung das, was sie bereits tut, noch nicht offen auf den Begriff zu bringen wagt.

Vollends vernichtend fällt das Urteil über die Regierungserklärung aus, wenn man sie daraufhin abklopft, ob irgendwo die Prüfsteine, Fragen, Forderungen und Alternativen der „Basis", der vielstimmigen demokratischen Bewegung, die sich ja auch in diesem Land regt, aufgegriffen, erörtert, ja auch nur begriffen oder wenigstens wahrgenommen werden. Wo immer man nachschlägt, Fehlanzeige.

Wer gehofft haben sollte, durch die Wahlentscheidung am 5. Oktober Friedensgefährdung, Rechtstrend, Sozial- und Demokratieabbau schon gestoppt zu haben, sieht sich getäuscht. Es ist eine lange Liste Punkt für Punkt wichtiger Fragen, auf die die Regierungserklärung keine Antwort, oder die alten, falschen Antworten gibt. Hier nur einige davon:

– Der Frieden ist in Gefahr. Selten zuvor haben in der Bundesrepublik so breite Bevölkerungskreise diese Gefahr gespürt und – in Meinungsumfragen und Wahlen, in Gewerkschaftsresolutionen, kirchlichen Friedensappellen und Bürgerinitiativen – auf Abkehr von einer Politik am Rande des Kriegsrisikos gedrängt. Denn: „Der Atomtod bedroht uns alle."*)

Die Regierungserklärung aber läßt jede auch nur ansatzweise Bereitschaft vermissen, überholte Vorstellungen einer auf Wettrüsten und Block-gegen-Block-Mentalität beruhenden „Sicherheits"-Politik, die heute zu einer der Hauptquellen unserer Unsicherheit geworden ist, selbstkritisch zu überprüfen.

– Zu dem fatalen „Nachrüstungs"-Beschluß der NATO, von dem Niederländer, Belgier und Briten immer deutlicher abrücken, ist Schmidt in seiner Regierungserklärung folgendes eingefallen: „Wir begrüßen es, daß am 17. Oktober dieses Jahres Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über nukleare Mittelstreckenwaffen eröffnet worden sind. Unser Bündnis hat für diese Gespräche mit seinem Doppelbeschluß vom Dezember des vorigen Jahres die Voraussetzungen geschaffen." – Klingt das nicht etwa so, als ob jemand sich vor ein brennendes Haus hinstellen und erklären wollte: Wir begrüßen es, daß die Löscharbeiten begonnen haben. Unsere Brandstiftung hat dafür die Voraussetzungen geschaffen . . .?

*) Vgl. die gleichnamige Erklärung des Krefelder Forums vom 15./16. November 1980 im Dokumententeil dieses Heftes.

– Obwohl immer deutlicher wird, daß wir alle uns zu Tode rüsten könnten, daß das Wettrüsten sich zu einem verheerenden Krankheitsherd ausgewachsen hat, an dem schon heute in der Dritten Welt viele Millionen Hungers sterben und allenthalben dringlichste soziale Reformen scheitern, hält die Regierungserklärung – im Unterschied zu verbündeten Staaten wie Belgien oder Dänemark – stur an der Aufrüstungsautomatik, an der die Entspannung unterminierenden 3%-Mehrrüstungs-Vorgabe der NATO fest. Und die flankierende innergesellschaftliche Militarisierung wird, wie im Fall der demonstrativen öffentlichen Vereidigungen, ungeachtet breitester Proteste ausdrücklich gegen alle Kritik in Schutz genommen.

– Die vergangenen 12 Monate haben sehr vielen Bundesbürgern die Augen dafür geöffnet, welch zweifelhafte „Sicherheit" die einseitige Bindung an die sogenannte „Schutzmacht" USA unserem Land verschafft; daß uns im Ernstfall die Rolle einer Geisel Amerikas, des „unsinkbaren" Atomraketenträgers und letztenendes des Schlachtfeldes droht, während die USA gerade mit dem „Nachrüstungs"-Beschluß und der neuen Atomstrategie ihre Sicherheit von unserer „abgekoppelt" haben.

Die Regierungserklärung erlaubt sich in dieser Situation die Beschwörung einer Bilderbuch-Partnerschaft mit den USA. Und eine Art Ergebenheitsadresse an den neuen Präsidenten Reagan, dessen bisherige Äußerungen nicht gerade den Eindruck vermittelten, ihm nach dem Munde zu reden, stärke den Frieden und diene den Interessen – nicht nur der Europäer – an Entspannung.

– In der Regierungserklärung wird nur noch sehr sparsam von Entspannung gesprochen, dafür um so mehr von „Gleichgewicht". Dies Schmidt'sche Gleichgewicht ist jedoch eine sehr einseitige, blockpolitische Angelegenheit, ganz im Widerspruch zu der Politik des „Aus-

gleichs" und der Partnerschaft über die Systemgrenzen hinweg, die an anderer Stelle, wenn es besser in den Kram paßt, propagiert wird! Ausgleich?! „Wir können uns sicher fühlen, weil die Atlantische Allianz das Gleichgewicht wahrt, zu dem wir unser volles politisches und militärisches Gleichgewicht in die Waagschale des Westens gelegt haben", heißt es in der Regierungserklärung. Selbst die EG wird ganz offen auf strategisches NATO-Maß definiert: Sie sei „unverzichtbare Grundlage für Frieden, für Freiheit (!) . . ." usw. Und: „Auch sie dient dem Gleichgewicht."

Hier wird die NATO, und ihr zugerechnet die EG, sowie die weitere USA-Fixierung der Bundesrepublik ausgerechnet in einem Augenblick als Gleichgewichts-Garantie gerühmt, wo die USA erklärtermaßen das bestehende Gleichgewicht sprengen und für sich einseitige Überlegenheit zurückerobern wollen. Hierzu findet Schmidt kein Wort der Kritik, wohl aber Lob für China – und völlige Ignoranz gegenüber der Sowjetunion auf der anderen Seite, die unter den gegenwärtigen Bedingungen ja gleich drei potentiellen Gegnern das „Gleichgewicht" halten und angesichts deren zunehmenden Zusammenspiels nach der Gleichgewichtslogik eigentlich so stark gerüstet sein müßte wie USA, China/Japan und Westeuropa zusammengerechnet, tatsächlich jedoch gerade knapp die Parität mit den USA alleine hält. Wer rüstet da „über jedes vertretbare Verteidigungsbedürfnis" hinaus auf?!

– Auch gegenüber der DDR ist die Regierungserklärung von schwer erträglicher Selbstgerechtigkeit geprägt. Honeckers Geraer Hinweis, daß von der DDR nicht unbegrenzt erwartet werden könne, über die Normalisierungsrückstände im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten und besonders über kräftig fortlebende Relikte der vor dem Grundlagenvertrag BRD-DDR herrschenden Alleinvertretungsanmaßung Bonns hinwegzusehen, wird rundum in den Wind geschlagen. Die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und der Austausch von Botschaftern, wie zwischen allen Staaten üblich und verbesserten Beziehungen zweifellos dienlich, bleibt für die Regierungserklärung tabu. Stattdessen Vergangenheitsbeschwörung, die rückwärtsgewandte Fiktion von einer politisch fortlebenden „Einheit der deutschen Nation".

– Für die innere Entwicklung der Bundesrepublik trifft die schon zitierte Feststellung zu: von „mehr Demokratie wagen" kann keine Rede sein. Die Montanmitbestimmung droht einem faulen Kompromiß zum Opfer zu fallen, die Arbeitslosigkeit bleibt . . . Und die Berufsverbote sollen bleiben. (Zur Beruhigung der Kritiker heißt es, man werde „nach Möglichkeiten suchen", wie „die Anforderungen nach den unterschiedlichen Funktionen differenziert werden" könnten.)

– Was als „Sparprogramm" oder „Haushaltskonsolidierung" ausgegeben wird – detailliert dazu das „Sondermemorandum" in diesem Heft –, erweist sich angesichts der Festschreibung jährlicher Rüstungsmehrausgaben und gewachsener weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Ambitionen als großangelegte Umschichtung, als Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der breiten Bevölkerung, nicht – wie man dem „Mann auf der Straße" weismachen will – als hausväterliche Sparsamkeit!

– Für das reduzierte Reformverständnis, das nach alledem übrigbleibt, sind „Reformerfolge" wie der folgende exemplarisch: „Die sozialliberale Koalition hat den Sperriegel des bundesweiten Numerus clausus aufgebrochen." . . . Reform als Reparatur zuvor selbst geschaffener Mißstände, ganz nach dem außenpolitischen Musterbeispiel des NATO-Beschlusses, der nach amtlicher Lesart zu dem Zweck gefaßt wurde, Verhandlungen über seine Aufhebung möglich zu machen! Solcherart „Fortschritte" lassen sich möglicherweise noch mehr organisieren.

Es wird immer deutlicher, daß es in allen entscheidenden Fragen keine Alternative mehr zwischen den derzeitigen Regierungs- und Oppositionsparteien in Bonn gibt. In den Kulissen wird bereits offen die Große Koalition ventiliert. Der praktische Übergang wäre nur noch ein kleiner Schritt. Figuren wie die neuen Regierungssprecher Becker und Ruehl wirken wie eine Illustration dieser weiteren Öffnung nach rechts. Eine „Rettung der Montanmitbestimmung" durch Einbeziehung der CDU könnte für die SPD das soziale Feigenblatt abgeben, wenn der Übergang zur Großen Koalition Praxis werden sollte.

Eliminierung aller Reste von Alternativen in Bonn – um so wichtiger werden die Alternativen der demokratischen Bewegung, aller dem Macht- und Integrationsanspruch des herrschenden Allparteienblocks entgegenstehenden Kräfte in ihrer Gesamtheit. Niemand, bestimmt nicht die Regierung, wird ihren Interessen und Alternativvorstellungen Rechnung tragen, wenn sie sich nicht auf ihre eigenen Kräfte verlassen. Die Feststellung, daß diese heute zerstreut, aufgesplittert und entsprechend schwach sind, ersetzt keine Politik; sie verdeutlicht, worauf die Anstrengungen jetzt konzentriert werden müssen.

Karl D. Bredthauer

El Salvador

Die Massenmorde in El Salvador gehen weiter. Auf den Widerstand des Volkes gegen die Terroristen an der Spitze, die militärisch und wirtschaftlich von den USA gestützt werden, folgt in der Logik des Imperialismus, der es sich nicht leisten kann, „nach Nicaragua auch noch El Salvador zu verlieren", die Vietnamisierung des Landes: Vertreibung der Bevölkerung, Flächenbombardement, Beseitigung der Opposition, Terror gegen jeden, der auch nur die Namen der Getöteten nicht verschweigt.

Dies alles in einem katholischen Land, dessen Christen mehrheitlich Partei ergriffen haben für das Volk und seine Rechte. Kirchen sind dann nicht mehr Orte feierlicher Sakralität, die von den Kämpfenden geschont oder vermieden würden, sie werden wieder Versammlungsorte des Volkes, in denen der Kampf stattfindet: die Namen der Verschwundenen werden dort laut genannt zusammen mit dem vorgelesenen Evangelium, in den Kathedralen suchen Menschen Zuflucht vor Verfolgung, eine Freistatt, in der Polizei und Militär keine Hoheit haben. Kirchenbesetzungen sind neben Streiks die wichtigsten Kampfmittel der Nicht-Kombattanten. Damit wird der Raum der Kathedrale zunehmend der Ort von Bluttaten, Mord in der Kathedrale nichts ungewöhnliches mehr. Der Sprengstoffanschlag bei der Aufbahrung der ermordeten Oppositionsführer drückt das sinnfällig aus. Die Terrororganisationen kündigen „weitere Jagd auf Kommunisten an, worunter auch Jesuiten und andere christomarxistische Priester zu verstehen sind".

Warum wird die Kirche in El Salvador verfolgt? Monsignore Romero, Erzbischof von San Salvador, schrieb einige Monate vor seiner Ermordung: „Wir müssen die Kirche der Armen sein und ihnen so treu dienen, wie man Christus dienen soll, und zwar zunächst, indem wir ihnen ihre Würde bewußt machen, damit sie durch denselben Christus eines Tages Nutzen ziehen können aus der wahren Befreiung." Die Würde der Unterdrückten ist der Kampf, das Nicht-mehr-alles-mit-sich-machen-lassen. Die Kirche wird verfolgt, weil sie sich immer eindeutiger auf die Seite des Volkes gestellt hat. Sie wird nicht an der Ausführung bestimmter kultischer Zeremonielle gehindert, aber an der Verkündigung des Evangeliums, nämlich daß Gott die Partei der Armen

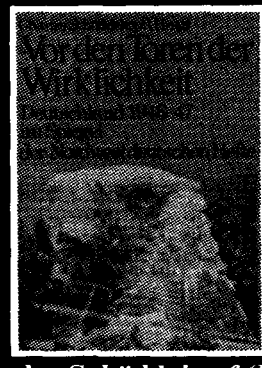
ergriffen hat. In El Salvador ist aus einem Verein zur Pflege religiösen Brauchtums immer mehr die Kirche Jesu Christi geworden, die Anteil hat am Widerstand.

Es ist Christus, der in El Salvador gefoltert wird, es sind seine Freunde, die verschleppt werden, es ist sein Haus, das zerbombt wird. Man stelle sich nur einen Augenblick vor, eine blutige Verfolgung solchen Ausmaßes geschähe in einem Land des Ostblocks. Die bürgerliche Presse machte dann auf fromm, ihre Schreiber wären in ihren tiefsten Gefühlen verletzt, das Gotteshaus würde „heilig" genannt werden, die verfolgten Priester „Märtyrer", die Verfolger hießen der Antichrist. All dies geschieht hier nicht, weil der Kampf hier nicht um Privilegien der Kirche geht, die sie im Rahmen bestehender Ungerechtigkeit zu erhalten trachtet, sondern um die Würde der Armen.

Die offizielle Propaganda der Regierenden in El Salvador behauptet, es handle sich bei den Kämpfen zwischen dem Volk und seinen Mördern um „Auseinandersetzungen zwischen extremen rechten und linken Gruppen", Militär und Regierung ständen „in der Mitte" und versuchten, Ordnung zu schaffen. Genau diese Rolle ist auch für die Kirche vorgesehen und wird hierzulande kirchlich propagiert. Als Kardinal Höffner um Solidarität mit den Christen in El Salvador gebeten wurde, hat er erklärt, seine „Nachforschungen, ob zahlreiche Katholiken in Gottesdiensten umgebracht worden seien, führten zu dem Ergebnis, daß diese Gerüchte sich nicht beweisen lassen." Wie auch wäre das möglich unter den Bedingungen des brutalsten Terrors?! So findet alles das nicht statt, was dem Martyrium angemessen wäre: der Aufschrei der zivilisierten Welt, das Gebet für die Opfer (das für die amerikanischen Geiseln im Iran so reichlich zum Himmel stieg). Der Protest gegenüber dem Genozid und die Solidarisierung mit den Unterdrückten fehlt. Der Papst hat es voriges Jahr fertig gebracht, nach Lateinamerika

Gerda Zorn
Nach Ostland geht unser Ritt
Deutsche Eroberungspolitik
zwischen Germanisierung und
Völkermord
Mit einem Vorwort von
Herbert Wehner
192 Seiten, 6 Karten. 20,– DM

Eugen Prager
Das Gebot der Stunde
Geschichte der USPD
Mit einem Vorwort von
Ossip K. Flechtheim
231 Seiten. 22,– DM



Charles Schüddekopf (Hg.)
Vor den Toren der Wirklichkeit
Deutschland 1946-47 im
Spiegel der Nordwestdeutschen Hefte
385 Seiten. 22,– DM

Verlag
J.H.W. Dietz Nachf.

zu reisen, ohne ein Wort für die zu Tode gefolterten Priester und Nonnen, Arbeiter und Jugendlichen zu finden. Und Roger Vekemans, S. J., führender lateinamerikanischer Antikommunist, hat sich nicht entblödet, das Wort Martyrium einer neuen Begriffsbestimmung zu unterziehen, die nicht bei den Gläubigen und ihrem Selbstverständnis ansetzt, sondern bei den Folterern. Er unterscheidet zwischen denen, die durch Nichtchristen und denen, die durch Christen getötet werden; bei den letzteren handle es sich nur um „menschliche Bosheit", bei den ersteren aber um Glaubenshaß und ein luziferisches System („Publik-Forum", Nr. 17/1980, S. 9). So wird den Toten noch der Tod genommen und denen, die ihr Leben geben, die Wahrheit ihrer Hingabe. Man kann es nicht oft genug wiederholen: es gibt eine Kirche von oben und es gibt eine Kirche von unten, sie unterscheiden sich durch die Bündnisse, die sie eingehen.

Am Karfreitag dieses Jahres stand ich mit einer Gruppe von Christen, darunter viele lateinamerikanische Flüchtlinge, vor dem Weißen Haus in Washington. Wir wollten an die Ermordung von Erzbischof Romero erinnern und hatten ein altes Mittel der Volksfrömmigkeit für uns wiederentdeckt: die Betrachtung der Leidensstationen Christi. Wir trugen Papptafeln mit den Namen der Stationen des Kreuzwegs: Er wird gefangen genommen. Er wird verhört. Er wird gefoltert. Er bricht zum erstenmal unter dem Kreuz zusammen. Diese Stationen wurden durch Bilder aus dem Alltag in El Salvador erläutert: Bauern werden mit vorgehaltener Pistole in einen Jeep gezwungen und abtransportiert. Man findet eine Leiche von Kugeln durchsiebt neben der Landstraße. Aus Hubschraubern wird auf die flüchtende Bevölkerung geschossen. Panzer machen die Dörfer dem Erdboden gleich. Abgeschnittene Glieder, ausgestochene Augen, verbrannte Haut. Wir haben diese Bilddarstellungen in ihren ökonomischen und politischen Zusammenhängen erklärt. Wir haben Anfragen an die US-Behörden gerichtet, so wie wir hierzulande Anfragen an Bonn richten, ob der zugesagte Kredit von 22,5 Mio. DM an die Junta ausgezahlt wird nach dem, was in diesen Tagen geschehen ist. Zwischen den einzelnen Stationen haben wir gebetet: für die Gefolterten, für die Verschwundenen (ca. 3000 Menschen in diesem Jahr) und für die Ermordeten, deren Zahl auf 10–12000 geschätzt wird.

Der Massenmord geht weiter. Es ist nicht christliche Arroganz, wenn wir sagen: es ist Christus, der in El Salvador gefoltert wird. Es ist ein einfacher Ausdruck des Glaubens. Aber so wie Er damals „Gotteslästerer" hieß, weil er mit dem Gott der Herrschenden gebrochen hatte, so nennen sie ihn heute „Kommunist", weil er mit dem Gott des internationalen Kapitals gebrochen hat. Die spirituelle Seite des Kampfes ist nicht nebensächlich (das wäre westeuropäisch-aufklärerische Arroganz), weil die Befreiungskämpfe aus dem Geist der jüdischen Propheten und der Parteinahme Jesu für die Rechtlosen leben.

Ich habe keine politische Analyse des Widerstands, die zu Hoffnungen berechtigt. Wir müssen mit dem Schlimmsten rechnen, für eine Zeit. Aber aus der Tradition, auf die sich die in El Salvador Kämpfenden und Leidenden berufen, weiß ich: der Terror hat nicht das letzte Wort. Mit dem Tode ist nicht alles aus. Er war nicht umzubringen. „Das könnte den Herrn dieser Welt ja so passen/wenn erst nach dem Tode Gerechtigkeit kämen/erst dann die Herrschaft der Herren/erst dann die Knechtschaft der Knechte/vergessen wäre für immer." (Kurt Marti, Osterlied) Oder die Auferstehungsformel lateinamerikanischer Kämpfer: der tausendstimmige Ruf „presente". Victor Jara-presente. Salvador Allende-presente. Oscar Romero-presente. Juan Chacon, 23 Jahre, Generalsekretär des Revolutionären Volksblocks, -presente. Und viele Tausende mehr-presente.

Dorothee Sölle

Erste bundesweite Friedenswoche

In 350 Orten der Bundesrepublik und in allen Bezirken West-Berlins fanden vom 16. bis 22. November 1980 Aktivitäten im Rahmen der ersten bundesweiten Friedenswoche unter dem Motto *Frieden schaffen ohne Waffen* statt, zu der die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (West-Berlin) und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Königswinter) aufgerufen hatten. Friedenswochen wurden dabei in gut 130 Städten, Stadtteilen, Gemeinden, Kirchenkreisen und -gemeinden oder Schulen durchgeführt. Hinzu kamen noch ca. 1000 Gottesdienste zur Thematik.

Die Initiatoren der bundesweiten Friedenswoche hatten bei weitem nicht mit einer derartigen Resonanz gerechnet. Mit ihrem Aufruf wollten sie in erster Linie Leute ansprechen, die sich bislang noch nicht mit der Rüstungs- bzw. Friedensproblematik auseinandergesetzt hatten. Dies dürfte ihnen auch weitgehend gelungen sein, obwohl sich sicherlich viele beteiligt haben, die bereits in der Friedensbewegung aktiv sind. Es waren in der großen Mehrheit jedoch Gruppen und Gemeinden aus der evangelischen und katholischen Kirche, die sich für *Frieden schaffen ohne Waffen* engagiert haben. Die bundesweite Friedenswoche fand z.B. die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, der Friedensgruppen der Evangelischen Studentengemeinden, der Landesverbände Westfalen, Nordrhein und Schlewig-Holstein des Verbandes Christlicher Pfadfinder, verschiedener Kirchenkreise in West-Berlin, der Katholischen Landjugendbewegung, der Jugendsynode der Evangelischen Jugend in West-Berlin, Ortsgruppen der evangelischen und katholischen Jugend, aber auch bei kirchlichen Erwachsenen-Gruppen.

Darüber hinaus beteiligten sich u. a. zahlreiche Stadtjugendringe und der Landesjugendring Saarland, Parteien und ihre Jugendorganisationen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Frauengruppen, Dritte-Welt-Initiativen, Ortsgruppen von Amnesty International, Terre des Hommes, den Falken oder des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, DFG-VK-Gruppen und -Landesverbände, Zivildienstleistende, Ohne Rüstung leben – Gruppen, VVN-Bund der Antifaschisten und die christlichen Friedensdienste vom Versöhnungsbund über den Christlichen Friedensdienst bis hin zu Pax Christi . . . ein sehr breites Spektrum! In manchen Friedenswochen-Initiativen vor Ort arbeiteten Leute zusammen, die es zuvor noch nie getan hatten. Man erkannte: die Sache, um die es geht, ist zu wichtig, als daß hier jeder für sich sein eigenes Süppchen kochen könnte.

Erfreulich ist außerdem, welche unterschiedlichen Aktivitäten entfaltet wurden. Auf dem Programm standen nicht nur Referate von kompetenten Fachleuten oder Vorführungen von Anti-Kriegsfilmen, sondern auch Gespräche in Seniorenkreisen, Unterrichtseinheiten in der Schule, Theaterstücke, Liederabende, Kriegsspielzeug-Umtauschaktionen, selbst erstellte Ausstellungen, Begegnungen mit ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien, . . . Es wurde versucht, die ganze Spannbreite der Rüstungs- bzw. Friedensproblematik zu berücksichtigen und dabei Wege zu wählen, möglichst viele anzusprechen.

Zu den einzelnen Aktivitäten ist inhaltlich gesehen positiv zu vermerken, daß Themen wie „Rüstung und Dritte Welt" und „Aus der Geschichte lernen – Nie wieder Krieg" starke Berücksichtigung fanden. Etwas zu kurz scheinen Themen wie „NATO-Nachrüstungsbeschluß" gekommen zu sein, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß sich viele, die sich

an der Friedenswoche beteiligt haben, zwar sehr stark von der geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen betroffen fühlen und einseitige kalkulierte Abrüstungsschritte befürworten, sich jedoch noch nicht in der Lage fühlen, ihren Standpunkt argumentativ überzeugend in der Öffentlichkeit zu vertreten. Hier ist sicherlich eine stärkere inhaltliche Qualifizierung vonnöten.

Mit der Resonanz der Öffentlichkeit auf die erste bundesweite Friedenswoche darf man zufrieden sein. Die Veranstaltungen waren meist gut bis sehr gut besucht. Zu wünschen ließ die Berichterstattung der Medien, insbesondere der überregionalen Zeitungen. Die Lokalpresse und der Rundfunk reagierten recht unterschiedlich, während man fürs erste mit den Berichten in ARD und ZDF zufrieden sein kann.

Eine genaue Auswertung und damit auch Einschätzung der bundesweiten Friedenswoche kann erst geleistet werden, nachdem im Dezember und Januar neun regionale Auswertungsseminare im Bundesgebiet und in West-Berlin stattgefunden haben. Auf diesen Treffen soll überlegt werden, wie es mit der Initiative *Frieden schaffen ohne Waffen* weitergehen soll. Augenblicklich lassen sich folgende Tendenzen feststellen:

1. Die Resonanz auf die erste bundesweite Friedenswoche ist so ermutigend, daß im November 1981 eine zweite stattfinden wird, die weitaus besser vorbereitet werden kann als die diesjährige. Die Initiatoren hatten nämlich erst im Mai damit begonnen, für *Frieden schaffen ohne Waffen* zu werben und das nicht einmal sehr stark. Das wird sich ändern, genauso wie die Materialien verbessert werden, die herausgegeben wurden, um die Aktivitäten vor Ort zu unterstützen: Aktionshandbücher, Predigthilfen, Flugblätter, Plakate etc. Ferner ist geplant, daß 1981 eine regionale Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Friedenswoche angestrebt wird.

2. Die Zielgruppe der bundesweiten Friedenswoche werden wohl schwerpunktmäßig Leute im kirchlichen Bereich bleiben, die sich von der Rüstungsproblematik betroffen fühlen, sich aber bislang noch nicht engagiert haben. Die Intention wird dabei u. a. sein, auf die Institution Kirche Einfluß zu nehmen, um sie zu eindeutigen Stellungnahmen zum Rüstungswahnsinn zu bewegen. Hier gibt es hoffnungsvolle Zeichen: Im November 1979 sprach sich die Synode der Evangelischen Kirche in West-Berlin für kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte aus. Ein Jahr später entschloß sich dieselbe Synode zur Durchführung einer landeskirchlichen Friedenswoche im November 1981. Die Lippische Landeskirche führte eine solche bereits im Mai 1980 durch, während die Landeskirchen in Westfalen und Hessen-Nassau 1981 ebenfalls in dieser Form aktiv werden wollen. Auf der westfälischen Synode wurden im November 1980 darüber hinaus „entschiedene Schritte" zur Abrüstung gefordert, wobei gleichzeitig „kalkulierte Vorleistungen" befürwortet wurden.

3. Bei der zweiten bundesweiten Friedenswoche wird mit einer inhaltlichen Zuspitzung zu rechnen sein, d. h. es wird augenblicklich diskutiert, wie die Thematik der Atomwaffen, besonders der Mittelstreckenraketen mehr in den Mittelpunkt der Kampagne rücken kann. Eine derartige Zuspitzung muß dabei mit einer inhaltlichen Qualifizierung der *Frieden schaffen ohne Waffen*-Aktiven verbunden sein.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die bundesweite Friedenswoche hatte einen erfreulich guten Start. Im nächsten Jahr wird sie sicherlich noch weitaus besser laufen, weil man Erfahrungen sammeln konnte, lernt, wie man Leute besser ansprechen kann, sich mehr in die Problematik einarbeitet, sich Kenntnisse aneignet, besser argumentieren kann . . . Ein Anfang ist gemacht.

Karl-Klaus Rabe

Der Widerstand gegen die Atompolitik der USA in Westeuropa

Am 22. und 23. November 1980 fand in Amsterdam auf Einladung der niederländischen Bewegung „Stoppt die Neutronenbombe – Stoppt das atomare Wettrüsten" ein internationales Forum statt, auf dem Vertreter sowohl west- als auch osteuropäischer Länder, darunter Repräsentanten aller politischen Parteien von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten, die Frage erörterten: „Was können wir gegen das atomare Wettrüsten tun?" Im folgenden veröffentlichten wir in deutscher Übersetzung zwei Beiträge niederländischer Teilnehmer, die uns im Hinblick auf den fortgeschrittenen Stand und die Spannweite der Bewegung in den Niederlanden besonders interessant erscheinen; der eine von Bischof Ernst, dem Vorsitzenden der kirchlichen Friedensbewegung „Pax Christi" in den Niederlanden, der andere von Meindert J. F. Stelling, Hauptmann der königlich-niederländischen Luftwaffe und einer der Exponenten der – ein außergewöhnlicher Vorgang – innerhalb der Streitkräfte entstandenen Antiatombewegung. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf das Krefelder Forum vom 15./16. November 1980 „Der Atomtod bedroht uns alle", auf dem u. a. neben Generalmajor a. D. Gert Bastian auch der ehem. Chef der Königlich Niederländischen Militärakademie, General von Meyenfeldt, gesprochen hat, und dessen Schlußerklärung wir im Dokumententeil dieses Heftes veröffentlichen. D. Red.

Meindert J. F. Stelling, Hauptmann der Kgl. Niederländischen Luftwaffe: Atomwaffen und persönliche Verantwortung

Wenn wir über Atomwaffen und persönliche Verantwortung reden, so tun wir das in einer Zeit, in der wir zurückblicken können auf einen totalen Krieg, den Zweiten Weltkrieg. Während dieses Krieges begingen politische Führer und Militärs Handlungen, welche im Sinne eines öffentlichen Gewissens Verbrechen waren, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dabei haben in einigen Fällen die Urheber dieser Verbrechen in Übereinstimmung mit dem nationalen Recht gehandelt oder Befehle befolgt, die rechtlich bindend waren.

Auf den Tribunalen von Nürnberg und Tokio wurden einige dieser politischen Führer und Militärs als Verbrecher verurteilt. Das Tribunal von Nürnberg wurde eingesetzt durch das „Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse", unterzeichnet in London im August 1945, das Londoner Viermächteabkommen.

Die Vertragsparteien waren: die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die provisorische Regierung der Französischen Republik und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die Hauptprinzipien für den Prozeß und die Verurteilung der Hauptkriegsverbrechen waren niedergelegt im Statut des Internationalen Gerichtshofs. In dessen Art. 8 heißt es: „Die Tatsache, daß ein Angeklagter auf Befehl einer Regierung oder eines Vorgesetzten gehandelt hat, gilt nicht als Strafausschließungsgrund, kann aber als Strafmilderungsgrund berücksichtigt werden, wenn dies nach Ansicht des Gerichtshofes gerechtfertigt erscheint." Art. 7 besagt: „Die amtliche Stellung eines Angeklagten, sei es als Oberhaupt eines Staates oder als verantwortlicher Beamter in einer Regierungsabteilung, soll weder als Strafausschließungsgrund noch als Strafmilderungsgrund gelten."

Die gleichen Prinzipien sind im Statut des Internationalen Militärgerichtshofes für den Fernen Osten niedergelegt. 1946 beschloß die Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig die Resolution 95 (1), in welcher die völkerrechtlichen Prinzipien des Nürnberger Statuts bekräftigt wurden.

Dies verdeutlicht, daß die Völkergemeinschaft die Möglichkeit und die Idee einer totalen Unterordnung und absoluten Gehorsams von Staatsbürgern ihrer Regierung gegenüber ablehnt. Der einzelne ist verpflichtet, keine Verbrechen gegen den Frieden, keine Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen. Er ist verpflichtet, nationalen Gesetzen und Verordnungen nicht zu gehorchen, wenn ihre Befolgung zu den genannten Verbrechen führen würde.

Deshalb haben die Bürger eine Verantwortung nicht nur gegenüber ihren Regierungen, sondern auch gegenüber der Menschheit und der Menschlichkeit. Dabei gebührt der Verantwortung gegenüber der Menschheit und der Menschlichkeit der Vorrang; die Regierung muß diese Verantwortung durchsetzen.

Die Frage ist, ob die Anwendung von Atomwaffen ein Verbrechen darstellt. Um diese Frage zu beantworten, werden wir die Definitionen der vorher genannten Verbrechen anwenden, die sich durch die Anwendung des Statuts von Nürnberg ergeben.

Ein *Kriegsverbrechen* ist eine Verletzung des Kriegsrechts oder des Kriegsbrauchs. Ein Hauptprinzip des Kriegsrechts ist, daß Gewalt nur gegen bewaffnete feindliche Truppen gebraucht wird. Mit anderen Worten: Es muß Rücksicht genommen werden auf die Zivilbevölkerung. Dieses Prinzip ist niedergelegt in der Petersburger Erklärung von 1868, in der es heißt: „Das einzige legitime Ziel, welches Staaten während eines Krieges versuchen sollten zu erreichen, ist, die Militärmacht des Feindes zu schwächen.

Andere wichtige Prinzipien sind:
– unnötige, überflüssige Leiden sollten vermieden werden;
– nicht mehr Gewalt sollte gebraucht werden, als unbedingt nötig.

Diese Prinzipien sind z. B. niedergelegt in der Haager Landkriegsordnung von 1899/1907.

Diese Regelung besagt u. a.:
„Das Recht Kriegführender, Mittel zur Verletzung des Gegners anzuwenden, ist nicht unbegrenzt.
In Ergänzung zu den Verboten, die in gesonderten Konventionen ausgesprochen sind, ist insbesondere verboten:
a) Gift oder vergiftete Waffen anzuwenden;
b) Einzelpersonen, die der feindlichen Nation oder Armee angehören, auf verräterische Weise zu töten oder zu verwunden;
. . .
e) Waffen, Geschosse oder Material anzuwenden, das darauf abzielt, unnötiges Leiden zu verursachen;
. . .
Städte, Dörfer, Ansiedlungen oder Gebäude, die unverteidigt sind, anzugreifen oder zu bombardieren, ist, gleichgülltig mit welchen Mitteln, verboten."

1977 wurden diese Prinzipien im „Protokoll (Nr. 1) zur Ergänzung der Genfer Konventionen vom 12. August 1949 und betreffend den Schutz von Opfern internationaler bewaffneter Konflikte" bekräftigt.

Bereits vor dieser Bekräftigung jedoch, schon 1962, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen – auf der Basis der vorgenannten Prinzipien – die „Deklaration über das Verbot des Gebrauchs nuklearer und thermonuklearer Waffen" (Resolution 1653 (XVI)) angenommmen.

Diese Deklaration besagt:
Daran erinnernd, daß der Gebrauch von Massenzerstörungswaffen, die unnötiges menschliches Leiden verursachen, in der Vergangenheit als Verstoß gegen die Gesetze der Menschlichkeit und gegen die

Prinzipien des Völkerrechts verboten worden ist, und zwar durch internationale Deklarationen und bindende Übereinkommen wie die Deklaration von St. Petersburg von 1868, die Deklaration der Brüsseler Konferenz von 1874, die Konventionen der Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 und das Genfer Protokoll von 1925, welchen die Mehrheit der Staaten weiterhin verpflichtet ist,
in der Erwägung, daß die Anwendung nuklearer und thermonuklearer Waffen unterschiedslose Leiden und Zerstörungen in einem noch größeren Ausmaß über die Menschheit und die Zivilisation bringen würden, als der Gebrauch jener Waffen, die von den vorgenannten internationalen Deklarationen und Übereinkommen als Verstoß gegen die Gesetze der Menschlichkeit und als Verbrechen gegen das Völkerrecht bezeichnet worden sind,
in dem Glauben, daß der Gebrauch von Massenzerstörungswaffen wie nuklearen und thermonuklearen Waffen in völligem Widerspruch zu den hohen Idealen und Zielen steht, zu deren Verwirklichung durch den Schutz künftiger Generationen vor der Geißel des Krieges und durch den Schutz und die Förderung ihrer Kulturen die Vereinten Nationen gegründet worden sind,

1. wird erklärt, daß
a) die Anwendung von nuklearen und thermonuklearen Waffen gegen Geist, Buchstaben und Ziele der Vereinten Nationen verstößt und insofern eine unmittelbare Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellt;
b) die Anwendung von nuklearen und thermonuklearen Waffen sogar den Rahmen von Kriegen sprengen würde und unterschiedslose Leiden und Zerstörungen über die Menschheit und die Zivilisation bringen würde und insofern im Widerspruch zum Völkerrecht und zu den Gesetzen der Menschlichkeit steht;
c) die Anwendung von nuklearen und thermonuklearen Waffen eine Art der Kriegsführung ist, die sich nicht alleine gegen einen oder mehrere Feinde, sondern zugleich gegen die Menschheit im allgemeinen richtet, weil auch die Völker der Welt, die nicht in einen solchen Krieg verwickelt sind, allen Schäden, die durch den Gebrauch solcher Waffen verursacht werden, ausgesetzt sein werden;
d) jeder Staat, der nukleare und thermonukleare Waffen anwendet, die Charta der Vereinten Nationen verletzt, gegen die Gesetze der Menschlichkeit handelt und ein Verbrechen gegen die Menschheit und Zivilisation begeht."

Ich stimme der Schlußfolgerung der Generalversammlung zu.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind Handlungen wie Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation und andere unmenschliche Handlungen gegen irgendeine Zivilbevölkerung.

In Anbetracht der Wirkungen von Atomwaffen kann die Schlußfolgerung meiner Meinung nach nur sein, daß ihre Anwendung ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt.

Verbrechen gegen den Frieden sind: Die Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Aggressionskrieges oder eines Krieges, der internationale Verträge, Abkommen oder Verpflichtungen verletzt, oder die Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder einer Verschwörung, die der Herbeiführung eines der genannten Verbrechen dienen.

In Anbetracht der Tatsache, daß der Gebrauch von Kernwaffen als ein Kriegsverbrechen angesehen werden muß und daß die Atomwaffen eine sehr wichtige Rolle in den gegenwärtigen Strategien und in der Verteidigungspolitik der Mehrheit der hier repräsentierten Staaten spielen, erscheint die Schlußfolgerung als gerechtfertigt, daß der Besitz von Kernwaffen ein Verbrechen gegen den Frieden ist.

In Anbetracht der genannten Schlußfolgerungen haben die Bürger die Pflicht, ihre Regierungen aufzufordern, auf Atomwaffen zu verzichten.

Es gibt keine Rechtfertigung für diese Waffen; die Bürger müssen die Mitwirkung bei der Anwendung von Atomwaffen verweigern. Diese Verpflichtung betrifft insbesondere die Angehörigen des Militärs; sie müssen ihren Regierungen klarmachen, daß sie nicht bereit sind, mit Atomwaffen zu kämpfen; daß sie nicht bereit sind die Menschheit, die Menschlichkeit und die Zivilisation zu zerstören.

Der Zweck eines jeden sozialökonomischen Systems, eines jeden politischen Systems ist es, dem Wohlbefinden zu dienen, dem Glück der Völker zu dienen. Völker, Menschen existieren nicht, um dem System zu dienen, sondern das System existiert, um den Menschen zu dienen.

Wenn in unseren Gesellschaftssystemen dieses Prinzip aus den Augen verloren wird, wenn politische Führer erklären, daß sie bereit sind, unsere Gesellschaft zu zerstören, dann müssen die Völker intervenieren, dann müssen wir dies unmöglich machen.

Es ist unsere Pflicht, um der Menschheit willen und der Menschlichkeit willen, dies den Regierungen und den Völkern bewußt zu machen.

Bischof H. Ernst, Vorsitzender von „Pax Christi", Niederlande: Was können die Kirchen gegen das nukleare Wettrüsten tun?

Tat und Lehre der Kirche gründen im an das Gewissen gebundenen Glauben der Kirche. Glaube bedeutet, sich Gott anvertrauen, Gewissen bedeutet in unserem Zusammenhang, sich für das Überleben der Menschheit verantwortlich fühlen. Der Auftrag der christlichen Kirche ist insbesondere: die Menschen aufzurufen, in ihrer Weise des persönlichen und sozialen Lebens Jesus Christus nachzufolgen. Die Kirche hat diesen Auftrag zu erfüllen in der modernen Welt, die durch die Ungerechtigkeit gegenüber den Armen, der Mehrheit der Menschheit, und durch das Wettrüsten, insbesondere das nukleare Wettrüsten, gekennzeichnet ist.

In dieser Situation hat die Kirche ein „Ja" zu der Entwicklung der armen Nationen und ein „Nein" zum Wettrüsten gesagt, das den Frieden gefährdet und die wirkliche Entwicklung der armen Nationen behindert, ein „Nein" insbesondere zu jeglichem Gebrauch von Kernwaffen. Der Grund für dies „Nein" ist die Massenvernichtung – oder das Risiko der Massenvernichtung durch Eskalation – für den Fall der Anwendung von Kernwaffen, und die Schädigung von Überlebenden einschließlich ihrer Nachkommen.

Der besondere Anteil der Kirche beim Kampf gegen das nukleare Wettrüsten kann in der Verbreitung dieses „Nein" des Gewissens in alle Schichten der Bevölkerung hinein bestehen, im Hinblick auf das Treffen von Entscheidungen ökonomischer, militärischer und politischer Art. Zwei Wege führen zu diesem Ziel. Der erste ist der der Ermutigung und Unterstützung einer Friedensbewegung im Kirchenleben, einer Bewegung engagierter Christen, die in vorderster Linie der Schlacht gegen das nukleare Wettrüsten stehen und versuchen, die ganze Kirche für den Frieden in Bewegung zu bringen. Der andere Weg ist die Lehre der Kirche selbst, die zum Wettrüsten und jeglichem Gebrauch von Kernwaffen „Nein" sagt.

Eine dringende Frage ist heute: Welche konkreten Schritte können getan werden, um das nukleare Wettrüsten zu stoppen und die Anwendung nuklearer Waffen zu verhindern. Im allgemeinen nimmt die Kirche davon Abstand, konkrete Lösungen aufzuzeigen, wenn der eigenen Kompetenz und der eigenen Verantwortlichkeit derjenigen, die in ökonomischen, militärischen und politischen Angelegenheiten Entscheidungen zu treffen haben. Gleichzeitig darf aber die Kirche nicht darauf beschränkt bleiben, nur allgemeine Feststellungen zu treffen. Ich

meine, daß es Pflicht der Friedensbewegung in der Kirche und auch der Kirche selbst ist, in Zusammenarbeit mit Experten und in enger Verbindung mit den moralischen Auffassungen der Bevölkerung eine konkretere Ethik der Stadien nuklearer Abrüstung zu entwickeln und zu versuchen, das Volk und die Entscheidungsgremien der Gesellschaft für diese Sache zu gewinnen.

Eine solche Ethik konkreter Schritte, die darauf hinzielt, einen Prozeß nuklearer Abrüstung in Bewegung zu bringen, beinhaltet – so meine ich – einseitige Schritte, die mit berechtigter und wirksamer Verteidigung der eigenen Sicherheit vereinbar sind, und ist Anlaß für entsprechende Reaktionen, die für eine wirkliche Abrüstung unentbehrlich sind.

Die katholische Friedensbewegung Pax Christi in den Niederlanden hat solch eine Ethik der konkreten Schritte umrissen, um die Kampagne des interkirchlichen Friedensrates unter dem Slogan „Für weltweite Abschaffung der Waffen". Beginnen wir in den Niederlanden zu unterstützen. Mit der Entwicklung solch einer Ethik der konkreten Schritte und dem Versuch, die Bevölkerung durch die Kraft der Argumente zu überzeugen, versetzt die Kirche die Leute in die Lage, konkrete Vorschläge zu prüfen und regt ihre Bereitschaft an, solche Vorschläge anzunehmen.

Über diesen Beitrag zur nuklearen Abrüstung hinaus und im Zusammenhang mit ihm sind die Friedensbewegung und die Kirche verpflichtet, einen moralischen Glauben zu entwickeln, daß wir bei der Verteidigung von Freiheit und Gerechtigkeit zu einer Alternative kommen müssen, die nicht in Gewalt und Menschentöten besteht.

Bernd Greiner
Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute
Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen
235 Seiten, DM 14,80

Karl-Heinz Röder (Hrsg.)
Das politische System der USA
Geschichte und Gegenwart
346 Seiten, DM 14,80

Bernd Greiner/Kurt Steinhaus (Hrsg.)
Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?
Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation
229 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Die Kräfteverschiebung in der amerikanischen Politik

Von Bernd Greiner

I

Die Wahl Ronald Reagans zum 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten hat hierzulande zwiespältige Reaktionen ausgelöst. Die meisten Kommentatoren waren sich in der Verurteilung der haarsträubenden Wahlkampfsprüche des ehemaligen Schauspielers einig: wie kann ein Anwärter auf das Weiße Haus den Vietnamkrieg zur „noblen Sache" erklären, als „Antwort auf Afghanistan" ernsthaft eine Blockade Kubas erwägen oder aber fordern, der UdSSR künftig auf allen Ebenen militärisch überlegen zu sein?![1]) Für Rudolf Augstein stand schon vor der Wahl fest: Wer dergleichen verlangt, „der will überhaupt kein Rüstungsabkommen. Der will in Wahrheit wettrüsten, und das bedeutet letztendlich Krieg. . . . Wer Antikommunist von Berufs wegen ist, gefährdet den Frieden; er ist, wie Helmut Schmidt sagte, ‚zum Frieden nicht fähig'."[2]) Und die „Zeit" beklagte das primitive Weltbild Reagans, also „Erkenntnisse" folgender Art: „Machen wir uns nichts vor, . . . die Sowjetunion steckt hinter aller Unruhe der Gegenwart."[3]) Dazu Augsteins beunruhigter Kommentar: „Irgendwann macht sich, was man redet und denkt, selbständig."[4])

Angesichts des Erdrutschsieges des republikanischen Kandidaten wurden dann allmählich moderatere Töne angeschlagen. Viele – wie z. B. Theo Sommer in der „Zeit" – bedienten sich einer die amerikanische Präseidentenwahl und ihren Personenkult (unbewußt) entlarvenden Hilfskonstruktion. Auf die Person des Präsidenten käme es gar nicht so sehr an, vielmehr seien die Berater entscheidend. Und auf dieser Beraterliste stünden zwar „viele Kalte Krieger und Reaktionäre, aber auch sehr achtbare Konservative."[5]) (In der Tat ein vortrefflich pluralistisches Angebot!) Damit sei noch nicht sichergestellt, daß die Rechnung aufgehe. „Amerikas Verbündete . . . werden gut daran tun, die Sitzgurte festzuschnallen. Die Übergangsphase wird nicht ohne Turbulenzen abgehen."[6]) Aber immerhin habe jetzt nicht mehr der „unberechenbare Carter" das Sagen – viel Schlimmer als unter dessen Präsidentschaft könne es ohnehin schwerlich kommen und bereits ein wenig mehr an Kontinuität sei ein Fortschritt. Auch werde nach dem Wahltag nichts so heiß gegessen wie in der Wahlschlacht gekocht – dies habe Reagan bereits während seiner Gouver-

1) Vgl. „Der Spiegel", 37/1980, S. 137 ff.
2) Rudolf Augstein, Zum Frieden nicht fähig, ebd., S. 23.
3) Zit. nach „Die Zeit" v. 7. 11. 1980.
4) Augstein, a.a.O.
5) „Die Zeit" v. 7. 11. 1980.
6) Ebd.; vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 6.11. 1980, S. 3, Hoffnung auf Gestern.

neurszeit in Kalifornien der 60er Jahre bewiesen. Und überhaupt könne man in der Außenpolitik noch keine endgültigen Weichenstellungen ausmachen, Reagan sei ja in erster Linie aus innenpolitischen Gründen gewählt worden.

Ganz allmählich, aber doch sehr bestimmt nahm man auf diese Weise Abstand von der ursprünglichen Kritik an Reagan, um die Öffentlichkeit wieder einmal auf die obligatorische „Solidarität mit der Schutzmacht" einzustimmen. Helmut Schmidt beschwor sie (ebenfalls wieder einmal) als einer der ersten und bescheinigte dem kommenden Präsidenten auf seiner Amerikareise umgehend, er sei durchaus zum Frieden fähig und empfahl eine Politik „maßvoller Stärke"[7]). Also weiterhin „business as usual", mit „Turbulenzen" zwar und auf einem „dünner gewordenen Eis deutsch-amerikanischer Übereinstimmung"[8]), aber im Grunde genommen im Westen nichts Neues?

Sicherlich nicht. Ganz so elegant lassen sich Ronald Reagans Wahlkampf, die republikanische Wahlplattform (auch wenn sich am Tage nach der Wahl keiner der ihr ursprünglich verpflichteten Politiker mehr daran hält) und die programmatischen Entwicklungen *beider* Parteien nicht vom Tisch wischen.

II

Bereits die bloße Tatsache, daß die Republikaner die Zeit gekommen sahen, ein solches innenpolitisch reaktionäres und außenpolitisch auf Konfrontation und militärischen Interventionismus abgestelltes Programm[9]) zu entwerfen und Ronald Reagan zu ihrem Spitzenkandidaten zu küren, signalisiert eine *neue Etappe* im Ringen um den innen- und außenpolitischen Kurs der USA, kurz: ein verändertes „politisches Klima". Selbst bei oberflächlicher Betrachtung war klar, daß seit Barry Goldwater im Jahr 1964 kein Kandidat der beiden großen Parteien derartige Ziele öffentlich proklamiert und zur Abstimmung gestellt hat – wobei Goldwater einen katastrophalen Einbruch gegen den mit dem innenpolitischen Reformprogramm der „Great Society" angetretenen Lyndon B. Johnson hinnehmen mußte. Warum konnte 16 Jahre später der Durchbruch gelingen?

Der überwältigende Wahlsieg Reagans drückt zunächst die *tiefe Unzufriedenheit* mit Carters Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. 1976 mit innenpolitischen Reformversprechen angetreten, hatte er diese nicht nur nicht eingelöst, sondern auch zugelassen, daß zweistellige Inflations- und Arbeitslosenraten die laufenden Sozialprogramme immer weiter aushöhlten. Unter dem Druck der strukturellen und zyklischen Wirtschaftskrise in den USA entschieden sich daher zahlreiche ehemalige Carter-Wähler für Reagan (wohl mit dem Bewußtsein, „etwas Neues" auszuprobieren), u. a. 41 % der gewerkschaftlich Organisierten (die größte Einzelgewerkschaft, der Transportarbeiterverband,

7) Vgl. „Die Welt" v. 22./23. 11. 1980.
8) Ebd.
9) Vgl. US-Präsidentschaftswahlen: Reagan-Rede und Programm der Republikaner, in: „Blätter" 8/1980, S. 1012–1022; vgl. Bernd Greiner, Kandidat Reagan, ebd., S. 900–903.

hatte sich sogar offiziell für Reagan erklärt)[10]). Die gezielt eingesetzte Demagogie und Sündenbockphilosophie der Republikaner (Sozialprogramme und staatliche Wohlfahrtsprogramme als Gründe der Wirtschaftskrise, Wohlfahrtsempfänger und rassische Minderheiten mithin als „Schuldige") wurde darüberhinaus durch den Umstand begünstigt, daß die traditionellen (Stamm-) Wählerkoalitionen – etwa der klassische „Roosevelt-Block" von Arbeitern, rassischen Minderheiten, bürgerlichen Liberalen, Frauen, Intellektuellen, Juden und Staatsbeschäftigten – sich seit den 60er Jahren auflösen, d.h. daß die ehemals parteienfixierten Zielgruppen von Wahl zu Wahl unterschiedliche Entscheidungen treffen. „Gegenstandsbezogene Politik hat die parteienprofilierte Politik als wichtigste Beeinflussung des politischen Verhaltens der Massen verdrängt."[11])

Zweifellos: nur ca. 50% der Wahlbeteiligten haben ihre Stimme abgegeben, und es wäre daher falsch, von einem umfassenden oder gefestigten Rechtstrend in der amerikanischen Bevölkerung[12]) zu sprechen. Gleichermaßen verfehlt wäre es jedoch, die Wahlenthaltungen als „Anti-Reagan-Potential" zu sehen. Dagegen spricht, daß sich die Wahlbeteiligung (unabhängig von der Kandidatenkonstellation) seit den 60er Jahren bei dieser Grenze einpendelt und daß die seitherige innenpolitische Entwicklung kaum Ansatzpunkte gebracht hat, um die massenhafte politische Desillusionierung in eine aktive demokratische Widerstandsbewegung umzuformen. Solang diese aber fehlt, besteht natürlich auch jederzeit die Gefahr, daß vor-politisches (Protest-) Bewußtsein von rechter Demagogie (gerade in Krisenperioden) mobilisiert wird.

Das Entscheidende bei der Reagan-Wahl liegt jedoch darin, daß sie eine (aus dem Wahlverhalten nicht unmittelbar ableitbare) *ideologische und machtpolitische Kräfteverschiebung im gesellschaftlichen und politischen System der USA* ausdrückt.

Erstens: Die Republikaner konnten die bisher wahlabstinenten, millionenstarken Gruppen der christlichen Fundamentalisten für sich gewinnen – rechtsradikale und chauvinistische Organisationen, die im Wahljahr mit ihrer Agitation gegen die „Perversen, Radikalen, Linken, Kommunisten, Liberalen, Humanisten"[13]) die USA überschwemmten und Reagan schätzungsweise vier Millionen Stimmen brachten[14]). Zusammen mit dem wiedererstarkten Ku Klux Klan[15]) stellen diese Gruppen den Kern einer rechten und faschistoiden Sammelbewegung, die ihre Aktivisten augenblicklich zwar noch weitgehend in den Südstaaten rekrutiert, aber durchaus bereits Züge einer perspektivisch gezielt mobilisierbaren nationalen Massenbewegung trägt. Auf alle Fälle

10) „Time" v. 17. 11. 1980, S. 21.
11) Michel J. Crozier, Samuel P. Huntington, Joji Watanuki, The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York University Press 1975, S. 87.
12) Generell müssen Wahlentscheidungen in den USA mit anderen politisch-historischen Kategorien als in Europa analysiert werden.
13) Zit. nach „Der Spiegel", 37/1980, S. 138.
14) „Time" v. 17. 11. 1980, S. 21.
15) Zum Wiederaufleben des Ku Klux Klan vgl. „Southern Exposure", Summer 1980, Vol. VIII, No. 2.

präsentiert sich die Rechte in einer seit den großen Auseinandersetzungen um die Bürgerrechte (50er und 60er Jahre) nicht mehr gekannten Organisiertheit und Einheitlichkeit – diesmal freilich ohne das korrigierende Gegengewicht einer demokratischen Massenbewegung.

Norman Birnbaum bezeichnet die außenpolitischen Vorstellungen dieser Gruppen als „strikten Primitivismus". Sie sehen „die Vereinigten Staaten als eine so makellose Gesellschaft, daß jede Kritik an ihnen eine Blasphemie von kosmischen Ausmaßen ist. Andererseits verkörpert ein Wesen namens ‚Kommunismus' alles Übel in der Welt . . ."[16]).

Die gezielten Aktivitäten dieser „neuen Rechten" und der Republikaner führten dazu, daß in den parallel durchgeführten Teilwahlen zu Senat und Repräsentantenhaus eine ganze Generation liberaler Senatoren, die sich für den Erhalt der Entspannungspolitik ausgesprochen hatten, abgewählt wurde: u. a. Frank Church, George McGovern, John Culver und Birch Bayh. Zum erstenmal seit 1952 stellen somit die Republikaner wieder die Mehrheit im Senat – d. h. dem Teil des Kongresses, der über internationale Verträge und den Rüstungshaushalt befindet. Gerade in dieser Entwicklung zeigt sich, daß die Wahl, wenngleich mit innenpolitischen Themen entschieden, offenbar auch von der Außenpolitik beeinflußt wurde. Angeheizt durch die Geiselnahme im Iran hatten die Republikaner in ihrem Frontalangriff auf die Entspannungspolitik den chauvinistischen Glauben an die alleinige Weltführungsrolle der USA reaktiviert, militärische Überlegenheit zum Allheilmittel erklärt und auf diese Weise den traditionellen Patriotismus der Bevölkerung und deren notorische Ignoranz internationaler Zusammenhänge[17]) zu einem auch perspektivisch gefährlichen Votum für imperialistische Expansion *bewußt*[18]) umgemünzt.

Zweitens: in der Wahl Reagans kulminiert ein seit 1974 etappenweise vorangetriebener Aufstieg der prinzipiellen Entspannungsgegner und Befürworter imperialer Hochrüstungspolitik. Die wichtigsten Daten sind das Jackson-Vanik-Amendment (1974), wodurch der Handelsvertrag mit der UdSSR (Meistbegünstigungsklausel) faktisch zu Fall gebracht wurde; die Gründung diverser außerparlamentarischer politischer Komitees mit entspannungsfeindlicher Stoßrichtung (etwa das „Committee on the Present Danger") in den folgenden Jahren; die nur knappe Niederlage Reagans gegen Gerald Ford auf dem 1976er Nominierungskongreß der Republikaner, die – rückblickend gesehen – als politischer Sieg Reagans und als wichtige Voraussetzung seines Erfolgs 1980 zu werten ist; die 1978 auch in den Reihen der republikanischen Kongreßabgeordneten systematisierte Opposition gegen die Entspannungs-

16) Norman Birnbaum, Amerikanische Außenpolitik als Funktion gesellschaftlicher Kräfte, in: „Europa-Archiv", Nr. 18 v. 25. 9. 1980, S. 557–565, hier S. 557.
17) Vgl. David Moore, The Public is Uncertain, in: „Foreign Policy", No. 35, Summer 1979, S. 68 ff.
18) Zur politischen Instrumentalisierung dieser Stimmung durch die „Eliten" vgl. Birnbaum, Außenpolitik als Funktion . . ., a.a.O., S. 558.

politik[19]) und schließlich die parlamentarische Obstruktion des SALT II-Vertrages; die Niederlage von fünf liberalen Senatoren der Demokratischen Partei bei den Senatswahlen 1978. Getragen wurde diese parlamentarische und innerparteiliche Rechtsentwicklung von Repräsentanten beider großer Parteien – bei den Demokraten am nachhaltigsten von der Gruppe um den Senator Henry Jackson.

Scammon und Wattenberg, Mitarbeiter des in konservativen Kreisen einflußreichen American Enterprise Institute, zogen daraus den Schluß, daß sich das politische Machtzentrum in den USA verlagert habe. Auch die demokratische Partei könne sich – bei Strafe künftiger Bedeutungslosigkeit – diesem Trend nicht entziehen. Wichtiger als die Frage, wer den nächsten Präsidenten stelle, sei daher, daß inzwischen „beide Parteien – im Großen und Ganzen – darin übereinstimmen, was für Amerika getan werden muß. Unter jeder Partei werden wir eine militärisch stärkere Nation sein, und wir werden mehr Anreize für das Wirtschaftswachstum geben. Eine neue Marschkolonne hat sich formiert."[20])

Drittens: Obschon Mitbetreiber und Nutznießer dieser Entwicklung, waren die republikanische Partei und ihr Kandidat doch zugleich weniger Urheber als Exponenten. Entscheidend ist, daß die Formationsphase der orthodoxen Entspannungsgegner und der Anhänger traditioneller amerikanischer Hegemonie zugleich Ausdruck und Teil eines politischen Umorientierungsprozesses der herrschenden Klasse in den USA und der politisch-administrativen Entscheidungsträger war. Ausgehend von der gesellschaftlich-sozialen Krise in den USA und den Zerfallsprozessen im amerikanischen Nachkriegsimperium, diagnostiziert als die „Krise der Demokratie"[21]), wurde in den Jahren nach 1974 ein neues außenpolitisches Globalkonzept entworfen, der Trilateralismus[22]), und von der Carter-Regierung zur Grundlage ihrer Außenpolitik erklärt. Im Dreibund mit Westeuropa und Japan sollten die USA eine „Führung ohne Hegemonie" übernehmen, um den Dekolonialisierungsprozeß in der Dritten Welt mit sowohl integrativen als auch repressiven Mitteln aufzuhalten und um verlorene Positionen wiederzugewinnen (globale Ordnungsfunktion). Diese Konzentration auf die globale Systemauseinandersetzung, auf das Zurückdrängen antiimperialistischer Oppositionsbewegungen und sozialistischer Entwicklungsalternativen ging notwendigerweise einher mit einer erneuten Aufwertung konfrontativ-repressiver Mittel der „Krisenbewältigung": flexible Eingreiftruppe, Carter-Doktrin und Drohung mit „Ölkrieg", d.h. die Ankündigung und materielle Vorbereitung militärischer Intervention in der nach Westeuropa und Südostasien zum dritten „Schutzgebiet" der USA proklamierten Region des Nahen und Mittleren Ostens (und

19) Z.B. im Mai 1978: Declaration on National Security and Foreign Policy seitens des Senate Republican Policy Committee. vgl. Alton Frye, William D. Rogers, Linkage Begins at Home, in: „Foreign Policy, No. 35, Summer 1979, S. 49–68, hier S. 50ff.

20) Richard Scammon, Ben Wattenberg, Is this the End of an Era in U.S. Politics, in: „Wireless Bulletin from Washington" v. 22. 10. 1980, S. 19–24, hier S. 24.

21) Vgl. u.a. Crozier, Huntington, Watanuki, Crisis . . ., a.a.O.

22) Vgl. Bernd Greiner, Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Köln 1980, S. 16ff.

damit die legitimatorische Einstimmung auf künftige „Vietnams"), waren die logische Konsequenz der konzeptionell-programmatischen Ausrichtung Carter'scher Außenpolitik.

Versagen die integrativen Mittel (eine wegen der theoretischen Inkonsistenz des Programms, der amerikanischen Interessenlage und der machtpolitischen Realität in der Dritten Welt vorgezeichnete Entwicklung), werden umgehend alle konfrontativen Optionen ausgespielt, auch um den Preis bündnispolitischer Konflikte und der Rückkehr zum amerikanischen Hegemonialanspruch (von dem man sich zumindest verbal glaubte distanzieren zu müssen). Die politische Praxis brachte somit den theoretischen Anspruch trilateraler Kooperation (innerhalb des eigenen Bündnissystems und mit der Dritten Welt) zu Fall. Es war daher nur konsequent, daß bereits zwei Jahre nach Carters Amtsübernahme die Diskussion um den Trilateralismus zusehends abflaute und heute allenfalls von Vertretern aus Westeuropa und Japan noch geführt wird[23]).

Ähnliche Prozesse prägten die Ausgestaltung der Ost- und Entspannungspolitik unter Carter. Auch hier wollte man – dem Anspruch nach – zu einer „neuen Flexibilität" finden und die unter Nixon/Kissinger angeblich vernachlässigte „Konkurrenz" „gleichberechtigt" neben die „Kooperation" stellen. Jedoch konnte zu keinem Zeitpunkt von einer „Ausgewogenheit" des theoretischen Konzepts die Rede sein – von Anfang an war die Orientierung festgelegt, die Systemauseinandersetzung unter aggressiven Vorzeichen zu führen, d.h. die Entspannungspolitik bewußt Belastungen auszusetzen, schwere Rückschläge im Entspannungsprozeß in Kauf zu nehmen[24]), um über eine Auslotung der Grenzen amerikanischer Macht erneut in die weltpolitische Offensive zu kommen. Bereits nach kurzer Zeit wurde Entspannung daher als „Konfrontation mit kooperativen Obertönen" definiert.

Die Stationen der politischen Praxis sind bekannt: ideologisch-psychologische Kriegsführung gegen die sozialistischen Länder und geistig-moralische Offensive gegen die Existenzberechtigung des sozialistischen Entwicklungsweges bzw. der sozialistischen Demokratie (Menschenrechtskampagne); Ausreizen der sog. China-Karte (China als Ordnungsfaktor in der Dritten Welt – Invasion in Vietnam! – und als Druckmittel gegen die UdSSR) bis hin zu Spekulationen über ein mögliches Militärbündnis mit den USA; Obstruktion der Verhandlungen um SALT II (März 1977) und schließlich aktiver Beitrag zur (vorläufigen?) Nichtratifizierung des Vertrages („kleine" Kuba- und „große" Afghanistan-Krise[25])); Aufwertung Westeuropas als militärischer Schauplatz der Systemauseinandersetzung (Neutronenbombe, Mittelstreckenraketen großer Reichweite); Konzeption eines „begrenzten" Atomkrieges mit der

23) Vgl. Karl Kaiser, Europäisch-amerikanische Beziehungen. Eine Strategie der Halbherzigkeit, in: „Die Zeit" v. 17. 10. 1980, S. 9ff. Kaiser ist Mitglied der Trilateralen Kommission.
24) Vgl. Greiner, Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 180ff.
25) Vgl. K. D. Bredthauer, N. Paech (Hrsg.), Mit Carter in den Kreuzzug? Die USA die UdSSR, Westeuropa und die Afghanistan-Krise, Köln 1980.

Direktive 59[26]); Versuch, eine atomare Erstschlagskapazität der USA gegen die UdSSR aufzubauen[27]) – die letzteren Gesichtspunkte allesamt ideologisch reflektiert in der Ankündigung, die USA müßten auch militärisch wieder die „Nr. 1" werden: damit war der letzte Schritt getan zur Aufkündigung einer zentralen politischen Prämisse jeder Entspannungspolitik, nämlich der Anerkennung der Gleichberechtigung der Partner.

Nachdem so die praktische Politik die Untauglichkeit des theoretischen Konzepts, also die Unvereinbarkeit von Entspannung mit amerikanischem Hegemonialstreben und militärischer Überlegenheit, bewiesen hatte, nahmen sowohl Brzezinski als auch Sonnenfeldt vollends Abstand vom ursprünglichen Entwurf einer prinzipiell mit Konfrontation zu vereinbarenden Kooperation und machten die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern von der erfolgreichen „Eindämmung" der UdSSR (also der antisozialistischen Befriedung der Dritten Welt, vor allem aber Südwestasiens) durch die USA, Westeuropa, Japan und China abhängig[28]).

Diese Preisgabe der Grundlagen der Entspannungspolitik (Nichteinmischung, Gleichberechtigung, Friedenssicherung durch Rüstungskontrolle und Abrüstung, d.h. Erweiterung der politischen durch die militärische Entspannung) löste bereits wesentliche programmatische Forderungen der orthodoxen Kalten Krieger ein, wertete deren Position politisch zusätzlich auf, schwächte in zunehmendem Maße die Position der aufgeklärt konservativen[29]) und in Entspannungsfragen kompromißbereiten Kräfte und führte letztlich dazu, die auf einen realistischeren Kurs innerhalb der Carter-Regierung pochenden Politiker zu entlassen (Kabinettsumbildung und spätere Demission von Cyrus Vance und Andrew Young).

Damit waren die Möglichkeiten einer inneradministrativen Korrektur des eingeschlagenen Kurses zusehends eingeschränkt – zumal im Wahljahr, als man sich gegen die Reagan-Fraktion mit einer akzentuierten Politik der „Stärke" glaubte behaupten zu können. Zur konfrontationspolitischen Verengung der amerikanischen Politik (und damit objektiv zur Stärkung der Reagan-Linie) trug sicherlich auch bei, daß zahlreiche Vertreter des Entspannungskonzeptes aus der Ära Nixon/Ford, allen voran Henry Kissinger, von ihren damaligen Positionen abrückten und zusehends entspannungskritischere

26) Vgl. Achim Maske, Einstimmung auf den atomaren „Erstschlag"? Carters „Direktive 59", in: „Blätter", 9/1980, S. 1031–1036.

27) Vgl. Bernd Greiner, Kurt Steinhaus (Hrsg.), Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980; vgl. „Antimilitarismus Information", 1980; vgl. McGeorge Bundy, High Hopes and Hard Reality: Arms Control in 1978, in: „Foreign Affairs", Vol. 57, No. 3, 1979, S. 492–503, hier S. 496 (zur Theorie des „launch-on-warning": die Überlegung, amerikanische Atomraketen bereits dann zu starten, wenn (ein noch ungeprüfter) Alarm ausgelöst wird, wirkt angesichts der ständigen Fehlalarme in den USA geradezu gespenstisch).

28) Vgl. Zbigniew Brzezinski, Address to Denver Council on Foreign Relations, in: „Wireless . . ." v. 27. 10. 1980, S. 5–12, hier S. 11; vgl. Helmut Sonnenfeldt, Die sowjetische Invasion in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis, in: „NATO-Brief", 2/1980, S. 3–8.

29) Zu dieser Begrifflichkeit vgl. Greiner, Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 80ff.

Töne anschlugen bzw. sich Carters und Brzezinskis Modell einer „Konfrontation mit kooperativen Obertönen" anschlossen[30]).

Zusammenfassend kann also festgestellt werden: ohne vier Jahre Carter-Regierung wäre ein Wahlsieg Ronald Reagans nicht möglich gewesen. Die herrschenden Kreise der USA setzten in dem Augenblick mehrheitlich auf Reagan und forcierten nach Kräften seinen Wahlkampf, als sich zeigte, daß die Regierung Carter/Brzezinski sich in dem durchaus widersprüchlichen und konfliktträchtigen Prozeß der *Durchsetzung* einer konfrontationsorientierten, interventionistisch konzipierten Außenpolitik verbraucht hatte. Offenbar kam man zu der Einsicht, daß Carter zwar notwendige Vorarbeit geleistet hatte, in wichtigen Fragen jedoch nicht effektiv genug reagierte und regierte (Iran, Afghanistan, Rüstungshaushalt, Neutronenbombe). Mit den Worten Robert Tuckers, heute Mitglied des politischen Beraterstabes von Ronald Reagan: vor die Aufgabe gestellt, „die Containment-Politik (also die Politik des Kalten Krieges der 50er Jahre, d. Verf.) in einer Art und Weise umzugestalten, die effektiver mit den durch das bestürzende Anwachsen der Militärmacht der Sowjets gestellten Problemen umgehen würde"[31]), habe die Administration Carter versagt – im Grunde genommen wegen der „Abneigung, amerikanische Macht einzusetzen." Die Frage nach der politischen Substanz dieser Regierung müsse thematisieren, „was an Blut und Schätzen die Carter-Administration zu riskieren bereit war, um ihre außenpolitischen Ziele zu erreichen. Die kurze Antwort lautet, daß sie wesentlich weniger zu riskieren bereit war als ihre Amtsvorgänger."[32]) (Tucker sieht in diesem Zusammenhang Nixons Vietnamkrieg offenbar als positiven „Einsatz amerikanischer Macht" gegen das „bestürzende Anwachsen" sowjetischer Macht!)

Zugleich hatte Carter jedoch in Abgrenzung zur Entspannungspolitik der frühen 70er Jahre den Übergang auf offen militaristische und orthodoxe Positionen so weit getrieben, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen schien, die Regierungsgeschäfte auch personell in die Hände der Repräsentanten traditioneller amerikanischer Imperial- und Hegemonialpolitik, also der orthodoxen Vertreter der Hochrüstung und des Antisowjetismus, zu legen. Carters Regierungsjahre tragen somit den Stempel einer auf *Übergangs*präsidentschaft hin kalkulierten Amtszeit: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan[33]).

Viertens: Reagans Wahlsieg darf jedoch *nicht* dahingehend interpretiert werden, als verfügten die ihn ideologisch, politisch und finanziell tragenden Kreise bereits über ein ausgearbeitetes *Regierungs*programm. Vielmehr läuft

30) Zur Annäherung Kissingers an Brzezinski vgl. Robert Legvold, The Super Rivals: Conflict in the Third World, in: „Foreign Affairs", Vol. 57, No. 4, Spring 1979, S. 755–779; vgl. Kissinger Address at Republican Convention, in: „Wireless . . ." v. 17. 7. 1980, S. 20–25.

31) Robert W. Tucker, America in Decline: The Foreign Policy of „Maturity", in: „Foreign Affairs", Vol. 58, No. 3, 1980, S. 449–485, hier S. 461.

32) Ebd., S. 467/68.

33) Zur Ineffektivität Carters trug sicherlich auch sein gestörtes Verhältnis zum Kongreß bei und die bisweilen dilettantische Handhabung diplomatischer Angelegenheiten durch die „Georgia-Mafia" um Jody Powell. Diese Momente sind jedoch bei einer Gesamtbeurteilung der Administration Carter eher sekundär.

seit geraumer Zeit (ungefähr seit dem Ende der Trilateralismuskontroverse 1977/78) eine *Grundsatzdebatte* über die künftigen Ziele, Mittel und Wege amerikanischer Außenpolitik[34]). Bisher ist es noch nicht gelungen, einen tragfähigen Konsens herzustellen. Die Aufgabe der Debatte ist freilich klar benannt. Es geht um die Konzeption eines *langfristigen Krisenprogramms,* das den USA die Möglichkeit eröffnen soll, auch unter geänderten weltpolitischen Kräftekonstellationen ihre klassisch imperialen Ordnungsfunktionen – in erster Linie gegenüber den rohstoffproduzierenden Entwicklungsländern – wahrzunehmen, d.h. im Kern: den außenpolitischen Macht- und Dominanzverlust des vergangenen Jahrzehnts vermittels einer aktivistisch-aggressiven Politik wieder rückgängig zu machen. Für Tucker erscheint eine Revision dieser objektiven Entwicklungsprozesse durch eine Mobilisierung des amerikanischen politischen Subjekts, nämlich des Willens und der Entschlossenheit der Entscheidungsträger *und* der Bevölkerung, jederzeit möglich[35]). Es geht hier also um den Entwurf eines Programms, das auch weit über die Amtszeit Reagans hinaus Gültigkeit haben soll. Insofern ist die Person dieses Präsidenten in der Tat unerheblich – zumal er bisher auch keinen originären Beitrag zu dieser Debatte geleistet hat.

III

Worum geht es im Einzelnen und welche Linien bestimmen die Debatte?

Federführend sind die sog. *Neokonservativen,* die bis dato (zusammen mit der Fraktion der traditionell den Kalten Krieg als Prinzip vertretenden Politiker) auch die Mehrheit in Reagans Beraterstab stellen, namentlich etwa Richard Allen, General Graham, William van Cleave, Richard Pipes, Seymour Weiss, Fred Iklé, Robert Tucker, Richard Staar, Glen Campbell, Edward Luttwack und Norman Podhoretz. Institutionell verankert ist dieser „braintrust" im American Enterprise Institute, dem Georgetown Center for Strategic and International Studies und der Hoover Institution, vom früheren Präsidenten Herbert Hoover mit der Absicht gegründet, „durch Forschung und Publikationen das Böse der Doktrinen von Karl Marx zu beweisen."[36]) Als Diskussionsforen dienen den Neokonservativen in erster Linie die Zeitschriften „Commentary" (seit den frühen 70er Jahren und hauptsächlich für den Bereich Außenpolitik) sowie „Public Interest" und „Public Opinion"[37]).

Zur vorläufigen Charakterisierung und ersten Einordnung der intellektuell-politischen Strömung des Neokonservativismus sei folgende Unterscheidung vorgeschlagen: Konservativ ist diese Strömung insofern, als sie wesentliche

34) Es ist dies die *fünfte große Nachkriegsdebatte* über Strategie und Taktik amerikanischer Außenpolitik. Zur Periodisierung vgl. Greiner, Außenpolitik . . ., a.a.O.

35) Vgl. Tucker, America in Decline . . ., a.a.O.

36) Zit. nach: Reagan's Threat to the Western Alliance, in: „New Statesman", v. 5. 9. 1980, S. 10.

37) Vgl. Horst Dippel, Die außenpolitischen Vorstellungen der amerikanischen Neokonservativen, in: „Europa-Archiv" Nr. 17 v. 10. 9. 1980, S. 529–539. Vgl. auch folgende Darstellungen neokonservativer Ansichten: The Hoover Institution (Ed.), The United States in the 1980s, Stanford (Cal.) 1980; Peter Steinfels, The Neoconservatives. The men who are changing America's politics, New York 1979; Thomas R. Dye, Who's Running America? The Carter Years, Englewood Cliffs, New Jersey ^{2}1979.

begriffliche Bestimmungen und politische Inhalte aus der Hegemonialphase amerikanischer Außenpolitik in den 50er Jahren bewahren und in der heutigen Zeit geltend machen will; *neo*konservativ ist sie insofern, als es dieser Bewegung seit Beginn der 70er Jahre darum geht, den im Zuge der Entspannungspolitik zerfallenden Block der Advokaten eines „amerikanischen Jahrhunderts" zu reorganisieren, zu stabilisieren und mit einem politisch kohärenten Grundsatzprogramm zu versehen; *neo*konservativ auch insofern, als diese Anstrengungen von Intellektuellen getragen werden, die in den 50er Jahren noch keinen politikbestimmenden Einfluß hatten bzw. damals eine andere politische Richtung vertraten. George F. Kennan: „Diese ‚Neo-Konservativen' waren einst in ihrer Mehrzahl Liberale, die eher dazu neigten, sich von den Ausbrüchen des amerikanischen Chauvinismus zu distanzieren. Seit dem Nahost-Krieg von 1973 jedoch haben sie sich aus Gründen, die ich nicht zu durchschauen vermag, in Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu fanatischen Falken entwickelt."[38])

Politisch unterstützt, ideologisch aufgewertet und letztendlich auch personell verstärkt werden die Neokonservativen (wie bereits erwähnt) von den traditionellen Repräsentanten der Politik des Kalten Krieges und darüberhinaus den Vertretern einer offensiven Außenpolitik mit einer im Kern aggressiven antisowjetischen Stoßrichtung; letztere Fraktion sieht in der während der Regierung Carter von Brzezinski u. a. konzipierten und realisierten Politik aktivistischer Konfrontation die zukunftsweisende Rationalität amerikanischer Außenpolitik – freilich unter der Bedingung, daß dieser Kurs effektiver und mit größerer Stetigkeit als unter Carter verfolgt wird (etwa Henry Jackson und James Schlesinger). Zweifellos sind die Übergänge zwischen den Positionen fließend; auch differieren die Meinungen zu Einzelproblemen innerhalb jeder Gruppe, und es entstehen auf diese Weise jeweils unterschiedliche, bisweilen gruppenübergreifende „Koalitionen". Gleichwohl hat sich bereits ein „größter gemeinsamer ideologischer Nenner" herauskristallisiert.

Horst Dippel schreibt zur außenpolitischen Vorstellung der Neokonservativen, sie baue ideologisch auf dem traditionellen amerikanischen Wertekanon (also etwa: das von Gott zur Sicherung und Ausbreitung der „Freiheit" auserwählte Volk) auf und habe sich machtpolitisch zum Ziel gesetzt, den krisenhaften Herausforderungen „mit einer globalen, aktivistischen und erforderlichenfalls interventionistischen Politik der militärischen Stärke (zu) begegnen . . . (,) wobei der Westen sich nicht scheuen sollte, rigoros seine materielle Überlegenheit als politisches Faustpfand in der internationalen Politik auszuspielen."[39]) Der moralische Rigorismus und Antisowjetismus der Neokonservativen scheine „für legitime Interessen der Gegenseite und ihre Berücksichtigung in den bilateralen Beziehungen . . . in der Tat wenig Raum zu lassen."[40])

38) George F. Kennan, Die russische Gefahr ist viel Einbildung, in: „Die Zeit" v. 4. 1. 1980, S. 14.
39) Dippel, Die außenpolitischen Vorstellungen . . ., a.a.O., S. 537.
40) Ebd., S. 532.

Das heißt im Einzelnen: Friede wird *nicht* definiert als ein Prozeß, der auf den Prinzipien zwischenstaatlicher Verständigung und multilateralen Ausgleichs beruht und sich nur bei Verzicht auf Anwendung von oder Drohung mit Gewalt realisieren läßt. Friede heißt in neokonservativem Verständnis *in erster Linie und hauptsächlich Zurückdrängung* „sowjetischen Enflusses", wobei *grundsätzlich* alle den Hegemonialinteressen der USA zuwiderlaufenden Entwicklungen innerhalb und außerhalb der staatlichen Grenzen des eigenen Gesellschaftssystems als „prosowjetisch" oder „sowjetisch gelenkt" und damit die nationale (!) Sicherheit der USA bedrohend begriffen werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist es unerheblich, ob „Turbulenzen in der Dritten Welt" (Brzezinski) als direkter Ausdruck „sowjetischer Aktivitäten" oder als Ergebnis lokaler Konflikte betrachtet werden, die ihrerseits „Instabilität" schaffen und damit die UdSSR zum „Eingreifen" und zu „expansionistischen Manövern" ermutigen. Die Konsequenz bleibt stets dieselbe: die USA müßten als Ordnungsfaktor intervenieren und könnten dies auf Dauer nur dann erfolgreich praktizieren, wenn sie sich als „Weltmacht Nr. 1" auf allen Ebenen der Sowjetunion überlegen zeigten, d. h. auf diese Weise zur Erosion der sowjetischen „Machtbasis" beitrügen.

Als Dreh- und Angelpunkt dieser Politik wird die *militärische Macht* der USA angesehen – kein Mittel der Friedenssicherung also, sondern der globalen „Befriedung". *Jede* entschlossene und erfolgreich durchzusetzende Politik sei auf eine eindeutig überlegene Militärmacht gegründet und müsse von der Überzeugung getragen werden, die eigenen politischen Ziele im Zweifelsfall auch über einen militärischen Sieg erzwingen zu können. Denn: „. . . die Kreml-Führer . . . wollen die Welt. Sie halten es . . . für unwahrscheinlich, daß der Westen ihnen zugestehen wird, die Welt kampflos zu übernehmen."[41]) Die USA müßten sich im Wesentlichen auf zwei mögliche Formen dieses Kampfes vorbereiten: die direkte militärische Konfrontation mit der UdSSR (eine bereits in Carters Direktive 59 anvisierte Möglichkeit) und die „indirekte" militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in der Region des Persischen Golfes.

Von diesen Überlegungen ausgehend, erscheint es nur konsequent, daß man es inzwischen wieder für politisch möglich und notwendig hält, einen Dritten Weltkrieg gegen die UdSSR in seriösen Politikzeitschriften zu diskutieren. Colin Gray und Keith Payne veröffentlichten in der Sommer-Ausgabe von „Foreign Policy" einen Aufsatz unter dem programmatischen Titel „Sieg ist möglich"[42]). Darin geht es den Autoren nicht um die traditionelle Frage, ob ein Sieg im Atomkrieg technisch möglich sei. Diese Frage halten sie in dem Augenblick für positiv beantwortet, wo den USA die technischen Mittel zur Verfügung stehen, ihr eigenes Territorium effektiv zu schützen und gleichzei-

41) Paul H. Nitze, Strategy in the Decade of the 1980s, in: „Foreign Affairs", Vol. 58, Fall 1980, S. 82–101, hier S. 90. Nitze, seit 30 Jahren an führender Stelle in der amerikanischen politischen Hierarchie, gibt in diesem Aufsatz ein Musterbeispiel an paranoider Weltsicht.

42) Colin S. Gray, Keith Payne, Victory is Possible, in: „Foreign Policy", No. 39, Summer 1980, S. 14–28; vgl. den Wortlaut dieses Artikels im vorliegenden Heft der „Blätter".

tig dem Gegner mit einem vernichtenden Erstschlag zu drohen. Wichtiger als diese technischen Voraussetzungen seien vielmehr der *politische Wille* und die *Entschlossenheit,* einen Atomkrieg zu führen, sowie die politisch-strategische *Einsicht,* daß in Zukunft ein solcher Krieg „wahrscheinlich geführt werden (wird), um die Sowjetunion zur Aufgabe eines gerade erzielten Vorteils zu zwingen."[43])

In einem solchen Fall müßten dann freilich erstens die materiellen Voraussetzungen einer „angemessenen amerikanischen Abschreckung" gegeben sein: diese „angemessene Abschreckung" „versagt der Sowjetunion *jede* glaubhafte Aussicht auf Erfolg auf *jeder* Ebene des strategischen Konflikts . . ."[44]) Zweitens sei unabdingbar, daß eine „glaubhafte amerikanische Sieges-Strategie" entwickelt werde. Diese hätte „das Ende des Sowjetstaates ins Auge zu fassen. . . . Washington sollte *Kriegsziele* festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegs-Weltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen."[45])

Nur wenn diese Voraussetzungen – ausreichende materielle Ressourcen in Form „strategischer Überlegenheit", operative Kriegszielplanung, Einsicht in die Wahrscheinlichkeit eines Krieges und politischer Wille, diesen zu führen – erfüllt seien, hätten sich die USA auf den möglichen Atomkrieg in der erforderlichen, nämlich den Sieg garantierenden Weise vorbereitet. Nur dann sei es drittens möglich, „den strategischen *Ersteinsatz* von Atomwaffen vorzunehmen, um Ziele, die gleichwohl *politisch* (sic!) defensive sind, dennoch mit Zwangsmitteln durchzusetzen."[46])

Dergleichen – *keineswegs vereinzelt auftretende!*[47]) – Positionen knüpfen an die exzessive Debatte über Kriegsziele gegen die UdSSR in den 50er Jahren an[48]) und werden von den Repräsentanten dieser Linie auch als bewußte Fortführung der damaligen Diskussion (über die militärische und politische Liquidation der UdSSR) verstanden[49]). Integraler Bestandteil der politisch-militärischen Strategie damals und heute war die Vorbereitung auf den „begrenzten Konflikt": in diesem Fall auf einen Krieg im Nahen und Mittleren Osten. Brzezinski formulierte diese Notwendigkeit dahingehend, daß der Weltfriede nur dann(!) gewahrt werden könne, wenn es den USA vermittels einer reaktivierten Führungsrolle gelänge, neben Westeuropa und dem Fernen Osten

43) Ebd., S. 26.
44) Ebd., S. 26; Hervorhebung v. Verf.
45) Ebd., S. 21; Hervorhebung v. Verf.
46) Ebd., S. 20; Hervorhebung v. Verf.
47) Vgl. Leon V. Sigal, Rethinking the Unthinkable, in: „Foreign Policy", No. 34, Spring 1979, S. 34–52; vgl. Daniel Graham, Walter Slocombe, Should the United States Seek Nuclear Superiority?, in: „Wireless . . ." v. 16. 10. 1980, S. 12–17.
48) Vgl. Greiner/Steinhaus (Hrsg.), Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg . . ., a.a.O.
49) Vgl. Nitze, Strategy . . ., a.a.O., S. 92. Auch Nitze betont ausdrücklich die Möglichkeit militärischer Konfrontation. Sein Aufsatz liest sich über weite Strecken wie eine Paraphrase des zentralen politischen Dokuments des Kalten Krieges, des Papiers Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates der USA (in deutscher Sprache auszugsweise veröffentlicht in: Greiner/Steinhaus, (Hrsg.), Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg . . ., a.a.O., S. 229–242).

(hier mit explizitem Verweis auf den Korea- und Vietnamkrieg sowie die Annäherung an China als „stabilisierende" Maßnahmen!) jetzt Südwestasien als dritte strategische Kernzone für die „westliche Sicherheit" langfristig (mit militärischen und diplomatischen Mitteln) zu „stabilisieren". Von diesem Erfolg hänge auch die künftige Stabilität der beiden ersten amerikanischen Sicherheitszonen ab.

Auch hier fehlt nicht der Verweis auf die beispielhafte weltpolitische Ordnungspotenz der USA in der Vergangenheit: man sei zeitlich (bezüglich der Dauer des Konflikts) und inhaltlich vor dieselbe Herausforderung wie in der unmittelbaren Nachriegszeit gestellt. Heute, am Anfang der Auseinandersetzung stehend, müsse man klar erkennen, daß ein Fehlschlag dieser Befriedungspolitik den Weltfrieden unwiderruflich aufkündigen würde[50]). Die seit Jahren ständig lancierten Spekulationen über einen amerikanischen Ölkrieg[51]) erscheinen vor dem Hintergrund der Dominanz des Militärischen im neokonservativen Konzept in einem ganz anderen, wesentlich bedrohlicheren Licht. Fidel Castro hat die Furcht der Länder der Dritten Welt vor dieser Entwicklung bisher am deutlichsten zum Ausdruck gebracht: „. . . wir glauben nicht, daß irgendetwas oder irgendjemand in der Welt in der Lage ist, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir wären aber naiv, sehr naiv, wir wären unrealistisch, wenn wir uns der Gefahren nicht bewußt wären. . . . Das sollte unsere Position sein: Für den Frieden kämpfen, für den Frieden arbeiten, den Frieden verteidigen, und gleichzeitig auf alles gefaßt sein."[52])

Schlaglichtartig erhellt aus diesen Zusammenhängen auch die strategische Bedeutung der von Ronald Reagan immer wieder reklamierten „militärischen Superiorität" und seiner militärhaushaltspolitischen Vorstellungen. NATO-Angaben zufolge will „Reagans Mannschaft . . . die Verteidigungsausgaben in den nächsten fünf Jahren um bis zu 427 Milliarden Mark steigern. . . . Das Schwergewicht der Rüstungspläne Reagans liegt bei den strategischen Interkontinentalwaffen."[53]) Offenbar verbindet sich mit diesen Programmen nicht nur die Absicht, SALT II zu Fall zu bringen; verschiedentlich wird mit der Forderung nach dem Aufbau umfassender Raketenabwehrsysteme auch die Aufkündigung des SALT I-Vertrages (der diese Abwehrsysteme auf niedrigstem Niveau begrenzt) und der effektive Schutz des eigenen Territoriums (Minimierung des Kriegsrisikos) verlangt[54]). Damit wären die wichtigsten Ergebnisse der Rüstungskontrollpolitik der 70er Jahre aufgekündigt und künftige Abkommen fast außer Reichweite: wiederholt wurde nämlich betont, die USA würden künftig ausschließlich aus einer Position der Stärke, d. h. der Überlegenheit, verhandeln. Unter diesen Voraussetzungen aber können – und dies

50) Vgl. Brzezinski, Address to the Denver Council . . ., a.a.O.
51) Vgl. Michael T. Klare, Is Exxon worth dying for? The Pentagon's plans for energy wars, in: „The Progressive", July 1980, S. 21–27.
52) Fidel Castro, Alptraum Reagan (II), in: „Antiimperialistisches Informationsbulletin", 11–12/1980, S. 67.
53) „Die Welt" v. 24. 11. 1980, S. 7.
54) Vgl. hierzu etwa: Graham/Slocombe, Should the United States . . ., a.a.O.; Strobe Talbott, U.S.-Soviet Relations: From Bad to Worse, in: „Foreign Affairs", Vol. 58, No. 3, S. 515–540, hier S. 535.

hat die Vergangenheit hinreichend gezeigt – keine Abkommen erzielt werden.

Unter solchen Bedingungen verwundert es nicht, daß die Neokonservativen auch mit ihren Vorschlägen zum wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Austausch mit den sozialistischen Ländern hinter alle nach 1969 im Zuge der Entspannungspolitik formulierten Positionen weit zurückfallen[55]). Teilweise werden auch die krudesten Versatzstücke aus der Zeit des Kalten Krieges wieder hervorgeholt: etwa die „Idee", durch verschärften Rüstungswettlauf die UdSSR wirtschaftlich zu lähmen.

Fragt man nach den *Ursachen* einer solchen Zuspitzung und Verengung des politischen Optionsspielraums, so müßten sicherlich mehrere Ebenen historisch und logisch-systematisch untersucht werden. Etwa die Frage nach der Tradition und spezifischen Verankerung hegemonial-missionarischen Denkens in den USA; nach dem Zusammenhang politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Determinanten der Aufrüstung; nach den inneren Widersprüchen des in den 60er/70er Jahren formulierten amerikanischen Entspannungsverständnisses sowie des Rüstungskontrollkonzepts; nach der Vereinbarkeit der NATO-Abschreckungsdoktrin mit den Erfordernissen politischer und militärischer Entspannung; nach dem Prozeß der innenpolitischen Durchsetzung der Entspannungspolitik und den von jeher labilen Mehrheitsverhältnissen für diese Politik in den USA; nach den Fraktionierungen der nationalen Bourgeoisie und deren spezifischer Interessenlage; nach den Ursachen, Wirkungen und Perspektiven der zunehmend krisenhafteren Reproduktion des Imperialismus; nach den Realisierungsbedingungen der vorgeschlagenen Strategie und der historischen Funktionalität bisheriger Orientierungen; nach der Spezifik der in den 70er Jahren erlittenen Machteinbußen usw. usf. Unabhängig von dieser – noch zu führenden! – Diskussion muß als vorläufiges *Ergebnis* der vorliegenden Betrachtung neokonservativer Programmatik festgehalten werden:

Diese Politik liegt in der Annahme begründet, daß
– sozialer Wandel in der Dritten Welt entweder aufgehalten oder stets in prowestliche Bahnen gelenkt werden kann
– Aufrüstung und Krieg das zentrale Unterpfand der Diplomatie und Außenpolitik sind (und zwar *Krieg* gedacht als *stets mögliche Praxis,* nicht als von vornherein abschreckende und daher nicht mehr realisierte bzw. realisierbare Drohung)[56])
– eine militärische Parität und politische Gleichberechtigung zwischen Sozialismus und Kapitalismus unannehmbar sind und daß diese seit Ende der 60er Jahre erzielte Parität revidiert werden kann (hier mischen sich in eigenartiger Weise die Geisterbilder des alles erwürgenden Moloch Sozialismus

55) Vgl. hierzu auch die ausführliche Diskussion über „Trade, Technology, and Leverage", in: „Foreign Policy", No. 32, Fall 1978, S. 63–107.
56) Vgl. Robert Lasch, War Fever. The durable myths of the Cold War still cast their spell, in: „The Progressive", July 1980, S. 14–18, hier S. 18.

und das illusionäre Hoffen auf dessen inneren Zusammenbruch)
– in der gegenwärtigen Situation innerer und äußerer Krisen des Imperialismus allein die Flucht nach vorn auf der Basis eines langfristigen Konzepts einen Ausweg weisen könne und schließlich daß
– der Aufbau eines „amerikanischen Jahrhunderts" mehr an subjektiven Unzulänglichkeiten und konzeptionellen Planungsfehlern gescheitert ist als an objektiven Kräfteverhältnissen[57]).

Freilich gibt es auch in den USA Kräfte, die erkannt haben, daß dergleichen Vorstellungen durch die Praxis längst widerlegt, also Illusion und Wunschdenken sind. Cyrus Vance etwa hat nach seinem Ausscheiden aus der Regierung Carter in eindringlichen Worten vor diesem Kurs gewarnt. Bevor die USA überhaupt „einen zusammenhängenden und entschlossenen außenpolitischen Kurs" abstecken könnten, müßten gravierende Trugschlüsse aus dem Weg geräumt werden, z.B. der Trugschluß, „daß eine einzige Strategie – ein Meisterplan – Lösungen für alle nur erdenklichen außenpolitischen Entscheidungen bieten wird", oder die Vorstellung, „nichtmilitärische Probleme militärisch lösen zu können", oder die Annahme, „daß wir die Sowjetunion beherrschen könnten, wenn wir das nur wollten. Diese überholte Idee hat mehr mit Nostalgie als mit der heutigen Realität zu tun." – „Die neue Nostalgie führt uns zu vereinfachenden Lösungen und zu Illusionen. Es ist selbstgefälliger Unsinn, der uns irreführt oder vielleicht sogar ins Unglück stürzt."[58]) Gerade die Beziehungen zur UdSSR müßten durch ein *ausgewogenes Verhältnis* von Kooperation und Konfrontation bestimmt sein. Ganz ähnlich formulierte George F. Kennan seine Kritik[59]).

Heftige Kritik wird in erster Linie an der Verengung der neokonservativen Politikdiskussion auf den militärstrategischen Bereich geübt. Earl Ravenal etwa, früher im Pentagon beschäftigt, greift Tucker und Gray/Payne an: Wenn die Vereinigten Staaten am Persischen Golf wirklich nur damit „drohen können, den Planeten in die Luft zu sprengen, dann sollten sie sich gegen den Verlust von Öl schützen und nicht planen, einen Weltkrieg anzufangen."[60]) Robert Legvold, Mitglied des Council on Foreign Relations, einer außenpolitischen Clearing-Stelle, verweist darauf, daß man mit der Verdammung der UdSSR nicht weiterkomme; man müsse sich auch die Fähigkeit bewahren, das eigene Verhalten kritisch zu überdenken. Nicht nur die Carter-Administration sei für die Verschlechterung der Beziehungen zur UdSSR verantwortlich zu machen: die USA hätten noch immer kein konsistentes Programm als Grundlage ihrer Sowjetpolitik entwickelt[61]). William Bundy, Herausgeber der einflußreichen Politikzeitschrift „Foreign Affairs", wendet sich gegen den Irrationalismus

57) Vgl. Barry M. Blechman, Do Negotiated Arms Limitations have a Future?, in: „Foreign Affairs", Vol. 58, Fall 1980, S. 102–125, hier S. 110ff.
58) Cyrus Vance, Rede an der Harvard-Universität, 5. 6. 1980, in: „horizont", Nr. 28/1980, Beilage, S. 3.
59) Vgl. u.v.a. Kennan, Die russische Gefahr, a.a.O.
60) Earl C. Ravenal, Doing Nothing, in: „Foreign Policy", No. 39, Summer 1980, S. 28–39; vgl. Charles William Maynes, Richard H. Ullman, Ten Years of Foreign Policy, in: „Foreign Policy", No. 40, Fall 1980, S. 3–17.
61) Vgl. Robert Legvold, Containment without Confrontation, in: „Foreign Policy", No. 40, Fall 1980, S. 74–98, hier S. 88.

und die Emotionalität der gegenwärtigen Debatte, insbesondere während des Wahlkampfes. Die Frage etwa, warum die USA welches Land wann „verloren" hätten (ob ehedem China oder heute Iran, Nicaragua etc.), sei völlig falsch gestellt. Internationale Beziehungen könnten nicht in Kategorien kapitalistischen Eigentums (Besitz/Verlust) gedacht werden bzw. die vielbeklagten „Verluste" würden immer dann zur Self-fulfilling-prophecy, wenn man daranginge, seinen „Besitz" nur auf Waffengewalt abzustützen und allein mit militärischer Macht zu verteidigen. Zwar sei militärische Intervention mitunter unumgänglich; sie dürfe jedoch nie das hauptsächliche oder alleinige Instrument der Politik sein. Die Stabilität der Dritten Welt werde in erster Linie durch eine überlegte Wirtschaftspolitik hergestellt[62]).

Posen und Van Evera bestreiten die Notwendigkeit erhöhter Rüstungsausgaben: die USA seien auf keinem Gebiet unterlegen; auch stünden ausreichende Interventionskapazitäten für die Dritte Welt zur Verfügung[63]). Andere Autoren ziehen daraus den Schluß, daß gerade jetzt, in Spannungszeiten also, die noch verbliebenen Möglichkeiten der Rüstungskontrolle offensiv genutzt werden müßten bzw. daß man mit der Rüstungskontrolle einen neuen Anfang machen müsse. Empfehlenswert sei eine Rüstungskontrollpolitik der „kleinen Schritte", die von politisch vertrauensbildenden Maßnahmen getragen werden müßte. Auf dieser Basis müsse dann ein Rüstungskontrollkonzept formuliert werden, das die Bereiche der konventionellen, taktisch-nuklearen und strategisch-nuklearen Rüstung integriert behandle[64]). Entscheidend für den Augenblick sei nach wie vor die Ratifizierung von SALT II durch den US-Senat[65]).

Vereinzelt melden sich auch sog. „limitationistische" Kritiker zu Wort, die den Aktionsspielraum amerikanischer Außenpolitik generell beschränken wollen und daher für eine Politik der strikten Non-Intervention und der konsequenten Abrüstung (weit über Rüstungskontrolle hinausgehend) plädieren[66]).

Zahlreiche Autoren ziehen aus der Verurteilung der Carter'schen Praxis bzw. des neokonservativen Entwurfs den Schluß, die Zeit sei reif für eine „zusammenhängende *und* flexible Strategie" amerikanisch-sowjetischer Beziehun-

62) William P. Bundy, Who Lost Patagonia? Foreign Policy in the 1980 Campaign, in: „Foreign Affairs", Vol. 58, No. 1, S. 1–28; im Grunde genommen wiederholt Bundy hier Positionen, die bereits Ende der 50er Jahre von George F. Kennan gegen den Militarismus der damaligen Containment-Politik geltend gemacht wurden. Schon diese Tatsache allein wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der gegenwärtigen Debatte in den USA.

63) Barry Posen, Stephen Van Evera, Overarming and Underwhelming, in: „Foreign Policy", No. 40, Fall 1980, S. 99–118.

64) Vgl. u.a. Alton Frye, How to Fix SALT, in: „Foreign Policy", No. 39, Summer 1980, S. 58–74; Leslie H. Gelb, A Glass Half Full, in: „Foreign Policy", No. 36, Fall 1979, S. 21 ff; John M. Lee, An Opening „Window" for Arms Control, in: „Foreign Affairs", Vol. 58, No. 1, S. 121–141; vgl. Blechman, Do negotiated Arms Limitations . . ., a.a.O.

65) Vgl. McGeorge Bundy, High Hopes and Hard Reality . . ., a.a.O.

66) Vgl. Richard Barnet, U.S.-Soviet Relations: The Need for a Comprehensive Approach, in: „Foreign Affairs", Vol. 57, No. 4, S. 779–796; vgl. Ravenal, Doing Nothing, a.a.O.; vgl. Amory Lovins, L. Hunter Lovins, Leonard Ross, Nuclear Power and Nuclear Bombs, in: „Foreign Affairs", Vol. 58, No. 5, S. 1137–1177.

gen[67]). Diese „neue Flexibilität" müsse sich nicht nur auf alle Bereiche des zwischenstaatlichen Verhältnisses beziehen, sondern einem integrierten Konzept für die generelle Ausgestaltung amerikanischer Ostpolitik zugrundeliegen. Wenngleich noch wenig differenziert und diskutiert, scheint diese Forderung auf eine Wiederbelebung des ursprünglichen Entspannungskonzepts aus der Ära Nixon/Kissinger hinauszulaufen[68]). Die Debatte darüber steht jedoch erst am Anfang.

Welche politische Bedeutung haben diese Positionen in der gegenwärtigen Auseinandersetzung? Rein quantitativ gesehen, sind die Kritiker eindeutig in der Minderheit – wenngleich ihnen bisher relativ viel Raum in den meinungsmachenden Zeitschriften „Foreign Affairs" und „Foreign Policy" eingeräumt wurde. Ihre Alternativentwürfe sind darüber hinaus konzeptionell sehr schwer zu vereinigen, da sie von den unterschiedlichsten politischen Grundsatzpositionen ausgehen: das Spektrum reicht von Isolationisten bis hin zu Anhängern des ursprünglichen Trilateralismus, die die Zuspitzung auf den Konfrontationskurs in der politischen Praxis ablehen, die theoretische Bestimmung der Entspannungspolitik im trilateralen Globalkonzept[69]) aber gutheißen. Demgegenüber präsentieren die Neokonservativen bis dato einen in sich geschlossenen außenpolitischen Entwurf.

V

Zersplitterte Minderheit hie – einheitliche Mehrheit da: läßt dies erwarten, daß die neokonservativ-orthodoxe Linie auch in Reagans Regierungsprogramm dominieren oder gar in dieser Form politisch realisiert werden wird?

Diese Frage kann augenblicklich noch nicht mit einem eindeutigen „ja" oder „nein" beantwortet werden. Zwischen der Formulierung politischer Absichten – auch wenn sie von der herrschenden Klasse mehrheitlich getragen werden – und der tatsächlichen Praxis liegt gerade in der Außenpolitik ein langer Weg: es geht dabei in den USA zunächst um die Formulierung einer Politik, die die Interessenlage und politische Linie eines möglichst großen Teils der nationalen Bourgeoisie (von der nicht behauptet werden kann, daß sie die Reagan-Linie ausnahmslos unterstützt) abdeckt, schließlich um die Koordination dieser Politik mit den Erfahrungswerten früherer administrativer Entscheidungsträger und (zumindest) mit den wichtigsten Bündnispartnern (auch wenn konzeptionell am amerikanischen Führungsanspruch hegemonialer Art festgehalten wird).

67) Vgl. Stanley Hoffmann, A View from At Home: The Perils of Incoherence, in: „Foreign Affairs", Vol. 57, No. 3, S. 463–492; vgl. Seyom Brown, An End to Grand Strategy, in: „Foreign Policy", No. 32, Fall 1978, S. 22ff; vgl. Dimitri Simes, Détente, Russian-Style, in: „Foreign Policy", No. 32, Fall 1978, S. 47ff.

68) Vgl. z. B. Legvold, Containment . . ., a.a.O.; er empfiehlt die Zwei-Säulen-Theorie der NATO aus dem Jahr 1967 (Aufrüstung und Entspannung als grundsätzlich vereinbare Momente) als Grundlage künftiger Entspannungspolitik. Ein – wie die Geschichte der Entspannungspolitik zeigt – sehr problematischer Vorschlag. Zu Nixons/Kissingers Theorie der Entspannungspolitik, vgl. Greiner, Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 90ff.

69) Vgl. Greiner, Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 180ff.

Bis zu welchem Grad diese konkreten Auseinandersetzungen den gefährlichen Illusionismus zurückzudrängen vermögen, kann allein die politische Praxis erweisen. Zur Verdeutlichung: Richard Nixons 1968er Wahlkampf und die politische Vergangenheit dieses Mannes gaben wenig Anlaß zu der Vermutung, daß er sich als Präsident zu einer zwar nicht widerspruchsfreien, aber doch realistischen Entspannungspolitik durchringen würde. Zur Relativierung dieses Beispiels muß jedoch zugleich eingewandt werden, daß der Nixon-Wahl qualitativ andere Akzentsetzungen in der außenpolitischen Diskussion in den USA vorausgingen und daß der im November 1980 teilweise neugewählte Kongreß kaum hoffen läßt, er werde mäßigend auf das Weiße Haus einwirken. Mit einem „Nixon-Effekt" kann also zumindest in der Anfangsphase einer Präsidentschaft Reagan schwerlich gerechnet werden.

Unter diesen Voraussetzungen wäre es bereits – so paradox das klingen mag – ein Fortschritt, wenn keine weiteren Verschlechterungen eintreten und die USA mittelfristig gezwungen werden könnten, vom Konzept globaler Militarisierung und Konfrontation abzurücken. Es hat augenblicklich den Anschein, als sei der Meinungsbildungsprozeß über das innen- *und* außenpolitische Regierungsprogramm Reagan noch nicht endgültig abgeschlossen. (Z. B. ist ein von Vertretern der verschiedensten Richtungen besetztes Expertenteam noch damit beschäftigt, bis Anfang 1981 ein Grundlagenpapier über die künftigen Beziehungen zur UdSSR auszuarbeiten[70]).

Wie immer dieser Meinungsbildungsprozeß ausgehen und das Regierungsprogramm aussehen wird, fest steht, daß sich die USA bereits unter Carter auf einen gefährlichen Kurs begeben haben und daß die Reagan tragende „neue Mehrheit" im Augenblick ein noch unberechenbarer Faktor ist, dessen Handlungsspielraum in erster Linie durch entschiedene weltweite Opposition gegen die Verwirklichung seiner ideologischen Grundsatzpositionen eingeengt werden kann und muß. Es besteht jedenfalls kein Grund, von der ursprünglichen Kritik an der Reagan-Linie beschwichtigend und abwartend Abstand zu nehmen. Dies umso weniger, als gerade den Westeuropäern bestimmte ideologisch-pädagogische Aufgaben zufallen, wie Norman Birnbaum meint: „Die Europäer sollten ihren sehr beträchtlichen Einfluß, ja sogar die Macht, die sie besitzen, nicht unterschätzen. Ihre Aufgabe ist nicht zuletzt eine pädagogische. Zusammen mit nachdenklicheren und nüchterneren amerikanischen Politikern können sie der Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten helfen, sich der Wirklichkeit anzupassen, die allzuviele in der amerikanischen Elite noch nicht anerkennen wollen."[71])

70) Vgl. „Wireless . . ." v. 27. 10. 1980, S. 18 (Commission to Study U.S. Policy toward U.S.S.R.)
71) Birnbaum, Amerikanische Außenpolitik als Funktion . . ., a.a.O., S. 564.

Militarisierung der Umwelt

Ökologische, raum- und kommunalpolitische Folgen der Aufrüstung

Von Stephan Bartjes, Renate Krysmanski und Rudi Wiengarn

Vorbemerkung

Der Bundesrepublik kommt innerhalb der NATO-Strategie eine ständig an Bedeutung zunehmende Rolle als Truppenstandort und Lagerungsstätte von schwerem Kriegsmaterial – Panzer, Bomben und Atomraketen – zu. Eine forciert betriebene Hochrüstung schafft gerade für die BRD vielfältige Gefahren und Belastungen für die Bevölkerung, da hier die materielle Vorbereitung des Umschlags vom kalten in den heißen Krieg nicht nur verbal betrieben wird.

Vor diesem Hintergrund erscheint es uns wichtig, die Inanspruchnahme von Raum und Infrastruktureinrichtungen durch das Militär in der Bundesrepublik aufzuzeigen. Die Notwendigkeit, die Forderung nach Abrüstung auch von regionalwissenschaftlicher Seite zu untermauern, ist offenkundig.

Das konkrete Ausmaß militärischer Raumnutzung, massiver Beeinträchtigung von Umwelt und Lebensqualität aufzuzeigen, gestaltet sich sehr schwierig, denn eine rigide gehandhabte Geheimhaltungspolitik zwingt dazu, bereits bei der Feststellung des tatsächlichen Raumbedarfs militärischer Einrichtungen auf Schätzungen zurückzugreifen. Bei mittelbaren Erscheinungsformen wie der Deformation von Infrastruktursystemen durch militärische Zwecksetzungen gelingt es ebenfalls nur näherungsweise und an Einzelbeispielen, in die Grauzone der militärischen Einflußnahme auf alle Bereiche der Regionalentwicklung und Raumplanung einzudringen.

Dies muß bei den folgenden Ausführungen berücksichtigt und eventuell unvollständigen Schlußfolgerungen zugute gehalten werden. Wir halten das Verfahren, aufgrund gesicherter Aussagen und trendmarkanter Einzelbeispiele den Verlauf der tatsächlichen Entwicklung nachzuzeichnen umso mehr für legitim, als der Informationsgehalt amtlicher Veröffentlichungen – etwa des Weißbuchs – sich von Jahr zu Jahr reduziert und immer mehr den Charakter einer Nacherzählung verteidigungspolitischer Dogmen trägt.

1. Raumwirksame Effekte von Rüstungsausgaben

Nach Ansicht von Militärwissenschaftlern zählen zu den mittelbaren Rüstungslasten: die Aufrechterhaltung der ständigen Bereitschaft der Wirtschaft zur Entfaltung der Kriegsproduktion; die Anlage ausreichender Materialreserven; Bereitstellung von Straßen mit erhöhter Durchlaßfähigkeit, Verkehrsknotenpunkte und Brücken mit verstärkter Tragfähigkeit sowie die Rationalisierung und Flexibilität des Eisenbahnnetzes; die Anlagen des übrigen Ver-

sorgungssystems, des Kommunikationsnetzes und Schutzeinrichtungen für Wirtschaft und Bevölkerung gegen Waffenwirkungen (sog. Zivilverteidigung bzw. Katastrophenschutz).

Zu diesen „indirekten" Rüstungslasten, die als solche nur noch mit Mühe erkennbar sind, gehören vor allem auch diejenigen Infrastrukturmaßnahmen, die vor dem Hintergrund eines bestimmten Angriffs- bzw. Verteidigungskonzeptes und deren Veränderungen erfolgen[1]). Eingriffe in die Siedlungsstruktur durch veränderte Standortverteilung der Industrie; Auflockerung sog. Verdichtungsgebiete durch Dezentralisierung wichtiger Produktionseinheiten; Vergeudung natürlicher Ressourcen und Arbeitskraft. Gerade ökologische Effekte der Militarisierung – wie die Vergeudung von natürlichen Ressourcen und Arbeitskraft – und die damit verbundenen Probleme sind bislang als militärisch verursachte Belastung nur ansatzweise im Bewußtsein der Bevölkerung verankert. Dies scheint sich gegenwärtig zu ändern – wie die bundesweit zunehmenden Proteste zeigen.

Über die Zusammenhänge zwischen Raumordnungspolitik und militärischen (öffentlichen) Ausgaben gibt es kaum – und das ist nicht verwunderlich – wissenschaftliche Untersuchungen. Zum einen ist die Untersuchung der Raumwirksamkeit öffentlicher Ausgaben überhaupt erst seit kurzem im Blickfeld wissenschaftlicher Forschung, zum anderen trägt diePolitik der Geheimhaltung, die systematische Ausblendung des militärischen Komplexes aus Landesplanungen, offiziellen Daten und Karten (vgl. weiter unten), den Haushaltsplänen, Landesentwicklungsplänen etc. erheblich dazu bei.

Das wesentliche Problem stellt die Ermittlung des räumlichen (regionalen) Niederschlags der öffentlichen Einnahme- bzw. Ausgabenströme dar. Die Aufschlüsselung des Verteidigungsetats – dessen Gewicht als Einzeletat im Bundeshaushalt besonders hoch ist – unterliegt hier noch zusätzlichen Schwierigkeiten[2]).

Zu den wenigen vorhandenen Fallstudien gehören die Forschungsberichte der Hochschule der Bundeswehr in München. Sie versuchen am Beispiel Bayerns – vor allem im Bericht Nr. 2 –, „einen Beitrag zur ex post-Regionalisie-

1) H.-B. Schuhwirth, Gesamtverteidigung und Raumordnung in der BRD, in: „Europäische Wehrkunde", 25. Jg., H. 8/1976, S. 402.

2) Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Stadt und militärische Anlagen, Forschungsberichte Bd. 114, Hannover 1977; H. Maneval und G. Neubauer, Untersuchungen über die Wirkung von Verteidigungsausgaben auf die regionale Wirtschaftsstruktur, Forschungsbericht Nr. 1 der Wissenschaftlichen Einrichtung Volkswirtschaftslehre Hochschule der Bundeswehr München, München 1978; dies., Die Rolle der Garnisonen der Bundeswehr für die räumliche Entwicklung – unter besonderer Berücksichtigung des Freistaats Bayern, Forschungsbericht Nr. 2, München 1979; G. Neubauer, Nationale Sicherheit in makroökonomischer Perspektive, in: K. E. Schulz (Hrsg.) Militär und Ökonomie, Göttingen 1977; G. M. Willers, Raumwirksamkeit von Verteidigungsanlagen, in: „Bundeswehrverwaltung", H. 9/1976. Als Diplomarbeiten: J. L. Weißkopf, Garnisonen der Bundeswehr als Instrument der Landesplanung unter besonderer Berücksichtigung des Raumes Bayern, München 1978; E. Kohler, Raumwirksamkeit des Staates – dargestellt am Beispiel der Garnisonen, Stuttgart 1974; D. Weigold, Problemorientierte Raumanalyse von Verflechtungen zwischen militärischen Standorten und benachbarten Gemeinden, München 1977; Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung und Landesplanung „Geschichtliche Entwicklung des Stadtraumes" – Problem „Stadt und Garnison", Tagung in Marburg 1975.

rung des Verteidigungshaushaltes zu liefern"[3]). Die Verfasser bestreiten nicht, „daß die Ziele der Raumplanung hinter dem verteidigungspolitisch optimalen Einsatz der Mittel des Verteidigungshaushaltes zurücktreten müssen. Zu überprüfen ist aber wohl, ob nicht mehr als bisher zur regionalen Entwicklung beigetragen werden kann, ohne den Grad der militärischen Zielerreichung zu beeinträchtigen."[4]) Trotz der unter diesen Umständen reduzierten Ergebnisse ergibt sich zumindest für Bayern doch nützliches Material. Allerdings kann dabei kaum mehr als ein Zustandsbericht herauskommen. Die Abhängigkeit der Dislozierung von Truppenteilen bzw. insgesamt der raumbedeutenden militärischen Infrastrukturmaßnahmen von der Strategie der NATO wird nicht ein einziges Mal auch nur erwähnt. Die Grundzüge der NATO-Strategie – das Konzept der Vorneverteidigung – haben unmittelbar raumwirksame Konsequenzen: die gesamte BRD und die DDR sind die zentralen Aufmarschplätze bzw. Hauptkampfgebiete, „wenn es zu einer direkten militärischen Auseinandersetzung zwischen den Staaten der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) kommt. Nirgendwo in einem vergleichbar großen Gebiet der Welt sind soviel Zerstörungsmittel gelagert, auf keinen in seiner Größe mit Deutschland vergleichbaren Raum sind jemals so viele Raketen gerichtet und Bomber programmiert gewesen wie auf das Territorium der beiden deutschen Staaten."[5])

Bei der Ausblendung dieses Tatbestandes konnte die genannte Untersuchung nichts Überraschendes hervorbringen. Zusammenfassend: „Die Untersuchung des status quo der Verteilung der Garnisonen in Bayern ergab keine besondere Berücksichtigung raumplanerischer Zielvorstellungen. Verdichtungsräume wurden begünstigt, Problemgebiete vernachlässigt. Zumindest für Bayern kann man davon ausgehen, daß Garnisonen das räumliche Ungleichgewicht bisher eher verstärkten als verringerten."[6]) Und noch selbstverständlicher und zugleich naiver: „Die Garnisonen der Bundeswehr werden von der bayerischen Landesplanung als Instrument zur Realisierung ihrer Zielvorstellungen nicht im möglichen Maße genutzt. Dies zeigt sich in erster Linie dadurch, daß die Landesplanungsbehörde bis heute keinen Dislozierungsplan ausarbeitete, sondern nur zu bereits durch die militärischen Stellen geplanten Standorten Stellung nahm."[7])

2. *Dimension militärischer Raumnutzung*

Beim Versuch, den Umfang des militärisch genutzten Geländes festzustellen, sind erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Der Raumordnungsbericht 1974[8]) weist für 1973 in einer Aufstellung der Flächennutzung in der BRD für eine konfus zusammengestellte Rubrik „Friedhöfe, öffentliche Parkanlagen,

3) Maneval/Neubauer, Forschungsbericht Nr. 2, a.a.O., S. 6.
4) Ebd.
5) Vorschläge zur Abrüstung in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1980; in Auszügen veröffentlicht in: „Blätter", 4/1980, S. 491–508.
6) Maneval/Neubauer, a.a.O., S. 58.
7) Ebd., S. 58f.
8) Raumordnungsbericht 1974, Bundesdrucksache 7/3582, S. 47.

Sport-, Flug- und Übungsplätze" die Zahl von 358328 ha aus. Demgegenüber findet sich im Weißbuch 1973/74 die Angabe von 423000 ha militärisch genutzter Fläche[9]). Das jüngst erschienene Weißbuch 1979 schweigt sich hierzu aus. Die erstaunliche Differenz zwischen beiden Zahlen mag der Fähigkeit geschuldet sein, militärisch genutzte Fläche etwa unter Rubriken wie „nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen", wie sie der Raumordnungsbericht aufführt, zu summieren. Die „Dokumentation Militärpolitik"[10]) kommt unter Hinzuziehung weiteren Materials zu der Auffassung, „daß bereits fünf Jahre vor dem Erscheinen des Weißbuchs 1973/74 rund 100000 ha mehr Fläche militärisch genutzt gewesen sein soll, als darin angegeben wird." Dies wären schon 520000 ha ausschließlich militärischer Nutzung unterliegenden Geländes. Die Vermutung, daß das tatsächlich militärisch genutzte Gelände wesentlich größer ist, als die Zahlen ausweisen, wird erhärtet, betrachtet man das Umweltgutachten 1978 der Bundesregierung. Unter derselben Rubrik wie eingangs aus dem Raumordnungsbericht zitiert findet sich die Zahl von 372000 ha. Gegenüber dem Jahr 1966 wird für 1976 eine Nutzungsveränderung zugunsten der o. a. Rubrik von 29,1 % angeführt[11]). Es erscheint schwer vorstellbar, daß diese Steigerung einem derartig größeren Raumbedarf etwa der Friedhöfe zuzuschreiben wäre.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen stellte fest, daß ausländische Streitkräfte und Bundeswehr ihre militärischen Anlagen allein von 1972 bis 1977 um ca. 35 % ausdehnten[12]). Im Zusammenhang mit der Heeresstrukturreform, die u. a. die Zahl der Brigaden um drei auf 36 vermehrt, wird der Bau von 1900 neuen Übungsplätzen notwendig. Damit würde sich die Gesamtzahl der Wehrübungsplätze auf 5900 belaufen[13]).

Aus den widersprüchlichen Zahlenangaben über tatsächlich militärischer Nutzung unterliegendes Gelände sowie aus dem angemeldeten und sich abzeichnenden zukünftigen Raumbedarf läßt sich u. E. der aktuelle Umfang militärischer Raumnutzung von ca. 600000 ha ableiten. Dies entspräche einem Anteil von 2,4 % der Wirtschaftsfläche der BRD! Im Vergleich dazu: Die Gesamtfläche der Naturschutzgebiete in der Bundesrepublik umfaßte 1976 0,9 % der Landesfläche[14]) oder 216000 ha (die Wirtschaftsfläche entspricht 99,5 % der Landesfläche).

Mit diesen Zahlen ist jedoch nur das unmittelbar militärisch genutzte Gelände erfaßt. Es gilt noch die Tatsache zu bedenken, daß bestimmte Formen militärischer Raumnutzung Nutzungsrestriktionen in der Form nach sich ziehen, daß für das umgebende Gelände untersagt wird, bestimmte Bauhöhen zu überschreiten oder es einer anderen als der landwirtschaftlichen Nutzung zu-

9) Weißbuch 1973/74, S. 203.
10) Dokumentation Militärpolitik Nr. 6: Militär und Umwelt, Evangelische Akademie Arnoldshain (Hrsg. u. a.), Stuttgart 1977, S. 10.
11) Umweltgutachten 1978, Bundesdrucksache 8/1978, Ziff. 1209, S. 389.
12) Vgl. „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) v. 7. 6. 1979.
13) „Europäische Wehrkunde", 27. Jg., H. 12/1978, S. 643.
14) Umweltgutachten 1978, a.a.O., Ziff. 1237, S. 399.

zuführen. Das kann Gemeinden daran hindern, diese – häufig verkehrsgünstig gelegenen – Gebiete z.B. als Ansiedlungsgebiet für Wirtschaftsunternehmen, für Naherholungsgebiete, als Reserveland für Stadterweiterungen usw. zu erschließen – alles Raumnutzungen, die dauerhafter als eine militärische Nutzung die Wirtschaftskraft der Region zu stabilisieren vermögen. Weiterhin entstehen hohe gesellschaftliche Kosten dadurch, daß Infrastruktureinrichtungen wie Straßen, Leitungssysteme (Strom, Telefon, Pipelines u.ä.) um Militäranlagen herumgeführt werden müssen.

3. *Manöver – Ausmaß und Schäden*

Die bislang in der Bundesrepublik abgehaltenen NATO-Manöver hatten stets ein hohes Maß an Beeinträchtigungen für die Bevölkerung und irreparable Schädigungen der Natur im Gefolge. Am Manöver „Autumn Forge" im Herbst 1978 nahmen 165000 Soldaten und 4000 Reservisten mit 80000 Militärfahrzeugen (darunter 6000 Panzer) teil[15]).

Der Bewegungsspielraum, den sich die Militärs anmaßen, nimmt Dimensionen an, die einen „Zeit"-Kommentator feststellen lassen: „Der kapitale Punkt ist der Hinweis der NATO-Militärs auf die Verpflichtungen gegenüber der Allianz, besonders auf den Artikel 45 des Truppenstatuts über das Recht der Stationierungsmächte, ihre Streitkräfte im Bundesgebiet nach den vom NATO-Oberbefahlshaber gegebenen Richtlinien zu verstärken, zu bewegen und üben zu lassen. Bonn ist hier nicht souverän." [17])

Verteidigung, zumal gestaltet als Drohgebärde, hat ihren Preis: „Eine Panzergrenadierbrigade verbrauchte während einer zweiwöchigen Übung 825 Kubikmeter Betriebsstoff, 305 Tonnen Munition (an zehn Schießtagen) und 134,5 Tonnen Verpflegung. Die Starfighter eines Jagdbombergeschwaders verbrauchten im Jahr 1970 rund 35000 Kubikmeter Betriebsstoff – eine Transportkapazität von 35 Güterzügen mit je 50 Kesselwagen von 20 Tonnen." [18]) Während des Manövers „Autumn Forge" 1979 wurden nach Angaben eines Pressesprechers in sechs Tagen mehr als 6 Mio. Liter Treibstoff verbraucht[19]). Mit dieser Benzinmenge könnten 60000 VW die Strecke von Flensburg nach Füssen zurücklegen.

Manöver – gerade in einem solchen Ausmaß – rufen vielfältige und schwerwiegende Schäden hervor. Neben Personenschäden bei Unfällen[20]) sind es zumeist Flurschäden bzw. die Vernichtung von Erntegut und die Zerstörung landwirtschaftlich nutzbarer Fläche auf Jahre hinaus, bis hin zu Schäden in Naturschutzgebieten. Die Beseitigung solcher Schäden kann Jahre dauern.

---

15) „Die Welt" v. 24. 9. 1978.
16) Entfällt.
17) „Die Zeit" v. 27. 4. 1978.
18) Weißbuch 1971/72, S. 33.
19) DVZ v. 4. 10. 1979.
20) „Die Welt" v. 24. 9. 1978 berichtet von 13 Todesopfern und 120 Verletzten infolge von „Autumn Forge" 1978.

Im Gegensatz zu früher fanden die hier ausführlicher erwähnten Manöver 1978 teilweise noch statt, während das Getreide auf den Feldern stand. Entsprechend hoch ist auch das Ausmaß der Flurschäden. Vorab wurden für die Übung „Blue Danube" bereits 5 Mio. DM als Entschädigung für Flurschäden bewilligt[21]). Die Manöverschäden im Jahre 1978 betrugen insgesamt 101,1 Mio. DM und sind gegenüber 1977 um mehr als 20% gestiegen[22]). Allein in Hessen sind nach erster Schätzung 10 Mio. DM Schaden durch die beiden Herbstmanöver „Certain Shield" und „Red Tornado" entstanden. Der hessische Finanzminister Reitz erwartete 10000–12000 Entschädigungsanträge[23]). Doch mit der Entschädigung hapert es. 1978 waren noch 1000 Anträge aus dem Jahre 1977 unbehandelt, obwohl seinerzeit „nur" 7000 Anträge in Hessen gestellt worden waren[24]).

Überhaupt nicht tauchen in den Aufstellungen über Manöverschäden die indirekten Kosten wie Verzögerungen im Berufsverkehr durch Truppenbewegungen und die Sperrung von Straßen, erhöhte Straßenreinigungskosten oder Verspätungen im Zugverkehr infolge von Oberleitungsbeschädigungen durch Militärfahrzeuge auf.

Eine weitere Auswirkung solcher Manöver ist die akute Gefährdung der zivilen Luftfahrt. Im Rahmen des Manövers „Cold Fire" mußte „ein größerer Teil der Luftraumüberwachung im Raum Marburg/Würzburg/Fulda an militärische Stellen abgegeben werden"[25]), die mangels Erfahrung solchen Anforderungen nur unzureichend gewachsen sind. Hinzu kommt: „Sogenannte Luftverteidigungsflüge werden bei der zivilen Flugsicherung nicht angemeldet, zu erreichen sind die Piloten in Gefahrensituationen nur über die Notfrequenz 243,0."[26]) Damit erhöht sich sprunghaft die Gefahr von Beinahezusammenstößen in der Luft. 1975 erfolgten 1,2 Mio. Starts von Militärmaschinen. Diese machten bei 320 Beinahezusammenstößen einen Anteil von 70% aus[27]). Die Gefahr sog. near-misses wird zu Zeiten auch willkürlich heraufbeschworen, etwa wenn Piloten von Militärflugzeugen sich Zivilmaschinen als Objekte für Anpirschübungen u.ä aussuchen.

4. *Umweltrelevanter Aspekt Lärm*

Lärmschäden gehören zu den am häufigsten auftretenden Berufskrankheiten. Ebenso gravierend sind die durch Straßen- und Fluglärm hervorgerufenen Beeinträchtigungen bei der Bevölkerung. EMNID-Untersuchungen haben ergeben: „Während sich 1960 rund 8% der Befragten durch Fluglärm jeglicher Art gestört fühlten, waren es 1976 17,7%."[28]) Ein erheblicher Teil des

21) „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 22. 9. 1978.
22) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 24. 8. 1979.
23) FR v. 6. 10. 1978.
24) FR v. 6. 11. 1978.
25) „Rheinische Post" v. 19. 9. 1978.
26) „Der Spiegel", Nr. 13/1977, S. 116.
27) „Der Spiegel" Nr. 7/1976, S. 32.
28) Umweltgutachten 1978, a.a.O., Ziff. 763, S. 257.

Fluglärms wird durch Militärflugzeuge verursacht. Es gibt in der Bundesrepublik ca. 90 Militärflughäfen. Und: „Für Tiefflüge zwischen 150 und 460 Meter ist nahezu das gesamte Gebiet der BRD freigegeben, wobei Städte mit mehr als 100000 Einwohnern umflogen werden müssen . . ."[29]) Besonders hoch sind die Beeinträchtigungen und Schädigungen für die Bevölkerung in der Nähe von Flughäfen oder nahe bei Bombenabwurfplätzen wie Nordhorn-Range. Wissenschaftler der University of California kamen zu dem Ergebnis: „In der Bevölkerung, die in der unmittelbaren Nähe des Los Angeles Airport wohnen, ist die Einlieferungsrate in psychiatrische Kliniken um 29% höher als bei den 10km entfernt liegenden Wohngegenden."[30]) Hinzu kommt folgende Feststellung aus dem Umweltgutachten 1978 der Bundesregierung: „Eine interessante Beobachtung ist, daß die Zahl der übermäßig lärmempfindlichen Personen mit Zunahme der Wohndauer im Flughafenbereich zunimmt und daß bei einer Residenzdauer von weniger als sechs Monaten nur 16% die Möglichkeit der Gewöhnung an Fluglärm verneinten, während dies bei einer Residenzdauer von zehn Jahren und mehr bei 30% der Fall war."[31]) Jenes Umweltgutachten, welches allein einer Tabelle über die Anzahl der öffentlichen Abfallbeseitigungsanlagen eine Doppelseite und nachfolgend über 30 Quellenangaben widmet, stellt zur Reaktion auf von Militärflugzeugen hervorgerufenen Lärm lapidar fest: „Es ist anzunehmen, daß Belästigungsreaktionen durch Militärflugzeuge weitgehend durch Attitüden und andere extraexpositionale Faktoren, insbesondere auch solche der politischen Einstellung, moderiert werden . . ."[32])

5. *Umweltrelevanter Aspekt Strahlenschäden*

Legt man die Zahl von 7000 amerikanischen Atomsprengköpfen auf dem Boden Westeuropas zugrunde[33]) und geht davon aus, daß der größte Teil auf dem Boden der Bundesrepublik gelagert wird, so läßt sich die Dimension der Umwelt- und Lagerungsgefahren etwa folgendermaßen beschreiben: Selbst unter der Annahme, es handele sich hier nur um sog. kleine Sprengköpfe mit einem Plutoniumgehalt von 10kg, würde dies bedeuten, daß allein mit den in der BRD stationierten Atomwaffen 40 bis 50 Tonnen Plutonium „end"gelagert werden; zum Vergleich: Die geschätzte Plutoniumproduktion aller Kernkraftwerke der Welt soll gegen Ende 1980 etwa 50 Tonnen betragen[34]).

Welche Folgen für die Zivilbevölkerung der Einsatz der Neutronenbombe hätte, an der die Militärs besonders die „Sauberkeit", „Handhabbarkeit" usw, preisen, dazu schreibt Prof. Norma Miettinen, Mitglied der Finnischen Akademie der Wissenschaften, der Pugwash-Bewegung und ständiger Konsultant des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI): „Die Kernwaffen mit

29) Ebd., Ziff. 766, S. 261.
30) „Der Spiegel", Nr. 3/1977, S. 129.
31) Umweltgutachten 1978, a.a.O., Ziff. 764, S. 258.
32) Ebd., Ziff. 766, S. 262.
33) U. de Maizière, Verteidigung in Europa-Mitte, München 1975, S. 62.
34) „Europäische Wehrkunde", 26. Jg., H. 10/1977, S. 525.

verstärkter Strahlung werden als ‚klein' und ‚sauber' bezeichnet. In Wirklichkeit sind sie ‚sauber' nur für Bauten, nicht aber für Lebewesen. Neutronenwaffen würden Personen in Stunden oder Tagen töten, wenn die Strahlendosis sehr groß wäre – etwa 80 bis 180 Gy, wie das im Handbuch der US-Streitkräfte empfohlen wird. Diese Dosis wird in einem Wirkungsradius von etwa 1000 m erreicht. Jedoch wären viel mehr Soldaten (und in Städten auch Zivilpersonen) in größerer Entfernung Strahlendosen zwischen 6 und 2 Gy ausgesetzt. Dadurch müßte ein Teil der Opfer im Lauf von Wochen und Monaten qualvoll sterben. Diejenigen aber, die dem Tode entrinnen würden, wären für den Rest ihres Lebens ebenso hilflose Individuen wie viele Opfer von Hiroshima und Nagasaki."[35])

6. NATO-Strategie und Dislozierung

„In über 350 Städten und Gemeinden unseres Landes sind Soldaten mindestens in Bataillonsstärke stationiert."[36]) Über zwei Drittel dieser Standorte lagen 1964 in Städten und Gemeinden mit weniger als 50000 Einwohnern[37]), wodurch die Bundeswehr schon zahlenmäßig eine nicht unerhebliche Rolle innerhalb dieser Kommunen spielt.

Die Stationierung von Bundeswehreinheiten scheint für viele Kommunen gerade in strukturschwachen Gebieten von großer Attraktivität zu sein; so bewarben sich z.B. 1966 über 250 Gemeinden um eine Stationierung[38]).

Die Dislozierung von Truppen erfolgt nach strategischen Gesichtspunkten der NATO. Die Grundzüge dieser Strategie sind zusammengefaßt im Konzept der „flexible response", von der konventionellen nichtnuklearen Kriegsführung über den taktischen Atomwaffeneinsatz bis zum strategischen Atomkrieg eskalierend. Für den Bereich der Bundesrepublik wird besonders der Ausbau der Stufen eins und zwei dieser Triade gefordert.

Innerhalb der Gesamtstrategie der „flexible response" wurde für die BRD das Konzept der „forward defense" entwickelt, welches im Krisenfall Kämpfe unmittelbar an der Grenze vorsieht. „In der zweiten Hälfte des Jahres 1963 ... trat im Bereich von AFCENT (Allied Forces of Central Europe – d. Verf.) ein Verteidigungsplan in Kraft, nach dem in Mitteleuropa Territorium nicht mehr kampflos preisgegeben, d.h. also der Abwehrkampf unmittelbar an der Grenze zur DDR und CSSR aufgenommen werden sollte."[39])

Diese Strategie hat mehrere unmittelbare Auswirkungen:

6.1. Die gesamte BRD wird zur Kampfzone, „sie ist wiederum unterteilt in die vordere Kampfzone, d.h. die Zone, in der, beginnend an der Grenze, das Gefechtsgebiet der Divisionen und westlich davon das rückwärtige Kampfgebiet

35) N. Miettinen, Neutronenwaffen? Neuartige taktische Kernwaffen für die NATO, in: „Wissenschaft und Fortschritt", H. 9/1977, S. 413.
36) Weißbuch 1973/74, Ziff. 170.
37) B. Sicken, Stadt und Heeresstandort, in: Stadt und militärische Anlagen, a.a.O., S. 100.
38) Ebd.
39) U. de Maizière, a.a.O., S. 18.

anzunehmen ist. Westlich der vorderen Kampfzone liegt die rückwärtige Kampfzone – im Westen abschließend mit der Grenze der Bundesrepublik Deutschland – mit der Masse der Versorgungseinrichtungen aller Nationen."[40])

Dabei sollen alle NATO-Streitkräfte in Europa-Mitte im sog. Schichttortenmodell gleichzeitig in Auseinandersetzungen eintreten. Die Dislozierung von Streitkräften, Versorgungssystemen, Depots, Flugplätzen etc. wird ausschließlich unter diesen Erfordernissen vorgenommen, nicht etwa unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Entwicklung strukturschwacher Regionen. Damit stellen sich für Standortgemeinden zwei Probleme:

– Sie setzen sich einer latenten Zerstörungsgefahr aus, da sie durch die NATO-Strategie zum Hauptkampfziel werden;
– sich ändernde strategische und taktische Gesichtspunkte bestimmen die Dislozierung, keine Stationierungsgemeinde kann also voraussagen, welche Einheiten sie wie lange mit welchem Gerät beherbergen muß. Das Argument vieler Gemeinden, die Ansiedlung militärischer Anlagen und damit verbundener öffentlicher Versorgungseinrichtungen schaffe die dringend notwendigen *sicheren* Arbeitsplätze, wird damit löcherig.

6.2. Die heutige Dislozierungspolitik der NATO strebt eine möglichst kostengünstige Verkürzung der Aufmarschzeit in das grenznahe Einsatzgebiet an. Dabei wird auf eine besonders an den Bedürfnissen der Vorneverteidigung orientierte Infrastrukturpolitik gedrungen, besonders im Hinblick auf den Auf- und Ausbau von Verkehrssystemen.

Hier versucht die NATO-Führung mit dem Argument der Kostensenkung bei verkürzter Aufmarschzeit in Konfliktfällen die Bereitschaft von Regierungen zu mobilisierenden Maßnahmen zu erhöhen und auch größeren Einfluß auf Infrastruktur- und Verkehrsplanung zu gewinnen. Für Stationierungsgemeinden wächst damit einmal die Gefahr, zum Kriegsschauplatz sowie zum Ort aufwendiger Mobilmachungsmanöver zu werden, zum anderen steigt die Tendenz, bei Infrastrukturinvestitionen von Bund und Ländern vorrangig als Aufmarsch- und Versorgungsgebiet verplant zu werden. Gezielte Investitionen und Förderungsmaßnahmen zur Stabilisierung der meist einseitigen Wirtschaftsstruktur rücken dagegen in den Hintergrund.

6.3. Gegenwärtig wird von der NATO im Zuge ihrer Hochrüstungspolitik die Stationierung einer beträchtlichen Anzahl atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik (96 von 464 der Marschflugkörper „cruise missiles" sowie alle 108 „Pershing 2" mit Reichweiten von 500 bis 2500 km) betrieben. Zudem sollen zwei US-Panzerdivisionen in die Norddeutsche Tiefebene verlegt werden. Weiterhin wird z. Z. die Stationierung von drei Flugzeugstaffeln (72 Maschinen des Typs F-16) in der BRD vorbereitet. Dies hat folgende Auswirkungen:

40) Ebd., S. 11.

– Es wird zu einem erhöhten Bedarf an militärischen Liegenschaften kommen, bereits vorhandene Übungs- und Schießplätze werden stärker belegt und neue angelegt. Die militärische Infrastruktur wird zur Aufnahme doppelstationierter Einheiten (d.h. Truppenstammstandort in den USA und Einsatzbasis in der BRD) und zur Lagerung schweren Geräts ausgebaut.
– Es kommt verstärkt zu Manövern, damit diese Einheiten ihr Gefechtsfeld kennenlernen.
– Vorhandene Flugplätze werden stärker als bisher belegt, stillgelegte wieder in Betrieb genommen und neue angelegt.
– Die Sozialstruktur gerade kleinerer Gemeinden wird durch die Stationierung größerer Einheiten gefährdet.

7. *Auswirkung der Stationierung militärischer Einheiten auf die Kommunen*

Die Stationierung von Militäreinheiten scheint für viele Kommunen gerade in strukturschwachen Regionen von zunächst großer Attraktivität zu sein, um die regionalen Ungleichgewichte durch vermeintlich krisensichere Einnahmequellen abzubauen. Hauptargumente sind im wesentlichen:

– Schaffung krisenfester Arbeitsplätze durch Auftragsvergabe und Baumaßnahmen der Bundeswehr, durch die Einstellung von Zivilangestellten usw. – so wurden z.B. seit 1970 Bauaufträge im Wert von rd. 11 Mrd. DM vergeben[41]);
– bevorzugte Förderung der kommunalen Infrastruktur durch Bund und Länder;
– Kaufkrafterhaltung und politische Aufwertung durch Bundeswehrstandorte.

Inzwischen läßt sich nachweisen, daß diese Argumente falsch sind. Die Bilanz über die Koordinierung der raumbezogenen Planungen und Maßnahmen einschließlich des Einsatzes der raumwirksamen Investitionen in der BRD zeigt generell, daß die regionalen Ungleichgewichte keineswegs ausgeglichen werden konnten, im Gegenteil sich weiter polarisierten. Für den Bereich der militärischen Infrastruktur läßt sich darüber hinaus belegen, daß der Tribut, der im nationalen Maßstab dem militärischen Sektor gezahlt wird, auch seinen negativen regionalen und kommunalen Niederschlag findet. Die Kriterien der Standortwahl der militärischen Infrastruktur (keine Ballungsgebiete, billiger Bodenerwerb mit Sonderrechten, relativ verkehrsgünstige Lage, bebauungsfreie Umgebung) stehen in Konkurrenz zur Ansiedlung anderer Raumnutzungen, die langfristig die Wirtschaftskraft eher stabilisieren würden.

Der Landbedarf für ein Kampfbataillon oder einen vergleichbaren Verband

41) Weißbuch 1979, S. 267. Außerdem: „Allein das Verteidigungsministerium vergab zwischen 1960 und 1964 fast 200 000 Aufträge im Wert von knapp 2 Milliarden DM in diesem Raum (im Zonenrandgebiet – d. Verf.), wobei die Bauaufträge nicht einmal eingeschlossen sind." (B. Sicken, a.a.O., S. 102).

beträgt etwa 200 ha, wobei dieser Richtwert von speziellen Einheiten noch überschritten wird[42]).

Die Annahme, die Stationierung von Truppen ziehe Nachfolgeaufträge für die ansässige Industrie bzw. das Handwerk nach sich, kann nicht aufrechterhalten werden[43]). Überdies erteilt die Bundeswehr die Hauptmasse ihres Auftragsvolumens zentral (nur 1,3% aller Aufträge mit 76% des Volumens im Jahre 1976) über das Verteidigungsministerium oder das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung[44]). Diese Aufträge gehen dann allerdings zumeist an Großunternehmen in Ballungsgebieten und wirken so dem Ziel regionaler Wirtschaftsförderung eher entgegen.

Einen Einnahmeausfall auf der Steuerseite müssen zudem Gemeinden mit Standortfunktion hinnehmen, weil Bundeswehrgelände als Bundeseigentum von der Gründsteuer befreit ist[45]).

Insgesamt begeben sich Gemeinden mit Truppenstandorten in einen Teufelskreis: Die Strukturschwäche einer Region oder Gemeinde im Verein mit geographischen – militärisch relevanten – Lagevorteilen macht sie für militärische Nutzung attraktiv, während umgekehrt die Anwesenheit des Militärs die Bereitschaft von ansiedlungswilligen Unternehmen in engen Grenzen hält wegen der Beanspruchung möglicher Ansiedlungsfläche durch das Militär sowie einseitiger Entwicklungschancen der Garnisonsstädte.

8. Der Zugriff der militärischen Planung auf den Verkehrssektor

Aus strategischen Überlegungen nach Art des Konzeptes der Vorneverteidigung erwächst eine Reihe von Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur. Beispielsweise haben die in der BRD stationierten Truppen (der Bundeswehr wie der anderer NATO-Staaten) im „Verteidigungsfall" erhebliche Distanzen zwischen Stationierungs- und Einsatzort zu überbrücken. Hinzu kommt, daß zahlreiche Standorte eine Art Vorpostenfunktion haben, in denen Material gelagert wird für die in Friedenszeiten in den USA stationierten Einheiten. Auch dies setzt ein gut ausgebautes und hoch entwickeltes Transportsystem voraus, um diese im System der Dislozierung begründete Notwendigkeit starker Truppenbewegungen erfüllen zu können.

Die Anforderungen haben konkret folgende Gestalt:
– Berücksichtigung der West-Ost-Richtung beim Bau von Autobahnen (siehe Dortmund – Kassel);
– Vermeidung von Ballungen bei Verkehrseinrichtungen in der Form, „daß die Nachteile derartiger Ballungen da, wo es nur irgend möglich ist, durch

42) Ebd., S. 99.
43) Vgl. dazu H. Lamping, Truppenübungsplätze als Faktor der Landentwicklung in strukturschwachen Räumen, in: Stadt und militärische Anlagen, a.a.O., S. 223.
44) Dokumentation Militärpolitik, a.a.O., S. 12.
45) K. Wöhr, Belastungstatbestände der Garnisonsstädte, in: Stadt und militärische Anlagen, a.a.O., S. 219.

Auflockerung, Vermaschung, Schaffung von Umgehungen" gemildert werden[46]);
– Verbesserung grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen.

Um das Straßennetz in Planung, Bau und Unterhaltung auch militärischen Zwecksetzungen dienlich machen zu können, existiert neben dem „Zivilstraßengrundnetz" auch ein sog. „Militärstraßengrundnetz", das schon 1970 14 % des gesamten klassifizierten Verkehrsnetzes umfaßte. Hinsichtlich Aufnahmefähigkeit und Belastbarkeit dürften unter das Militärstraßengrundnetz in erster Linie Autobahnen und Bundesstraßen fallen[47]). Hingewiesen werden kann hier nur auf mittelbare Folgekosten einer aggressiven Verteidigungsstrategie, die anfallen, um wesentliche Teile des Straßennetzes panzergängig zu bauen, Sprengschächte einzubauen etc.

Die Aufmerksamkeit der Militärs richtet sich auch auf Netz und Betrieb der Bundesbahn. Mit einer Elektrifizierung der wichtigsten Strecken erklärt sich die Bundeswehr einverstanden, „wenn . . . Maßnahmen getroffen werden, die die Nachteile einer allzu umfangreichen Elektrifizierung zumindest fühlbar abmildern. Hier ist besonders an die Bereithaltung einer ausreichenden Anzahl von Diesellokomotiven, an die Schaffung von Tank- und Wartungsanlagen für Diesellokomotiven auch an elektrifizierten Strecken . . . zu denken"[48]). Hinsichtlich der Stillegung vorgeblich unrentabler Nebenstrecken durch die Deutsche Bundesbahn begrüßt die Bundeswehr die Variante, nur den Personenverkehr einzustellen, um so die Trassen weiterhin offen zu halten[49]), was deren militärische Nutzung auch zukünftig erlauben würde.

9. Politische und gesetzliche Absicherung

Die regionalen Folgen von Militärprojekten bleiben einer größeren Öffentlichkeit über den unmittelbar betroffenen Kreis hinaus in der Regel verborgen. Die betroffenen Gemeinden haben nur geringe Möglichkeiten der Einflußnahme – trotz Anhörungsverfahren und Entschädigungen.

Mit dem Beitritt zur NATO hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, entsprechend den Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts „unmittelbar der Verteidigung dienende Anlagen und Werke sowie Sicherheitsvorrichtungen zu errichten und zu ändern, wie sie für die gemeinsame Verteidigung notwendig sind"[50]). Besonders entscheidend dabei sind die Punkte Liegenschaften, Sach- und Werkleistungen einschließlich der Versorgung, Verkehrsleistungen, Post- und Fernmeldeleistungen und sonstige öffentliche Dienste. Die Bundesregierung hat sich also verpflichtet, für eine entsprechend der NATO-Strategie flexibel funktionierende Militärinfrastruktur Sorge zu tra-

46) H. Flor, Die Verkehrspolitik der Bundesregierung aus der Sicht der Landesverteidigung. Vortrag gehalten vor der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V., Schriftenreihe der DVWG, Köln 1970, S. 8.
47) Ebd., S. 11.
48) Ebd., S. 15.
49) Ebd., S. 17.
50) Vgl. H. Reiners, Militärische Anlagen und ihre raumplanerische Problematik, in: Stadt und militärische Anlagen, a.a.O., S. 152.

gen. Diese Verpflichtung schlägt sich auch nieder im Raumordnungsgesetz. Im ROG § 2 (7) wird der Bezug zur Landesverteidigung angedeutet: „Die Erfordernisse der zivilen und militärischen Verteidigung (sind) zu beachten." Außerdem wird auf ein „raumwirksames" Gesetz verwiesen, das kurz nach Gründung der Bundeswehr verabschiedet wurde, das „Gesetz für die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung". Das sogenannte Landbeschaffungsgesetz (LBG) stellt die gesetzliche Grundlage für die Bundeswehr dar, ihren Flächenbedarf an Garnisonen und Übungsplätzen zu decken. In § 1 (2) wird lediglich vage auf eine „angemessene Berücksichtigung der Erfordernisse der Raumordnung" hingewiesen. Der Bundesrepublik ist unter bestimmten Vorschriften die Möglichkeit gegeben, sich Militärliegenschaften zu beschaffen[51]).

Wesentlich ist das Anhörungsverfahren: Die jeweilige Landesregierung und die betroffenen Kommunen haben institutionell abgesicherte Rechte. Man könnte nach dem Gesetzestext annehmen, daß es weitgehend in der Kompetenz der Länder liegt, in welchem Umfang raumordnerische Gesichtspunkte bei der Landbeschaffung für militärische Zwecke berücksichtigt werden[52]). Eine genauere Analyse zeigt jedoch kaum echte Einflußmöglichkeiten. Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften wird vom Bundesminister der Verteidigung für die Militärliegenschaftsbeschaffung ein Verfahren in Gang gesetzt, an dem z. B. in Nordrhein-Westfalen der Interministerielle Ausschuß für Militärliegenschaften (IMA) beteiligt ist, der seit 1950 existiert und beim Landesfinanzminister angesiedelt ist. Der Gang des Verfahrens bietet die Möglichkeit, sich über die Ergebnisse öffentlicher Anhörungen hinwegzusetzen. Dabei entstehen den betroffenen Kommunen schwerwiegende Nachteile:

1. Sie haben praktisch keine Möglichkeit, sich gegen die Interessen des Verteidigungsministeriums durchzusetzen; bei genügend ausgeprägtem militärischen Interesse setzt sich der Bund immer gegen die Kommunen durch. Die Anhörungen erhalten dadurch in der Tendenz reinen Alibicharakter, der Bürgerwille fällt praktisch unter den Tisch.

2. Während die NATO langfristig ihren Geländebedarf plant, warten die Gemeinden im Durchschnitt zwischen vier und sechs Jahre auf den Abschluß dieser Verfahren und können für das betroffene Gelände keine anderweitige Nutzung mehr vorsehen – z. B. in Form von Erholungsnutzung etc. Gleichzeitig werden Gebiete zum Schutzbereich erklärt, was ebenfalls mit stark eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten verbunden ist.

Die Anordnungsbehörde – also das Verteidigungsministerium – kann den Bau aller Anlagen und Vorrichtungen untersagen, sowie alle Änderungen der Bodengestaltung und Bodennutzung, also selbst die landwirtschaftliche Nutzung[53]).

51) Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet der Landbeschaffung v. 29. 11. 1966, Art. 1, Ziff. 1.
52) Vgl. Forschungsbericht Nr. 2, a.a.O., S. 10.
53) H. Reiners, a.a.O., S. 158.

3. Nach erfolgtem Ankauf des Geländes durch den Bund hat dieser das Recht zu jeder Art der Nutzung. Eine in den Anhörungen vorgetragene Nutzung des Geländes – beispielsweise der Art der zu stationierenden Einheiten und ihres schweren Geräts, der Art und Größe der Depots besonders bei Munitions-, Treibstoff- und Nukleardepots sowie anderer ökologischer Belastungen – ist jederzeit änderbar. Keine Standortgemeinde weiß also, ob sich nicht bei veränderten strategischen Gesichtspunkten ebenfalls der Charakter der stationierten Einheiten entscheidend ändert. Eine rechtliche Handhabe hat sie jedenfalls nicht[54]).

4. Selbst wenn es zu einer Verlegung von Einheiten aufgrund politischen Drucks betroffener Gemeinden käme, so würde „bei einer Verwirklichung solcher Absichten der Veranlasser, meist sind die Gemeinden die Hauptinteressenten, im weiteren Sinne Land oder Bund, die z. T. nicht unerheblichen Kosten zu tragen haben"[55]). Schon die Verlegung einer Panzerbrigade kostet 300–400 Mio. DM. Deutlicher läßt sich die Ohnmacht der Kommunen nicht darstellen.

Auch die erwähnte Münchener Fallstudie kommt zu einem ähnlichen Schluß: „Die Landesplanung hat im Regelfall zwar die Möglichkeit, eine Garnisierung zu verhindern, hat aber keinen Einfluß darauf, daß bestimmte Räume oder bestimmte zentrale Orte bevorzugt garnisoniert werden. Ein normativer Einfluß der Raumordnung und Landesplanung auf die militärische Dislozierung ist also nicht gegeben. Das bedeutet, daß die landesplanerischen Behörden durch das Anhörungsverfahren zwar zu genehmigenden Instanzen werden, ihre eigentliche Funktion aber, nämlich die Planung, in diesen Fällen nur in begrenztem Maße auszuüben in der Lage sind."[56])

Einen weiteren Einflußbereich von nicht zu unterschätzender Kompetenz hat sich die Bundeswehr bei der Landes- und Regionalplanung gesichert. So nimmt in Nordrhein-Westfalen die Wehrbereichsverwaltung III die militärischen Interessen bei der Erstellung des Gebietsentwicklungsplanes wahr. Da die Sachherrschaft bei der Aufstellung eines Gebietsentwicklungsplanes bei den Bezirksplanungsräten liegt, schaltet sich auch auf dieser Ebene die Wehrbereichsverwaltung III ein; die Landesregierung hat per Rechtsverordnung den Kreis der Beteiligten durch „sonstige Träger öffentlicher Belange" erweitert, wozu eben auch die Bundeswehr gerechnet wird. Sie wird sehr frühzeitig von allen laufenden Planungen informiert und stimmt in den Planungsräten ihre Interessen mit den zivilen ab, was in der Praxis zu einer Einschränkung der letzteren führt[57]). Diese Mitspracherechte und Einflußmöglichkeiten gelten bis zur Aufstellung der Flächennutzungs- und Bebauungspläne der einzelnen Kommunen[58]).

54) Ebd., S. 160.
55) Ebd., S. 169.
56) Forschungsbericht Nr. 2, a.a.O., S. 17.
57) H. Reiners, a.a.O., S. 173.
58) Ebd., S. 175.

Damit hat der militärisch-industrielle Komplex sowohl auf der juristischen wie auch der planerischen und verwaltungstechnischen Ebene eine massive Einflußposition, der die einzelnen Gemeinden und Städte fast hilflos gegenüberstehen.

10. Bürgerproteste gegen Umweltbelastungen durch militärische Raumnutzung

In den letzten Jahren haben sich immer mehr Bürgerinitiativen gegen die militärische Zerstörung von Naherholungsgebieten, Grünflächen oder den Ausbau von Flughäfen Gehör verschafft – oft genug zusammen mit dem Stadt- und Gemeinderat. Im folgenden nur einige Beispiele aus den letzten fünf Jahren.

– Z. B. protestierten die Taunusstädte Oberursel, Kronberg und Steinbach gegen Manöver auf dem Altkönig. „Die Manöver auf dem Altkönig . . . hätten nicht nur Wanderwege und Erholungsflächen zerstört . . .", so die betroffenen Städte, „vielmehr seien auch schwerwiegende Zerstörungen am Waldbestand und an der für den Altkönig typischen Flora zu beklagen." Die Städte haben an den hessischen Umweltminister appelliert, seinen Einfluß geltend zu machen, um künftig militärische Übungen im Bereich der Landschaftsschutzgebiete am Altkönig zu verhindern[59]).

– Im Kreis Groß-Gerau, im Landschaftsschutzgebiet Kühlkopf/Knoblauchsaue, werden trotz gegenteiliger Versprechungen der Generalität amerikanische Truppenübungen mit Hubschraubern und Granatwerfern „in den wertvollsten Teilen des Naturreservates"[60]) durchgeführt. Auf heftigsten Widerstand der Bevölkerung und der lokalen Behörden bis hin zum Landrat stößt hier die Absicht der deutschen und amerikanischen Militärs, eine „auch als NATO-Straße bezeichnete Trasse"[61]) mitten durch dieses größte hessische Naturschutzgebiet zu ziehen.

– In Mainz „nagen die Militärs nach Ansicht Mainzer Bürger an den noch vorhandenen Qualitäten des Lebens"[62]). Der Mainzer Stadtrat protestiert gegen die Abholzung von insgesamt 43 ha Wald an der Peripherie der Stadt, einem Naherholungsgebiet im waldarmen Rheinhessen. Von diesem Wald (374 ha) sind 347 ha für militärische Zwecke requiriert. Obwohl sich über 13000 Mainzer Bürger für den Erhalt des Waldes ausgesprochen hatten, erklärte das Verteidigungsministerium die Abholzung für unumgänglich, weil das Radarbild der dort ansässigen Raketenbatterie beeinträchtigt würde[63]).

– In Mannheim protestierten die Bürger gegen einen geplanten US-Schießplatz im Bereich Viernheimer, Käfertaler und Lampertheimer Wald. Hier werden durch 400 ha Auslichtung und 70 ha Kahlschlag ein wichtiges Naherholungsgebiet der Mannheimer und Ludwigshafener Bevölkerung gefährdet.

59) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 14. 2. 1975.
60) FAZ v. 11. 3. 1977.
61) FR v. 7. 9. 1977.
62) FR v. 2. 3. 1973.
63) Ebd.

Außerdem sind die Folgen für die Trinkwasserversorgung der Stadt Mannheim nicht übersehbar[64]).

– In Niedersachsen liegt zwischen Bremen und Bremerhaven die Garlstedter Heide, die an den Wochenden von bis zu 80000 Bremer und Bremerhavener Bürgern besucht wird. Hier stehen eine Hügelgräberstraße und ein Heideteil, in dem seltene Pflanzen wachsen, unter Naturschutz. Mit den strategischen Umorientierungen der amerikanischen Panzerverbände von Süddeutschland in die „panzerfreundliche" norddeutsche Tiefebene werden hier seit 1975 amerikanische Truppen angesiedelt. Dagegen hat sich seit 1975 eine „Bürgeraktion für die Garlstedter Heide" gebildet, um die Zerstörung der Landschaft vor Bremens Haustür zu verhindern[65]). In der Garlstedter Heide existiert bereits ein Truppenübungsplatz und ein Schießplatz der Bundeswehr. Der Bremer Senat hatte, nachdem die Bürgeraktion über 45000 Unterschriften zum Erhalt des Naherholungsgeländes gesammelt hatte, verkündet: „Der Truppenübungsplatz Garlstedt wird auf Grund des Stationierungsvorhabens von US-Truppen nicht erweitert."[66]) Im September 1978 rückten die ersten Verbände der US-Brigade 75 in die neuerrichteten Kasernenbauten bei Garlstedt ein[67]). Am 20. November 1978 wurde auf einer Pressekonferenz der Bürgeraktion ein geheimer Nutzungsplan der Wehrbereichsverwaltung II in Hannover für den Truppenübungsplatz Garlstedter Heide vorgestellt. Aus diesem Nutzungsplan geht eindeutig hervor, daß die Bremer Bevölkerung getäuscht wurde, daß der Truppenübungsplatz entgegen den Versicherungen der Politiker doch wesentlich erweitert werden soll. Die Bürgeraktion erklärte bereits im November 1978: „Auf dem Schießplatz und im Landschaftsschutzgebiet sind nicht weniger als 40 km Beton- und Asphaltstraßen für 400 Panzer vorgesehen. Das sind 320000 qm Land."[68]) So stellte auch der niedersächsische SPD-Landesparteitag fest, „tatsächlich sei die Zerstörung des Gebietes zwischen Bremen und Bremerhaven aber derart fortgeschritten, daß man demnächst die ganze Garlstedter Heide begraben muß"[69]). Inzwischen haben sich die Befürchtungen der Bürgeraktion noch verschärft. Mit dem Einrücken der US-Panzerbrigade „Hell on Wheels" (Hölle auf Rädern) in ihre Kasernen befürchtet man hier die Stationierung von Neutronenbomben und anderen taktischen Atom- und Massenvernichtungswaffen, da diese Brigade über Haubitzen verfügt, die nukleare Sprengköpfe verschießen können[70]).

Aus diesen Beispielen wird deutlich, daß der Ausbau von Militäreinrichtungen und viele der militärischen Aktivitäten auf dem Boden der Bundesrepublik mit erheblichen Belastungen für die Bevölkerung verbunden sind. Die zuerst vereinzelt protestierenden Bürgerinitiativen haben jetzt einen Schritt vorwärts getan und erste Treffen der Protestgruppen gegen Militärprojekte

64) „Unsere Zeit" (UZ) v. 25. 4. 1979.
65) FR v. 4. 12. 1975.
66) FR v. 20. 11. 1978.
67) FR v. 29. 9. 1978.
68) FR v. 20. 11. 1978.
69) FR v. 27. 11. 1978.
70) UZ v. 26. 4. 1979.

veranstaltet. Dahinter steht die sich verbreitende Einsicht, daß Landverluste dieser Größenordnung und direkte Gefährdungen durch den massierten Bau von Depots zur Lagerung von Nuklearwaffen nicht mehr widerspruchslos hingenommen werden dürfen.

Im vorliegenden Bericht bleibt der Komplex der Mitspracherechte der Bevölkerung, der Verbands- und Popularklage sowie die Diskussion um ein Grundrecht auf Umweltschutz aus Platzgründen ausgeklammert. Mit der Zunahme der Belastungen durch die Hochrüstungspolitik wird diesem Bereich künftig verstärkte Bedeutung zukommen.

Fetisch Produktivkraft?

Ökologie und Ökonomie

Von Bernd Moldenhauer

Die „Blätter" eröffnen mit diesem Beitrag eine Reihe thematisch zusammenhängender Aufsätze, die sich mit Fragen der „politischen Ökologie" auseinandersetzen. Sie setzen damit eine Diskussion fort, die Gerhard Kade und Knut Krusewitz mit ihrer Kritik des „Kursbuch"-Aufsatzes von Enzensberger aus dem Jahre 1973 („Blätter", 9/1974, S. 935–956) begonnen haben. Inzwischen hat das Interesse an dieser Frage stark zugenommen. Das belegen u. a. die Ergebnisse zweier Konferenzen in diesem Jahr, auf denen es um das Verhältnis der Linken in der Bundesrepublik zum Zusammenhang von Ökologieproblemen, Technik- und Wissenschaftsentwicklung sowie um die Stellung zu Bürgerinitiativen und grünen Parteien ging (vgl. die Konferenzmaterialienbände des IMSF (Hrsg.), Technik – Umwelt – Zukunft, Reihe Marxismus aktuell, Frankfurt/M. 1980 und die „Materialien der 1. Sozialistischen Konferenz, 2.–4. Mai 1980, Kassel"). Auf die anläßlich dieser Konferenzen deutlich gewordenen offenen Probleme und kontroversen Standpunkte zu Fragen der Produktivkraftentwicklung, zur Einschätzung neuer Techniken und den Perspektive der Umweltbewegung bezieht sich die geplante Aufsatzfolge.

Der folgende Beitrag handelt am Beispiel der Position von Otto Ullrich vornehmlich von Methodenproblemen der Produktivkraftanalyse. Ein anschließender zweiter Aufsatz, den wir Anfang 1981 veröffentlichen werden, wird sich mit aktuellen technikpolitischen Fragen sowie dem Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Ökologiebewegung befassen. D. Red.

I. Zur Theorieentwicklung innerhalb der Ökologiebewegung

Der Charakter der gegenwärtigen Diskussion der Ökologieproblematik in der Bundesrepublik hat sich gegenüber den nicht weiter als acht, neun Jahre zu-

rückreichenden Anfängen der Umweltschutzbewegung grundlegend verändert. Ihre ersten Erfolge hatte diese Bewegung als Bündnis von Organisationen und Individuen, die sich zu Bürgerinitiativen zusammengeschlossen hatten und gegen einzelne Industrialisierungsvorhaben bzw. staatliche Teilpolitiken wie die Kernenergiepolitik kämpften; sie waren über den BBU locker zusammengeschlossen. Als diese Organisationsform die Grenzen ihrer Wirksamkeit erreicht hatte und erkennbar wurde, daß die Ziele der Bürgerinitiativen auf dem Wege punktuell ansetzender Initiativen allenfalls gefördert, keinesfalls jedoch realisiert werden konnten, konstituierte sich ein Teil der Initiativenbewegung als Partei. Damit war in theoretischer Hinsicht der Übergang von technischen und ökonomisch-politischen Detailanalysen zur Ausarbeitung einer Gesellschaftstheorie und -perspektive unabweisbar, auf deren Grundlage die nunmehrige Partei mit den bestehenden konkurrieren könnte.

Die Breite des Bündnisses, die die Anfangserfolge garantiert hatte, verwandelte sich damit in ein Problem, gleichgültig, ob es als solches in der Ökologiebewegung gesehen oder in ihre spezifische Stärke umgedeutet wird: in jedem Falle führte die soziale und politische Heterogenität der Bewegung zu Divergenzen in ihren gesellschaftstheoretischen Auffassungen. Ein Minimalkonsens stellte sich allenfalls über zwei Grundvoraussetzungen her, die in der Ökologiebewegung als einzige unbestritten sein dürften: als unstrittig gilt, daß eine Gesellschaftsperspektive, die an die von der kapitalistischen Gesellschaftsformation hervorgetriebenen Produktivkräfte anknüpft, weder wünschbar noch überhaupt möglich ist, und ebenso unstrittig ist dieser in Bewegung, daß der historische Materialismus und seine Gesellschaftsperspektive aus eben diesem Grunde nicht akzeptabel sei.

In diesem Punkt sind sich der fortschrittliche und der konservative Flügel der Ökologiebewegung einig. Während er für diesen ohnehin eine Binsenweisheit ist – die alte Fassung der Industriegesellschaftstheorie, die eine Konvergenz kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaften voraussagte, mußte lediglich mit negativem Vorzeichen versehen werden, so daß nunmehr eine Konvergenz in der ökologischen Katastrophe die Prognose der Stunde ist – herrschen auf dem linken Flügel noch Meinungsunterschiede über die Frage, ob die gegenwärtig auf historisch-materialistischer Grundlage weiterentwikkelte Produktivkrafttheorie nur eine Verflachung des Marx'schen Denkens darstelle oder ob Marx, als er das „Kapital" geschrieben hat, den authentischen Marxismus des jungen Marx aufgegeben hat, oder ob die ökologischen Probleme und ihr Zusammenhang mit der Technik-, Wissenschafts- und Gesellschaftsentwicklung Denkfehler des marxistischen Ansatzes überhaupt haben zutage treten lassen.

Diese Art der Fragestellung erinnert nicht zufällig an die Auseinandersetzungen um den historischen Materialismus anläßlich seiner Wiederentdeckung durch die Studentenbewegung. Nur haben sich unter dem Eindruck der ökologischen Probleme die Vorwürfe ins Gegenteil verkehrt. Wurde dem historischen Materialismus ehedem vorgeworfen, als quasi-naturwissenschaftliche

Gesetzeswissenschaft der Besonderheit gesellschaftlicher und geschichtlicher Prozesse nicht gerecht werden zu können, so wird jetzt umgekehrt argumentiert, daß er nicht in der Lage sei, die Naturgrundlagen gesellschaftlicher Entwicklung theoretisch und praktisch zu berücksichtigen. Kaprizierte sich die Kritik ehedem auf die Seite der Produktionsverhältnisse, so jetzt auf die Seite der Produktivkräfte. Die Konsequenz bestand in beiden Fällen in der Entwicklung von Ansätzen, die den authentischen Gehalt der materialistischen Gesellschaftstheorie wiederherzustellen versprachen.

Ausgehend von einer Kritik der Produktivkräfte unternimmt gegenwärtig Otto Ullrich einen neuerlichen Versuch dieser Art. Seine Arbeiten sind aus der Vielzahl der Texte der ökologischen Bewegung ausgewählt worden, weil sie die Argumentation eines relevanten Teils dieser Bewegung am ehesten noch in geschlossener Form entwickeln. Sie machen zugleich die Quellen deutlich, aus denen die Kritik an historisch-materialistischen Grundannahmen sich herleitet. In „Technik und Herrschaft" wird die aus der kritischen Theorie stammende, dort aber in der Regel ohne Bezug auf konkrete Techniken formulierte Art der Technikkritik systematisch entwickelt. Im nachfolgenden Buch „Weltniveau". In der Sackgasse des Industriesystems" wird unter dem Einfluß von Mumfords „Mythos Maschine" die Technikkritik zur Kritik am Industrialismus erweitert und Grundzüge alternativer Technik- und Vergesellschaftungsformen entworfen. Der Beitrag „Ökologie-Industrialisierung-Marxismus" zur „1. Sozialistischen Konferenz" in Kassel (Mai 1980) faßt die Gründe für das von der Ökologiebewegung konstatierte Versagen der Arbeiterbewegung vor Problemen der Naturaneignung zusammen, die sich in den Formeln „Produktivkraftfetischismus" und „ökologisches Desinteresse" fassen lassen. Den Gründen und Begründungen dieser Urteile soll in diesem Beitrag nachgegangen werden.

II. Arbeiterbewegung und Ökologieproblem

Der Ausgangspunkt von Ullrich, den er mit dem linken Flügel der ökologischen Bewegung teilt, ist die These vom Versagen „der Linken" vor der Ökologieproblematik. Dieses Versagen zeige sich darin, daß „Linke einer potentiell antikapitalistischen Bewegung hinterherlaufen anstatt ihr voranzugehen" [1]; „Bis heute sind sie an dieser Protestbewegung hauptsächlich deswegen interessiert, weil sie die lang ersehnte Massenbasis versprechen, und weniger, weil sie inhaltlich mit den Protesten übereinstimmen." [2] Zwar werde versucht, durch Hervorkramen vergessener Klassikerzitate zu belegen, daß das Ökologieproblem für die Arbeiterbewegung bereits gelöst sei, um damit das Anhängen an die Umweltschutzbewegung nachträglich zu legitimieren, aber die wenigen Zitate könnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Blindheit gegenüber der neuen Bewegung nicht zufällig, sondern in der Einstellung des Marxismus zur Produktivkraftentwicklung begründet sei.

1) Otto Ullrich, Ökologie – Industrialisierung – Marxismus, in: Materialien der 1. Sozialistischen Konferenz, 2.–4. Mai 1980, Kassel (vervielf. Ms.) – im folgenden abgekürzt SK –, S. 229.
2) Ebd.

Zwar handle es sich beim historischen Materialismus um einen methodisch für die Wahrnehmung und Bearbeitung ökologischer Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung besonders geeigneten Ansatz, aber die Aufnahme unhistorischer, unkritischer, metaphysischer Annahmen über den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung und gesellschaftlicher Höherentwicklung bringe es mit sich, daß diese Vorzüge nicht zur Entfaltung kommen. Daher sei der ökologischen Problematik nur mittels eines revidierten Ansatzes beizukommen. Revisionsbedürftig seien vor allem das Vergesellschaftungskonzept, der Technikbegriff und das Verhältnis zur Naturwissenschaft.

Im folgenden soll gezeigt werden, daß diese Darstellung auf unhaltbaren Voraussetzungen beruht, und keineswegs in der Absicht, nachzuweisen, daß es vom historisch-materialistischen Standpunkt eben doch nichts zu lernen gebe in bezug auf ökologische Probleme, sondern um aufzuweisen, daß mit der Kritik von Ullrich u. a. aufgrund vordergründig plausibler Argumente wesentliche Erkenntnismittel aufgegeben werden und damit falsche Konsequenzen aus richtig erkannten Problemen gezogen werden.

Dabei geht es zunächst um Methodenfragen. Das Verhältnis Arbeiterbewegung – Ökologie, methodisch angemessen behandelt, ließe sich in folgenden Gegenthesen fassen: Zunächst trifft es nicht zu, daß die gegenwärtige Arbeiterbewegung blind gegenüber der Umweltschutzbewegung sei; ihr Interesse daran reicht mindestens so weit zurück wie das von Ullrich u. a. Der Eindruck des Versagens, stellt sich für die Ökologiebewegung nicht aufgrund fehlender Initiative her, sondern aufgrund der Tatsache, daß ihre *Interpretation* der Art ökologischer Probleme und der Form und Perspektive ihrer Lösung nicht geteilt wird.

Die Ablehnung dieser Interpretation läßt sich nicht darauf zurückführen, daß außer einigen Klassikerzitaten keine theoretischen Grundlagen zur Verfügung stünden: der historische Materialismus ist nicht nur „denkbar günstig" für die Behandlung ökologischer Probleme, sondern sowohl gegenüber der bürgerlichen Gesellschaftstheorie in allen ihren Spielarten als auch gegenüber kritischen Varianten materialistischer Theorie dadurch ausgezeichnet, daß gesellschaftliche Entwicklung von vornherein als Auseinandersetzung zweier Naturmomente gefaßt wird; das Verhältnis der sich gesellschaftlich reproduzierenden Menschen zu ihren äußeren Naturbedingungen umschreibt den *Kern* der Theorie. Die Kritik der politischen Ökonomie ist als Konsequenz der materialistischen Naturauffassung zu verstehen, nicht als ökonomistische Verdrängung der stofflichen Probleme der Naturaneignung.

Gerade dieser Ansatz erklärt das von Ullrich nicht erwähnte Interesse von Marx und Engels an den ersten gesellschaftlich bedeutsamen ökologischen Forschungen (im Sinne einer naturwissenschaftlichen Disziplin), den agrikultur-chemischen Untersuchungen von Liebig. Bereits in der Entstehungsphase der Theorie kann keine Rede davon sein, daß das Interesse an dem Naturaspekt im allgemeinen und an ökologischen Zusammenhänge im besonderen ihr hätte aufgenötigt werden müssen.

Stellt sich das Naturproblem im historischen Materialismus somit etwas anders dar, als es die eingangs referierte Darstellung von Ullrich nahelegt, so kann weitergefragt werden, was daraus für die Theorie der Produktivkraftentwicklung bzw. ihre Kritik folgt. Ullrich, und mit ihm der linke Flügel der Ökologiebewegung, begründet seine Technik- und Wissenschaftskritik ja mit der Ausblendung des Problems natürlicher Grenzen aus der Produktivkrafttheorie. Ihre eigene Version stellen sie als die authentische, durch den bisherigen geschichtlichen Verlauf belehrte Version dar. Die folgende Skizze der historisch-materialistischen Produktivkraftkonzeption soll zunächst die Übereinstimmungen und die Differenzpunkte bezeichnen.

III. Elemente der historisch-materialistischen Produktivkrafttheorie

Das Spezifikum des menschlichen Gattungslebens besteht nach materialistischer Auffassung in dem durch Arbeit vermittelten Stoff- und Energiewechsel zwischen gesellschaftlich organisierten Individuen und den äußeren Naturbedingungen[3]). Aus dem Arbeitsbegriff lassen sich die Elemente der jeder möglichen Gesellschaft zur Verfügung stehenden Produktivkräfte ableiten. Es handelt sich einerseits um die *gesellschaftsgeschichtlich* modifizierbaren und entwickelbaren Momente des einfachen Arbeitsprozesses, in der organischen Ausstattung der Individuen verankerte und aufgrund ihrer gesellschaftlichen Lebensweise generierte Potentiale der gegenständlichen und kognitiven Aneignung der äußeren Natur. Das organische Potential der Krafteinwirkung auf Gegenstände wird verstärkt durch gesellschaftlich erzeugte *technische Mittel,* die gewissermaßen ein „externes gesellschaftliches Organ" darstellen[4]), das Wahrnehmungs- und Denkpotential wird verstärkt und entwikkelt durch gesellschaftlich erzeugte *Symbolsysteme* (eines der Entwicklungsprodukte ist die Wissenschaft), die Gesellschaftlichkeit selber als Produktivkraftpotential kann durch *organisierte Kooperation* verstärkt werden. In welcher Form gesellschaftliche Arbeit auch immer verausgabt wird, es werden dabei stets diese Elemente in einer bestimmten Kobination eingesetzt werden. Den gesellschaftsabhängigen Produktivkräften stehen die *naturgeschichtlich* sich entwickelnden Kräfte der äußeren Natur gegenüber. Vom Entwicklungsstand jener hängt ab, inwieweit letztere genutzt und kontrolliert werden können: die *Wirkungsmöglichkeiten* einer gegebenen Produktivkraftstruktur sind stofflich determiniert. Anders ihre *Entwicklungsmöglichkeiten:* Ob ein gegebenes Niveau der Naturaneignung beibehalten oder durch Weiterentwicklung der Produktivkräfte überschritten wird und *in wel-*

3) Diesen Gedanken hat K. H. Tjaden in mehreren Arbeiten ausführlich entwickelt. Vgl. bes.: Naturrevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte, Gesellschaftswissenschaftliche Entwicklungstheorie, in: „Das Argument" 101, S. 8–55 und ders., Gesellschaftsformation und Gesellschaftsgeschichte, in: „Argument"-Sonderband AS 32, S. 35–72.

4) Von diesem Begriff ausgehend entwickelt Sybille Krämer-Friedrich die methodischen und theoretischen Grundlagen einer historisch-materialistischen Technikтheorie in Vergesellschaftung der Natur und Natur der Gesellschaft – Versuch einer gesellschaftstheoretischen Bestimmung der Technik, Diss. Marburg 1979. Die Arbeit kann den Kritikern der materialistischen Produktivkrafttheorie einen Eindruck von der Komplexität des historisch-materialistischen Ansatzes vermitteln, der es vielleicht geraten erscheinen läßt, mit vorschnellen Unfähigkeitserklärungen an die Adresse des historischen Materialismus sparsamer umzugehen.

cher Richtung sich diese Entwicklung vollzieht, ist von den Zielen und Zwekken der Produktion abhängig, die sich letztlich aus der Organisation der Verfügungsgewalt über die Produktivkräfte und den darauf beruhenden Interessen ableiten.

Die kapitalistische Form der Vergesellschaftung und die ihr entsprechenden Ziele und Zwecke der Produktion (wiederum in unzulässiger Knappheit formuliert) weisen drei für die Produktivkraftentwicklung bedeutsame Eigenschaften auf:

1. Die *Abstraktheit der Zwecke und Erfolgskriterien* der Produktion. Ziel und Zweck werden ausgedrückt und gemessen in Geld;

2. die *Unbegrenztheit der Produktionsziele.* Anders als in gebrauchswertorientierter Produktion, in der qualitativ bestimmte Produkte in bestimmter Menge, die einem bestimmten Bedürfnis entsprechen und durch Befriedigung dieses Bedürfnisses motiviert sind, das Ziel und den Zweck der Produktion markieren, gibt es für die Akkumulation von „abstraktem Reichtum" keine immanente Grenze;

3. die *Anarchie der gesellschaftlichen Vermittlung* der Privatarbeiten. Der Beitrag der individuellen Privatarbeiten ist nicht bewußt geplant bzw. planbar und kann nicht im vorhinein festgelegt werden, sondern stellt sich erst ex post als Ergebnis des Austausches von Privatarbeiten heraus. Daher ist der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß insgesamt keiner gesellschaftlichen Zwecksetzung unterworfen, sondern ergibt sich aus der blind wirkenden Gesetzmäßigkeit, die die Gesamtheit der Tauschoperationen konstituiert.

Eine solche Organisationsform der gesellschaftlichen Produktion wirkt höchst widersprüchlich auf die Entwicklung der Produktivkraftelemente. Die Tendenz zur universellen Entfaltung der individuellen und gesellschaftlichen Potentiale der Naturaneignung ist gewissermaßen in die Gesellschaftskonstruktion eingebaut; sie wird aber konterkariert durch die ebenfalls eingebaute Tendenz zur hemmungslosen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der Naturressourcen. Diese Widersprüchlichkeit erklärt, warum die Einschätzung der zu bewahrenden und der mit der kapitalistischen Formation vergehenden Produktivkräfte so kontrovers ausfällt.

Der Bewertungsmaßstab, das Kriterium, anhand dessen über Richtung und Erfolg der Entwicklung von Entwicklungsmitteln entschieden wird, ist unter Bedingungen kapitalistischer Warenproduktion der spekulativ erhoffte bzw. der erzielte Profit. Vom Standpunkt anderer Klassen als der der Kapitaleigentümer, treten positiv oder negativ zu bewertende Folgen für die Produzenten oder die äußeren Naturbedingungen aus dieser Perspektive immer nur als zufällige Folgeerscheinungen gesellschaftlicher Entwicklung auf, gehen aber nicht als anzustrebende oder zu vermeidende Wirkungen der Produktivkraftentwicklung im vorhinein in sie ein.

Insofern ist es als prinzipiell zufällig anzusehen, ob und in welchem Maße diese „universelle" Entfaltung der Produktivkräfte gleichzeitig eine – von

näher zu bestimmendem Standpunkt aus – inhaltlich als „universell" zu bewertende Entfaltung darstellt. Es ist denkbar, daß die kapitalistisch hervorgetriebene Universalität Formen der Produktivkraftbestätigung hervorbringt, die im Widerspruch stehen zu inhaltlich definierten Anforderungen an eine universelle Aneignung der Natur durch den Menschen; ebenso ist denkbar und der Fall, daß sehr wohl Elemente entwickelt werden, die auch unter anderen als für die Kapitalreproduktion interessanten Gesichtspunkten bedeutsam sind.

Ausgehend von diesen allgemeinen Momenten jedes Produktionsprozesses sind von Marx und Engels in allgemeiner Weise solche „inhaltlichen" Kriterien formuliert worden, an denen die bestehenden Produktionsverhältnisse gemessen werden können und die zugleich Ausgangspunkt für die Konzipierung gesellschaftlicher Alternativen sind.

Wenn die Arbeit Stoff- und Energiewechsel mit der äußeren Natur und als solche ewige Naturbedingung ist, so folgt daraus, daß jeder Produktionsprozeß, jede Produktivkraftanwendung im Hinblick auf ihre Folgen für die äußere Natur betrachtet werden muß. Die *Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Voraussetzungen des Lebens* sind Maßstab einer Kritik an der herrschenden Produktionsweise, deren Naturbeherrschung sich als unvollkommen erweist, und eine Norm der sozialistischen Entwicklung. Die Entfaltung der Technik, der Wissenschaft, der Kooperation unterliegen dieser Bedingung, weil „selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen . . . nicht die Eigentümer der Erde (sind). Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen" [5]).

Im Gegensatz zu Auffassungen, die mit der Welle ökologischer Katastrophenprognosen an Boden gewonnen haben, ist die Erhaltung der Naturbedingungen des Lebens zwar als oberstes Kriterium der Produktivkraftentwicklung anzusehen – die Gründe sind leicht einzusehen –, beileibe aber nicht als einziges: bloße Erhaltung der Naturbedingungen ist – ebenso wie ihre Zerstörung – auf ganz unterschiedlichen Produktivkraftniveaus möglich. Daher ist es zu ergänzen um das Ziel der *Entfaltung der Persönlichkeit* der Individuen einer Gesellschaft. Beides, die Entwicklung der inneren und der äußeren Natur, setzt voraus, daß die *gesellschaftlichen Beziehungen* auf eine solche Entfaltung hin angelegt sind, was bedeutet, daß sie eine Kontrolle der Gesellschaft über die Folgen ihres Produktions- und Reproduktionsverhaltens ermöglichen müssen.

IV. Größe, Komplexität und Systemcharakter als Bewertungskriterien der Produktivkraftentwicklung

Die allgemeinen Normen, denen eine gebrauchswertorientierte Produktivkraftentwicklung unterleigt, orientieren darüber, welche inhaltlichen

5) MEW, Bd. 25, S. 126.

Aspekte bei der Bewertung einzelner Produktivkraftelemente zu berücksichtigen wären, sind aber nicht hinreichend spezifiziert, um eine solche Entscheidung zu ermöglichen. Die Vertreter der Ökologiebewegung glauben, in der *Größe* der Produktivkraftelemente ein solches Kriterium gefunden zu haben. Ullrich hat in „Weltniveau" dargelegt, welche Produktivkraftstruktur bei konsequenter Anwendung des Größenkriteriums resultieren würde: für alle Produktivkräfte gilt danach in gleicher Weise, das sie kontraproduktiv und antiemanzipatorisch wirken, wenn sie eine bestimmte Größe überschreiten, weil dies die Möglichkeit zu *unkontrollierbaren Eingriffen* in den Naturhaushalt eröffne, aufgrund der *Komplexität* von Großsystemen eine *kognitive Beherrschung* ausschließe und aufgrund ihres *Systemcharakters* sachlich begründete gesellschaftliche *Abhängigkeiten* schaffe, an denen das Ziel einer freien Assoziation der Individuen notwendig scheitern müsse[6]). Wann die Grenze überschritten ist, über die hinaus die Produktivkräfte aus stofflichen Gründen nicht mehr kontrollierbar sein sollen, ist schwer zu präszisieren. In jedem Falle definiert die *Reichweite individueller Verfügungsmöglichkeit* die Grenze zwischen zulässig kleinen und unzulässig großen Produktivkraftelementen.

Den Angelpunkt dieses Konzepts bildet die Vergesellschaftung; nicht umsonst steht dieser Begriff bei Ullrich an erster Stelle der revisionsbedürftigen Theoriestücke[7]). Ein geringes Niveau der Vergesellschaftung löst nach Auffassung Ullrichs deswegen die Probleme, an denen die Ökologiebewegung entstanden ist, weil es beispielsweise die Entwicklung von Techniken, die den Maßstab des Energie- und Stoffwechsels mit der Natur vergrößern, weder ermöglicht noch auch erforderlich macht.

Wenn somit gezeigt werden könnte, daß eine Technik, die nur als ein Resultat komplexer Arbeitsteilung zustande kommen konnten, nach den Ullrich'schen Kriterien gleichwohl *möglich* ist, weil sie individuell produziert werden kann (Ullrich erwähnt die Mikroelektronik als Beispiel), so kann immer gesagt werden, daß ihre Anwendung auf niedrigem Vergesellschaftungsnieveau nicht *erforderlich* sei. Auf diese Weise ist zwar eine *in sich* stimmige Konzeption einer Produktionsweise zu erzeugen (eine Stimmigkeit, die sie für ihre Vertreter als kaum wiederlegbar erscheinen läßt), ihre Eignung als Instrument zur Untersuchung historischer Triebkräfte und damit auch zur Orientierung verändernder Praxis ist damit noch nicht gesichert.

Anhand zweier Beispiele soll auf die Grenzen des Größenkriteriums für eine Beurteilung faktischer und wünschbarer Produktivkraftentwicklungen und ihnen entsprechender gesellschaftlicher Verhältnisse hingewiesen werden. (Eine ausführlichere Diskussion der hier nur bezeichneten Probleme folgt im anschließenden Aufsatz).

---

6) Otto Ullrich, Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems, Berlin 1979, bes. Kap. 6, „Warum ist eine ‚sozialistische Industriegesellschaft' ein Widerspruch in sich?", S. 94 ff.
7) ders., Ökologie . . ., SK, S. 238.

Die Begrenzung der zulässigen Produktivkraftformen durch die Reichweite individueller Verfügung bedeutet für die Technik, daß streng genommen die *Handwerkstechnik* den Endpunkt einer ökologisch und gesellschaftlich vertretbaren Technikentwicklung darstellt, weil hier die Struktur der Arbeitsmittel und die Reichweite ihrer Wirkungen auf die äußere Natur tatsächlich durch die organischen Schranken der Arbeitenden definiert sind. Ullrich behauptet realistischerweise nicht, daß jede Technikentwicklung seit der Industriellen Revolution damit aus dem Produktivkraftinventar einer sozialistisch organisierten Gesellschaft ausgeschlossen werden soll, sondern läßt auch moderne Techniken zu, sofern sie handwerklich zu produzieren und anzuwenden sind. Darin steckt allerdings eine grundlegende Inkonsequenz seines Ansatzes, die an dem von ihm selbstgewählten Beispiel der Mikroelektronik deutlich gemacht werden kann. Lewis Mumford zitiert im „Mythos Maschine" einen Brief von Dennis Gabor, der den gemeinten Sachverhalt gut illustriert:

„Ich glaube nicht, daß ich Ihnen über die große Hoffnung berichtet habe, die ich vor drei Jahren hegte. Ich hörte, daß IBM-Frankreich ein bemerkenswertes Experiment gemacht hatte. In ihrem großen Werk in Corbeil-Esconnes hatte man mit der Arbeitsteilung Schluß gemacht. Ein Techniker konstruierte ein großes Computerelement, wobei er Hunderte von Werkzeugen benutzte, überprüfte es selbst und *signierte* es – wie ein Künstler! Ich hörte auch, daß Interesse und Verständnis der Arbeiter sagenhaft gestiegen waren. Daraufhin schrieb ich einen enthusiastischen Brief an IBM-Frankreich und bat, sie besuchen zu dürfen. Ich erhielt die kleinlaute Antwort, bis jetzt sei es tatsächlich so gewesen – aber ihre neue Fabrik werde vollautomatisch sein!" Und Mumford kommentiert: „IBM war einfach nicht daran interessiert, das *menschliche* Verständnis zu steigern oder den Maschinenarbeitern die Lebensqualität wiederzugeben, die früher einmal vom qualifizierten Handwerk gepflegt worden war."[8])

Technik und Wissenschaft werden bei Ullrich an sich und global Tendenzen zur unbeherrschbaren Größe zugeschrieben. Hier haben wir aber offensichtlich eine verwissenschaftliche Technik, die aufgrund ihrer „Sachgesetzlichkeit" durchaus die Möglichkeit einschließt, in ihrer Produktion Hand- und Kopfarbeit zu vereinigen. Man muß hinzufügen: die diese Vereinigung, die Kennzeichen handwerklicher Tätigkeit ist, auf einem Niveau ermöglicht, das eigenständige kognitive Leistungen (nicht nur in kaum verbalisierbarer Arbeitserfahrung eingeschlossenes Wissen) erfordert und ermöglicht. Dieser *Unterschied* zur alten Handwerkertätigkeit wird unterschlagen – und damit der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß als *Fortschrittsprozeß,* bzw. die wissenschaftliche Entwicklung, der er sich verdankt.

Es ist indessen nicht ersichtlich, wie die Qualität der Arbeitstätigkeit, die die Produktion elektronischer Instrumente der Möglichkeit nach bietet, unter

8) Lewis Mumford, Mythos der Maschine, Frankfurt/M 1977, S. 555.

Verzicht auf stark arbeitsteilige, komplexe technische und wissenschaftliche Systeme je hätte entstehen können.

Unterschlägt die Anwendung des Größenkriteriums auf die *Technik notwendige Voraussetzungen* ihrer Entwicklung entsprechend den angeführten Zielen und Zwecken der Produktivkräfte, so die Anwendung des gleichen Kriteriums auf die *Vergesellschaftungsweise die Folgen* für die Produktionsverhältnisse der angestrebten Gesellschaftsform. Der freien Assoziation der Individuen stehen nach Ullrich nicht nur komplexe Techniken und komplexe Wissenschaften entgegen, sondern auch komplexe Gesellschaftsstrukturen. Gegen sie wird die Konzeption weitgehend autonomer, gleichwohl aber miteinander in Austausch stehender Kommunen gesetzt, deren Größe wiederum durch die begrenzte Reichweite unmittelbarer individueller Einflußmöglichkeiten begrenzt ist. Oberhalb von 1000 bis 1500 Mitgliedern einer „Gesellungseinheit" sei die Entstehung sich verselbständigender bürokratischer Herrschaftsapparate unvermeidlich[9]). Mit diesem Gedanken begnügt sich Ullrich, um darauf eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, aus der die Möglichkeit der Entstehung von Macht und Herrschaft strukturell bedingt ausgeschlossen ist.

Die Ökonomie einer derartig organisierten Gesellschaft würde folgendermaßen aussehen:

„Die Mengenregelung für die Grundstoffe auf der nationalen Ebene erfolgt am besten durch einen Plan, ausgearbeitet durch die Vertreterversammlung der Kommunen. Den Fluß der Halbfertigprodukte regelt wohl am besten ein kommunaler Markt mit Geld als Tauschmittel. Lebenswichtige Halbfertigprodukte und Endprodukte sowie die Lebensmittel müssen wieder auf kommunaler Ebene geplant werden, verzahnt mit Kooperationsverträgen zwischen Kommunen und Leistungsverrechnung der Arbeitskraft durch Zeitäquivalente. Der Leistungsaustausch in den kleinen Netzen könnte weitgehend verzichten auf eine quantitative buchhalterische Verrechung, sei es nach Geld- oder Zeitäquivalenten. Das Ganze könnte überlagert sein durch einenNational- oder Weltmarkt für eine mengen- und wertmäßig geringe Zahl von Spezialprodukten."[10])

Und weiter: „Alles *über einen nationalen Plan* laufen zu lassen, führte zu Bürokratisierung und Starre; für bestimmte Produkte und lokale Ausdehnungen ist der Markt ein elegantes und ‚freiheitliches' Regelungsmittel, auch ganz auf das flexible Tausch- und Steuerungsmittel ‚Geld' zu verzichten, wäre unklug."[11])

Die aufgrund der Fixierung auf das Größenkriterium von Ullrich nicht gesehenen und mittels seiner auch gar nicht erkennbaren Folgen für die Funktionsweise einer solchen Ökonomie hat Willfried Maier in seinem Betrag zur

9) Otto Ullrich, Weltniveau, S. 120.
10) Ebd., S. 128.
11) Ebd.

„1. Sozialistischen Konferenz" in Kassel auf eine Weise dargelegt, die das lange Zitat rechtfertigen:

„Wir haben also:
1. Weltmarkt
2. Nationalen Markt
3. Nationalen Plan für die Grundstoffe
4. Kommunalen Markt für die Halbfertigprodukte
5. Kommunalen Plan für die lebenswichtigen Halbfertig- und Endprodukte
6. „Kleine Netze" nach Art von Großfamilien ohne interne Warenbeziehungen.

Auf dem Weltmarkt würden Waren gekauft und verkauft, auf dem nationalen Markt zirkulieren ebenfalls Waren. Wie uns Ullrich mitteilt: in kleinen Mengen. Die nach Plan erstellten Grundstoffe müßten mit den kommunalen Märkten für Halbfertigprodukte in Verbindung treten. Sie würden auch als Waren getauscht werden müssen. Ebenso würde die Verbindung zwischen den kleinen Netzen und dem kommunalen Markt bzw. den nach kommunalen Plan erstellten lebenswichtigen Gütern zustande kommen. Den auf allen Ebenen vorkommenden Warenaustausch besorgt das „flexible Tausch- und Steurungsmittel" Geld. Und es besteht bei so umfassender Warenproduktion überhaupt kein Anlaß, das Geld in distanzierende Gänsefüßchen zu setzen, denn es handelt sich dann tatsächlich um wirkliches Geld, um allgemeines Wertäquivaltent, unmittelbare Inkarnation aller menschlichen Arbeit in Gestalt einer Sache.

Zwar soll der einzelne im kleinen Netz nicht auf Warenaustausch oder Geld angewiesen sein, aber so ist es doch das Netz. Ganz so wie heute in der Familie, wo die Mutter dem Kind auch nicht das Butterbrot verkauft, die Materialien dazu aber auf dem Markt kaufen muß. Wie kommt das Netz an Geld? So weit es nicht selbst als Warenverkäufer auf dem Markt auftritt, durch Arbeit seiner Mitglieder in den kommunalen oder nationalen Betrieben. Neben Waren- und Geldbeziehungen in bezug auf die verschiedenen Produkte gibt es in der Zukunftskommune auch Lohnarbeit.

Und da es den kleinen Netzen freisteht, mit ihrem flexiblen Geld als allgemeinem Äquivalent zu machen, was sie wollen, wird es bald neben nationalem und kommunalem auch wieder privates Kapital geben. Kleine Netze, deren Neigung zur Versorgung älterer Mitkommunisten gering ist, deren Mitglieder nicht durch Krankheiten geplagt werden und wenig Kinder in die Welt setzen, auch keine Urlaubsreisen auf dem Weltmarkt machen, könnten akkumulieren. Zugang zu eigenen Produktionsmitteln haben sie ohnehin. Was sie noch brauchen, könnten sie auf den verschiedenen Welt-, National- und Kommunalmärkten kaufen. Eine Marktlücke wird sich auch irgenwo finden lassen. Was jetzt noch fehlt sind Lohnarbeiter, um für das geschäftstüchtige Netz zu arbeiten.

Aber auch damit ist keine Not: Die Institution der Lohnarbeit existiert ja. Vielleicht muß man ein paar Pfennig vom flexiblen Geld mehr drauflegen, um An-

gehörige weniger erfolgreicher Netze aus kommunalen Werkstätten abzuwerben.

Mit anderen, Marxschen Worten: ‚Die ganz alte Scheiße geht wieder von vorne los.' Nur eben jetzt ohne große Industrie." [12])

V. Utopistischer Charakter der gesellschaftlichen Alternative

Der Auffassung, eine für die Individuen wie für die äußere Natur angemessene gesellschaftliche Lebensorm lasse sich allein durch Zurücknahme des Vergesellschaftungsniveaus und damit auch eine Zurücknahme der auf einem hohen Vergesellschaftungsniveau basierenden Produktivkraftformen erreichen, liegt zunächst eine in die Vergangenheit zurückverlegte Utopie zugrunde. Als utopistische Rekonstruktion der Vergangenheit ist die Ullrich-Momfordsche Theorie nicht in der Lage, die wirklichen Triebkräfte historischer Entwicklung zu bestimmen und gelangt so zu einem verzerrten Bild der Gründe und der Bedeutung der kapitalistischen Industrialisierung.

In dieses Bild gehen zwei Aspekte nicht ein: Zum einen werden die Grenzen einer auf handwerklichem Niveau stehenden Aneignung der äußeren Natur für die Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen unterschlagen. „Je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, *desto mehr* treten die Menschen wegen ihrer unentwickelten Sozialzusammenhänge und unkontrollierter Naturkräfte als Beherrschte und Unterdrückte hervor; gering entwickelte individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse bedingen keineswegs eine *größere* Unabhängigkeit gegenüber den ‚Zwangszusammenhängen' der materiellen Reproduktion des Lebens oder einen größeren individuellen Entwicklungsspielraum innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung; Naturprozesse prägen den Lebensprozeß (Mißernten, Naturkatastrophen) und geringe Produktivkräfte verhindern nicht die Erzeugung von ökologischen Krisen (Überstrapazierung des Bodens, übermäßige Rodung etc. hinterlassen irreparable Schäden in der Natur)." [13]) Wird eine mangelhafte Naturbeherrschung – oder, um die Assoziation mit gesellschaftlicher Herrschaft zu vermeiden, eine mangelhafte Kontrolle der materiellen Lebensbedingungen – eher den industriellen als den vorindustriellen Produktivkräften zugeschrieben, so müssen auch deren Folgen für die gesellschaftlichen Verhältnisse ausgeblendet bleiben. Mit Recht wird von Mumford und Ullrich wiederholt auf den Zusammenhang von Herrschaftsverhältnissen und Technikentwicklung verwiesen. Was sie nicht untersuchen, ist der Anteil des Produktivkraftniveaus an der *Ermöglichung* von Herrschaft. Nur wenn dieser Zusammenhang berücksichtigt wird, ist es möglich, die Veränderung von Herrschaftsformen zu untersuchen, anstatt Technikformen einfach zu „mehr" oder „weniger" Herrschaftsausübung in Beziehung zu setzen.

12) Willfried Maier, „Ökologie und Sozialismus. Kritik der Industriegesellschaft und Befreiung der Arbeit" in: SK, S. 176.

13) Sozialistische Studiengruppen (SOST), „Sozialistische Politik und ökologische Bewegung", in: SK, S. 368.

Die methodische Grundlage für ein solches Verfahren liefert die gegen Marx gerichtete These, daß technischer Fortschritt nicht gleichbedeutend sei mit sozialem Fortschritt. Davon abgesehen, daß die kristisierte These keine Marxsche Auffassung ist, nicht einmal eine vulgärmarxistische, ist mit dieser Erkenntnis das Problem nicht gelöst, sondern erst gestellt. Daß es auch von Mumford und Ullrich nicht gelöst ist, zeigen die wiederholten Verweise auf die Schranken von Gesellschaften mit niedrigem Vergesellschaftungsniveau und geringer Produktivkraftentwicklung: sie stehen unvermittelt neben der Aufzählung ihrer positiv bewerteten Merkmale, gehen aber nicht von vornherein als einer der treibenden Widersprüche geschichtlicher Entwicklung in die historische Rekonstruktion ein. Das Bild der Vergangenheit schwankt derart zwischen Herrschaft und Idylle und prägt den Entwurf künftiger Gesellschaftsformen: die Herrschaftsbeziehungen begründen die Kritik an industriellen Produktivkräften und ihren Ausschluß aus dem tradierenswerten kulturellen Erbe, die Idylle begründet die Möglichkeit und Form einer herrschaftsfreien Gesellschaft und ihrer Produktivkräfte.

Die Vorzüge und Grenzen dieser Position finden sich exakt abgeschildert in der Darstellung der Spielarten der sozialistischen Bewegung aus dem „Kommunistischen Manifest". Dort firmiert sie unter der Rubrik „kleinbürgerlicher Sozialismus" als diejenige Bewegung, die am weitesten fortgeschritten in der Erkenntnis der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise ist, ohne aus dieser Erkenntnis eine fortschrittliche Gesellschaftsperspektive gewinnen zu können.

„Dieser Sozialismus zergliederte höchst scharfsinnig die Widersprüche in den modernen Produktionsverhältnissen. Er enthüllte die gleisnerischen Beschönigungen der Ökonomen. Er wies unwiderleglich die zerstörerischen Wirkungen der Maschinerie und der Teilung der Arbeit nach, die Konzentration der Kapitalien und des Grundbesitzes, die Überproduktion, die Krisen, den notwendigen Untergang der kleinen Bürger und Bauern, das Elend des Proletariats, die Anarchie in der Produktion, die schreienden Mißverhältnisse in der Verteilung des Reichtums, den industriellen Vernichtungskrieg der Nationen untereinander, die Auflösung der alten Sitten, der alten Familienverhältnisse, der alten Nationalitäten." [14])

„Seinem positiven Gehalte nach will jedoch dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wiederherstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder er will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigentumsverhältnisse, die von ihnen gesprengt wurden, gesprengt werden mußten, gewaltsam wieder einsperren. In beiden Fällen ist er reaktionär und utopistisch zugleich. Zunftwesen in der Manufaktur und partriarchalische Wirtschaft auf dem Lande, das sind seine letzten Worte." [15])

14) MEW, Bd. 4, S. 484 f.
15) Ebd.

Strategien gegen Arbeitslosigkeit

Zum Scheitern sozialliberaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik Alternativen für die 80er Jahre

Von Jan Priewe

1. Beschäftigungsprognosen

Sucht man regierungsoffizielle Angaben über die Arbeitsmarktprobleme der 80er Jahre, so findet man außer kurzfristigen Konjunkturprognosen und Wachstumsoptimismus kaum präzise Angaben. Mittelfristige beschäftigungspolitische Ziele werden explizit nicht mehr genannt, lediglich in den Jahreswirtschaftsberichten sind auf das laufende Jahr bezogene Prognosewerte, nicht aber Zielwerte enthalten. Im Rentenanpassungsbericht 1980 bis 1984 werden rund 590000 Leistungsempfänger der Bundesanstalt für Arbeit einkalkuliert, was in etwa 900000 registrierten Arbeitslosen entspricht[1]). Verschiedenen pessimistischen Arbeitsmarktprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute ist die Bundesregierung bislang mit bloßem Wachstumsoptimismus entgegengetreten. Beispielsweise glaubt Arbeitsminister Ehrenberg den Beschäftigungszuwachs in den Aufschwungsjahren 1977–1980 in die Zukunft fortschreiben zu können; so erwartet er bis 1985 eine Beschäftigungszunahme von insgesamt 1,5 Millionen Erwerbspersonen bei einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des Bruttosozialproduktes von 3,5–4 % und einer Steigerung der Arbeitsproduktivität von jährlich 2,5–3,4 %[2]).

Indessen sind in der letzten Zeit verschiedene Forschungsinstitute zu in der Tendenz einheitlichen, im Ergebnis dramatischen Beschäftigungsprognosen für die 80er Jahre gelangt. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) erwartet im Fall einer Wachstumsvariante von jahresdurchschnittlich 2,5–3 % ca. 3 Millionen (registrierte und nicht-registrierte) Arbeitslose[3]). Auch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) rechnet bei einer Wachstumsrate von 2,6 % und einer Erwerbspersonenproduktivität von 3,0 % mit 3 Millionen Erwerbslosen[4]). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (für 1985 2 Millionen Arbeitslose) sowie das Prognos-Institut[5]). Alle Prognosen lassen den Schluß zu, daß auch nach 1990 trotz einer demografischen Trendwende ein hoher Arbeitslosensockel weiterbestehen wird.

1) Vgl. Bundestagsdrucksache 8/3845 v. 21. 3. 1980.
2) Vgl. H. Ehrenberg, Perspektiven der Beschäftigungspolitik, in: „Sparkasse", H. 8/1979, S. 268.
3) Vgl. W. Klauder, Längerfristige Arbeitsmarktperspektiven, in: „Wirtschaftsdienst", H. 5/1979, S. 506.
4) Vgl. R. Rau, J. Warnken, P. Wolfmeyer, Spezielle Wachstumsbedingungen – Arbeitsmarkt. Beitrag zum RWI-Symposium Wachstum und Struktur der deutschen Wirtschaft in den 80er Jahren am 22./23. 4. 1980.
5) Vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 9/1979.

Ein Kernproblem aller Arbeitsmarktprognosen liegt in der Unsicherheit der Einschätzung der zukünftigen Produktivitätsentwicklung, die nicht länger als stabiler Trend angenommen werden kann. Während die Bundesbank aus der verlangsamten Produktivitätsentwicklung der vergangenen Jahre (ähnlich wie Ehrenberg) einen neuen Trend herauslesen möchte, könnten andererseits mögliche technologische Sprünge aufgrund neuer Technologien, insbesondere in Dienstleistungs- und Verwaltungsbereichen, zu einer Produktivitätssteigerung führen. K. Marth befürchtet daher aufgrund beschleunigten technischen Wandels sogar ein Unterbeschäftigungsniveau von 4 Millionen Personen im Jahre 1960[6]).

Die bislang prognostizierten Zahlen deuten allesamt auf den nicht mehr bestreitbaren Tatbestand hin, daß Produktivitätssteigerungen nicht mehr zu marktautomatischen Wachstumssteigerungen führen müssen; vielmehr scheint es eine dauerhafte Entkoppelungstendenz zu geben, die eine neue Dimension der Arbeitsmarktprobleme zur Folge haben wird. In der deutschen Wirtschaftsgeschichte ist kaum eine vergleichbare Periode mit gleichbleibend hoher (oder gar steigender) Arbeitslosigkeit wie im Zeitraum 1974–1990 vorzufinden.

Hinsichtlich des Niveaus der Unterbeschäftigung deutet sich eine dauerhafte „Amerikanisierung" des Arbeitsmarktes an, die sich schließlich auch in einer zunehmenden Strukturierung des Arbeitslosenbestandes niederschlagen muß. Je länger strukturierte Massenarbeitslosigkeit andauert, desto schwerer und teurer wird ihre Bekämpfung. Daher erscheint es erforderlich, eine globale Bastandsaufnahme der in den 70er Jahren betriebenen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vorzunehmen und diese auf ihre Eignung für die Lösung der neuen Probleme hin zu untersuchen.

2. *Die gescheiterte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung in den 70er Jahren*

Gemessen an den traditionellen Vollbeschäftigungszielen der 60er Jahre ist die Beschäftigungspolitik in der Bundesrepublik in den 70er Jahren gescheitert, wenngleich bei einer vollständigen lassez-faire-Politik das Ausmaß der Unterbeschäftigung allenthalben größer gewesen wäre. Faktisch haben sich fast alle staatlichen Instanzen auf eine hohe Dauerarbeitslosigkeit in den 80er Jahren eingestellt, sie betrachten diese als unvermeidlich unter den gegenwärtigen ökonomischen und politischen Bedingungen. Damit wurde das Vollbeschäftigungsziel und entsprechende wirtschaftspolitische Konzeptionen aufgegeben, wenngleich dies aus legitmatorischen Gründen von staatlichen Instanzen bestritten wird[7]). Seit geraumer Zeit wird in der Existenz von

6) Vgl. Der Produktivitätsfortschritt in der Bundesrepublik und seine Bestimmungsfaktoren, in: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", H. 1980 sowie K. Marth, Technologische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung, in: „WSI-Mitteilungen", H. 8/1980, S. 434.

7) Vgl. H. Ehrenberg, A. Fuchs, Sozialstaat und Freiheit, Frankfurt/M. 1980, S. 263: „Vollbeschäftigung ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer gesellschaftlichen Stabilität . . ."; S. 277: „Und zumindest eine sozialdemokra-

hoher Arbeitlosigkeit kein Grund mehr für staatliches Eingreifen gesehen. Das faktische Abrücken vom Vollbeschäftigungsziel geht einher mit einer Überbewertung des Ziels der Inflationsbekämpfung, des Ziels der globalen Förderung des technischen Fortschritts und des Wachstumsziels im Sinne der Losung des Sachverständigenrates: „Mehr Produktion rentabel machen".

Zweifellos haben sich konservative politische Interessen durchgesetzt, die den Nutzen der Aufrechterhaltung von hoher Arbeitslosigkeit höher bewerten als die sozialen und privaten Kosten (im weitesten Sinne) von Vollbeschäftigung.

Die Vorteile, die sich für die Unternehmen aus der Existenz einer großen und relativ dauerhaften Reservearmee der Arbeitslosen ergeben, liegen auf der Hand: Erhöhte personalpolitische Auslese zwecks Leistungssteigerung, erhöhter Druck auf die Arbeitsintensität, erhöhte Bereitschaft, schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere Einkommen bzw. Einkommenssteigerungen zu akzeptieren. Hinzu kommt, daß eine durchgreifende Beschäftigungspolitik an kumulativen Staatsinterventionen kaum vorbeikommt, so daß unternehmerische Autonomie zumindest tendenziell bedroht wird. Großunternehmen werden eine expansive Wirtschaftspolitik überdies eher als Bedrohung auffassen, solange sie selbst hohe Expansionsraten auf Kosten anderer, kleinerer Unternehmen realisieren können. Die staatlichen Institutionen können solange „mit Arbeitslosigkeit leben", wie die von ihr direkt oder indirekt Betroffenen durch ihr Stillhalten dies scheinbar legitimieren – wesentlich bedingt durch die Tatsache, daß z. B. hauptsächlich durchsetzungsschwache Randgruppen der Arbeitnehmerschaft betroffen sind, durch individualisierte, sozialpolitisch abgefederte Verarbeitung von Arbeitslosigkeit und schließlich durch leistungsideologische Bewußtseinsbildung (namentlich bei den Beschäftigten, weniger bei den Arbeitslosen), wodurch sowohl die individuelle Schuldzurechnung als auch die verstärkte Leistungskonkurrenz gefördert werden. Dies alles erschwert eine breite, solidarische Interessendurchsetzung in der gesamten Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftsbewegung[8]).

Aber es ist keineswegs nur das ökonomische und politische Interesse an Unterbeschäftigung, welches die Erarbeitung und Realisierung von Vollbeschäftigungsstrategien bedroht. Vielmehr scheint es, daß trotz eines erheblichen Ausbaus der staatlichen Sozialpolitik, trotz der Zunahme wirtschaftspolitischer Staatsinterventionen in den vergangenen Jahrzehnten Arbeitslosigkeit immer schwerer zu bekämpfen ist.

Verfolgt man die Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Bundesrepublik in den 70er Jahren, so lassen sich eine Reihe von Gründen für diese Entwicklung anführen:

---

tisch gefuhrte Bundesregierung wird einem Wachstumseinbruch nicht tatenlos zusehen . . ., sondern eine entsprechend expansive wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben."

8) Vgl. R. G. Heinze, K. Hinrichs, C. Offe, Th. Olk, Sind die Gewerkschaften für „Alle"da?, in: O. Jacobi, E. Schmidt, W. Müller-Jentsch, (Hrsg.), Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81, Berlin 1980.

(1) *Verfehlte Problemdiagnose:* Die Unsicherheiten in der Erklärung der Ursachen der Beschäftigungskrise halten seit 1974 an. Handelte es sich ursprünglich vermeintlich um einen kurzfristigen, konjunkturzyklischen Beschäftigungseinbruch, der hauptsächlich außenwirtschaftlich bedingt war, so wurden danach die Ölpreise, das lohnpolitische Fehlverhalten der Gewerkschaften, die zu große Inflationstoleranz, „Strukturproblme" etc. als Krisenursachen identifiziert. Die diagnostische Unsicherheit führte zu einer Vielzahl von kurzfristigen, wenig wirksamen kleineren Konjunktur- und Beschäftigungsprogrammen. Auch heute noch scheint die Ausgangsfrage, ob es sich bei der Krise 1974/75 um eine zyklische Krise, die „lediglich" durch demografische Probleme vertieft worden ist, oder aber um eine Trendumkehr in den langfristigen Wachstumsperspektiven handelte, nicht gelöst[9]).

Die im Sinne der neoklassischen Krisendeutung auf Rentabilitätssteigerung, vorrangige Inflationsbekämpfung und beschäftigungspolitische Abstinenz des Staates ausgerichtete Wirtschaftspolitik ließ sich nicht bruchlos durchhalten; vielmehr erfolgten immer wieder sporadische Rückfälle in keynesianische Eskapaden, die den komplizierten neuen Bedingungen jedoch nicht angemessen und daher meist von vornherein zu geringer Wirksamkeit verurteilt waren.

(2) *Widersprüche im staatlichen Handeln:* Zu den beschäftigungspolitischen Kardinalfehlern der 70er Jahre gehört zum einen die überzogene restriktive Geldpolitik bis weit in die Krise hinein, die zu einer erheblichen Krisenverschärfung beigetragen hat, sowie das Haushaltsstrukturgesetz, das eine Phase restriktiver Finanzpolitik einleitete, die erst Ende 1977 mit dem „Zukunftsinvestitionsprogramm" (ZIP) zögernd abgelöst wurde. Die Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes sowie der gesamten restriktiven Finanzpolitik und die diversen kleineren Konjunkturprogramme sowie des ZIP haben sich gegenseitig mehr oder minder kompensiert. Ein großer Teil der beschäftigungspolitischen Bemühungen des Staates galt also nicht unmittelbar der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern gewissermaßen der Bekämpfung der eigenen beschäftigungsvermindernden restriktiven Wirtschaftspolitik[10]). Die staatsinternen Widersprüche sind auch nach der gelockerten Finanzpolitik seit 1977 nicht aus der Welt geschafft: Die derzeitige restriktive mittelfristige Finanzplanung mit dem Zeil der schrittweisen Schuldenkonsolidierung droht angesichts der erneut zunehmenden Arbeitslosigkeit die Fehler des Haushaltsstrukturgesetzes zu wiederholen[11]). Alle diesbezüglichen Angaben be-

9) Vgl. z. B. H. Seidel, F. Butschek, (Hrsg.), Die Rezession 1974/75 – ein Wendepunkt der längerfristigen Wirtschaftsentwicklung?, Stuttgart 1977.

10) Vgl. dagegen die unkritische Selbstzufriedenheit, mit der noch das faktische Scheitern der Beschäftigungspolitik als Erfolg im Vergleich zu anderen Industrieländern bewertet wird: H. Ehrenberg, A. Fuchs, Sozialstaat und Freiheit, Frankfurt 1980, S. 257.

11) Wenngleich eine Quantifizierung der sich gegenseitig konterkarierenden beschäftigungspolitischen Effekte der Finanzpolitik außerordentlich schwierig ist, so zeigen doch neuere Berechnungen des DIW, die vom SVR-Konzept des konjunkturneutralen Hauhalts abgehen, daß 1973 und 1976/77 die restriktiven Nachfrageimpulse des Staates überwogen haben; expansive Einflüsse herrschten indessen in den ersten Krisenjahren 1974/75 sowie – in schwächerem Ausmaß – seit 1978 vor, wobei allerdings bereits 1980 der expansive Impuls

stätigen – selbst bei Berücksichtigung möglicher Unexaktheiten der Berechnungen – die Vorstellung einer diskontinuierlichen, widersprüchlichen und strategielosen Wirtschaftspolitik.

Die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne, also die Maßnahmen gemäß Arbeitsförderungsgesetz (AFG), steht in latentem Gegensatz zur Konjunkturpolitik, die wegen „fehlendem Handlungsbedarf" seit dem „Zukunftsinvestitionsprogramm" und der letzten Steuerreform auf laissez-faire programmiert ist, im Gegensatz zur konsolidierungsorientierten Finanzpolitik und zur rationalisierungsfreundlichen Forschungs- und Technologiepolitik. Der Staat scheint zu vielen divergierenden, scheinbar unumkehrbaren Zielen verpflichtet, so daß er selbst maßgeblich zur Blockade seiner eigenen arbeitsmarktpolitischen Ambitionen beiträgt, sofern diese überhaupt noch existieren.

(3) *Politische Zielkonflikte und die Unterordnung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik:* Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit konfligiert nicht nur mit der Preisniveaustabilität, sondern ebenfalls mit dem Ziel der Rentabilitätserhöhung, der maximalen personalpolitischen Auslese der Unternehmen, der Technologieförderung, dem Ziel der Schuldenkonsolidierung; schließlich konkurriert das Vollbeschäftigungsziel mit anderen Zielen um den Anteil an den Staatsfinanzen. Ohne diese Zielkonflikte zu erkennen und ohne eine klare Zielbewertung und -gewichtung vorzunehmen, läßt sich Vollbeschäftigungspolitik nur als isolierte Ressortpolitik betreiben, die in der Konkurrenz mit anderen Ressorts tendenziell immer unterliegt. Abermals ist also die hohe politische Bewertung von Vollbeschäftigung und die entsprechende Inkaufnahme sozialer Kosten zu ihrer Widerherstellung eine der entscheidenden, in der Bundesrepublik unzureichend erfüllten Voraussetzungen für eine wirksame Vollbeschäftigungsstrategie. Hier hat sich eine innerstaatliche Arbeitsteilung eingespielt, die die Arbeitsmarktpolitik (im engeren Sinne) auf die subsidiäre, sozialpolitische Verwaltung von Arbeitslosigkeit abdrängt, ihr jedoch keine vorbeugende Funktion zuweist. Indizien hierfür sind, daß der Anteil traditioneller, kompensatorischer Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenunterstützung, Kurzarbeitergeld etc.) im Verhältnis zu den Ausgaben für „aktive" Arbeitsmarktpolitik gestiegen ist; daß ein beträchtlicher Teil der Aktivitäten der Bundesanstalt für Arbeit auf den wirtschaftlichen Einsatz ihres Budgets gerichtet ist; daß ferner zahlreiche

nahezu auf Null absinkt. (Vgl. D. Vesper, Zur Wirkung der Staatsausgaben im Konjunkturverlauf, in: Argument-Sonderband AS 52, Alternative Wirtschaftspolitik 2, S. 82ff.) Die expansiven Wirkungen sind Resultat verschiedener kleinerer Konjunkturprogramme, die überwiegend auf die Bauwirtschaft abzielten, sowie verschiedener Steuerentlastungen. (Zur Chronologie der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik vgl. Memorandum 1978, Köln 1978, S. 60ff., und H. Harten, E. Flitner, Arbeitslosigkeit, a.a.O., S. 28ff.) D. Vesper veranschlagt die negativen Beschäftigungswirkungen der restriktiven Finanzpolitik 1975 bis 1977 mit rund 250000 Arbeitsplätzen, während umgekehrt die positiven Beschäftigungseffekte 1978 und 1979 mit rund 300000 Erwerbspersonen die vorherigen negativen nur knapp überkompensiert haben. (Vesper, a.a.O., S. 86, 89. Vgl. auch DIW-Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven, Welchen Beitrag hat die Finanzpolitik zum Aufschwung 1978 und 1979 geleistet?, in: „DIW-Wochenberichte", Nr. 11/1980, S. 121ff.) Immerhin wäre dann aber etwa die Hälfte des Beschäftigungszuwachses von rund 600000 abhängigen Erwerbspersonen von Mitte 1977 bis Anfang 1980 auf direkte oder indirekte Wirkungen der vorsichtig expansiven Finanzpolitik zurückzuführen.

Maßnahmen auf die Ausgliederung und Entmutigung von Arbeitslosen orientiert sind[12]).

(4) *Fehlende Rollenverteilung zwischen Staat und Tarifparteien:* Der faktischen Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos durch die staatliche Wirtschaftspolitik stehen nicht nur diverse verbale Beteuerungen des Willens zur Vollbeschäftigung seitens einzelner Politiker entgegen, sondern auch die Vielzahl kurzatmiger ad-hoc-Konjunkturprogramme, die, gepaart mit der Hoffnung auf „den Aufschwung", immer wieder die Vollbeschäftigungsillusion genährt haben. Dabei ist stets unklar geblieben, welchen Part der Staat und welchen die Gewerkschaften in Auseinandersetzung mit den Tarifkontrahenten übernehmen können und sollten. Anstelle einer klaren Kompetenzregelung wurden jeweils der anderen Seite Schuld und Zuständigkeit zugeschoben. Besonders deutlich wurde dies in der Diskussion über beschäftigungsorientierte Arbeitszeitverkürzungen, deren Bedarf sich nur im Rahmen einer koordinierten Gesamtstrategie abstecken läßt. Deren Fehlen führte demzufolge auch zu einer Zersplitterung in diverse halbherzige Einzelmaßnahmen, denen es an strategischer Durchschlagskraft mangelt[13]). Es mangelt also an einer Integration von beschäftigungsorientierter Arbeitszeitpolitik, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Zwar erfolgten in den 70er Jahren eine Reihe von konzeptionellen Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik, z. T. auch in der Beschäftigungspolitik, die jedoch zur Lösung der Beschäftigungsprobleme der 80er Jahre völlig unzulänglich sind. Die konzeptionelle Neuorientierung, die ansatzweise mit dem „Zukunftsinvestitionsprogramm" im Sinne eines mittelfristigen Ausgabenprogrammes für Investitionen in Defizitsektoren 1977 begonnen wurde, wurde mit dem Auslaufen dieses Programmes schon bald wieder aufgegeben; Vorschläge des DGB, der Arbeitsgruppe „Memorandum", des DIW oder von Prognos wurden in Außenseiterpositionen abgedrängt. Stattdessen wird auf traditionelle, indirekt wirkende Programme orientiert (z. B. Steuersenkungen). Damit aber verschärft sich der entscheidende Konstruktionsfehler der Vollbeschäftigungspolitik, nämlich die fehlende Integration und Koordination von (im wesentlichen) angebotsorientierter Arbeitsmarktpolitik und nachfrageorientierter Beschäftigungspolitik. Zwar wurde die für Wachstumsperioden konzipierte Arbeitsmarktpolitik weitgehend umgestellt auf (allerdings eher kurzfristige) Unterbeschäftigungsprobleme, jedoch kann sie solange überwiegend nur sozialpolitische Funktionen wahrnehmen, als das Arbeitsplatzangebot aufgrund fehlender oder unzureichender Beschäftigungspolitik bei weitem nicht ausreicht.

---

12) Vgl. dazu den fast zynischen Kommentar zu den vermeintlich „wichtigsten Verbesserungen" der 5. AFG-Novelle, insbesondere die Neuregelung der Zumutbarkeit von vermittelter Arbeit; außerdem: H. Ehrenberg, A. Fuchs, Sozialstaat und Freiheit, a.a.O., S. 260. Zur Beurteilung der AFG-Novelle vgl. Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik", Memorandum: Gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980, S. 191 ff.

13) J. Kühl konstatiert ein „Strategiepatt" (J. Kühl, Ein Arbeitsgesamtplan für Vollbeschäftigung binnen fünf Jahren – Erste vorläufige Überlegungen, in: Chr. v. Weizsäcker, (Hrsg.), Staat und Wirtschaft. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF Bd. 102, Berlin 1979, S. 320).

Mit Hilfe einer so eingeengten Politik läßt sich der Arbeitslosenbestand maximal um 200000–300000 vorübergehend durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen oder Kurzarbeit vermindern, wenn man von den sonstigen Anpassungs- und Mobilitätsmaßnahmen absieht, die ohnehin nur der besseren Arbeitsvermittlung von Arbeitslosen auf bereits bestehende Arbeitsplätze dienen können. Mithin sind also die Wirkungsmöglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik eng beschränkt. Konzeptionelle Veränderungen jüngeren Datums kommen insbesondere im „arbeitsmarktpolitischen Programm der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen" aus dem Jahr 1979 sowie in der 5. AFG-Novelle zum Ausdruck[14]). Hier wird eine in der Zielsetzung richtige, in der Instrumentierung jedoch problematische Selektivität der Arbeitsmarktpolitik im Hinblick auf Problemgruppen und Problemregionen angestrebt. Bei unzureichendem Arbeitsplatzangebot sowie bei unzulänglicher Beschäftigungspolitik kann sie nicht mehr ausrichten als eine Umwälzung im Arbeitslosenbestand, d. h. die Verhinderung einer weiteren Verschlechterung der Arbeitslosenstruktur. Damit aber verharrt sie vollständig im Rahmen reaktiver Sozialpolitik, kann sie doch auf die Entstehung von Arbeitslosigkeit, insbesondere von Problemgruppen aufgrund selektiver Personalpolitik, keinen Einfluß nehmen.

3. *Wirkungsverlust keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik*

Nicht nur die fehlende Konsens- und Strategiefähigkeit und die innerstaatlichen Widersprüche (insbesondere zwischen Notenbank und Regierung sowie zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften) blockieren Vollbeschäftigungspolitik. Vielmehr haben die ökonomischen Beschäftigungsprobleme zugenommen, so daß ihre Steuerung immer schwieriger wird und damit höhere Anforderungen an staatliche Interventionen gestellt werden müssen.

Es sind vor allem folgende Gründe, die die Keynessche Therapiekonzeption zunehmend paralysieren und daher revisionsbedürftig machen[15]):

– Expansive staatlicher Aufgabenprogramme schlagen sich aufgrund von *Preissetzungsmacht der Unternehmen* zunächst in Preisreaktionen und erst

14) Das arbeitsmarktpolitische Programm wie die 5. AFG-Novelle beziehen sich (1) auf den extensiven Gebrauch von Lohnkostensubventionen in Form von Einarbeitungszuschüssen und Eingliederungsbeihilfen, (2) auf Subventionierung innerbetrieblicher Fortbildung und Umschulung (3) auf verstärkte ABM insbesondere im Bereich sozialer Dienste, (4) schließlich auf die aus fiskalischen Gründen restriktivere Handhabung der Arbeitslosenunterstüzung. (Zur Kritik dieser *Neuorientierung* vgl. Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik", Memorandum: Gegen konservative Formierungs- Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980, Kap. 7, S. 185 ff.) Mit Hilfe der Maßnahmen (1) und (2) wird zugleich eine stärkere Verkoppelung der öffentlichen Arbeitsmarktpolitik mit der Unternehmenspolitik (bei unzureichenden Mitbestimmungsrechten der Belegschaftsvertretungen) erreicht.

15) Vgl. die kursorischen Überlegungen bei K. W. Rothschild, Kritische Darstellung der theoretischen Grundlagen der Vollbeschäftigungspoliitik, in: „Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung", H. 1/1980, S. 15 ff.; G. Müller indessen fordert in seinem kritischen Resumee der staatlichen Konjunkturpolitik in den 70er Jahren eine ungebrochene Wiederaufnahme keynesianischer Politik. Vgl. Müller, G., Die Rolle der staatlichen Konjunkturpolitik bei Entstehung und Verlauf der Krise seit 1973, in: „WSI-Mitteilungen", H. 4/1980, S. 185. Er fordert lediglich eine bessere Kooperation zwischen Bundesbank und öffentlichen Gebietskörperschaften bei einer expansiven Ausgabenpolitik.

verspätet oder u.U. gar nicht in Mengenreaktionen nieder. Keynes konnte diesen Tatbestand, der inzwischen kaum noch bestritten wird, vernachlässigen, da er vollständigen Wettbewerb unterstellte.

– Insbesondere Großunternehmen reagieren häufig auf kurzfristige Nachfrageimpulse mit Produktivitätssteigerungen, d. h. Neueinstellungen finden nicht oder nur verzögert statt. Aufgrund der Existenz von Produktivitätsspielräumen wird mit Hilfe neuer Personalstrategien zunehmend eine *Überauslastung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials* eingeplant, insbesondere, wenn nicht mit einer dauerhaften Nachfragesteigerung gerechnet werden kann. Dadurch setzen sich makroökonomische, staatlich induzierte Impulse nur abgeschwächt und verzögert auf der betrieblichen Ebene durch.

– Zu Recht betrachtete Keynes die private Investitionstätigkeit als eine Schlüsselgröße der Beschäftigung. Ihre Steuerbarkeit wird neben den bereits erwähnten Effekten durch folgende weitere Faktoren negativ beeinflußt: (a) Großinvestitionen müssen in Abhängigkeit von langfristigen Nachfrageentwicklungen geplant werden, so daß sie durch vorübergehende Nachfragespritzen (bei Beibehaltung pessimistischer Langfrist-Erwartungen) oder Investitionsanreize (niedrige Zinsen, Subventionen, Steuererleichterungen) nicht nachhaltig beeinflußt werden können. (b) Bei günstigen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten über die Preisgestaltung können sich namentlich Großunternehmen, insbesondere aber multinationale Unternehmen, von der nationalstaatlichen Zinspolitik unabhängig machen, so daß die Wirksamkeit der Zinssteuerung nachläßt. (c) Daraus folgt, daß die *Investitionstätigkeit* immer *stärker vom relativ autonomen Unternehmenskalkül abhängig* ist: Bei unsicheren Zukunftserwartungen mit hohen Investitionsrisiken steigen die Renditeansprüche; in der Krise bzw. in stagnativen Perioden sind diese jedoch schwerer durchsetzbar, so daß das Investitionsverhalten tendenziell stagnationsverstärkend wirkt und die nicht-investive Gewinnverwendung zunimmt. (d) In derartigen Situationen ist mit einem Vorrang der Rationalisierungsinvestitionen mit ihren negativen Beschäftigungseffekten, vor allem im oligopolistischen und monopolistischen Dektor, zu rechnen[16]). (e) Angesicht eines wachsenden Anteils dauerhafter Konsumgüter, die nur periodisch gekauft werden, an den privaten Konsumausgaben verstärkt sich die *Unsicherheit der Entwicklung des privaten Konsums*. Dies erhöht die Risiken der privaten Investitionstätigkeit.

– *Die Branchen und Regionen entwickeln sich zunehmend unterschiedlich* aufgrund internationaler Branchenkonjunkturen, branchenspezifischer Technologieentwicklung, speziellen Exportabhängigkeiten sowie der ungleichmäßigen Regionalstruktur der Industriestandorte. Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung können daher regional und sektoral nebeneinander existieren. Diesen Bedingungen kann eine globale Investitionsförderung nicht gerecht werden.

16) Vgl. ausführlicher: Memorandum 1978: Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1978, S. 75ff.

– Während die staatliche Geld- und Steuerpolitik in der Regel global ansetzt, konzentriert sich die staatliche Finanzpolitik fast ausschließlich auf die Bauwirtschaft. Abgesehen davon, daß deren Entwicklung damit weitgehend vom Wechselbad der staatlichen Konjunkturpolitik abhängig wird, ist der *Beitrag der Bauwirtschaft zur Beschäftigungsstabilisierung zu gering,* zudem die Qualität der Arbeitsplätze u. a. aufgrund der großen Konjunkturabhängigkeit unbefriedigend. Hinzu kommt, daß die Ausstrahlungskraft der der Bauwirtschaft vorgelagerten Branchen zu gering ist, um eine allgemeine Wirtschaftsbelebung herbeizuführen.

– Da die staatlich mobilisierte Nachfrage in unterbeschäftigte Arbeitsmarktsegmente gelenkt werden muß, können *Art und Ausmaß der Segmentierung die Wirksamkeit keynesianischer Maßnahmen beeinträchtigen.* Zwar ist die berufsfachliche Mobilität und Flexibilität der Arbeitnehmer sehr hoch, jedoch wenden die Unternehmen angesichts hoher Dauerarbeitslosigkeit schärfere Auslesestrategien an; mit dem Hochschrauben der Qualifikationsanforderungen entstehen schwer eingliederbare Problemgruppen von Arbeitslosen. Wenn zudem Großbetriebe betriebsspezifische Qualifikationen verlangen und vermitteln, dann können betriebszentrierte, großbetriebliche Arbeitsmarktsegmente entstehen, die von anderen Arbeitsmarktsegmenten teilweise abgekoppelt sind und im Falle hoher Arbeitslosigkeit zu erhöhter Dequalifizierungsgefahr der Arbeitnehmer führen.

– Eine *hohe Staatsquote* und eine *hohe Staatsverschuldung* schränken den Spielraum erheblich ein, innerhalb dessen beschäftigungspolitisch bedingte Neuverschuldung leicht konsensfähig ist. Damit widerspricht Vollbeschäftigungspolitik zusätzlich dem konservativen ordnungspolitischen Ziel einer Stabilisierung oder Verminderung der Staatsquote.

– Die *Multiplikatoreffekte* von Beschäftigungsprogrammen sind in dem Maße *geringer,* in dem Arbeitslosenunterstützungen gezahlt werden. Sind die Ausgabenprogramme indes nicht höher als die Summe der Arbeitslosenunterstützungen, die aufgrund zusätzlicher Beschäftigung entfallen, so stellen sich keine zusätzlichen kumulativen Nachfragesteigerungen ein. Mithin müssen die Programme größer dimensioniert werden. Denn „wieso eigentlich können bei Expansionsprogrammen keynesianische Ankurbelungswirkungen erwartet werden, wenn Arbeitslosigkeit netto ähnlich viel kostet wie ‚Beschäftigungspolitik'?" [17])

– Keynes ging es ursprünglich um eine staatliche Initialzündung für einen konjunkturellen Aufschwung, d. h. vor allem um die Vollauslastung der vorhandenen Kapazitäten. Dagegen geht es heute in der Bundesrepublik und den meisten vergleichbaren Staaten sowohl um erhöhte Kapazitätsauslastung als auch um ein erhöhtes Wachstum des Produktionspotentials, also um eine Verlagerung des Wachstumstrends. Nicht nur eine beschäftigungsorientierte

17) Vgl. D. Mertens, Topoi der Arbeitsmarktdebatte, in: G. Bombach u. a. (Hrsg.), Neuere Entwicklungen in der Beschäftigungstheorie und -politik, Tübingen 1979, S. 266.

kurzfristige Konjunkturpolitik ist gefragt, sondern auch eine beschäftigungssteigernde Wachstumspolitik, um den „Arbeitslosensockel" abzubauen, der auch im Aufschwung nicht vermindert werden konnte. Da mithin eine *längerfristige Wachstumsstrategie erforderlich* wird, muß diese sowohl nachfrageseitig wie auch angebotsseitig ausgerichtet sein: Reines keynesianisches „demand-management" ist nur der erste Schritt. Damit stellen sich neue Fragen der Wachstumsstruktur, die für den traditionellen, rein makroökonomischen Global-Keynesianismus irrelevant waren, jedoch den staatlichen Entscheidungsinstanzen zusätzliche, langfristig verbindliche Allokationsentscheidungen abverlangen.

4. Alternativen

(1) *Politische Aufwertung des Vollbeschäftigungszieles:*

Jede Form der Lösung der aufgezeigten Koordinationsprobleme setzt eine Höherbewertung des Vollbeschäftigungszieles voraus, mithin auch die Bereitschaft, höhere Kosten zu ihrer Wiederherstellung auf sich zu nehmen[18]). Dies könnte mit Hilfe einer Verankerung des Rechts auf Arbeit in der Verfassung geschehen oder auch mit Hilfe eines „Vollbeschäftigungsgesetzes", wie es von der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel vorgeschlagen, wie es von J. Kühl (IAB) in Form eines „Arbeitsgesamtplanes für Vollbeschäftigung" empfohlen wurde[19]). Entscheidend ist dabei, daß darin eine quantifizierte, mittelfristige Handlungsstrategie für quantitative und qualitative Beschäftigungsziele enthalten ist.

Dabei ist eine Revision der im „Stabilitätsgesetz" genannten vier gesamtwirtschaftlichen Ziele (die ja ohnehin nur ein Spektrum der faktisch berücksichtigten gesamtwirtschaftlichen Ziele darstellen) unvermeidlich: So sind beispielsweise die drei anderen im „Stabilitätsgesetz" genannten Ziele dem Vollbeschäftigungsziel unterzuordnen.

Eine wichtige Voraussetzung einer stärker mittelfristig ausgerichteten Vollbeschäftigungsstrategie ist deren Fundierung durch die stärkere Berücksichtigung mittel- und langfristiger Entwicklungen in der ökonomischen Politikberatung. Noch herrscht der extrem kurzfristige Zeithorizont der Konjunkturanalyse von ca. einem halben Jahr (Frühjahrs- und Herbstgutachten), bzw. von einem Jahr (Jahreswirtschaftsbericht, Gutachten des Sachverständigenrates, IAB-Arbeitsmarktanalysen) vor, der auch der Finanz- und Haushaltsplanung entspricht. Freilich müssen die Analyse- Projektionsmethoden weiter verbessert werden, wobei die Ergebnisse der Strukturberichterstattung zu

18) G. Schmidt weist darauf hin, daß einer der entscheidenden Gründe für die relativen Erfolge der schwedischen AMP in dem bedeutend höheren Anteil am Sozialprodukt liegt, der für die Finanzierung einer „aktiven" AMP im Vergleich zur Bundesrepublik zur Verfügung steht. Vgl. G. Schmid, Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik: Die Herausforderung der 80er Jahre, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", Heft 2/1980, S. 99ff.

19) J. Kühl, Ein Arbeitsgesamtplan für Vollbeschäftigung binnen fünf Jahren – Erste vorläufige Überlegungen, in: Chr. v. Weizsäcker (Hrsg.), Staat und Wirtschaft, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF Bd. 102, Berlin 1979, S. 319ff.

berücksichtigen sind. Die neueren Arbeiten des DIW und die von Prognos mit mittelfristigen Prognosen weisen in die hier intendierte Richtung[20]).

(2) *Aktive Finanzpolitik als nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik:*

Basierend auf mittel- und langfristigen Prognosen sowie auf beschäftigungspolitischen Zielwerten sind mittelfristige Ausgabenprogramme nach dem Muster des „Zukunftsinvestitionsprogramms" bzw. des 130-Milliarden-Programms des DIW erforderlich, die z.T. durch vorübergehende Neuverschuldung, längerfristig über Selbstfinanzierungseffekte aufgrund erhöhter Steuereinnahmen und verminderter Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden können.

Zum anderen muß versucht werden, den Bedingungen einer regional und sektoral stark differenzierten Arbeitsmarktentwicklung gerecht zu werden. Die Regionalisierung ist auf seiten der (angebotsorientierten) Arbeitsmarktpolitik bereits in die Wege geleitet, jedoch fehlt die entsprechende nachfrageorientierte Flankierung durch die Beschäftigungspolitik. Schwieriger ist die gezielte Sektoralisierung, die die Enge des traditionellen „Bau-Keynesianismus" überwinden und nach Möglichkeit – z.B. über öffentliche oder halböffentliche Unternehmen, Bundesbahn, Bundespost etc. – auf andere Industriezweige ausstrahlen sollte. Hier liegen jedoch zweifellos die Grenzen aktiver Finanzpolitik. Da erfahrungsgemäß vor allem die Bauwirtschaft sehr stark mit Preissteigerungen auf Nachfragestöße reagiert, sind zumindest hier flankierende Preiskontrollen erforderlich[21]). Im großbetrieblichen Bereich müssen überdies „interne" Reaktionen z.B. in Form von Überstunden und Arbeitsintensivierung vermieden werden, indem durch Auflagen und erweiterte Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte gesichert wird, daß Ausweitungen der Produktion zur Erhöhung der Zahl der Beschäftigten führen.

Die Ausgabenprogramme sollten keineswegs reine Investitionsprogramme in dem Sinne sein, daß sie keine dauerhaften Beschäftigungsfolgen, d.h. also personelle Folgekosten nach sich ziehen. Vielmehr muß sogar aus beschäftigungspolitischen Gründen darauf abgezielt werden; mithin müssen die laufenden Folgekosten von den öffentlichen Kernhaushalten übernommen werden, so daß aus diesem Grund eine Erhöhung der Staatsquote – sofern Umverteilungen nicht möglich sind – unvermeidbar erscheint[22]). Dies dient zugleich der Erhöhung der Dienstleistungsbeschäftigung.

Aufgrund ihrer direkten, kalkulier- und steuerbaren Wirkung sind die hier skizzierten Ausgabenprogramme grundsätzlich indirekten Expansionspro-

20) „Es ist vielmehr der Ansatz der mittelfristigen Finanzplanung so auszubauen, daß auch die fiskalpolitische Auseinandersetzung mit beschäftigungspolitischen Programmen, welche sich mit längeren demographischen Wellen befassen, überhaupt erst ermöglicht wird, d.h. eine nicht eigentlich keynesianische, aber Keynes-analoge Situation über 5–10-Jahres-Fristen aus fiskalischer Sicht rational kalkuliert werden kann." D. Mertens, Zur Strategiefähigkeit von Vollbeschäftigungskonzepten, a.a.O., S. 46.

21) Vgl. Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik": Memorandum 1980, a.a.O., S. 285ff.

22) Vgl. G. Böttger, K. Gretschmann, Ökonomische und politische Implikationen einer mittelfristigen Erhöhung der Staatsquote, in: WSI-Mitteilungen, Heft 4/1980, S. 216ff.

grammen (Steuersenkungen, Investitions-, Lohnkostensubventionen, etc.) vorzuziehen. Zwar haben diese den Vorteil, tendenziell auf eine Vielzahl von Branchen auszustrahlen, jedoch sind sie wegen ihrer partiellen Kompensation durch steigende Sparquoten oder bloßes zeitliches Vorziehen geplanter Investitionen hochgradig unsicher. Am erfolgversprechendsten sind im Rahmen von Steuerentlastungskonzepten höchstens noch Steuererleichterungen für untere Einkommensschichten, da hier zusätzliche Einkommen unmittelbar nachfragewirksam werden – sofern das staatliche Ausgabenniveau nicht entsprechend den Mindereinnahmen reduziert wird.

(3) *Arbeitsmarktpolitik:*

Die Hauptlast einer Vollbeschäftigungsstrategie muß der arbeitsplatzschaffenden Beschäftigungspolitik zukommen, während der Arbeitsmarktpolitik (im engeren Sinne) mehr die Funktion der Feinsteuerung, der Anpassungserleichterung, der Mobilitäts- und Flexibilitätserhöhung zukommt. Angesichts einer zu erwartenden zunehmenden Strukturierung der Arbeitslosen in den 80er Jahren kommt mithin einer problemgruppenorientierten, regionalisierten und auf betriebliche Bedingungen zugeschnittenen Arbeitsmarktpolitik größere Bedeutung zu, die jedoch als isolierte Politik von vornherein zu geringer Wirksamkeit verurteilt ist. Mithin muß in Zukunft der planvollen Ergänzung von angebotsorientierter Arbeitsmarktpolitik und arbeitsplatzschaffender Beschäftigungspolitik größere Bedeutung zukommen.

Im Zentrum der Arbeitsmarktpolitik sollten Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen stehen, die stärker auf die Ausbildungsprobleme von un- und angelernten, sowie durch Arbeitslosigkeit oder Betriebswechsel dequalifizierten Arbeitskräfte zuzuschneiden sind. Dabei sollten öffentliche Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen, um breite, vielseitig verwendbare Qualifikationen zu vermitteln. Nur wenn dies gewährleistet ist, sollten auch betriebliche Maßnahmen subventioniert werden, sofern entsprechende Kontrollmöglichkeiten existieren, um interessengebundene Fortbildungsmaßnahmen der Betriebe zu verhindern. Insgesamt müßten öffentlichen Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung ausgebaut werden.

Eingliederungsbeihilfen, die in der Regel ohne Auflagen vergeben werden, sind ebenso wenig beschäftigungsfördernd wie Lohnkürzungen. Sie erhöhen das Anspruchsniveau der Unternehmen gegenüber den Arbeitsämtern („Drogeneffekt") und kommen überdies überproportional Großunternehmen zugute. Stattdessen sollten vermehrt Einarbeitungszuschüsse mit festgelegten Einarbeitungsplänen (für einen längeren Zeitraum geschützte Arbeitsplätze mit vermindertem Anforderungsniveau) bei Zustimmung der Betriebsräte vergeben werden. Bislang wurden sie allerdings von den Unternehmen in weit geringerem Maße in Anspruch genommen als die auflagenfreien Eingliederungsbeihilfen.

Auch in der Ausdehnung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) liegt

keine sinnvolle Perspektive, da es sich bei fast allen bisherigen Projekten um ohnehin geplante Daueraufgaben handelt, die im Rahmen einer expansiven Finanzpolitik aus den Kernhaushalten zu finanzieren sind. Andernfalls waren die Personalkosten von der Bundesanstalt für Arbeit zu tragen. Bei einer expansiven Inanspruchnahme von ABM entstehen staatlich subventionierte Randbelegschaften („Arbeitnehmer 2. Klasse"); erwägenswert ist, sie nur noch dann durchzuführen, wenn begründete Aussicht auf Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis besteht. Darüber hinaus ist zu erwägen, ob bei der Einstellung von Arbeitslosen auf Dauerarbeitsplätze zinslose Kredite mit günstigen Tilungskonditionen oder aber befristete Lohnkostenzuschüsse bei fundiertem Nachweis der Finanzierungslücke (insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben) vergeben werden sollten. Freilich sind auch hier Mißbräuche und Mitnehmereffekte nicht ausgeschlossen.

Grundsätzlich sind die Entscheidungs- und Eingriffskompetenzen der Arbeitsämter gegenüber der betrieblichen Personalpolitik zu erhöhen[23]). Faktisch werden die §§ 8, 9 und 10 AFG nicht angewendet, die den Unternehmern bei erkennbaren Entlassungen und Umsetzungen die Vorankündigungspflicht auferlegen (§ 8) oder die Möglichkeit einräumt, eine Meldepflicht über alle offenen Arbeits- und Ausbildungsplätze einzuführen (§ 9); die entsprechende Rechtsverordnung steht immer noch aus. Durch § 10 AFG könnte eine Meldepflicht für sämtliche Einstellungen und Entlassungen angeordnet werden. Hier ließen sich weitergehende Kompetenzen hinzufügen, die sich etwa auf die Informationspflicht bei der betrieblichen Personalplanung oder bei der betrieblichen Weiterbildung beziehen. Dadurch könnte die vielfach beklagte Intransparenz großbetrieblicher, interner Arbeitsmärkte aufgebrochen werden.

(4) *Arbeitszeitverkürzungen:*

Eine über konventionelle keynesianische Strategien hinausgehende Vollbeschäftigungskonzeption muß beschäftigungsorientierte Arbeitszeitverkürzungen einbeziehen.

Umfragen bestätigen, daß der Wunsch nach Arbeitszeitverkürzungen in den verschiedenen Varianten weit verbreitet ist[24]). Fraglich ist jedoch ihr anzustrebendes Ausmaß sowie die unter Beschäftigungsgesichtspunkten günstigste Form[25]). Die in den vergangenen Jahren favorisierte Konzeption läuft auf möglichst flexible, selektive, der jeweiligen Branchenbesonderheit angepaßte Verkürzungen hinaus. Es mangelt daher an einer einheitlichen, mobilisierungsfähigen Strategie, die in der Lage wäre, den „Tabu-Katalog" der Unternehmer zu durchkreuzen. Sieht man von entsprechenden durch staatliche Initiative durchzusetzenden Maßnahmen ab (vor allem: Novellierung der Ar-

23) Vgl. H. Kohl, Arbeit für alle, a.a.O., S. 46f.
24) Vgl. H. v. Henninges, Gewünschte Arbeitszeit vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, in: MittAB, H. 3/1979, S. 270ff.
25) Vgl. die ausgezeichnete Überblickdarstellung bei: H. Kohl, H. Seifert, Überlegungen zu einer zukunftsbezogenen Arbeitszeitpolitik, in: „WSI-Mitteilungen", H. 1/1980, S. 4ff.

beitszeitordnung, 10. Schuljahr), dann bleiben als die entscheidenden Varianten Urlaubsverlängerungen, Wochenarbeitszeitverkürzungen sowie die Flexibilisierung der Altersgrenze.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Richtung auf den Einstieg in die 35-Stunden-Woche ist dabei sowohl unter sozial- wie auch unter beschäftigungspolitischen Aspekten zu favorisieren. Urlaubsverlängerungen können leichter durch Arbeitsintensivierung und Überstunden aufgefangen werden, zudem sind nur äußerst drastische Urlaubsverlängerungen beschäftigungspolitisch effektiv (eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde entspricht einer Urlaubsverlängerung von 5–6 Tagen). Die Flexibilisierung der Altersgrenze ist zwar noch am ehesten konsensfähig, da sie den Arbeitgebern den Vorteil verschafft, ältere Arbeitnehmer mit häufig verminderter Leistungsfähigkeit und gesundheitlichen Beschränkungen, zudem meist mit unkündbaren Arbeitsverträgen, durch jüngere zu ersetzen. Negativ zu beurteilen ist jedoch, daß die Kosten der Frühverrentung der Rentenversicherung oder den Frührentnern selbst aufgebürdet werden können, daß die flexible Ruhestandsregelung trotz des formalen Freiwilligkeitsprinzips oftmals unter direktem oder indirektem Druck durchgesetzt wird[26]). Die Flexibilisierung der Ruhestandsgrenze darf zudem nicht gegen die überfällige Humanisierung der Arbeitsplätze von älteren Arbeitnehmern sowie die Eindämmung des zunehmenden Frühverschleisses der Arbeitskraft ins Feld geführt werden.

Ebenso problematisch sind fast alle Vorschläge der sog. „neuen Arbeitszeitpolitik", die auf die Erhöhung individueller Wahlmöglichkeiten von unterschiedlichen Arbeitszeitsystemen, auf mehr individuelle „Zeitsouveränität" abzielen. Hier gelten jedoch ähnliche Einwände, die aus negativen Erfahrungen mit verschiedenen Systemen der Teilzeitarbeit resultieren. Nur selten sind die Arbeitnehmer in der Lage, ihre individuellen Arbeitszeitwünsche durchzusetzen, da sie sich meist den Arbeitszeiterfordernissen der Unternehmen anpassen müssen. Ferner begünstigen unterschiedliche Arbeitszeitsysteme die Spaltung von Stamm- und Randbelegschaften aufgrund unterschiedlicher Arbeits- und Arbeitszeitbedingungen, unterschiedlicher Entscheidungskompetenzen und unterschiedlicher Aufstiegschancen [27]). Schon deshalb ist die forcierte Ausweitung von Teilzeitarbeit[28]) im Verhältnis zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche kritisch zu beurteilen, insbesondere auch unter Berücksichtigung des überfälligen Abbaus von Frauendiskrimi-

26) Vgl. die kritischen Bemerkungen bei: R. G. Heinze, u. a., Arbeitszeitflexibilisierung als beschäftigungspolitisches Instrument – Wirkungen und Grenzen Neuer Arbeitszeitpolitik, in: MittAB, H. 3/1979, S. 28ff.

27) „Es ist daher zu erwarten, daß die Eröffnung von Wahlmöglichkeiten über die Verteilung der Arbeitszeiten letztlich nicht den Beschäftigten, sondern den Betrieben zugute kommt. U. U. auch gegen die Zeitverwendungswünsche der Beschäftigten können nun Phasen (über) langer Arbeitszeiten und Phasen des ‚Abfeierns' von Zeitersparnissen je nach Arbeitsanfall durchgesetzt werden, so daß die Arbeitskräfte ihre Präferenzen zurückstellen, um sich ‚freiwillig' den betrieblichen Anforderungen anzupassen." R. G. Heinze, u. a., Arbeitszeitflexibilisierung als beschäftigungspolitisches Instrument, a.a.O., S. 286.

28) Die Arbeitgeberverände sprechen sich in ihrem beschäftigungspolitischen Programm ausdrücklich für mehr Teilzeitarbeit und die Flexibilisierung der Ruhestandsgrenze aus. Vgl. BDA, Mit Wachstum gegen Arbeitslosigkeit, Köln 1977.

nierung in der Arbeitswelt. Nur auf der Basis eindeutiger kollektiver Arbeitszeitvereinbarungen läßt sich eine stärkere Individualisierung der Arbeitszeitsysteme durchsetzen. Überdies würde eine Strategie der Individualisierung und Liberalisirung des Arbeitszeitregimes im Rahmen einer Vollbeschäftigungsstrategie auf große Durchsetzungsprobleme stoßen. Daher kann eine kollektive Wochenarbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche leichter vereinheitlicht und strategiefähig gemacht werden. Freilich ist der beschäftigungspolitische Erfolg von Wochenarbeitszeitverkürzungen in starkem Maße an die Realisierung eines flankierenden Beschäftigungsausgleichs gebunden[29]), der möglichst tarifvertraglich oder durch Betriebsvereinbarungen durchgesetzt werden muß.

Die wichtigsten Einwände gegen kollektive Wochenarbeitszeitverkürzungen, die meist von Arbeitgeberverbänden, aber auch von Vertretern selektiver, flexibler Zeitverkürzungen vorgetragen werden, beziehen sich auf sektorale, regionale, berufsgruppen- und betriebsspezifische Differenzierungen in den anwendungs- und Durchsetzungsbedingungen, die eine einheitliche, globale Strategie als nicht angemessen erscheinen lassen. Am ehesten scheint dieses Argument angesichts von regionalen oder sektoralen Arbeitskräfteengpässen zuzutreffen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in der Vergangenheit in Perioden relativer Arbeitskräfteknappheit vorwiegend sozialpolitisch begründete Arbeitszeitverkürzung schon immer durchsetzbar waren und durchgesetzt wurden. Mithin würde in Engpassbereichen stärker auf eine sozialpolitische Begründung, in unterbeschäftigten Sektoren und Regionen stärker auf beschäftigungsorientierte Begründung für AZV orientiert werden können[30]).

Ferner ist zu betonen, daß globale beschäftigungsorientierte Arbeitszeitverkürzung in Form von allgemeinen Wochenarbeitszeitverkürzungen nur durchführbar sind, wenn sie komplementär und integriert mit Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik zur Feinabstimmung von Arbeitsangebot und -nachfrage (insbesondere durch Fortbildung und Umschulung) angewendet werden.

(5) *Durchsetzungsprobleme:* Ohne Zweifel sind die Probleme der Durchsetzung einer Vollbeschäftigungsstrategie mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit, mit ihrer Höhe und ihrer ungünstiger werdenden Struktur im Verhältnis zur Arbeitsnachfrage gewachsen. Die dem Staat von mittelfristig orientierten, großdimensionierten Beschäftigungsprogrammen abverlangte gesamtwirtschaftliche Rationalität scheint ihn angesichts des vorherrschenden, widersprüchlichen Zielsystems aufgrund divergierender Interessenstrukturen und der derzeit unzulänglichen Bewertung des Vollbeschäftigungszieles zu überfordern.

29) Vgl. die detaillierten Ausführungen bei H. Kohl, Arbeit für alle, a.a.O., S. 64 ff.

30) Aus regionalpolitischer Perspektive ist sogar eine Verknappung des Arbeitsangebotes in Regionen mit sehr niedriger Arbeitslosigkeit erwünscht, um langfristig standortsuchende Unternehmen in Problemregionen zu lenken.

Die institutionellen Grundlagen für die Durchsetzung einer komplexen, vorwiegend auf den Staat orientierten Vollbeschäftigungsstrategie bestehen in einer relativ weitreichenden Wirtschaftsdemokratisierung (überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung).

Daher ist zu betonen, daß gewerkschaftliche Strategien für Vollbeschäftigung in den 80er Jahren von einer weitgehenden „Strategieunfähigkeit" des Staates auszugehen haben, mithin stärker auf ihr eigenes Handlungspotential gegenüber den Arbeitgebern und dem Staat verwiesen sind. Natürlich darf der Staat nicht aus seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung entlassen werden. In einer derart akzentuierten wirtschaftspolitischen Rollenverteilung kommen tarifvertraglichen und betrieblichen Strategien, d.h. vor allem den unter Punkt (4) diskutierten Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Variationen, weit größere Bedeutung zu[31]). Ohne signifikante Erfolge in diesem Bereich wird Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren immer weniger beherrschbar sein, sofern die Analysen und Prognosen des dauerhaft abgeschwächten Wirtschaftswachstums zutreffen.

31) Ähnlich: H. Kohl, Arbeit für alle, a.a.O., S. 103.

Lottemi Doormann

Wartet nicht auf bess're Zeiten

Frauenpolitik aus Bonn und Alternativen der Frauenbewegung. prv-aktuell Kleine Bibliothek Band 206, 180 Seiten, DM 10,–

Die Autorin untersucht die Gleichberechtigungskonzepte und familienpolitischen Vorstellungen der Bundestagsparteien. Sie nimmt die frauenpolitischen Maßnahmen der sozialliberalen Koalition unter die Lupe. Es wird geprüft, was die Bonner Parteien und die Regierung in den letzten Jahren tatsächlich für die Frauen getan haben und was sie in den kommenden Jahren vorhaben. Ob in der Familienpolitik, im Arbeitsbereich oder bei Antidiskriminierungsinitiativen, beim § 218, bei dem Problem Gewalt gegen Frauen oder bei den Rentenkonzepten – es gilt zu fragen, was für oder gegen Frauen „von oben" geplant wird, wo der Platz der Frauen in diesem krisenhaften Jahrzehnt sein soll, ob Frauen weiter ausgenutzt oder endlich ernstgenommen werden.

Die chilenische Intelligenz unter der Diktatur

Von Alexander Wittkowsky und Wolfgang Schmitz

Wesentliche Teile der deutschen Medien bemühen sich offenkundig darum, die Entwicklung in Chile ganz im Sinne der Junta Pinochets als „Normalisierung" und „Liberalisierung" darzustellen. Besonderen Anlaß dazu bot zuletzt das „Referendum", das – unter den Bedingungen des faktischen Ausnahmezustandes organisiert – den Beweis für die demokratische Gesinnung der Junta erbringen sollte.

Von einer „Normalisierung" kann jedoch keine Rede sein. Alle nichtfaschistischen Organisationen Chiles, von der katholischen Kirche bis hin zur illegalen Kommunistischen Partei, haben sich gegen das Referendum ausgesprochen und es als Farce bezeichnet. Ähnlich haben auch die Sozialistische Internationale, die Bundesregierung und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika darin keinen Schritt auf dem Wege zur Demokratie gesehen. Wer die Politik der chilenischen Regierung etwa an den Ansprüchen und Normen einer bürgerlichen Demokratie wie der der Bundesrepublik Deutschland mißt, kann feststellen, daß die chilenische Politik nicht einmal minimalen Normen des Rechtsstaates entspricht. Mit dem Plebiszit sollte die Anormalität des chilenischen Alltags legalisiert werden, sollten Verstöße gegen die Menschenrechte und die Verfassung rechtens werden. Verhaftung ohne Angabe von Gründen, Zensur der Presse und die Verweigerung des Rechts auf Rückkehr in die Heimat kennzeichnen eine Lage, über die selbst die regimetreue Zeitung „Mercurio" urteilt, der Ausnahmezustand sei heute die Norm.

Die Rigorosität der Politik Pinochets wird u. a. dadurch deutlich, daß Mitte Oktober 1980 dem Vorsitzenden der verbotenen christdemokratischen Partei Chiles, Andres Zaldivar, nach einem Auslandsaufenthalt die Rückkehr verweigert worden ist. Zaldivar hatte zuvor in Chile selbst dem Plebiszit jede moralische und politische Legitimation abgesprochen, ohne behelligt worden zu sein.

Die Verweigerung des Rechts auf Rückkehr in die Heimat ist Teil der angestrebten „Normalisierung". Die chilenischen Demokraten im Exil klagen diese Menschenrechtsverletzung an. Sie wollen nicht auf Dauer im Exil leben, und sie wollen am Aufbau eines demokratischen Chile mitwirken, das mit dem „normalisierten" Chile der Junta Pinochets wenig gemein hat. Besonders betroffen von der Innenpolitik der Junta und von der Verweigerung des Rechts auf Rückkehr in die Heimat ist die chilenische Intelligenz. Der folgende Beitrag befaßt sich daher mit ihrer Situation nach dem Putsch von 1973.

I

Der deutsche Faschismus zeichnete sich gegenüber Kultur und Wissenschaft durch ein distanziertes und – sofern sie demokratische Inhalte hatten – durch ein feindliches und zerstörerisches Verhältnis aus. Was vor 1933 in den programmatischen Schriften der Faschisten schon angekündigt worden war, wurde nach der sogenannten Machtergreifung praktiziert: Bücher wurden verbrannt, Kunstwerke zerstört, Schriftsteller des Landes verwiesen, eingekerkert oder getötet. Mit dem Verbot der Parteien und der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften wurde auch deren Kulturarbeit zerstört. Weite Bereiche der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz verödeten. Berufsverbote für Sozialisten und Kommunisten, Rassendiskriminierung der Juden, Vertreibung und Mord waren die Mittel. Die Folgen beispielsweise für die Medizin, die Jurisprudenz oder die Physik waren verheerend.

An den Hochschulen wurden schon sehr bald die Studentenzahlen verringert, um ein elitär ausgerichtetes Bildungssystem zu etablieren, das sich durch eine genau ausgerichtete hierarchische Unterordnung der breiten Volksmassen unter die NS-Funktionärskaste auszeichnete. Das „Führerprinzip" kam auch in diesem Bereich voll zur Geltung. Weite Schichten der Intelligenz einschließlich des katholischen Klerus wurden in ein Agitations- und Bespitzelungsnetz hineingezogen, das mit Beginn des Krieges auf die okkupierten Länder ausgedehnt wurde. Während der Okkupation Polens gehörte z. B. der katholische Klerus dieses Landes zu dem am härtesten von der deutschen Vernichtungsmaschinerie betroffenen Teil der Intelligenz.

Zusammengefaßt: Die hier angedeutete Lage in Deutschland und Europa in den Jahren 1933–1945 und die Situation der chilenischen Intelligenz nach dem faschistischen Putsch vom September 1973 weisen viele Parallelen auf.

Auch in Chile wurden Bücher verbrannt, die Wandmalereien der „Brigada Ramona Parra" und anderer Malbrigaden zerstört, Professoren und Studenten verhaftet, Ärzte und Priester inhaftiert oder getötet, Konzentrationslager eingerichtet. Mit zu den Maßnahmen der ersten Tage gehörte das Verbot aller politischen Parteien und damit auch der von ihnen betriebenen Bildungs- und Kulturarbeit.

Die Technische Universität in Santiago wurde, da sie mit zu den größten Widerstandszentren gehörte, am 13. September 1973 mehrere Stunden lang bombardiert. Sicher ist die Feststellung nicht übertrieben, daß nicht nur die Zeit des faschistischen Putsches, sondern auch die seitdem verflossenen Jahre zu einem Aderlaß der chilenischen Intelligenz geführt haben, der vor allem zu Lasten der arbeitenden Menschen geht. Im Lande selbst sind nicht nur die Arbeiterorganisationen ihrer legalen Wirkungsmöglichkeiten beraubt und damit ein großes Betätigungsfeld fortschrittlich gesinnter Intelligenz beseitigt, sondern es ist im Bereich von Theater, Musik und Medien ein solcher Kahlschlag zu verzeichnen, daß viele Angehörige der Intelligenz heute arbeitslos, andere im Gefängnis sind und ein großer Teil ins Exil gehen mußte.

Hier soll nun zum einen versucht werden, darzustellen, wie sich innerhalb der skizzierten Entwicklung die Situation zahlenmäßig darstellt – soweit dies möglich ist. Zum zweiten soll der Versuch unternommen werden, aktuelle Trends der Politik der chilenischen Junta gegen die Intelligenz aufzuzeigen.

II

Historisch gesehen ist die kulturelle Entwicklung Chiles sehr stark durch die kulturelle Abhängigkeit von Spanien geprägt. „Erst im 17. Jahrhundert begannen Priester, mit der Gründung von Seminaren das Schulwesen in Chile aufzubauen. Die erste chilenische Universität wurde 1738 in San Felipe gegründet. Das bedeutete den Beginn zur Lösung von der Vorherrschaft Limas als lateinamerikanischer Kulturzentrale."[1]) Die katholische Kirche zensierte jedoch weiterhin „strengstens die eingeführten Bücher, um das Bekanntwerden philosophischer ‚Ketzereien' zu verhindern. Dadurch blieben in Lateinamerika die Ideen der europäischen Aufklärung vollständig unbekannt"[2]). Eine „destruktive ‚Bildungspolitik' führte dazu, daß jahrhundertelang Mangel an Schulen herrschte, die Analphabetenquote sehr hoch und die kulturelle Produktion sehr niedrig war"[3]).

Da Volksbildung, Wissenschaft und Technik von der Regierung Allende eine hohe Bedeutung zugemessen wurde, legte sie ein Schwergewicht ihrer materiellen Anstrengung auch in diesen Bereich. Im Zentrum dieser Anstrengungen stand, daß das Schulgeld erlassen wurde, daß die Lehrmaterialien kostenlos abgegeben wurden und eine Schulspeisung ausgegeben wurde. 1973 besuchten schließlich alle schulpflichtigen Kinder die Grundschule, der Besuch weiterführender Schulen sollte von 52% auf 64% im Jahre 1974 gesteigert werden. Dagegen hatten 1970 30% der schulpflichtigen Kinder nicht eingeschult werden können.

Die Grundschulen wurden um 6% vermehrt, bis 1973 hatte der Besuch dieser Schulen um 35% gesteigert werden können. Die Zahl der Mittelschüler stieg von 302000 auf 478000. In den Hochschulen konnte die Zahl der Studenten sogar von 82200 auf 165000 gesteigert werden[4]).

Der Stellvertretende Vorsitzende der Hauptkommission zur Verfolgung von Naziverbrechen in Polen, Prof. Dr. Czeslaw Pilichowski, hat in einem Beitrag zu den Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile 1975 dazu weiter festgestellt: „Der Faschismus in Chile bedient sich aller Mittel des Terrors und der Barbarei, der Gewalt, der Rechtlosigkeit und des Verbrechens, der Deportation in Gefängnisse und Konzentrationslager, um jeden, der einer fortschrittlichen und demokratischen Einstellung verdächtig ist, physisch zu vernichten. Mehr noch, die faschistische Junta in Chile richtet Verheerungen im Bereich der Kultur an, sie verbrennt öffentlich Bücher und

1) Chile heute, Katalog, Bremen 1977, S. 3.
2) Ebd.
3) Ebd.
4) G. Becerra-Schmidt, Zwischen Freiheit und Repression, Fischerhude 1977, S. 16.

Kunstwerke, liquidiert das von der Regierung Allende eingeführte System der Berufsausbildung, das die Verbreitung des Schulunterrichts und Hebung der Kultur der Bevölkerung anstrebte, schließt gewisse Lehrstühle an den chilenischen Universitäten, bewirkt die zwangsweise Emigration von Wissenschaftlern, Literaten und Künstlern aus Chile . . ."[5]). Ebenfalls in Nürnberg hat der Generalsekretär des chilenischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT darauf hingewiesen, daß von der Junta eine Politik der „Reinigung" praktiziert worden ist, „die als Konsequenz die Entlassung von mehr als 20000 Angestellten und Lehrern im Erziehungswesen und den Verlust von annähernd 40 % des akademischen Personals und mehr als 30 % der wissenschaftlichen Forschungskräfte in den Universitäten zur Folge hatte"[6]). In dem 1974 veröffentlichten Bericht von der 1. Tagung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Junta in Helsinki wird berichtet, daß 25000–30000 Studenten die chilenischen Universitäten hätten verlassen müssen[7]). Anfang Juli 1974 wurden 80 Mitarbeiter des Erziehungsministeriums entlassen, weil ihnen Aktivitäten gegen die Junta zur Last gelegt wurden. Der ehemalige schwedische Botschafter in Chile Edelstam übergab im Juni 1974 der Chile-Kommission in Kopenhagen Material, das die vorgenannten Zahlen bestätigt und von zusätzlich 150000 politischen Entlassungen spricht.

An der Universität von Santiago de Chile wurden in den ersten Monaten nach dem Putsch mehr als 1500 Mitglieder des Lehrpersonals entlassen, und an der Universität von Concepcion wurde die Einschreibung von mehr als 5000 Studenten widerrufen[8]). An Universitäten mit einem hohen Anteil an Studentinnen wurden Fakultäten, Abteilungen und ganze Studiengänge abgeschafft und geschlossen. „Im April 1975 sprach sich der Dekan der medizinischen Fakultät der Katholischen Universität von Santiago dafür aus, die Immatrikulation von Studentinnen drastisch zu begrenzen, da mehr als 50 % der eingeschriebenen Studenten Frauen seien. Er tat sich dabei mit dem Argument hervor, daß die Bestimmung der Frau Ehe und Familie sei und sie deshalb nicht in das Beschäftigungsfeld des Mannes einbrechen dürfe."[9]) Offensichtlich waren diese Maßnahmen so wirkungsvoll, daß die Studentenzahlen stärker abnahmen, als es dem Restriktionsprogramm der Junta entsprach. Am 3. März 1974, also schon ein knappes halbes Jahr nach dem Putsch mußte die Zeitung „Mercurio" auf mehreren Seiten Inserate der Universitäten mit Aufnahmeangeboten veröffentlichen[10]).

Die Hochschulen Chiles sind ihrer Autonomie beraubt worden, und die Behörden haben Militärs zu Rektoren gemacht. Selbst die Katholische Universität hat ihre Unabhängigkeit eingebüßt. Der Rektor der Staatlichen Techni-

5) C. Pilichowski, in: G. Stuby, E. Wulff (Hrsg.), Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärgunta in Chile, Köln 1977, S. 63.
6) Luis Meneses, in: Stuby/Wulff, a.a.O., S. 242.
7) Entlarvung und Verurteilung der chilenischen Junta, 1974, S. 122.
8) L. Meneses, a.a.O., S. 237.
9) Ebd.
10) Entlarvung, a.a.O., S. 122.

schen Universität, Enrique Kirberg, sowie der ehemalige Rektor der Universität Concepcion, Edgardo Enriques, und der Prorektor wurden in Konzentrationslager gesperrt. Fächer wie Soziologie, Anthropologie und Journalistik wurden abgeschafft und alle Lehrpläne, die mit Sozial- und Staatswissenschaften zusammenhängen, annulliert[11]). „Jeglicher Ausdruck demokratischen Lebens im Bildungssystem wurde abgeschafft, so z. B. die Wahl der Universitätsgremien und die Beteiligung der Studentenschaft an der Verwaltung der Universität." [12]) Wie sehr die Situation an den Hochschulen zugespitzt war, geht sogar aus einem Artikel der juntafreunlichen Zeitung „El Mercurio Internacional" hervor, in dem der Spitzenwissenschaftler der Junta, Oswaldo Cori, von einem „kolossalen Wissenschaftlerexodus" spricht. Cori selbst zieht sodann den für unser Anliegen wichtigen Schluß, daß Chile seine Zukunft durch mangelnde Förderung der Wissenschaften verspielen könnte[13]). Die freiwerdenden Geldmittel wurden, so wird übereinstimmend analysiert, in den Militärhaushalt gesteckt.

Daß die Hochschulen die ganze Härte der faschistischen Reaktion getroffen hat, darf allerdings nicht verwundern. Die chilenischen Universitäten haben nämlich „bereits einige Jahre vor der Unidad Popular gezeigt, daß sie in der Lage waren, eine breite Front zu bilden gegen die imperialistischen Monopolinteressen in Chile und gegen die gleiche Interessen verfolgende chilenische Oligarchie" [14]). „Die Bewegung der fortschrittlichen chilenischen Intellektuellen konzentrierte sich in den Universitäten in einer Weise, daß die Hochschulreform zu einer Art Generalprobe wurde für den Fall einer möglichen Demokratisierung der traditionellen Regierungsform" [15]), wobei in erster Linie zur Reform die schon erwähnte Demokratisierung der Strukturen und die Mitbestimmung der Angestellten und Studenten zählen sollte.

Angesichts der Erfolge, die die Schulpolitik der Regierung Allende mit ihrer materiellen Förderung der Unterprivilegierten und einer ersten Umorientierung der Bildungsinhalte zeitigen konnte, erklärt sich ebenfalls die Heftigkeit der Repression in diesem Bereich, der ja die Grundlage für die weitere Anhebung des gesamten Bildungsniveaus darstellt. Nach dem Putsch wurde daher in jeder Schule ein Militärdelegierter eingesetzt, „der mehr Autorität als der Rektor besitzt und diesen sogar bestrafen kann, falls er Schwächen bei der Durchführung der Befehle zeigt. Dieser Delegierte besitzt ebenfalls die Vollmacht, Personal oder Schüler zu entfernen, nimmt an sämtlichen Sitzungen teil und führt Unterrichtsbesuche durch, eine Maßnahme, die aufgrund des Respektes, den man früher in Chile vor dem Lehrer hatte, ungewöhnlich ist" [16]). So kann es nicht verwundern, wenn der Exekutivrat der UNESCO auf seiner 99. Sitzung „seiner außerordentlichen Beunruhigung über die fortge-

11) Entlarvung, a.a.O., S. 122.
12) Meneses, a.a.O., S. 242.
13) Becerra-Schmidt, a.a.O., S. 16.
14) Becerra-Schmidt, a.a.O., S. 10.
15) Becerra-Schmidt, a.a.O., S. 12.
16) Julia Eichin, in: Stuby/Wulff, a.a.O., S. 109.

setzten Verletzungen der Menschenrechte im Bereich der Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Information in Chile Ausdruck" verliehen hat[17]).

Die in den ersten Monaten und Jahren der Junta praktizierte Politik wird bis heute fortgesetzt und richtet einen ungeheuren Schaden an. Ganz auf der Linie der Zerstörung einer breiten Bildung des chilenischen Volkes auf allen Stufen liegt die weitere Verringerung der Studienplätze.

So wurde die ohnehin schon reduzierte Anzahl der Studienplätze von 47214 im Jahre 1977 auf rund 33000 im Jahre 1978 verringert. Die Produktion von Büchern ging von 1965 mit 1497 Titeln auf 618 Titel im Jahre 1975 zurück. In allen Bereichen herrscht eine strenge Zensur. Es besteht ein Index verbotener Bücher. Die traditionelle Volksmusik wird geächtet, dagegen wird im breiten Maße die kommerzielle US-amerikanische Diskothekenkultur gefördert. Es gehört zu den Zynismen des chilenischen Faschismus, wenn 1979 von der Junta mehr Geld für den Bau von Diskotheken als für das gesamte Gesundheitswesen ausgegeben wurde.

Erziehung ist in Chile zunehmend zu einer Aufgabe von Privatunternehmen und zum privaten Risiko geworden: „Nicht nur daß Privatschulen auf Kosten von öffentlicher Erziehung finanziell unterstützt werden, es werden auch Bildungsmedien wie Kanal 9, der Fernsehkanal der Universität von Chile, zum reinen Instrument in der Hand von Privatinteressen." [18]) Inmitten einer Entwicklung niedriger Löhne und steigender Arbeitslosigkeit mußten 1979 die Technische Universität und die Katholische Universität ihre Einschreibgebühren drastisch erhöhen. Dies kann man als weiteren Beweis dafür nehmen, „daß Pinochets Forderung nach ‚Fähigkeit, Anstrengung und Eignung' als Voraussetzungen für eine höhere Ausbildung in Wirklichkeit für bares Geld steht, das nur eine kleine Elite aufbringen kann" [19]).

Der politische Charakter der Maßnahmen der Junta erweist sich auch bei den jüngsten Massenentlassungen von Dozenten. 41 Dozenten der Technischen Staatsuniversität wurden 1979 entlassen, jedoch 35 politisch genehme neue Mitglieder des Lehrkörpers eingestellt. Dem Rechtswissenschaftler Manuel Sanhueza von der Universität Concepcion wurde bei dessen Entlassung mitgeteilt, die Entscheidung für diese Maßnahme liege in „politischen Erwägungen". Der Jurist war Vorsitzender der „Gruppe der 24", die 1979 eine Verfassungsalternative zu dem von der Junta veröffentlichten Verfassungsentwurf vorgelegt hatte[20]). Die Universität von Chile in Santiago hat 1979 mindestens 50 Dozenten entlassen, angeblich wegen einer Kürzung des Budgets. Da die Dozenten jedoch alle aus geisteswissenschaftlichen Fächern kommen, liegt eine politische Maßnahme auf der Hand, da diese Fächer „eine kritische Analyse der Gesellschaft und der Denksysteme beinhalten und einen Weg zeigen für eine kritische Analyse der chilenischen Gesellschaft unter dem gegenwär-

17) Ebd.
18) „Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen", Materialien 9/1979, S. 6.
19) „Aktion zur Befreiung . . .", Materialien 12/1979, S. 5.
20) „Aktion zur Befreiung . . .", Rundbrief v. 8. 4. 1980, S. 4.

tigen Regime"[21]). Wichtig dabei ist, daß die Entlassenen kaum mehr linken Parteien und Gruppierungen angehören, weil diese schon im Exil leben oder längst arbeitslos sind, sondern durchaus konservative Gelehrte und Angehörige der Christdemokratischen Partei sind, die lediglich eine kritische Haltung gegenüber der Junta einnehmen.

Eine Gesamteinschätzung der Lage der wissenschaftlichen Intelligenz im Lande gibt der Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 21. November 1979 über den Schutz der Menschenrechte in Chile. Dort heißt es: „Die Ausübung einiger Rechte scheint sich an den Universitäten verbessert zu haben. Die Verletzungen des Rechtes auf Versammlungsfreiheit und die schweren Bestrafungen der Studenten, die es versucht haben, sich für die Verteidigung der Menschenrechte einzusetzen, zeigen an, daß die Regierung es nicht einmal an den Universitäten zuläßt, daß die Beschränkungen aufgehoben werden, die durch das ‚Autoritätsprinzip' auferlegt sind und die Einhaltung aller Regierungsentscheidungen fordern."[22]) Weiter wird festgestellt: „Der Zugang zur Ausbildung wird für die niedrigen Einkommensgruppen in zunehmendem Maße schwieriger"[23]), und: „Es sollte festgestellt werden, daß für die große Mehrheit der Chilenen die kulturellen Ereignisse unerreichbar sind, da sie sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation einen solchen Luxus nicht erlauben können."[24])

III

Nach Angaben der chilenischen Zeitschrift „Hoy" lebt etwa eine Million Chilenen im Ausland, bei einer Gesamtbevölkerung von 12 Millionen. Von dieser einen Million „sind schätzungsweise 300000 aus politischen Gründen im Exil, darunter viele Wissenschaftler, Lehrer, Künstler und Journalisten. Anfangs mußte sicherlich ein großer Teil der Wissenschaftler, die sich heute im Exil befinden, aus politischen Gründen auswandern oder sogar fliehen. Außerdem leben aber gerade Wissenschaftler im Exil, weil die langfristig angelegte Politik der Junta Arbeitsplätze für Wissenschaftler vernichtet hat und die dafür zur Verfügung stehenden Finanzmittel für andere Zwecke einsetzt. Zahlreiche Wissenschaftler sind daher gezwungen, im Ausland auf Arbeitssuche zu gehen. Unter den Prämissen der aktuellen und langfristig angelegten Politik der Junta steht außer Zweifel, daß die Arbeitsbedingungen für Angehörige der wissenschaftlichen und technischen Inelligenz, aber auch für Künstler, Schauspieler, Musiker und Journalisten noch immer schlechter werden. Die Konsequenz ist, daß gerade die fähigsten und besten Vertreter dieser Berufsgruppen im Ausland leben müssen, weil sie im Lande selbst keine Möglichkeit zur Arbeit und zur freien Ausübung ihrer Talente haben.

21) „Aktion zur Befreiung . . .", Rundbrief v. 19. 2. 1980, S. 3.
22) „Aktion zur Befreiung . . .", Materialien 13/1980, S. 6.
23) Ebd.
24) Ebd., S. 7.

Beide Formen der Vertreibung, die unmittelbare durch die Umsturzpolitik der Junta im September 1973 und die mittelbare durch die in den letzten Jahren erfolgte kultur- und wissenschaftsfeindliche Politik der Regierung, haben für die Betroffenen schwere Folgen gehabt. Sie leben nicht nur in einer fremden, unbekannten und oft sogar feindlichen Umwelt. Oftmals werden Beruf und Qualifikation nicht anerkannt. Leider ist auch in der BRD ein großer Teil der hier lebenden Chilenen arbeitslos oder unter ihrer Qualifikation beschäftigt.

Allein die Ärzte sind in einer etwas besseren Lage, denn sie können – wenn auch nicht in ihrem Spezialgebiet – im medizinischen Sektor arbeiten, wenn auch nicht als niedergelassene Ärzte.

Eine Gruppe, für die das Exil allgemein und das Sprachenproblem im besonderen eine herausragende Bedeutung hat, bilden die Journalisten. Mehrere hundert Journalisten aus allen Sektoren der Medien leben im Exil, unter ihnen führende Publizisten und Herausgeber der fortschrittlichen Presse. Ihnen ist im allgemeinen die Existenzgrundlage noch mehr entzogen als anderen Berufen. Nur wenige Arbeitsplätze im Exil sind für sie geeignet. Auch bestehen Schwierigkeiten, Mitglied in den Journalistengewerkschaften zu werden, weil dies eine Beschäftigung voraussetzt. Auf der anderen Seite kommt gerade diesen Chilenen eine große Bedeutung für den Widerstand gegen die Junta und die Wiederherstellung demokratischer Zustände in Chile bei, denn sie haben die Möglichkeit, etwa über den Rundfunk die Menschen in Chile zu erreichen und ihnen die Informationen zu vermitteln, die die Medien im Lande nicht verbreiten.

Wie schwierig dies im Lande selbst ist, hat erst kürzlich Pinochet mit der Verhaftung der beiden chilenischen Reporter José Maldavsky und Jorge Soza Egana unter Beweis gestellt. Nach weit verbreiteten Informationen überfiel die Privatpolizei des Diktators (CNI, ehemals DINA) die Wohnungen der Reporter und nahm beide fest. Maldavsky arbeitete für die christdemokratisch orientierte Wochenzeitschrift „Hoy"; der 54jährige Soza Egana hatte – nachdem „El Siglo", die Zeitung, deren stellvertretender Leiter er war, von der Diktatur verboten wurde – für verschiedene Publikationen gearbeitet. Neben den beiden Kollegen wurden später auch Jaime Tarifeno Urra und María Inez González Figueroa verhaftet, beide als Graphiker bei der Presse tätig.

Angesichts dieser Ereignisse haben die Mitglieder des Nationalen Chilenischen Journalistenverbandes einstimmig beschlossen, vom Innenministerium die sofortige Freilassung der Verhafteten zu verlangen sowie die Aufdeckung der Gründe für das willkürliche Vorgehen der Geheimpolizei der terroristischen Pinochetregierung. Die Lateinamerikanische Journalistenföderation (FELAP) sowie die Internationale Journalistenorganisation (OIP) haben ihrerseits je eine Erklärung veröffentlicht, in denen das Ereignis verurteilt und die sofortige Freilassung der Kollegen, die der Verbreitung regierungsfeindlicher Nachrichten beschuldigt werden, verlangt wird.

Wenige Tage zuvor hatte die Regierung die Erlaubnis für den Vertrieb der Zeitschrift „Gente Actual" verweigert, die inmitten der strikten Zensur, mit

der die chilenische Presse leben muß, erscheinen sollte. Im Land existiert seit der Machtübernahme durch Pinochet keine Pressefreiheit, und die Journalisten werden nicht nur durch die Zensur eingeschränkt, sondern müssen sich auch eine Selbstzensur auferlegen, wenn sie nicht in die Hände der Geheimpolizei fallen wollen, die weder Gott noch das Gesetz respektiert.

Unter den geschilderten Bedingungen empfinden viele Chilenen, daß sich ihr Leben im Exil vom Leben in Chile selbst im Extremfall nur dadurch unterscheidet, daß hierzulande keine Lebensgefahr besteht.

So sehr man dies beklagen und zu ändern suchen muß, so sehr muß man aber auch betonen, daß die wesentliche Ursache dieser Lage in den Machtverhältnissen in Chile selbst zu suchen ist. Wenn „Chile Democratico" nunmehr für die Heimkehr der Rückkehrwilligen kämpft, müssen zwei Forderungen an die Junta in Chile und an die demokratische Öffentlichkeit gerichtet werden. Die erste Forderung geht dahin, jedem Chilenen, also auch den Intellektuellen, das Recht auf Heimat, wie es in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" der Vereinten Nationen enthalten ist, zu gewähren. Artikel 13,2 besagt: „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren." Artikel 9 bestimmt: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden." Die zweite Forderung lautet, den Angehörigen der chilenischen Intelligenz im Exil in Chile selbst das Recht auf Mitgestaltung ihres Landes wiederzugeben. Das Recht, im Vaterland zu leben, kann nach demokratischem Verfassungsverständnis nicht bedeuten, daß die Bürger mit der zu einem bestimmten Zeitpunkt amtierenden Regierung voll einverstanden sein müssen. Umgekehrt darf fehlendes Einverständnis nicht Haft und Vertreibung zur Folge haben. Im Gegenteil: Jeder Staat muß allen Bürgern das Recht gewährleisten, sich zu der Regierungsform, die sie jeweils für die beste halten, äußern zu können und eine demokratische Veränderung anzustreben.

Seit 1977 wird deshalb darum gekämpft, daß Chilenen aus dem Exil in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Es geht darum, das Menschenrecht auf Heimat von der Junta einzufordern und zu verlangen, daß sie ihre eigenen Amnestiegesetze in die Tat umsetzt. Diese Forderung ist um so wirkungsvoller, je enger die in „Chile Democratico" zusammengeschlossenen Gruppen dies auch in der Bundesrepublik Deutschland tun.

Mit Glanz und Gloria . . .

Die Bundeswehr im fünfundzwanzigsten Jahr

Von Walter Boehlich

Die Bundeswehr feiert. Sie feiert ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Was um alles in der Welt gibt es da zu feiern? Eine Armee ist allenfalls ein notwendiges und kostspieliges, bisweilen gefährliches Übel, das einen beträchtlichen Teil der Sozialproduktes auffrißt, ein Übel, für das andere produktiv sein müssen, ohne daß es selbst produktiv wäre. Die Armee als Selbstzweck oder als Instrument innerer Befriedung – wie in früheren Zeiten –, das ist in der Bundesrepublik undenkbar. Wir haben sie, heißt es, weil wir sie haben müssen, denn hätten wir sie nicht, wären wir nichts als eine leichte Beute für die, die ohnehin eine Armee haben, aber im Prinzip wenig anders argumentieren als wir selbst, nämlich mit Angst.

Wenn die Armee aber kein Selbstzweck ist und wenn sie uns so viel Geld kostet, das wir besser für Besseres ausgäben, warum feiern wir dann oder warum feiert sie? Um die Berufssoldaten bei Laune zu halten? Oder weil wir in Wahrheit wieder ziemlich stolz sind, ein Fünfhundertausend-Mann-Heer zu besitzen? Natürlich das stärkste und angeblich das beste Heer in der NATO, wenn man von den Nordamerikanern einmal absieht. Darunter machen wir es ja nicht, aus Tradition. Aber ist es denn so lange her, ist es denn längst vergessen, daß wir einmal nie wieder Soldaten haben wollten, daß wir einen Kanzler besaßen, der öffentlich erklärte, stolz darauf zu sein, nie gedient zu haben? Derselbe Kanzler übrigens, der wenig später halb heimlich, halb eilig die Bundeswehr aufstellen ließ. Und ist es denn so lange her, daß ein Bundestagsabgeordneter öffentlich versicherte, nie wieder eine Waffe in die Hand nehmen zu wollen? Derselbe Abgeordnete übrigens, der wenig später Verteidigungsminister wurde. Hat nie gegolten, was nach dem Gott sei Dank verlorenen Kriege gesagt worden ist? War es nichts als Verstellung, um die siegreichen Alliierten zu begöschen? War es bloße, unehrliche Einübung in die Rolle der Musterdemokraten, aus denen dann lieber Mustersoldaten werden sollten? Und wie war das mit dem Bürger in Uniform, mit der Inneren Führung? Auch nur Gerede, das Glanz und Gloria und Säbelrasseln übertönen sollte?

Vielleicht darf man ja aus Anlaß des Jubiläums daran erinnern, daß die Geschichte der Bundeswehr – auch – eine Geschichte von Skandalen gewesen ist und daß es dann immer entschuldigend geheißen hat, die Bundeswehr könne nicht anders sein als die Gesellschaft, in der sie existiere. Ging es aber um Ansprüche, um Sonderrechte der Bundeswehr, dann hieß es, man könne sie doch nicht mit der Feuerwehr oder den Kirchen vergleichen, dann war sie doch wieder abgehoben vom Rest der Gesellschaft.

Die Schwierigkeit besteht darin, daß sowohl die jetzt im Bundestag vertretenen Parteien als auch die Kirchen nach 1945 Möglichkeiten besessen hätten, sich auf Teile ihrer Geschichte zu berufen, die demokratischen Standards genügen könnten, daß es aber in der Geschichte des deutschen Militärs und des deutschen Militarismus so gut wie nichts gab, was als demokratische Tradition hätte genutzt werden können. Ein paar Außenseiter allenfalls, die selbst bei den Verteidigern der Inneren Führung nicht sonderlich hoch im Kurse standen. Daß da etwas ganz Neues anfangen könne, daß es anders sein müsse als alles zuvor, das hat denen, die in der Bundeswehr bald den Ton angaben, als Motivation nicht genügt. Sie wollten Tradition, sie wollten Traditionspflege, und sie bekamen sie. Die Namen unserer Kasernen und unserer Kriegsschiffe zeugen davon. Den Gedanken, daß wer für Hitler und die Versklavung Europas gekämpft hatte, unter keinen Umständen ein Vorbild für die Wehrpflichtigen der letzten 25 Jahre werden durfte, diesen Gedanken scheint auf der Hardthöhe und sonstwo niemand gedacht zu haben. Gedacht haben da wohl welche, aber ihre Gedanken sind in Aktenbergen begraben worden, mit dem Ergebnis, daß die Bundeswehrführung immer hinter den Ereignissen hinterherreagieren muß, daß sie sich überraschen läßt, daß sie handelt wie ein trotziges Kind, das ertappt worden ist.

Wohin hat uns dieses Verfahren gebracht? Zu Zuständen, unter denen von hundert Wehrpflichtigen fünfzig nach Ableisten ihrer Dienstpflicht ihre vertane Zeit beklagen. Zu Zuständen, unter denen die Anforderungen, die das Material und das herrschende Bevormundungsprinzip stellen, die Möglichkeiten der Dienenden übersteigen. Zu Zuständen, unter denen, wie der „Siegel" sagt, Unmotivierte von Frustrierten kommandiert werden. Zu Zuständen, unter denen die Offiziere mangels Beförderungsmöglichkeiten resignieren und die Wehrpflichtigen sich in der vermeintlichen Tröstungen des Alkohols retten. Alles das hat sich vorhersehen lassen, all das hätte man vermeiden können, wenn man nicht immer nur an den jeweiligen Tag, sondern an die Folgen gedacht hätte. Handelte es sich nicht um Minister und hohe Generale, läge das Urteil nahe, daß da jemand Scheiße gebaut habe – aber das ist etwas, was weder Minister noch Generale tun.

Was ist denn geschehen, als der vorige Verteidigungsminister genüßlich bemerkte, sein Nachfolger könne nur noch bezahlen, was er, der scheidende, bestellt habe? Ist so etwas Planung? Kann man so, als seinem Gewissen und dem Gemeinwohl Verpflichteter, handeln? Unbeschadet? Sind unsere Generale mächtiger als unsere Minister? Müssen sie alles bekommen, was sie sich wünschen? Auch wenn sie nichts Vernünftiges damit anfangen können? Sind sie so omnipotent, daß sie immer nur gehätschelt werden müssen? Müssen sie anders behandelt werden als alle anderen? Müssen sie Minister bekommen, die sich von ihnen an die Wand drücken lassen? Der jetzt Amtierende, zum Beispel, ist der erste, der nie Soldat gewesen ist. Es haben sich Hoffnungen mit ihm verbunden, deswegen. Aber auch er ist nicht anders als seine Vorgänger. Er baut die Traditionspflege nicht ab, sondern auf. Er, der als Hamburger keinen Orden annähme, hat Bundeswehrorden gestiftet. Und warum? Er hat das

erklärt, und zwar so: „Wir sind in den letzten 25 Jahren in Schwierigkeiten gekommen, weil wir als einzige im Bündnis die Normalität der Verleihung eines Ehrenzeichens bisher nicht kannten." Es muß in der Tat entsetzlich sein, mit blanker Brust vor Medaillenschränken zu stehen. Klimbim als Normalität. Na schön.

Und weiter: Wenn die Wehrpflichtigen schon am Ende ihrer Dienstzeit nicht einsehen, wozu sie so gedient haben, muß man ihnen wenigstens zu Beginn ihrer Dienstzeit etwas bieten: die Vereidigung, oder, wie es jetzt schamhaft heißt, das öffentliche Gelöbnis. Mit Zapfenstreich und Macht der Liebe. Betrachtet man nüchtern, woher die Wehrpflichtigen kommen, welche Vorstellungen und Ideologien sie mit in die Kaserne bringen, wird man weder dem Zapfenstreich noch der Macht der Liebe allzuviel zutrauen dürfen.

In Bremen hat das in großem Stile angefangen. Die einen haben stillgestanden und sind vereidigt worden, die anderen haben demonstriert und randaliert. Der Minister war dabei, der Oberbürgermeister war dabei. Die sind nach Ende der Feierlichkeiten im Hubschrauber davongeschwebt und haben ihre Soldaten mit ihren Problemen alleingelassen. Ein Panzer kostet Geld, eine Fregatte kostet Geld, ein Flugzug kostet Geld – wenn dagegen diese Herren im Bremer Stadion geblieben wären, so hätte das keinen Pfennig gekostet, aber für das Demokratieverständnis der Soldaten wäre das Bleiben wichtiger gewesen als alle Panzer und Fregatten und Flugzeuge zusammen. Solidarität der Führenden und Kommandierenden mit den Kommandierten, das ist ein schöner Traum. Kein Wort, nicht einmal der Anschein davon, daß Demokratie die Herrschaft von Gleichen über Gleiche sei. Beim Militär ist die Ungleichheit extremer als irgendwo sonst in dieser Gesellschaft. Es spiegelt die Klassenunterschiede vordemokratischer Zeiten mit unerwünschter Deutlichkeit wider, bis in die getrennten Casinos. Der gemeine Mann hat keinen Namen, nicht er gewinnt Schlachten, sondern die Ranghöheren, durch besseren Sold, durch bessere Verpflegung und schönere Orden Ausgezeichneten. Nicht die Rekruten von Bremen haben sich ihr Mißgeschick eingebrockt – das haben andere getan, aber die es getan haben, haben sich abgesetzt. Sie haben keine Silbe darüber verloren, warum sie das den Rekruten eingebrockt haben. Der Friede unterscheidet sich da wenig vom Kriege.

Die Bremer Rekruten wissen bis heute nicht, was sie mit dem Gelöbnis, dem Fahneneid, dem Zapfenstreich und der Macht der Liebe anfangen sollen. Auch die Münchner und Stuttgarter und Bonner und Hannoveraner Rekruten werden es nicht wissen, denn nicht darauf scheint es anzukommen, sondern vielmehr auf eine Demonstration der Stärke. Nicht die gestörten Vereidigungen von Bremen und Hannover müssen Entsetzen auslösen, sondern die machtgeschützten, fahrplanmäßigen Vereidigungen von München und Bonn. Bonn vor allem, wo 150 Rekruten durch angeblich 10 000 Polizisten „geschützt" worden sind, wo sich gezeigt hat, daß die Macht in diesem Staat keineswegs durch die Armee repräsentiert wird, sondern durch eine paramilitärische Truppe, die den Bürgerkrieg nicht bloß in Gedanken spielt, die nicht den Bürger gegen Rechtsbrecher schützt, sondern den Machtrausch der Regierenden gegen den Bürger.

Hinter den Schilden und Helmen der Bereitschaftspolizei zeigen die Repräsentanten der verselbständigten Macht: Ihr habt unsere Vereidigung mißbilligt und gestört, und nun werdet ihr es sehen, gleichgültig, ob eine „Gelöbnisfeier" mit unserer Begleitmusik sinnvoll oder sinnlos ist, gleichgültig, ob sie notwendig ist oder nur ein vordemokratischer Popanz. Und wenn wir genug Stärke demonstriert haben, wenn wir trotzig genug gewesen sind, wollen wir auch einmal über diese ganze Geschichte nachdenken. Und warum, zum Teufel, hat niemand rechtzeitig nachgedacht? Darf immer erst nachgedacht werden, wenn alles Porzellan zerschlagen ist?

Wir werden sehen, wohin das späte Nachdenken führt. Zeit gewonnen, alles gewonnen. Nur nicht diskutieren, solange alle nach Diskussion schreien. Abwarten, die Sache erst einmal einschlafen lassen, sie vertagen bis zu den Griechischen Kalenden. Und wenn doch eines fernen Tages nachgedacht werden sollte, dann nicht nur über die Bundeswehr. Wie wenig Lust der Minister hat, sich konkrete Fragen stellen zu lassen und sie konkret zu beantworten, hat er in der Aussprache über die Regierungserklärung erneut erkennen lassen. Das Thema kann nicht groß genug sein; je größer, desto weniger Gelegenheit, alte Zöpfe abzuschneiden, die Armee der Demokratie zu demokratisieren. Es gebe, hat Apel vor kurzem gesagt, auch anderswo in unserer Gesellschaft „angebliche Anachronismen". Soll das heißen, daß der Zapfenstreich mit allem Drum und Dran nichts anderes sei als ein „angeblicher" Anachronismus? Soll das heißen, daß die Bundeswehr nur dann bereit sei, Schluß mit ihren falschen Traditionen zu machen, wenn alle falschen Traditionen fallen? Bei den Schützenvereinen, bei den Korpsstudenten, bei den Kirchen? Dann wird sich Bremen und Hannover so gut wiederholen wie München und Bonn.

Wir können aber von dem Verteidigungsminister erwarten, daß er sich endlich einmal klar darüber wird, ob die Bundeswehr etwas Besonderes ist, oder nicht. Ist sie etwas Besonderes, dann braucht sie in einer restaurativen, autoritären Gesellschaft, die am Abgelebten hängt, womöglich die öffentliche Vereidigung – kaum jedoch den Zapfenstreich und die Macht der Liebe und das „Helm-ab-zum-Gebet" –, aber dann müssen auch ihre vordemokratischen Traditionen anders beurteilt werden als die anderen Verbände. Oder sie ist nichts Besonderes, dann braucht sie auch keine öffentliche Vereidigung und dürfte in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft, die Demokratie wenigstens will, auch wenn sie sie nicht so recht kann, ihre vordemokratischen Traditionen trotzdem nicht weiterpflegen. Beides gleichzeitig jedenfalls geht nicht. Eine Armee, die den Krieg nicht mehr will, sondern den Frieden, darf sich nicht in den großen Gesten des Militarismus und Imperialismus gefallen; sie soll nicht Schlachten schlagen, sondern Schlachten verhindern. Und wenn einer gesagt hat, daß die Bundeswehr in Bonn eine Schlacht verloren habe, so sieht er die Bundeswehr gerade als das, was sie nicht sein soll. Wenn jemand in Bonn eine Schlacht verloren hat, dann die Demokratie.

Aus ausländischen Zeitschriften

„Sieg ist möglich"

Eine amerikanische Einladung zum Atomkrieg

Von Colin S. Gray und Keith Payne

Die Militarisierung des Denkens treibt in den USA immer erschreckendere Blüten. Der nachstehend von den „Blättern" in deutscher Übersetzung vollständig dokumentierte Artikel wurde unter der Überschrift „Victory is possible" kommentarlos in einer der beiden großen „seriösen" Politikzeitschriften der USA, in Heft 39 (Sommer 1980) der „Foreign Policy", veröffentlicht. Er ist offener als andere, aber durchaus repräsentativ für eine die USA mehr und mehr beherrschende, alle Einsichten der Entspannungspolitik zerstörende Debatte. Näheres zu diesem Artikel und zu seinem Kontext in dem Beitrag von Bernd Greiner im vorliegenden Heft. Wir meinen, gerade in der Bundesrepublik sollte „Sieg ist möglich", ungeachtet seines haarsträubenden Inhalts und Jargons, breitestmögliche Öffentlichkeit finden. Er ist ein Alarmsignal erster Ordnung. D. Red.

Ein Atomkrieg ist möglich. Aber im Gegensatz zu „Armageddon", dem apokalyptischen Krieg, der der Prophetie zufolge das Ende der Geschichte heraufführen wird, kann ein Atomkrieg auf viele verschiedene Arten enden. Viele Kommentatoren und Regierungsvertreter glauben nicht, daß man ihn überleben kann und die Popularität dieses Standpunktes hat in Washington derartig schwerwiegende und schädliche Auswirkungen auf die Verteidigungsplanung der USA, daß er schnell zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung für die Vereinigten Staaten werden kann.

Die Erkenntnis, daß ein Krieg auf jeder Ebene der Auseinandersetzung gewonnen oder verloren werden kann, und daß der Unterschied zwischen Gewinnern und Verlierern nicht bedeutungslos wäre, ist für eine intelligente Verteidigungsplanung essentiell. Darüberhinaus kann ein Atomkrieg unabhängig von der militärischen Stärke der Vereinigten Staaten und dem Inhalt ihrer strategischen Theorie eintreten. Wenn dies der Fall ist, dann spielen Abschreckung, Krisenmanagement und Eskalationskontrolle möglicherweise keine Rolle mehr. Aufgrund möglicher Kommunikationsunfähigkeit oder wegen eines sowjetischen Desinteresses daran, amerikanische Botschaften entgegenzunehmen und nach ihnen zu handeln, hätten die USA möglicherweise nicht einmal die Option zu kapitulieren, und müßten demzufolge den Krieg führen, so gut sie es könnten. Im übrigen muß der Westen Wege finden, die ihm erlauben, strategische Atomwaffen als Druckmittel einzusetzen, und gleichzeitig die potentiell lähmende Selbst-Abschreckung auf ein Minimum zu reduzieren.

Wenn die atomare Macht der USA dazu dienen soll, den außenpolitischen Zielen der USA zu dienen, dann müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, rational Atomkrieg zu führen. Dies Erfordernis ist bedingt durch die Geographie der Ost-West-Beziehungen, durch den andauernden Rückstand des Westens an konventionellen und taktischen Atomstreitkräften und durch den Unterschied zwischen den Zielen einer auf Veränderung oder auf die Erhaltung des Status quo ausgerichteten Macht.

Die Strategieplanung der USA sollte die sowjetischen Ängste so weit wie möglich ausnutzen; sie sollte die möglichen sowjetischen Reaktionen ebenso umfassend in Betracht ziehen wie die Bereitschaft der Amerikaner, auf derartige Reaktionen hin zu handeln und sie sollte für den Schutz des amerikanischen Territoriums sorgen. Eine solche Planung würde die Aussicht auf eine effektive Abschreckung und auf das Überleben eines Krieges erhöhen. Erst in letzter Zeit wurde der amerikanischen Atomzielplanung eine gründliche Studie über die Sowjetunion als spezifisches politisches System zugrundegelegt. Aber die amerikanischen Militärexperten verschließen sich

nach wie vor vielen der politischen Implikationen möglicher sowjetischer Reaktionen auf die US-Waffenprogramme. Hinzu kommt, daß die amerikanische Regierung einfach der Tatsache nicht ins Auge sehen will, daß sie versuchen muß, die Freiheit zu einem offensiven Atomschlag und die Glaubwürdigkeit ihrer offensiven Atomkriegsdrohung mit dem Schutz amerikanischen Territoriums zu verbinden.

Die Kritiker einer solchen strategischen Planung sind in zweierlei Hinsicht angreifbar: Erstens bieten sie keine politischen Rezepte, die sicherstellen könnten, daß die Vereinigten Staaten niemals mit der bitteren Wahl konfrontiert werden, einen Atomkrieg führen zu müssen oder zu kapitulieren, und zweitens verfügen sie über kein Abschreckungskonzept, das den ausgedehnten Verpflichtungen der amerikanischen strategischen Atomstreitkräfte entspricht. Gleichgültig wie elegant die Abschreckungstheorie auch sein mag, man kann der Frage nicht ausweichen, was geschieht, falls die Abschreckungsmechanismen versagen sollten. Theoretiker, deren Abschrekkungskonzept sich auf massive Vergeltung nach einem sowjetischen Angriff beschränkt, hätten einem Präsidenten, der sich einer Niederlage in einem konventionellen Konflikt am Persischen Golf oder in Westeuropa gegenübersieht, nichts anzubieten.

Ihr strategisches Milieu existiert nur in Friedenszeiten. Sie können lediglich sehr begrenzte, symbolische Optionen anbieten, verfügen jedoch über keine Theorie, wie eine groß angelegte sowjetische Reaktion abgeschreckt werden soll.

Da viele glauben, daß eine Verteidigung des US-Territoriums*) ein beschleunigtes Wettrüsten nach sich ziehen und das strategische Gleichgewicht destabilisieren würde, herrscht in der militärpolitischen Debatte der USA eine Haltung vor, die die Aussicht einer Selbst-Abschreckung auf ein Maximum erhöht. Die Glaubwürdigkeit einer ausgedehnteren amerikanischen Abschrekkung hängt jedoch davon ab, daß die Sowjets glauben, ein amerikanischer Präsident würde aufgrund auswärtiger Verpflichtungen die nukleare Eskalation riskieren.

Ende der 60er Jahre stimmten die USA dem Konzept der strategischen Parität zu, ohne jedoch weiter darüber nachzudenken, was dies für die Glaubwürdigkeit von Amerikas Atomschirm bedeutet. Ein Zustand der Parität oder ein im wesentlichen ausgewogenes Kräfteverhältnis ist, wegen der einer solchen strategischen Situation innewohnenden Selbst-Abschreckung, unverträglich mit ausgedehnteren Abschreckungspflichten. Dennoch mögen die praktischen Implikationen des Gleichgewichts in manchen für die USA lebenswichtigen Gebieten weniger schrecklich sein. Westeuropa zum Beispiel ist ein solch wichtiges Einflußgebiet der USA, daß die sowjetische Führung mehr von der Art und der Dauer des amerikanischen Engagements beeindruckt werden könnte, als von Details des strategischen Gleichgewichts.

Eine Drohung, Selbstmord zu begehen

Ironischerweise ist es üblich geworden zu behaupten, daß Theorien, die davon ausgehen, daß der Krieg überlebt werden kann, politisch und moralisch unakzeptabel sind. Sicherlich kann es niemandem wohl bei der Behauptung sein, daß eine Strategie, die Millionen sowjetischer Bürger töten würde und eine strategische Antwort herausforderte, die wiederum zig- Millionen amerikanischer Bürger das Leben kosten würde, politisch und moralisch akzeptabel sein soll. Es ist jedoch der Mühe wert, sich die sechs Richtlinien für die Anwendung von Gewalt in Erinnerung zu rufen, die die katholische Kirche in ihrer Doktrin vom „gerechten Krieg" bereitgestellt hat: Gewaltanwendung ist erlaubt, wenn es sich um eine gerechte Sache handelt; wenn eine gerechte Absicht zugrundeliegt; wenn eine reelle Erfolgschance besteht; wenn im Erfolgsfalle eine bessere Zukunft zu erwarten ist, als ohne Gewaltanwendung der Fall gewesen wäre; wenn das Ausmaß der Gewalt zu den erstrebten Zielen oder dem bekämpften Mißstand in einem angemessenen Ver-

*) Im amerikanischen Original: „homeland defense". Gemeint ist die Fähigkeit zur Abwehr strategischer Waffensysteme der Gegenseite, auf die USA und UdSSR im Rahmen des SALT I-Vertrages verzichtet haben, weil sonst mit der Entwicklung von Anti-Raketen-Raketen auf beiden Seiten ein neues, ungeheuer kostspieliges und die Aussichten auf Rüstungsbegrenzung untergrabendes Wettrüsten in Gang gesetzt worden wäre. Die Forderung der Autoren nach „homeland defense" läuft darauf hinaus, das Gebiet der USA tendenziell aus dem Abschreckungssystem herauszunehmen, womit dem gegenwärtigen strategischen Gleichgewicht zwischen USA und UdSSR der Boden entzogen würde. D. Red.

hältnis steht; und wenn mit der Entschlossenheit gekämpft wird, Zivilisten zu schonen, sofern eine vernünftige Chance dazu besteht.

Diese Richtlinien beinhalten eine Botschaft für die amerikanische Politik. Insbesondere, solange die Atomkriegsdrohung einen Teil des diplomatischen Arsenals der Vereinigten Staaten darstellt, und vorausgesetzt, daß sie wirkliche Operationsabsichten widerspiegelt und nicht nur ein großer Bluff ist, werden die amerikanischen Verteidigungsplaner gezwungen sein, sich den möglichen Ablauf eines Atomkrieges durch den Kopf gehen zu lassen. Sie müssen zumindest eine gewisse Vorstellung haben über das angestrebte Verhältnis zwischen dem Gewalteinsatz und der Wahrscheinlichkeit, daß die politischen Ziele erreicht werden – das heißt, sie brauchen eine Strategie.

Die derzeitige US-Strategie ist mit zumindest drei der sechs Richtlinien für den gerechten Krieg nicht vereinbar. Sie enthält keine Definition, was unter Erfolg zu verstehen ist, außer daß ein Sieg des Feindes verhindert werden soll. Sie beinhaltet keinerlei Versprechen, daß ein erfolgreicher Einsatz nuklearer Waffen eine bessere Zukunft sichern würde als eine Kapitulation, und sie vermittelt kein Verständnis für Verhältnismäßigkeit, da die Strategie für den großen Krieg im Hinblick auf den konkreten Einsatz nicht von politischen Zielen geleitet ist. Kurzum: Die Atomstrategie der USA ist unmoralisch. Diejenigen, die glauben, daß ein strategischer Atomkrieg nicht zur Erreichung politischer Ziele geführt werden kann, da die zugefügte und die erlittene Zerstörung jegliche politischen Ziele zunichte machen würde, können eine zusammenhängende, logische politische Argumentation darlegen. Sie behaupten, daß ein Atomkrieg das Ende der Geschichte der an ihm beteiligten Staaten bedeutet, und daß daher mit einem Atomkrieg zu drohen heißt, daß man mit Selbstmord droht, – daß der Drohung daher die Glaubwürdigkeit fehlt. Andererseits erkennen sie an, daß Atomwaffen nicht abeschafft werden können. Sie halten daran fest, daß selbst unglaubwürdige Drohungen abschrecken können, vorausgesetzt, die Angelegenheit ist ausreichend ernst: weil eine Fehleinschätzung durch einen Gegner tödliche Konsequenzen haben könnte; weil irrationales Verhalten immer möglich ist; und weil der Konflikt unkontrollierbar werden könnte.

In den 70er Jahren haben die amerikanischen Miltärexperten diese Theorie der Abschreckung zurückgewiesen. In regelmäßigen Abständen erschienen veränderte strategische Zielpläne, die die US-Politik immer weiter von der erklärten Doktrin der gegenseitigen gesicherten Zerstörung abdriften ließen, welche seinerzeit Verteidigungsminister Robert S. McNamara eingeführt hatte. Die amerikanischen Verteidigungsplaner haben jedoch weder die Probleme des Atomkrieges gründlich studiert, noch die Bedeutung einer Strategie im Hinblick auf den Atomkrieg durchdacht. Die amerikanischen Militärpolitiker neigten immer dazu, einen strategischen Atomkrieg nicht als Krieg zu betrachten, sondern als Holocaust. Der frühere Verteidigungsminister James R. Schlesinger übernahm die Theorie begrenzter nuklearer Optionen (LNO's) – Atomschläge, bei denen einzelne oder bis zu mehreren Dutzend Sprengköpfe gezündet werden – als einen Kompromiß zwischen den Optimisten, die eine minimale Abschreckung forderten, und den Pessimisten der sogenannten Überzeugung durch Kriegführung („war-fighting persuasion").

Per definitionem kann eine Strategie begrenzter atomarer Optionen nur in den Anfangsstadien eines Krieges angewandt werden. Was aber geschieht, wenn diese Optionen ausgeschöpft sind? Wenn die Sowjets nach begrenzten US-Atomschlägen einen Vergeltungsschlag führen, dann sehen die Vereinigten Staaten sich vor dem Dilemma, weiter zu eskalieren oder eine friedliche Einigung zu suchen.

Während eines Krieges könnte die Wiederherstellung der Abschreckung aus den verschiedensten Gründen fehlschlagen: Der Feind könnte es ablehnen, sich in der konkreten Praxis auf das Konzept einer Abschreckung im Rahmen der Kriegführung einzulassen, und den Krieg mit allen ihm zu Gebote stehender Mitteln führen; und Befehlsgebung, Kontrolle und Kommunikation könnten sich so schnell verschlechtern, daß strategische Entscheidungen unwirksam würden und beide Seiten ihre Kriegspläne ausführen. Mit einiger Verspätung hat die amerikanische Sicherheitspolitik zu verstehen begonnen, daß Flexibilität in der Zielauswahl und begrenzte nukleare Optionen keine Strategie darstellen und unzureichende nukleare Streitkräfte nicht kompensieren können.

Begrenzte atomare Optionen sind eine Strategie für Starke und nicht für ein Land, das sich wie jetzt die USA am Anfang einer Periode strategischer Unterlegenheit befindet. Diese Strategie wäre nur dann anwendbar, wenn die Vereinigten Staaten über eine plausible Theorie verfügten, wie sie eine spätere Eskalation kontrollieren und beherrschen könnten.

Die grundsätzliche Inadäquatheit der flexiblen Zielplanung, wie sie in den 70er Jahren vorgestellt wurde, liegt darin, daß sie die Tatsache nicht angemessen berücksichtigte, daß die Vereinigten Staaten ein Prozeß wechselseitiger Eskalation in Gang setzen würden, ohne eine Basis für die Annahme zu haben, daß dieser Prozeß unter zufriedenstellenden Bedingungen beendet werden könnte. Eine flexible Zielauswahl galt als Zusatz zu Plänen, die keine überzeugende Vorstellung davon hatten, wie der Einsatz von militärischer Gewalt zum Erreichen politischer Ziele führen könnte.

Kriegsziele

Die strategische Zielplanungsdoktrin der USA muß vom ersten bis zum letzten Schlag von einheitlichen politischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen ausgehen. Wenn sie nicht mit einer plausiblen Theorie verbunden ist, wie ein Krieg gewonnen werden oder zumindest ein akzeptables Ende des Krieges sichergestellt werden kann, dann bietet strategische Flexibilität den Vereinigten Staaten keine angemessene Basis für Verhandlungen vor oder während eines Konflikts, und ist damit eine Einladung, sich besiegen zu lassen. Kleine, vorhergeplante Schläge können nur dann sinnvoll sein, wenn die Vereinigten Staaten die strategische Überlegenheit besitzen – die Fähigkeit, einen Atomkrieg auf jeder Stufe der Gewaltanwendung mit einer reellen Aussicht darauf zu führen, daß die Sowjetunion besiegt wird und daß die USA selbst sich soweit erholen können, daß eine zufriedenstellende Nachkriegs-Weltordnung sichergestellt werden kann.

Die amerikanische Regierung scheint jedoch noch nicht so weit zu sein, ernsthaft Pläne für die tatsächliche Durchführung eines Atomkrieges anzustellen für den Fall, daß die Abschreckung versagen sollte, obwohl eine solche Politik die Abschreckung erhöhen dürfte. Überlegungen über eine gesicherte gegenseitige Zerstörung gelten offiziell als in sich unzureichend für eine strategische Doktrin. Jedoch existiert auf der sowjetischen Seite die Kapazität für gesicherte Zerstörung, und dies ist ein Ergebnis des weiterhin andauernden offiziellen Desinteresses der USA an strategischer Verteidigung, was möglicherweise lähmende Wirkung für sie haben wird.

Gleichgültig, wie gut entworfen und definiert sie auch sein mögen, Zielpläne, die es dem Feind erlauben, durch Vergeltungsschläge der amerikanischen Gesellschaft jeglichen erwünschten Schaden beizufügen, werden sich wohl als unbrauchbar erweisen.

Vier miteinander zusammenhängende Gebiete strategischer Politik – Strategie, Waffenentwicklung und -beschaffung, Rüstungskontrolle und Verteidigungsdoktrin – werden zur Zeit getrennt behandelt. Theoretisch sollte es so sein, daß die Strategie die Entwicklung der drei anderen Gebiete bestimmt. Praktisch jedoch hat sie dies nie getan. Das meiste von dem, was als Kriegführungsstrategie dargestellt wurde, ist nichts dergleichen. Stattdessen ist es eine Ausweitung der amerikanischen Abschreckungstheorie in den Krieg selbst hinein. Für einen begrenzten Atomwaffengebrauch und für Flexibilität und Selektivität der Zielplanung einzutreten, ist nicht dasselbe, wie für eine Strategie der Kriegsführung und des Kriegüberlebens einzutreten.

Strategen finden die Idee, einen Atomkrieg zu führen, nicht attraktiv. Sie glauben aber, daß die Fähigkeit, Krieg führen und überleben zu können, lebenswichtig für eine effektive Wirkung der Abschreckung ist; es kann so etwas wie eine angemessene abschreckende Haltung nicht geben, wenn sie nicht bezogen ist auf ihre Effektivität in Kriegszeiten: Sieg oder Niederlage, beides ist in einem Atomkrieg möglich, und es kann sein, daß ein solcher Krieg bis zu jenem Punkt geführt werden muß; und je klarer die Vorstellung von einem erfolgreichen Kriegsausgang ist, desto wahrscheinlicher ist es, daß der Krieg in früheren Stadien vernünftig geführt werden kann.

Es sollte kein Mißverständnis darüber bestehen, daß das oberste Interesse der US-Strategie die Abschreckung ist. Jedoch existieren die Streitkräfte der USA nicht ausschließlich zu dem Zweck, eine nukleare Bedrohung oder einen Angriff der Sowjetunion gegen die Vereinigten Staaten selbst abzuschrecken. Sie sind vielmehr dazu vorgesehen, die amerikanische Außenpolitik zu unterstützen, wie es sich beispielsweise in der Zusicherung, Westeuropa vor Aggressionen zu schüt-

zen, zeigt. Solch eine Funktion erfordert amerikanische strategische Kräfte, die einen Präsidenten befähigen, den strategischen Ersteinsatz von Atomwaffen vorzunehmen, um Ziele, die gleichwohl politisch defensive sind, dennoch mit Zwangsmitteln durchzusetzen.

Typischerweise ist die amerikanische Strategie vom Nullpunkt ausgegangen. Eine solche Zielplanung beinhaltet keinerlei Konzeption vom Kriege als ganzem, noch sagt sie etwas darüber aus, wie der Krieg zu günstigen Bedingungen beendet werden könnte. Die US-Verteidigung kann nicht intelligent genug für die unteren Ebenen des Kampfes planen, wenn sie kein annehmbares Konzept hat, wohin man auf diesen Ebenen gelangen könnte.

Die meisten Analysen über die Optionen flexibler Zielplanung nehmen an, daß auf den höchsten Ebenen des Konflikts eine praktisch vollkommene Stabilität bestehen wird. Die Verfechter einer flexiblen Zielplanung machen geltend, daß ein beschränkter Gebrauch nuklearer Waffen durch die USA den Beginn eines Eskalationsprozesses signalisieren würde, den die Sowjets angesichts der amerikanischen Drohung gegen sowjetische Städte und Industriegebiete lieber vermeiden würden. Es scheint jedoch inkonsequent zu sein, wenn behauptet wird, daß die amerikanische Drohung mit gesicherter Zerstörung die Russen davon abschrecken würde, sich nach einem begrenzten Atomschlag auf eine Eskalation einzulassen, daß dagegen die amerikanische Führung einen solchen Prozeß trotz der sowjetischen Bedrohung in Gang setzen könnte. Was sollte die Basis solcher relativer Entschlossenheit der USA und solcher Unsicherheit der Sowjetunion sein angesichts strategischer Parität oder sowjetischer Überlegenheit?

Darüber hinaus würde der erwünschte Abschreckungseffekt wahrscheinlich davon abhängen, wie die Sowjetunion den atomaren Feldzug insgesamt einschätzt. Oder anders ausgedrückt: die sowjetische Führung wäre weniger von der amerikanischen Bereitwilligkeit, einen begrenzten Atomschlag zu führen beeindruckt, als von einer glaubhaften amerikanischen Sieges-Strategie. Eine solche Theorie hätte das Ende des Sowjetstaates ins Auge zu fassen. Die Vereinigten Staaten sollten planen, die Sowjetunion zu besiegen, und dies zu einem Preis, der eine Erholung der USA erlauben würde. Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegs-Weltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen.

Die furchterregendste Bedrohung für die Sowjetunion wäre die Zerstörung oder eine schwerwiegende Beeinträchtigung ihres politischen Systems. Daher sollten die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Schlüsselfiguren der Führung, ihre Kommunikationsmittel und -wege und einige ihrer innenpolitischen Kontrollinstrumente zu zerstören. Die UdSSR mit ihrer mächtigen Überzentralisierung der Macht, zusammengefaßt in der riesigen Bürokratie in Moskau, dürfte höchst verwundbar einem solchen Angriff gegenüber sein. Die Sowjetunion würde möglicherweise aufhören zu funktionieren, wenn ihr Sicherheitsdienst, der KGB, ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen würde. Wenn es gelänge, die Moskauer Bürokratie zu eliminieren, zu beschädigen oder zu isolieren, dann könnte die UdSSR sich in eine Anarchie auflösen. Deshalb sind die ausgedehnten Zivilschutzvorbereitungen auch dazu gedacht, das Überleben der sowjetischen Führung zu sichern. Eine kluge amerikanische Zielplanung und Waffenbeschaffung könnte in der Lage sein, der Sowjetunion diese Sicherheit eines politischen Überlebens streitig zu machen.

Ist erst einmal die Zerstörung des Sowjetstaats als Kriegsziel festgelegt, so sollten die Verteidigungsexperten ein optimalen Zielplan zur Erreichung des Erstrebten aufstellen. Beispielsweise könnte die politische Kontrolle der Sowjetunion über ihre Gebiete in Zentralasien und im Fernen Osten durch eine selektive Zielplanung geschwächt werden. Dasselbe trifft auch auf Transkaukasien und Osteuropa zu.

Die äußerste Strafe

Zwar haben die USA des öfteren ihre Zielplanung revidiert, dennoch könnten die sowjetischen Führer mit Blick auf die Mitte der 80er Jahre durchaus zu dem Schluß kommen, daß sie dann einen III. Weltkrieg erfolgreich würden führen können. Der im west-östlichen militärischen Kräfteverhältnis anhaltende Trend erlaubt es sowjetischen Militärplanern, eine Theorie des militärischen Sieges zu entwerfen, die nicht unplausibel ist und in der sowjetischen Führungsspitze die Hoffnung wecken könnte, daß man viele Früchte eines militärischen Erfolges sogar ohne Kampf ernten könnte. Die Sowjets können erwarten, daß die amerikanische Selbstabschreckung Washing-

ton davon zurückhalten könnte, die sowjetische Gesellschaft zu bestrafen. Auch wenn die Vereinigten Staaten einen großangelegten Zweitschlag gegen militärische und wirtschaftliche Ziele in der Sowjetunion führen würden, so sollte der entstehende Schaden für die Sowjetunion doch tragbar sein, wenn man den Einsatz, um den der Konflikt geführt wird und die Tatsache berücksichtigt, daß die Sowjets ausländische Gebiete kontrollieren würden, die zu ihrem Wiederaufbau beitragen könnten.

In den späten 60er Jahren hatten die Vereinigten Staaten als äußerste Strafe, die sie der Sowjetunion müßten auferlegen können, eine Tötung von 20–25 % der Bevölkerung und eine Zerstörung von 50–75 % der Industriekapazität angesetzt. In den 70er Jahren wendete sich die amerikanische Aufmerksamkeit mehr den wirtschaftlichen Wiederaufbaumöglichkeiten der Sowjetunion zu. Die sowjetische Theorie des Sieges ist an die Bedinung gebunden, daß die Sowjetunion einen nuklearen Konflikt überlebt und sich rasch wieder von ihm erholen kann. Allerdings sind der amerikanischen Regierung die sowjetischen Wiederaubaukapazitäten nicht in allen Details bekannt und das damit zusammenhängende Konzept hat somit wieder an Popularität verloren. Hochkomplexe Modellrechnungen über die sowjetische Wirtschaft können die Tatsache nicht verschleiern, daß die gegebenen Daten zu rudimentär sind, als daß sie eine vertrauenswürdige Analyse erlaubten. Man kann sich leicht vorstellen, daß es mit einer unzureichenden Datengrundlage äußerst schwierig ist, Zielprioritäten festzulegen, die der jeweiligen Bedeutung unterschiedlicher wirtschaftlicher Zielobjekte für einen Wiederaufbau entsprechen.

Schlesingers Eintreten für erforderliche Gleichwertigkeit („essential equivalence") verlangte die Fähigkeit der USA, militärische Schäden mit militärischen Schäden zu vergelten. In den 70er Jahren war allerdings die Entwicklung der amerikanischen strategischen Rüstung nicht ausreichend, um die amerikanische Seite dieses Gleichgewichts intakt zu halten. Da US-Verteidigungsfachleute die Bedeutung der Möglichkeit, einen Atomkrieg zu gewinnen oder zu verlieren, ignoriert haben, wurde versäumt, über Optionen für aufeinanderfolgende Strafaktionen hinauszudenken.

Die amerikanische Atomstrategie ist nicht dazu angelegt, die Sowjetunion zu besiegen oder das Überleben der USA in sorgfältig kalkulierter Weise sicherzustellen. Stattdessen soll sie sicherstellen, daß die Sowjetunion mit zunehmender Strenge bestraft werden kann. Die heutige amerikanische Zielplanungs-Philosophie stellt gegenüber der aus den späten 60er Jahren nur eine oberflächliche Verbesserung dar.

Dies liegt vor allem daran, daß amerikanische Verteidigungsexperten davon ausgehen, daß ein den USA vorher zugefügter Schaden keine Relevanz für die Integrität ihrer offensiven Kriegspläne hat. Die Vorzüge einer strategischen Entscheidung für ballistische Raketenabwehr und Zivilschutz sind seit einem Jahrzehnt nicht mehr in Erwägung gezogen worden.

In den späten 70ern haben die Vereinigten Staaten eine Reihe sowjetischer Wirtschaftskomplexe als Ziele ausgewählt, die entweder kriegswichtig oder für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau von Bedeutung waren. Die rationale Grundlage für ein solches Zielplanungsschema ist und bleibt brüchig. Kriegswichtige Industrie ist nur bei einem Krieg von beträchtlicher Dauer oder für eine Periode der Verteidigungsmobilisierung nach dem Kriege relevant.

Wiederaufbau nach einem Krieg ist zwar integraler Teil der sowjetischen Theorie vom Sieg, ist aber weniger wichtig als die Erzielung eines militärischen Erfolges. Wenn die Sowjetunion nämlich in der Lage ist, den Krieg zu gewinnen, verfügt sie wahrscheinlich auch über genügend militärisches Potential, um den überlebenden Teil der Weltwirtschaft zu einem Beitrag zum sowjetischen Wiederaufbau zu zwingen. Deshalb geht der augenblickliche Trend weg von einer Orientierung der Zielplanung auf für den Wiederaufbau wichtige Teile der Wirtschaft.

Bis jetzt hat es die US-Regierung abgelehnt, über eine Haltung, die auf „Abschreckung durch Bestrafung" hinausläuft, hinaus- und zur Planung des strategischen Krieges überzugehen. Hinzu kommt, daß die Überprüfung der strategischen Zielplanung in den 70er Jahren nicht deutlich genug die Frage der Selbst-Abschreckung gestellt hat. Die USA verfügen nicht über ein Raketen-Abwehrsystem und praktisch über keine Zivilverteidigung; die US-Luftwaffe kann den Luftraum Amerikas lediglich in Friedenszeiten sichern. Das Pentagon hat sich bemüht, den Mangel an relativer militärischer Stärke durch eine geistig bewegliche strategische Zielauswahl auszugleichen.

Eine Revision nach der anderen versuchte, immer effizientere Wege zu finden, wie man die UdSSR verwunden könnte. Vor allem Schlesinger suchte die erforderliche Gleichwertigkeit durch ein flexibleres System von Zieloptionen zu erreichen, ohne gleichzeitig neue und umfassende strategische Potentiale für die USA zu fordern. Er hat sich in der Tat einige Mühe gegeben, um die Frage der Zielplanung von Rüstungsprogrammen zu trennen.

Die Vereinigten Staaten sollten atomare Ziele danach auswählen, daß sie zwar zur Wiederherstellung der Abschreckung beitragen, aber dennoch den Sowjetstaat zerstören und gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit für ein Überleben der USA absichern, falls es zu einem totalen Einsatz käme. Die erste Priorität eines solchen Beschußplanes gälte sowjetischen Militärkräften jeglicher Art; an zweiter Stelle stände die politische, militärische und wirtschaftliche Leitungs- und Kontrollstruktur der UdSSR. Erfolgreiche Schläge gegen Ziele der militärischen und politischen Leitungs- und Kontrollstruktur würden die sowjetische Fähigkeit vermindern, militärische Macht nach außen einzusetzen und die politische Autorität im Inland aufrecht zu erhalten. Dennoch kann es nicht das Interesse der Vereinigten Staaten sein, gegenwärtig eine offensive Atomstrategie anzuwenden – gleichgültig, wie abschreckend sie aus sowjetischer Perspektive erschiene – wenn im Gegenzug das amerikanische Territorium für sowjetische Vergeltungsschläge völlig offenläge.

Schläge gegen die UdSSR sollten gezielt gegen die Evakuierungsbunker der höchsten politischen und administrativen Führung, einschließlich des KGB, geführt werden; gegen unentbehrliche Kommunikationszentren der Kommunistischen Partei, des Militärs und der Regierung; und gegen viele wirtschaftliche, politische und militärische Dokumentationszentren. Schon eine nur begrenzte Zerstörung einiger dieser Ziele und eine weitreichende Isolierung eines Großteils der Schlüsselkader, die überleben, könnte für das Land revolutionäre Folgen haben.

Das Armageddon-Syndrom

Die strategischen Fragen, die bis dato unzureichend beantwortet wurden, sind in gewisser Hinsicht schwerwiegender als die praktischen Probleme der Auswahl von Zielen im Bereich der politischen Leitungs- und Kontrollstruktur. Ist es z. B. vernünftig, die Regierung des Feindes auszulöschen, wenn man sich damit der Möglichkeit beraubt, ein Kriegsende auszuhandeln? Für den unwahrscheinlichen Fall, daß die Vereinigten Staaten alle wesentlichen Evakuierungsbunker der inneren politischen Führung treffen würden, wer würde die sowjetischen Kriegsanstrengungen weiterführen und zu welchem Ende? Könnte eine solche Zielsetzung mehr sein als eine bloße Drohung, da ja nach einem großangelegten Schlag gegen die Kontrollinstanzen eine sowjetische Führungsschicht kaum mehr Schlimmeres zu befürchten hätte?

Heute glauben amerikanische Verteidigungsfachleute, daß die sowjetische Leitungs- und Kontrollstruktur zu den wichtigsten Einsatzzielen für das strategische Potential der USA gehören. Allerdings wurde bisher nicht bestimmt, welche Rolle diese Zielplanung für Abschreckung oder Schadensbegrenzung spielen könnte. Der augenblickliche amerikanische Kenntnisstand darüber, wie diese Leitungs- und Kontrollstruktur funktioniert, ist ziemlich unvollkommen. Aber hierbei handelt es sich um eine technische Frage, die durch bessere Forschung zu lösen wäre. Die Frage, ob die sowjetische Kontrollstruktur überhaupt angegriffen werden sollte, ist schwieriger.

Strategen können keine schmerzlosen Konflikte bieten oder garantieren, daß die von ihnen bevorzugte Strategie und Doktrin eine sehr viel größere Abschreckung böte als die bisher von den USA vertretenen Pläne. Aber sie können immerhin für sich in Anspruch nehmen, daß eine intelligente amerikanische Offensivstrategie, in Verbindung mit Heimatverteidigung, die US-Verluste auf etwa 20 Millionen Menschen reduzieren würde. Dies würde strategische Drohungen der USA glaubwürdiger machen. Würden die Vereinigten Staaten die notwendigen Zielpläne erarbeiten und die benötigten Waffen entwickeln, um so die politische, bürokratische und militärische Führung der Sowjetunion in Schach zu halten, so wäre dies aus sowjetischer Sicht durchaus ein Äquivalent zur Wirkung der „gesicherten Zerstörung" der späten 60er Jahre. Allerdings haben die amerikanischen Zielplanungs-Fachleute sich noch nicht entscheiden können, wie eine solche Auswahl aussehen würde.

Eine Kombination von offensivem Entwaffnungsschlag, Zivilschutz und einem Abwehrsystem gegen ballistische Raketen bzw. Luftabwehr müßten die US-Verluste so niedrig halten, daß ein

nationales Überleben und Wiederaufbau möglich sind. Die tatsächlichen Ziffern würden von verschiedenen Faktoren abhängen, von denen die USA einige direkt unter Kontrolle haben (wie der Grad der Heimatverteidigung); einige beeinflussen könnten (wie die Stärke und Art des sowjetischen Angriffs); andere sich allerdings jeglicher Kontrolle und Beeinflussung entziehen (z. B. das Wetter). Was mit Sicherheit angeboten werden kann, ist die Wahl zwischen einem Verteidigungsprogramm, das mit einiger Zuverlässigkeit dafür sorgt, daß die große Mehrheit der Amerikaner überlebt, und einem Programm, das den Sowjets erlaubt, so ziemlich jeden gewünschten Grad von Zerstörung zu verwirklichen.

Gleichgültig wie ernst eine sowjetische Herausforderung auch sein mag, ein amerikanischer Präsident kann einfach nicht mit einem Atomschlag drohen und ihn auch auslösen, wenn dabei ein Verlust von 100 Millionen Amerikanern und mehr zu befürchten wäre. Es gibt einen Unterschied zwischen einer Doktrin, die nur begrenzt rationale Leitlinie sein kann, falls Abschreckung versagt, und einer Doktrin, die ein Präsident verantwortungsbewußt für klare politische Zwecke einsetzen kann. Die existierenden Anhaltspunkte über die möglichen Konsequenzen von atomaren Auseinandersetzungen legen die Annahme nahe, daß in einem Atomkrieg die Strategie eine Rolle spielen dürfte. Die Möglichkeit der Entwicklung einer Strategie für den Atomkrieg zu ignorieren, bedeutet, daß man sich für die Alternative einer atomaren Apokalypse entscheidet, falls die Abschreckung versagt. Die gegenwärtige amerikanische Abschreckungs-Politik hat den grundlegenden Fehler, daß sie nicht für die Verteidigung amerikanischen Territoriums sorgt.

Es ist unwahrscheinlich, daß ein Atomkrieg ein in sich sinnloses und fatales Ereignis darstellt. Vielmehr wird er wahrscheinlich geführt werden, um die Sowjetunion zur Aufgabe eines gerade erzielten Vorteils zu zwingen. Ein Präsident muß die Möglichkeit haben, einen Krieg nicht nur zu beenden, sondern ihn zu seinem Vorteil zu beenden. Die Vereinigten Staaten müßten also in der Lage sein, verzweifelte und zu allem entschlossene Sowjetführer von ihrer Fähigkeit und entschiedenen Bereitschaft zu überzeugen, einen Atomkrieg mit dem Konflikt entsprechender Gewalt zu führen, bis ein akzeptables Resultat erreicht ist. Damit Abschreckung während eines Krieges funktionieren kann, muß jede Seite kalkulieren können, ob durch weitere Eskalation ein günstigerer Ausgang zu erreichen ist.

Eine angemessene amerikanische Abschreckung wäre diejenige, die den Sowjets jede glaubhafte Aussicht auf Erfolg auf jeder Ebene des strategischen Konflikts versagt; eine Politik, die eine sowjetische Niederlage einigermaßen garantiert und eine vernünftige Chance bietet, die Schäden für die Vereinigten Staaten möglichst begrenzt zu halten. Eine solche Abschreckungspolitik wird oft mit dem Argument kritisiert, sie trage zum Rüstungswettlauf bei und rufe strategische Instabilität hervor, da sie die Sowjets zu neuerlichen Rüstungsanstrengungen stimuliere. Allerdings haben die 70er Jahre gezeigt, daß die Waffenentwicklung in der Sowjetunion und ihre Entwicklungsentscheidungen nicht von amerikanischen Aktionen diktiert waren. Die westliche Kenntnis von den Faktoren, die sowjetische Rüstungsentscheidungen bestimmen, sind mehr als dürftig. Aber es ist inzwischen klar, daß sowjetische Waffenentwicklungen nicht einfach mit einem simplen Aktions-Reaktions-Schema über die Dynamik des Rüstungswettlaufs erklärt werden können. Besonders gesicherte strategische Zweitschlagskapazitäten der USA sollten zudem sicherstellen können, daß strategische Stabilität gesichert wird, indem sie den Sowjets keine attraktiven Erstschlagsziele bieten.

In den meisten Konzepten atomarer Strategie ist ein Armageddon-Syndrom verborgen. Es läuft entweder darauf hinaus, daß man glaubt, weil die USA ja im Kriegsfall 20 Millionen Menschen verlieren können, sollte man auch die 80 Millionen oder mehr, die anderenfalls auf dem Spiel stünden, nicht retten. Oder aber man will nicht an die reelle Möglichkeit glauben, daß 200 Millionen Amerikaner einen Atomkrieg überleben könnten.

Selbstverständlich bringt es wenig Befriedigung, für eine zur Anwendung bestimmte Atomdoktrin zu plädieren, die den Tod von 20 Millionen Menschen oder mehr bedeuten könnte im Falle eines uneingeschränkten Atomkrieges. Solange sich allerdings die USA auf nukleare Drohungen zur Abschreckung einer zunehmend mächtiger werdenden Sowjetunion verlassen, ist es nicht tragbar, daß die Sicherheitspolitik der USA weiterhin ihre Abschreckungsvorstellungen von ihren Planungen für eine effiziente Kriegsführung und Landesverteidigung trennt. Weitblick bei letzterem sollte die erstere, die Abschreckung, erhöhen.

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1980

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die schon im zweiten Quartal 1980 sichtbaren konjunkturellen Abschwungstendenzen haben sich im Berichtsvierteljahr verstärkt. Das reale Bruttosozialprodukt, das im zweiten Vierteljahr nach den korrigierten Berechnungen in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem ersten Vierteljahr leicht um 0,5 % zurückgegangen war, ist im dritten Vierteljahr weiter um 2 % gesunken. Es liegt nur noch wenig über dem Ergebnis des dritten Vierteljahrs 1979.

Tabelle 1

Reales Bruttosozialprodukt (BSP) im 3. Vierteljahr 1980 [1])

	In Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*226,7*	*+ 0,7*
Privater Verbrauch	*121,4*	*+ 1,8*
Öffentlicher Verbrauch	*37,9*	*+ 2,1*
Anlageinvestitionen	*53,5*	*– 0,2*
Export	*65,2*	*+ 1,9*

[1]) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht" 47/1980.

Die Daten zeigen das traditionelle Bild einer beginnenden zyklischen Wirtschaftskrise. Sie wurde ausgelöst durch die Schwäche des privaten Verbrauchs und die prozyklische Haushaltspolitik der öffentlichen Haushalte. Inzwischen hat sie aber auch die Investitionstätigkeit ergriffen, die nun deutlich zurückgeht. Verschärfend kommt die Situation beim Export hinzu. Da inzwischen alle bedeutenden kapitalistischen Länder – in stärkerem oder schwächerem Maße – von der Krise erfaßt wurden bzw. eine deutliche Konjunkturverlangsamung registrieren, der Welthandel daher nicht mehr wächst, schwächt sich auch die Warenausfuhr deutlich ab.

Die industrielle Produktion sinkt seit Februar/März 1980 und liegt seit Juni 1980 unter dem Vorjahresstand.

Tabelle 2

Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe

	3. Vierteljahr 1980 [1])	*Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr*
Insgesamt	*116,0*	*– 1,7*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*117,5*	*– 7,6*
Investitionsgüter	*113,0*	*+ 1,1*
Verbrauchsgüter	*111,8*	*– 1,6*

[1]) Index 1970 = 100.
Quelle: Ebd.

Besonders stark war der Rückgang im Bauhauptgewerbe. Dort lag die Produktion im dritten Quartal um fast 10 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum, so daß das gesamte Produzierende Gewerbe mit mehr als 4 % noch deutlichere Einbruchspuren aufweist. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist im dritten Vierteljahr weiter gefallen und war im September mit 80,5 % schon um 5,5 Prozentpunkte niedriger als zum Jahresbeginn.

Die Unternehmergewinne („Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen") haben sich trotz des Konjunktureinbruchs immer noch stabil entwickelt, auch wenn sich das Steigerungstempo stark verlangsamt hat. Der im zweiten Vierteljahr – vor allem aus statistischen Gründen – registrierte Rückgang um 1,5 % ist nachträglich korrigiert worden, es ergibt sich nun ein Anstieg um 1,9 %.

Tabelle 3

Einkommensverteilung im 3. Vierteljahr 1980 [1])

	Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*378,6*	*+ 6,0*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	*205,0*	*+ 7,3*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*89,1*	*+ 3,8*

[1]) In jeweiligen Preisen.
Quelle: Ebd.

Da das Steuersystem zur Zeit die Relation Löhne/Gewinne kräftig zugunsten der Gewinne verschiebt, dürfte sich der Rückstand der Löhne und Gehälter trotz der beginnenden Krise weiter vergrößert haben.

Tabelle 4

Löhne und Gehälter im 3. Vierteljahr 1980

	Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
Tariflöhne und -gehälter[1])	–	*+ 7,1*
Bruttolohn und -gehaltsumme	*168,7*	*+ 7,6*
Nettolohn und -gehaltsumme	*117,2*	*+ 5,4*
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten[2])	*5 285*	*+ 4,7*
Lebenshaltung[3])	–	*+ 5,4*
Reallöhne und -gehälter je Beschäftigten	–	*– 0,7*

[1]) Auf Monatsbasis.
[2]) In DM.
[3]) Alle Haushalte.
Quelle: Ebd.; „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd; eigene Berechnungen.

Der Rückgang der Reallöhne war nach den korrigierten Zahlen im zweiten Vierteljahr etwa geringer (1,1 %) als ursprünglich errechnet. Er hat sich im dritten Vierteljahr wegen der leicht verringerten Inflationsrate etwas verlangsamt. Für das ganze Jahr 1980 dürfte sich ein Rückgang um etwa 1 % ergeben.

Tabelle 5

Preisentwicklung im 3. Vierteljahr 1980

	In % gegenüber dem Vorjahr
Lebenshaltung[1])	*+ 5,4*
Industrielle Erzeugerpreise	*+ 7,0*
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	*+ 0,4*
Einfuhrpreise	*+ 13,1*

[1]) Alle Haushalte.
Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Die leichte Abschwächung der Inflation – im Oktober lagen die Verbraucherpreise noch um 5,1 % über dem Vorjahresmonat – spiegelt vor allem eine Beruhigung der Rohstoff- und Importpreise wider, die zwar noch erheblich über dem Vorjahresstand liegen, im Jahresverlauf aber nicht mehr angestiegen sind.

Allerdings ist kaum anzunehmen daß die leichte Preisberuhigung über den Jahreswechsel hinweg fortgesetzt wird. Denn inzwischen sind die inländischen Benzin- und Heizölpreise wieder noch oben in Bewegung gekommen, die öffentlich administrierten Tarife und Preise werden sprunghaft angehoben, die Steuererhöhungen im nächsten Jahr werden sich ebenfalls unmittelbar auf die Preise auswirken.

Der Beginn der neuen zyklischen Krise in der Bundesrepublik hat sich nun sehr deutlich auf Beschäftigung und Arbeitsmarkt ausgewirkt, saisonbereinigt ist die Beschäftigung im dritten Vierteljahr um 30000 Personen gegenüber dem zweiten Vierteljahr zurückgegangen.

Tabelle 6

Arbeitsmarkt im 3. Vierteljahr 1980

	In 1000	*Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr*
Abhängig Beschäftigte	*22 174*	*+ 152*
Registrierte Arbeitslose	*847*	*+ 67*
Kurzarbeiter	*89*	*+ 58*
Offene Stellen	*319*	*– 16*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Vor allem in den letzten Monaten sind Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen ruckartig gestiegen, zum Jahresende dürfte die Millionenzahl wieder überschritten werden. Für 1981 werden über 1,1 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt erwartet, mehr als im letzten Krisenjahr 1975.

Die verschiedenen Prognosen für 1981 – zuletzt diejenige des Sachverständigenrats – rechnen bis jetzt noch mit einer vergleichsweise milden Rezession, wobei aber die sozialen Auswirkungen einschneidender sein werden als 1974/75. Allerdings hat das DIW nun festgestellt, daß der Einbruch sich zur Zeit stärker vollzieht als ursprünglich erwartet. Das Institut befürchtet sogar, daß das für 1981 angenommene Wirtschaftswachstum von 2 % wegen des scharfen Rückgangs in den letzten Monaten noch unterschritten wird. Ob die relativ optimistischen Erwartungen von Bundesregierung und Sachverständigenrat berechtigt sind – sie rechnen schon für Mitte 1981 mit dem Beginn einer neuen Belebung – muß vor dem Hintergrund der aktuellen Ziffern bezweifelt werden.

Jörg Goldberg

Autoren dieses Heftes

Dr. Dorothee SÖLLE, geb. 1929 in Köln; Professor für systematische Theologie am Union Theological Seminary New York; lebt in Hamburg. * * * *Karl-Klaus RABE*, geb. 1953 in Pinneberg; Inlandreferent der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und freier Journalist; zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Rechtsextremismus. * * * *Meindert J. F. STELLING*, Hauptmann der königlich-niederländischen Luftwaffe. * * * *Bischof H. ERNST*, Vorsitzender der katholischen Friedensorganisation „Pax Christi" in den Niederlanden. * * * *Bernd GREINER*, geb. 1952 in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA. * * * *Stefan BARTJES*, geb. 1954 in Düsseldorf; M. A., Studium der Soziologie an der Universität Münster; z. Z. Zivildienstleistender. * * * *Prof. Dr. Renate KRYSMANSKI*, geb. 1939 in Bremen; Diplomsoziologin; Professorin an der Fachhochschule Dortmund, Fachbereich Architektur, Arbeitsschwerpunkt: Stadt- und Regionalplanung; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Rudi WIENGARN*, geb. 1953 in Beckum (Westf.); Studium der Soziologie, Politologie und Publizistik an der Universität Münster, z. Z. Doktorand. * * * *Dr. Bernd MOLDENHAUER*, geb. 1945; Studium der Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaft an der Universität Frankfurt/M., Marburg und Tübingen; wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Bremen; Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Jan PRIEWE*, geb. 1949; Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Marburg und Konstanz, wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bielefeld; Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Dr. Alexander WITTKOWSKY*, geb. 1936; Rektor der Universität Bremen. * * * *Wolfgang SCHMITZ*, geb. 1943; Journalist, Pressesprecher der Universität Bremen; Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der Hochschul- und Bildungspolitik. * * *Walter BOEHLICH*, geb. 1921 in Breslau; lebt als Publizist in Frankfurt/M.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Westberliner Verlages „Elefanten Press" bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS 420,–; hfl 63,–; bfrs 925,–; FF 132,–; $ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7800,–; £ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416 – Heft 1/1981 der „Blätter" wird am 16. 1. 1981 ausgeliefert.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 12/1980

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats November 1980

1. 11. – S i m b a b w e / D D R. Mit Wirkung vom gleichen Tage beschließen beide Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Ein entsprechendes Abkommen wird von den stellvertretenden Außenministern Neugebauer (DDR) und Mangwende (Simbabwe) in Salisbury unterzeichnet.

2. 11. – I r a n. Das Parlament befürwortet einstimmig die von Ayatollah Khomeini formulierten folgenden vier Bedingungen für die Freilassung der 52 amerikanischen Geiseln (vgl. „Blätter", 12/1979, S. 1418): 1. Verzicht der USA auf jede politische oder militärische Einmischung im Iran; 2. Freigabe aller iranischen Vermögenswerte in und außerhalb der USA; 3. Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen den Iran; 4. Rückgabe des Schah-Vermögens an den Iran. Mit der Übermittlung der Bedingungen nach Washington wird die algerische Regierung beauftragt, die die Interessen der USA in Teheran vertritt. – Am 3. 11. geht die Verantwortung für die Geiseln von den Geiselnehmern auf die Regierung über.

3. 11. – D D R / B R D. Der Staatsratsvorsitzende Honecker empfängt in Berlin den Leiter der Ständigen Vertretung der BRD, Staatssekretär Günter Gaus. Einzelheiten des Gespräches werden nicht bekannt. In Pressemeldungen heißt es, Honecker habe gegenüber Gaus die Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten u. a. auf den

„Nachrüstungsbeschluß" der NATO vom Dezember 1979 (vgl. „Blätter", 1/1980, S. 3 und S. 108 ff.) zurückgeführt. Am 5. 11. erhält Bundeskanzler Schmidt Glückwünsche des DDR-Staatsratsvorsitzenden zu seiner Wiederwahl.

4. 11. – Bundestag. In seiner Eigenschaft als Alterspräsident des 9. Deutschen Bundestages eröffnet der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner die neue Legislaturperiode (zu den Ergebnissen der Wahlen vom 5. 10. vgl. „Blätter", 11/1980, S. 1282). Bundestagspräsident Richard Stücklen, Vertreter der stärksten Fraktion, der CDU/CSU, wird in seinem Amt bestätigt. – Am 5. 11. wählt das Parlament mit 266 gegen 222 Stimmen bei 2 Enthaltungen Helmut Schmidt (SPD) erneut zum Bundeskanzler; die SPD/FDP-Koalition verfügt im Bundestag über 271 Abgeordnete. Vizekanzler und Außenminister bleibt der FDP-Vorsitzende Genscher. – Am 24. 11. gibt Schmidt die Regierungserklärung ab, die auf der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und FDP beruht und der sich eine mehrtätige Debatte anschließt.

5. 11. – USA. Zum 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten wird Gouverneur Ronald Reagan (Kandidat der Republikaner) gewählt. Reagan und sein Vizepräsidentschaftskandidat George Bush erhalten 43 201 220 Stimmen (51 %) und 489 von 538 Elektorenstimmen. Auf den amtierenden Präsidenten James Earl Carter und seinen Vizepräsidenten Walter Mondale entfallen 34 913 332 Stimmen (41 %) und 49 Elektorenstimmen, auf den unabhängigen Kandidaten John Anderson 5 581 379 Stimmen (7 %). Die Wahlbeteiligung ist mit 52,3 % die niedrigste seit 32 Jahren. Mit den Wahlen zum Repräsentantenhaus und den Teilwahlen für den Senat, die gleichzeitig stattfinden, verändert sich auch die Zusammensetzung der beiden Kammern des Parlaments: Repräsentantenhaus (435 Mitglieder): 242 Demokraten (– 34), 191 Republikaner (+ 34), 2 Unabhängige / Senat (100 Senatoren): 53 Republikaner (+ 12), 46 Demokraten (– 12), 1 Unabhängiger (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 2. November 1976 in „Blätter", 12/1976, S. 1317 f.). Reagan und Bush werden ihr Amt im Januar 1981 antreten. – Am 6. 11. geben Reagan und sein Stellvertreter Bush in Los Angeles ihre erste Pressekonferenz nach der Wahl. Reagan gibt bei dieser Gelegenheit bekannt, er habe einen Ausschuß außenpolitischer Berater eingesetzt, dem u. a. der frühere Präsident Gerald Ford, der frühere Außenminister Henry Kissinger sowie General Alexander Haig, der frühere NATO-Oberbefehlshaber, angehören.

6. 11. – Polen. In einer vom Fernsehen übertragenen Rede erklärt der 1. Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Stanislaw Kania, die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung sei eine Tatsache, die als wichtiger Teil des Programms der Partei betrachtet werde. Den Parteimitgliedern werde eine aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften einschließlich der Gewerkschaft „Solidarität" empfohlen. Allen, deren Aktivitäten sich offen gegen den Sozialismus und die Bündnisse der VR Polen richte, müsse „laut gesagt werden, daß es Grenzen gibt, die man nicht überschreiten darf". Die Sache des Sozialismus sei untrennbar mit der Sicherheit Polens verbunden. – Am 10. 11. gibt der Oberste Gerichtshof einem Einspruch der Gewerkschaft „Solidarität" statt und genehmigt die Satzung der neuen Organisation, die zuvor vom Warschauer Bezirksgericht abgeändert worden war. – Am 14. 11. führt Parteisekretär Kania ein Gespräch mit Lech Walesa, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft „Solidarität", über das Einzelheiten nicht bekannt werden. – Am 21. 11. nimmt das Parlament (Sejm) eine Regierungsumbildung vor. Einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten wird der parteilose Professor der Nationalökonomie, Jerzy Ozdowski, der einer katholischen Organisation nahesteht.

7.–8. 11. – Österreich. Auf Einladung von Bundeskanzler Kreisky kommen in Wien die Außenminister von elf Staaten (Algerien, BRD, Frankreich, Indien, Jugoslawien, Kanada, Mexiko, Nigeria, Österreich, Schweden und Tansania) zusammen, um über Probleme einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu beraten. Es wird beschlossen, zu diesem Thema eine weitere Außenministerkonferenz vom 13.–15. März 1981 in Wien sowie eine „Gipfelkonferenz" in Mexiko-City im Juni 1981 abzuhalten.

10. 11. – Großbritannien. Die Unterhausfraktion der oppositionellen Labour Party wählt Michael Foot zum neuen Parteivorsitzenden. Foot, der die Nachfolge von James Callaghan antritt (vgl. „Blätter", 11/1980, S. 1281), erhält 139 von 268 Stimmen.

10.–13. 11. – Österreich / DDR. Auf Einladung von Bundespräsident Kirchschläger stattet Staatsratsvorsitzender Honecker der Republik Österreich einen Staatsbesuch ab. Honecker, der u. a. von SED-Politbüromitglied Mittag und dem DDR-Außenminister Fischer

begleitet wird, konferiert auch mit Bundeskanzler Kreisky. Breiten Raum in den Gesprächen nehmen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ein.

11. 11. – K S Z E. Zu dem in Belgrad im März 1978 festgesetzten Zeitpunkt (vgl. „Blätter", 4/1978, S. 386 und S. 502 ff.) wird in Madrid das zweite Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) durch den spanischen Außeminister Perez-Llorca eröffnet. Das Treffen beginnt mit einer allgemeinen Aussprache und zunächst ohne formelle Tagesordnung. Die Tagesordnung wird erst am 13. 11. auf der Grundlage eines Entwurfs neutraler und bündnisfreier Teilnehmerstaaten beschlossen.

13. 11. – A b r ü s t u n g. Bei den Verhandlungen über eine Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa in Wien unterbreiten die Staaten des Warschauer Vertrages einen neuen Vorschlag. Der sowjetische Vertreter, Botschafter Tarasow, erklärt, falls die NATO Phase 1 des Plans der östlichen Seite vom Juli d. J. (vgl. „Blätter", 8/1980, S. 898) akzeptiere, sei man bereit, für eine Übergangsphase von drei Jahren das vom Westen geforderte Prinzip der gemeinsamen Höchststärke der Armeen im Reduzierungsraum anzuerkennen. Phase 1 des erwähnten Plans sieht vor, zunächst die Truppen der USA und der UdSSR in Mitteleuropa zu reduzieren.

– S I. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt eröffnet in Madrid den 15. Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI), an dem 500 Delegierte aus 42 Mitgliedsparteien teilnehmen. Brandt (Vorsitzender der SI) und der Schwede Berndt Carlsson (Generalsekretär) werden in ihren Ämtern bestätigt. Als einer der Vizepräsidenten wird der österreichische Bundeskanzler Kreisky wiedergewählt.

– U N O. Die Generalversammlung wählt Panama im 23. Wahlgang zum nichtständigen Mitglied des Sicherheitsrats für die Jahre 1981/82. Um den Lateinamerika zustehenden Sitz hatten sich zunächst Kuba sowie Guyana und Costa Rica beworben (vgl. „Blätter", 11/1980, S. 1282.

15.–19. 11. – B R D / V a t i k a n. Papst Johannes Paul II. kommt in die Bundesrepublik, wo er Köln, Brühl, Bonn, Osnabrück, Mainz, Fulda, Altötting und München besucht. Während eines Empfangs des Bundespräsidenten für den Papst auf Schloß Brühl am 15. 11. führt Johannes Paul II. ein längeres Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt.

19. 11. – U S A / BRD. Bundeskanzler Schmidt beginnt einen mehrtätigen Besuch der Vereinigten Staaten. Schmidt konferiert zunächst in New York mit UN-Generalsekretär Waldheim und später mit dem amtierenden Präsidenten Carter in Washington. Als erster ausländischer Regierungschef trifft Schmidt, zu dessen Begleitung auch Bundesaußenminister Genscher gehört, am 20. 11. mit dem gewählten Präsidenten Reagan zusammen.

21. 11. – L u x e m b u r g. Außenminister Gaston Thorn, der am 1. Januar 1981 den Vorsitz der EG-Kommission übernehmen wird, legt sein Amt nieder. Die Nachfolge übernimmt Colette Flesch, bisher Bürgermeister der Stadt Luxemburg und ebenfalls Mitglied der Liberalen Partei.

– U n g a r n / BRD. Parteisekretär Kadar führt in Budapest ein Gespräch mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischneski. In einer Mitteilung der ungarischen Nachrichtenagentur MTI heißt es, Thema des Meinungsaustausches seien die Beziehungen der beiden Parteien sowie die Wahrung und Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses in Europa gewesen.

22.–29. 11. – U S A / U d S S R. Der amerikanische Senator Charles Percy, der als künftiger Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Senats gilt, hält sich zu einem Meinungsaustausch mit führenden sowjetischen Politikern in Moskau auf. Zu den Gesprächspartnern des Senators gehören Generalsekretär Breschnew, Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Ustinow.

25.–27. 11. – A r a b i s c h e L i g a. Generalsekretär Chadli Klibi eröffnet in der jordanischen Hauptstadt Amman die 11. Gipfelkonferenz der Organisation. Wegen tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten, vor allem im Hinblick auf den irakisch-iranischen Konflikt, bleiben Syrien, der Südjemen, der Libanon, Libyen, Algerien und die PLO den Beratungen fern.

30. 11. – U r u g u a y. Mit Mehrheit lehnt die Bevölkerung in einer Volksabstimmung den von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf ab. Die neuen Verfassungsbestimmungen sollten den Militärs auch nach Einsetzung eines Zivilkabinetts das Recht auf eine Regierungsbeteiligung einräumen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung des Krefelder Forums vom 15./16. November 1980: „Der Atomtod bedroht uns alle"

Unter dem Motto „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa" fand am 15. und 16. November 1980 in Krefeld ein Forum statt, zu dem Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta v. Uexküll und Josef Weber eingeladen hatten. Auf der Eröffnungsveranstaltung sprachen Generalmajor a. D., Gert Bastian, Prof. Dr. h. c. Karl Bechert, Prof. Dr. Gerhard Kade, Petra Kelly, Pastor Martin Niemöller, Klaus Thüsing, MdB, Peter Tümmers, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Oberst a. D. Josef Weber, Wim Albers, Abgeordneter des Europaparlaments, Niederlande, und General a. D. M. H. von Meyenfeldt, Niederlande.

Das Forum wurde mit einer Erklärung beendet, deren Wortlaut wir nachstehend dokumentieren. D. Red.

Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

> die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

> eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt – Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung – die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

Krefeld, den 16. November 1980

Sondermemorandum: „Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme"

Gefahren der Austeritätspolitik und Alternativen zur Bekämpfung von Rezession und steigender Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik" („Memorandum-Gruppe") aus Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern (vgl. „Blätter", 5/1980, S. 627 ff.) legte auf einer Pressekonferenz am 3. Dezember 1980 in Bonn ein Sondermemorandum vor – verstanden als Antwort auf die „krisenverschärfenden und unsozialen Pläne der Bundesregierung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik". Nachstehend veröffentlichen wir das Dokument im vollen Wortlaut. Sonderdrucke sind lieferbar. D. Red.

I. Der Kurs der Austeritätspolitik: krisenverschärfend und unsozial

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist seit Jahren das soziale Hauptproblem in der Bundesrepublik. Die Entwicklung der vergangenen Monate und der absehbaren Zukunft zeigt eine Verschärfung dieses Problems an. Schon im konjunkturellen Aufschwung der vergangenen Jahre war die Zahl der Arbeitslosen außerordentlich hoch geblieben. Mit dem bereits begonnenen wirtschaftlichen Abschwung steigt sie erneut und wird 1981 die bisherige Rekordhöhe des Krisenjahres 1975 übertreffen. Damit werden aber auch alle individuellen und gesellschaftlichen Belastungen wieder zunehmen, die mit Arbeitslosigkeit verbunden sind.

Für die Bundesregierung scheint dies jedoch keine beunruhigende Aussicht zu sein. Statt der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung oberste Priorität zu geben, hat sie in den Koalitionsverhandlungen eine Linie der Wirtschafts- und Sozialpolitik vorgezeichnet, die vor der Bundestagswahl auch von den heute regierenden Parteien als das Programm des politischen Gegners kritisiert und bekämpft worden ist. Der Wahlerfolg der sozialliberalen Koalition dürfte nicht zuletzt auf die Absicht der Wähler zurückzuführen gewesen sein, die von der CDU/CSU offen propagierte Politik des Sozialabbaus, der Realeinkommenssenkung und weiterer Entdemokratisierung nicht zuzulassen. Insofern widerspricht die sich jetzt abzeichnende Wirtschaftspolitik dem mehrheitlichen Wählerwillen. Das deutlichste Beispiel für die negativen Folgen einer solchen konservativen Politik liefert Großbritannien mit einer massiven Steigerung der Inflation *und* der Arbeitslosigkeit bei rapide sinkendem Lebensstandard.

Die weniger ökonomischen Notwendigkeiten als ideologischen Vorurteilen folgende Diskussion um die Staatsverschuldung fördert eine übereilte und in wesentlichen Punkten falsch ansetzende staatliche Einsparungspolitik.

Auch wenn die Verschuldungsspielräume, insbesondere für die Länder und Gemeinden, enger geworden sind, kann in einer Phase rezessiver Konjunkturentwicklung nicht auf eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik gesamtwirtschaftlich verzichtet werden. Das Staatsschuldenproblem sollte hierbei mit der gebotenen Nüchternheit betrachtet werden: allen Fachleuten ist bekannt, daß die öffentliche Neuverschuldung der Bundesrepublik in rezessiven Phasen stabilisierend wirkt und die Gesamtverschuldung noch weit von einer kritischen Schwelle entfernt ist, wie ein Vergleich mit dem Ausland deutlich macht.

a) Abbau von Sozial- und Infrastrukturleistungen:

Wenn die Bundesregierung ihre Sparbeschlüsse als Abbau überholter staatlicher Zuwendungen ausgibt, fällt demgegenüber die Einseitigkeit dieses „Subventionsabbaus" auf: Streichungen sind vornehmlich im Bereich der sozialen und materiellen Infrastrukturversorgung vorgesehen, die privaten Unternehmen dagegen bleiben weitgehend verschont. Auch die Militärausgaben, ein wichtiger möglicher Sparbereich, sollen nicht verringert, sondern erneut erhöht werden. Insofern handelt es sich weniger um Beschlüsse zur *Einsparung* als um solche zur *Umschichtung* von Haushaltsmitteln zu Lasten sozialer und zugunsten privatwirtschaftlicher Bereiche:

– der Rückzug der Bundesregierung aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus würde die ohnehin schon schlimme Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter verschlechtern. Der heute bestehende Mangel von über 1 Mio. Wohnungen müßte beschleunigt wachsen, die Mieten würden spürbar steigen. Die Hoffnung, daß dies die private Bautätigkeit nachhaltig fördert, dürfte trügen: schon gegenwärtig stehen viele Wohnungen des sozialen und freien Wohnungsbaus leer, weil die Mieten unerschwinglich sind.

– Die ersatzlose Streichung der zu wenig sozial ausgestalteten Sparprämien erschwert es insbesondere den unteren Einkommensschichten, finanzielle Reserven für Notfälle zu bilden.

– Die geplante Streichung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung in Höhe von 7 Mrd. DM (auf zwei Jahre verteilt) und die Zuführung dieser Mittel zur Bundesanstalt für Arbeit ist der Versuch, eine entstehende Finanzlücke dadurch zu stopfen, daß eine andere aufgerissen wird. Die beabsichtigte Schwächung der Finanzkraft der Rentenversicherungsträger macht bereits heute die Aussicht illusorisch, die für 1984 vom Bundesverfassungsgericht geforderte Rentenreform für Hinterbliebene und Frauen in einer sozial vertretbaren und von der Bundesregierung vielfach versprochenen Weise durchzuführen. Nicht die Streichung, sondern die Ausweitung der Zuschüsse zur Rentenversicherung ist geboten – die Mittel für die Bundesanstalt für Arbeit müssen auf anderem Wege beschafft werden, wobei auch an die Erhebung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe zu denken ist.

– Die lineare Kürzung der Bundesbeteiligung bei den Gemeinschaftsaufgaben um 20% würde die Versorgung in wichtigen Infrastrukturbereichen erheblich verschlechtern. Eine Einschränkung des Hochschulbaus würde beispielsweise die heute schon bestehende Überfüllung an den Hochschulen unerträglich verstärken; damit wäre jedoch die Bereitstellung wissenschaftlicher Kapazitäten – einer der entscheidenden Wachstumsfaktoren der Wirtschaft – in der BRD ernstlich gefährdet.

– Die Haushaltskürzungen des Bundes sollen durch entsprechende Sparmaßnahmen der Länder und Gemeinden ergänzt werden. Insbesondere die Streichung bzw. befristete Nichtbesetzung von Stellen im öffentlichen Dienst müßte sich negativ auswirken: denn zum einen werden auch in der Privatwirtschaft wieder mehr Arbeitsplätze vernichtet; zum anderen wird wegen des dadurch zunehmenden Problemdrucks verstärkte Gegensteuerung im Bereich der sozialen Betreuung und Versorgung besonders dringlich.

b) Senkung der Realeinkommen:

Die von den Unternehmerverbänden und der Mehrheit des Sachverständigenrats im jüngsten „Jahresgutachten" propagierte Formel, Löhne und Gehälter 1981 höchstens um die Rate des Produktivitätszuwachses – erwartet werden 2,5% – zu steigern, fordert im Klartext eine erhebliche Senkung der Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger; und dies nach einer seit fünf Jahren andauernden Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Gewinne. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die für das nächste Jahr von den Wirtschaftsforschungsinstituten vorausgesagte Inflationsrate von rd. 4% durch die jüngsten Beschlüsse zur Erhöhung der Mineralölsteuer und der Fahrpreise für die Bundesbahn mit großer Wahrscheinlichkeit noch höher ausfallen wird, was den Realeinkommensverlust weiter verstärkt. Demgegenüber trifft auch der Hinweis auf die Entlastungswirkungen nicht zu, die von der 1981 inkrafttretenden Steuerreform ausgehen sollen: Für die Bezieher eines Jahresbruttoeinkommens zwischen 20000 und 25000 DM beispielsweise beträgt der „Entlastungseffekt" rd. 67 DM im Jahr oder 5,60 DM im Monat. Schon beim Kauf von nur 80 l Benzin im Monat würde diese Entlastung allein durch die Erhöhung der Mineralölsteuer um 7 Pf pro Liter Benzin vollständig aufgezehrt. Diese verteilungspolitisch unakzeptable Steuerreform rechtfertigt darüber hinaus nicht den Verzicht auf aktive Konjunkturpolitik, denn durch die Bevorzugung höherer Einkommensschichten mit geringerer Konsumeignung trägt sie nicht zur Stärkung privater Verbrauchsnachfrage bei.

Die geplante Realeinkommensverminderung würde über eine Einschränkung der Massenkaufkraft und der realen Güternachfrage die begonnene konjunkturelle Abwärtsbewegung nicht bremsen, sondern krisenhaft verstärken.

c) Weitere Entdemokratisierung:

Nach der bisherigen Absprache durch die Regierungsparteien, die in die Regierungserklärung eingegangen ist, besteht überdies die Gefahr, daß die Montanmitbestimmung erheblich verwässert wird. Damit würde eine wichtige, wenn auch bescheidene Position der Arbeiterbewegung auf dem mühseligen Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft zurückgenommen.

Die wirtschafts- und sozialpolitische Strategie der Bundesregierung und der Unternehmerverbände läuft alles in allem auf eine spürbare Verschlechterung der Einkommens- und Versorgungssituation der abhängig Beschäftigten und auf eine weitere Verhärtung des gesellschaftlichen Klimas hinaus. Begründet wird diese Austeritätspolitik mit den Notwendigkeiten des Schuldenabbaus und der Reaktion auf internationale Verschiebungen in den Preis- und Konkurrenzverhältnissen. Diese Begründungen sind unhaltbar, wie wir im folgenden zeigen werden.

II. Falsche Argumente: Zu den Begründungen der Austeritätspolitik

1. Steigende Ölpreise: Nicht Einschränkung, sondern Ausdehnung der Nachfrage ist die richtige Reaktion

Ein zentrales Argument zur Begründung der jetzt eingeschlagenen Sparpolitik lautet: die vergangenen bzw. für die Zukunft weiter erwarteten Ölpreiserhöhungen haben einen Umverteilungseffekt zugunsten der erdölexportierenden Länder mit sich gebracht und werden diesen Effekt weiter verstärken; dies führt zu einem verringerten Spielraum für die Erhöhung der inländischen Nachfrage. Mit anderen Worten: Was sich die Ölländer bereits angeeignet haben, steht weder dem Staat noch dem privaten Verbrauch mehr zur Verfügung.

Diese Auffassung klingt zwar einleuchtend, ist aber falsch:

a) Die Ölpreiserhöhung ist tatsächlich von seiten der bundesdeutschen Unternehmen überwälzt, d. h. mit Preiserhöhungen bei den Waren beantwortet worden, die direkt oder indirekt von den ölpreisverursachten Kostensteigerungen betroffen sein konnten. Die allgemeine Gewinnsituation der Unternehmen ist hierdurch also nicht beeinträchtigt worden; bei den Ölgesellschaften hat es sogar massive Gewinnsteigerungen gegeben. Was tatsächlich stattgefunden hat, ist eine – internationale *und* nationale – Umverteilung zu Lasten der Endverbraucher: Sie können für ihre Einkommen weniger Güter und Dienstleistungen kaufen, also können auch entsprechend weniger Güter und Dienstleistungen für den Verbrauch abgesetzt werden. Hieraus ergibt sich zunächst eine Tendenz zum Rückgang von Produktion und Beschäftigung im Verbrauchsgütersektor.

b) Theoretisch könnte der so verursachte Ausfall an realer Konsumnachfrage durch zusätzliche Nachfrage von seiten derjenigen kompensiert werden, die durch Ölpreissteigerungen begünstigt werden: der Öllieferländer, Ölkonzerne, Ölhändler und all derjenigen Unternehmen, denen im Schatten der Ölpreiserhöhung über die Kostensteigerungen hinausgehende Gewinnmitnahmen möglich waren. Auch wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in diesem denkbaren Fall unverändert bliebe, müßte die Frage nach der Berechtigung der einseitigen inländischen Verteilungswirkungen der Ölpreiserhöhung zu Lasten von Verbrauch und Versorgung gestellt werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb nicht auch die Gewinne der Unternehmen zur Finanzierung der ölpreisbedingten Realübertragungen herangezogen werden sollten – etwa durch kräftige Lohnsteigerungen oder durch zusätzliche Steuern, deren Aufkommen für die Ausweitung der staatlichen Versorgungsleistungen verwendet werden könnte.

c) In Wirklichkeit findet der Ausgleich des ölpreisverursachten Nachfrageausfalls im Bereich des privaten und staatlichen Verbrauchs durch entsprechende Nachfragesteigerungen in anderen Sektoren – etwa im Investitionsgüterbereich – nicht oder nur unzureichend statt – nicht zuletzt wegen der fehlenden Endnachfrage. Hierdurch werden die rezessiven Tendenzen verstärkt und die Arbeitslosigkeit erhöht. Die Zahl von rund einer Million registrierter Arbeitsloser bedeutet real, daß in der BRD faktisch auf die Produktion einer großen Menge an Gütern und Dienstleistungen verzichtet wird, deren Realisierung ölpreisverursachten Realtransfer ins Ausland mehr als ausgleichen könnte. Wird von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht, haben die Ölpreissteigerungen in der Tat gesamtwirtschaftlich kontraktive und verteilungspolitisch unsoziale Folgen.

d) Nicht eine restriktive Haushalts- und Sozialpolitik mit der Folge weiter sinkender Realnachfrage, sondern eine expansive Haushalts- und Sozialpolitik sind also geboten, um schädliche Folgen aus der Ölpreiserhöhung zu vermeiden. Es gibt in der BRD genügend Arbeitskräfte und unausgelastete Produktionskapazitäten. Was fehlt, ist die Nachfrage. Die Argumentation, daß Geld nur einmal ausgegeben werden kann und durch die gestiegene Ölrechnung unwiederbringlich ausgegeben worden sei, geht am Problem vorbei: Es geht nicht darum, das gleiche Geld mehrfach auszugeben, sondern darum, mehr Geld auszugeben, um die produktiven Reserven der Wirtschaft zu mobilisieren. In dieser Lage ist es nicht nur möglich, sondern nach unserer Auffassung für die Regierung geradezu eine Pflicht, den Ausfall der realen Nachfrage durch Steigerung des privaten und staatlichen Konsums auszugleichen. Durch eine aktive, an der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und der Verbesserung der Versorgung ausgerichtete Wirtschaftspolitik – und auch durch kräftige Lohnerhöhungen – werden die nachteiligen gesamtwirtschaftlichen und einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer gehenden Verteilungswirkungen der Ölpreissteigerungen vermieden.

2. Steigender internationaler Wettbewerbsdruck: Lohnsenkung als falsche Therapie einer eingebildeten Krankheit

Wie schon in früheren Rezessionsperioden wird auch jetzt wieder die angebliche Bedrohung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik zu einem Argument für Niedriglohnempfehlungen: Industrie- und Sachverständigenrats-Mehrheit fordern eine Reallohnsenkung, indem sie die Lohnerhöhungen auf den Produktivitätsanstieg begrenzen und unter der Inflationsrate halten wollen.

a) Das aktuelle Leistungsbilanzdefizit und die zeitweise Schwäche der deutschen Mark sind jedoch nicht durch die Lohn- bzw. Lohnkostenentwicklung verursacht, sondern werden – wie unter anderem von der Bundesbank und Wirtschaftwissenschaftlichen Forschungsinstituten bestätigt wurde – im wesentlichen durch den Anstieg der Einfuhrpreise, speziell der Ölpreise bei relativ preisstarrer Importnachfrage bedingt. Die reale Exportentwicklung hielt sich hingegen durchaus auf dem langfristigen Wachstumstrend: Das Exportvolumen der Bundesrepublik stieg im ersten Halbjahr 1980 mit 8 % schneller als das Importvolumen (+ 6 %); die Einfuhrpreise wuchsen hingegen mit 18 % gegenüber einer Zunahme des Exportwertes um 15 %. Die Exportstärke der Bundesrepublik ist also durchaus *unverändert;* nur von der Einfuhrseite her hat sich die Lage verschlechtert.

b) Bereits diese Situationsbeschreibung macht deutlich, daß die Lohnpolitik nicht als Instrument der Exportförderung in Frage kommen kann, aber auch gar nicht in Frage kommen sollte. Komparative Kostenvorteile eines Industrielandes wie der Bundesrepublik liegen nicht in niedrigen Lohnkosten, sondern bei nichtpreislichen Wettbewerbsvorteilen wie Qualität, Know how, Technologie, Außenwirtschafts-Marketing, Lieferpünktlichkeit sowie generell einem Exportgütersortiment, das der weltwirtschaftlichen Nachfragestruktur gut angepaßt ist. Zudem genießt die Bundesrepublik wegen ihrer im internationalen Vergleich recht niedrigen Inflationsrate einen generellen Wettbewerbsvorteil. Würden Lohnkosten wirklich eine so große Rolle für den Export spielen, so müßten einige unserer Nachbarländer (Italien, Großbritannien), deren Lohnkosten unter dem deutschen Niveau liegen, sehr viel günstigere Exportstellungen aufweisen; dies ist aber gerade nicht der Fall.

c) Ähnlich der starren Importgüternachfrage in der Bundesrepublik erweist sich auch die Nachfrage nach Exportgütern der BRD am Weltmarkt als verhältnismäßig preisunelastisch. Dies zeigte sich bereits in der Vergangenheit, als trotz sukzessiver DM-Aufwertungen keine preisbedingte Verringerung des Exportwachstums zu verzeichnen war. Vielmehr ist eine Verlangsamung des Exportanstiegs in erster Linie eine Folge der generellen Wachstumsabschwächung in der Welt und der damit einhergehenden Verminderung des Welthandelswachstums. Auch diese Tatsache spricht gegen den Versuch, über Reallohnsenkungen eine massive Exportsteigerung erreichen zu wollen. Im Vergleich zum Ausland ist die internationale Position der Bundesrepublik durchaus zufriedenstellend: Die Inflationsraten liegen niedriger und die Chancen, einen Ausgleich der Leistungsbilanz herbeizuführen, sind auf mittlere Frist aus den genannten Gründen günstiger.

Die Abwertung der DM ist ein Zwischenspiel. Wegen der starren Import- und Exportnachfrage wirkt eine DM-Abwertung zudem nicht ausgleichend auf die Leistungsbilanz; sondern eher wird entsprechend der These vom „Elastizitätspessimismus" eine weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanzposition ausgelöst und der Inflationsimport nimmt bei sinkendem DM-Wert noch zu. Dies wirkt aber wiederum negativ auf die Kostensituation zurück.

d) Selbstverständlich verschafft das Zusammentreffen von hoher Produktivität und relativ niedrigen Löhnen besondere Exportvorteile, wie etwa das japanische Beispiel verdeutlicht. Aber erstens bewirkt eine hinter dem Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft zurückbleibende Lohndynamik erhebliche binnenwirtschaftliche Probleme und führt zweitens auf mittlere Sicht unter Umständen zu einer für ein Industrieland ungünstigen Exportabhängigkeit. Zudem sind die japanischen Exporterfolge keineswegs so bedrohlich, wie eine interessierte Propaganda weiszumachen sucht: Auch Japans Leistungsbilanz ist defizitär und der Anteil japanischer Importe am Gesamtimport der Bundesrepublik ist mit 2,7 % vergleichsweise bescheiden (auf die USA entfallen z. B. 6,9 % unserer Importe). Der Versuch, über Reallohnsenkungen die Exporte der Bundesrepublik zu steigern, birgt zudem die Gefahr, daß ein internationaler „Lohnsenkungswettbewerb" ausgelöst wird, der genauso selbstvernichtend wirkt, wie ein internationaler Abwertungswettbewerb.

e) Auch die tendenzielle Abwertung der Deutschen Mark während der letzten Monate ist kein Beleg dafür, daß die Exportstärke der BRD verlorengegangen ist. Vielmehr spielen hier Sonderfaktoren eine Rolle: Einerseits die bereits erwähnte Steigerung der Importpreise bei relativ starrer Importgüternachfrage und andererseits das internationale Zinsgefälle, das einen größeren Nettokapitalimport unterband.

f) Die Bundesbank sieht sich allerdings einem Dilemma ausgesetzt. Einerseits entspricht die DM-Abwertung nicht der realen Außenhandelsstärke der Bundesrepublik, so daß kursstützende Maßnahmen durchaus angebracht sind; andererseits wird jedoch wegen der überzogenen Hochzinspolitik bei den westlichen Handelspartnern am Devisenmarkt ein Abwertungsdruck wirksam, dem über entsprechende Zinspolitik auch in der Bundesrepublik entgegengewirkt werden muß. Ein Alleingang der Bundesbank in Richtung massiver Zinssenkung ist somit kaum denkbar; es sei denn, man würde mit Hilfe des Außenwirtschaftsgesetzes vorübergehend Kapitalexporte dirigistisch unterbinden. In jedem Fall muß jedoch der Abwertung der DM entgegengewirkt werden, um Abwertungsspekulationen zu unterbinden und binnenwirtschaftlichen Spielraum für eine Zinssenkungspolitik zu erhalten. Am ehesten wäre in der gegenwärtigen Lage ein langfristiger Kapitalimport geeignet, die außenwirtschaftliche Situation zu bereinigen. Die Gelder aus den OPEC-Ländern, also jenen Volkswirtschaften mit Zahlungsbilanzüberschüssen, müßten in die Industrieländer zurückgeschleust werden und dort für Einsparungs- und Substitutionsinvestitionen im Energiesektor eingesetzt werden. Dieses „Recycling" der Ölgelder würde sicherstellen, daß das Kapital produktiv angelegt wird und nicht bloß als Zahlungsbilanzhilfe Verwendung findet. Die produktive Anlage der Ölgelder würde es auch erheblich erleichtern, mit den Gläubigerländern eine Inflationssicherung ihrer Kredite zu vereinbaren. Langfristig werden die Ölländer ihre Importkapazitäten steigern, so daß in der Phase der Kreditzurückzahlung auch wieder entsprechende Exportüberschüsse der Industieländer eintreten. Es bedarf keiner ausführlichen Erläuterung, daß durch umfangreiche Energieeinsparungs- und Substitutionsinvestitionen, die aus OPEC-Mitteln finanziert werden, einerseits die Importabhängigkeit der Bundesrepublik und anderer Länder vermindert, andererseits die Binnenmarktorientierung der Produktion und damit auch die auf den Binnenmarkt gerichtete Beschäftigung gestärkt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß eine Exportoffensive der Bundesrepublik mittels Reallohnsenkungspolitik weder sinnvoll noch unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen möglich ist. Das Leistungsbilanzdefizit muß durch andere Strategien ausgeglichen werden, als die kurzschlüssige Lohnsenkungsformel nahelegt. Zudem ist auf eine Stabilisierungs- bzw. eher leichte Wiederaufwertung der DM zu achten, um den DM-Kurs an der realwirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik zu orientieren und den Inflationsimport als Folge einer Abwertung zu vermeiden. Die mittelfristige Zahlungsbilanzpolitik – aller Industrieländer – muß auf dem Wege des „Recycling" der Ölgelder und ihrer produktiven Verwendung für Investitionen verlaufen.

ten Zinsanstieg gilt einerseits modelltheoretisch nur unter der Annahme der Vollbeschäftigung, die ja bekanntlich nicht gegeben ist. Andererseits ist eine Kreditmarkt- und Zinsabhängigkeit privater Investitionsentscheidungen unterstellt, die – zumindest für Großunternehmen – wenig stellt. Sie knüpft dabei zum einen an irrationale, von konservativer Seite geschürte Ängste an und suggeriert, daß wachsende Staatsverschuldung Ausdruck einer unsoliden Haushaltsführung sei und eine Unterhöhlung der Lebenschancen zukünftiger Generationen bewirke. Zum anderen folgt sie irreführenden Vorstellungen über die tatsächliche Höhe der Verschuldung sowie der daraus resultierenden Belastungen; weiterhin argumentiert sie mit wirtschaftswissenschaftlich teilweise unbelegten und theoretisch unhaltbaren Hypothesen:

a) Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Höhe der staatlichen Schulden in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich eher maßvoll ausfällt. Unbeschadet gewisser methodischer Vorbehalte liegt der Anteil der Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt mit ca. 30 % 1978 niedriger als etwa in Italien (65 %) Großbritannien (61 %) USA (52 %) Norwegen (47 %) und Japan (33 %). Für die Schweiz (30 %) ergibt sich ein gleicher, für Frankreich (16 %) ein niedriger Anteil der gesamten Staatsschulden am Bruttosozialprodukt. Diese Relationen haben sich bis heute nicht verschoben.

b) Der Verzicht auf kreditfinanzierte Vollbeschäftigungspolitik widerspricht nicht nur den Möglichkeiten, sondern auch den Erfordernissen der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Es hat sich nämlich im Laufe der letzten Jahre die Gefahr des volkswirtschaftlichen „Übersparens" herausgebildet: Die Inanspruchnahme der volkswirtschaftlichen Geldvermögensbildung – die zunehmend aus privaten Ersparnissen finanziert wird – durch den privaten Unternehmenssektor ist von 80,0 % im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969 auf 58,8 % in der Zeit von 1975–1979 zurückgegangen. Die absolut und relativ zunehmende Menge der vom Unternehmenssektor nicht aufgenommenen Mittel aus Geldvermögensbildung muß der Staat in den Wirtschaftskreislauf zurückpumpen, um eine mit dem gesamtwirtschaftlichen Übersparen verbundene Verstärkung rezessiver Tendenzen im Sinne multiplikativ vermehrter Einbußen an Einkommen und Beschäftigung zu verhindern. Von der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsseite ist der Spielraum für zunehmende Staatsverschuldung nicht nur vorhanden, er ist vielmehr auch zu nutzen, sollen krisenverschärfende Prozesse vermieden werden.

c) Kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen tragen dazu bei, daß aktuell brachliegende volkswirtschaftliche Ressourcen genutzt werden. Im Gegensatz zur konservativen Lastlegende führt die Staatsverschuldung, wenn sie so eingesetzt wird, zu Vorteilen, die in Form gewachsener Produktionsmöglichkeiten an zukünftige Generationen weitergegeben werden können und deren Lebenschancen nicht aushöhlen, sondern verbessern.

d) Durch die Verwendung öffentlicher Kreditmittel für die Durchführung infrastruktureller Zukunftsinvestitionen können ferner gesamtwirtschaftliche Produktivitätseffekte ausgelöst werden, die auch für private Investoren neue Kapitalanlagen wieder attraktiv erscheinen lassen. Die im Gefolge einer so herbeigeführten konjunkturellen Aufwärtsbewegung anfallenden, überproportional steigenden Steuereinnahmen können dann zur Zinszahlung aber auch Tilgung der Staatsschuld verwendet werden. Öffentliche Verschuldung, die auf diese Weise produktiv eingesetzt wird, produziert also ihre eigene Finanzierung (Selbstfinanzierungseffekt).

e) Darüber hinaus ist in einer gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse zu berücksichtigen, daß die Zinsaufwendungen zur Bedienung der öffentlichen Schulden unter allen Umständen sinnvoller und geringer sind als die, die durch Arbeitslosigkeit an staatlichen Unterstützungszahlungen und entgangener Produktionsleistung anfallen – ganz abgesehen von den kaum quantifizierbaren individuellen und gesellschaftlichen Belastungen durch Arbeitslosigkeit, denen keine vergleichbaren sozialen Lasten der Staatsverschuldung gegenüberstehen.

f) Zinsbelastungen stellen im übrigen auch keine politisch unantastbare Größe dar. Durch wenige – gar nicht sonderlich einschneidende – Reformen des Staatsschulden-Managements – etwa durch die Zurückdrängung des Bankensystems als öffentlicher Kreditgeber – lassen sich hier Verbesserungen im Sinne sinkender Zinsbelastungen bewirken.

g) Die Behauptung einer „Verdrängung" privater Investitionen durch staatschuldenverursach-

3. Steigende Staatsverschuldung: Kein Hemmnis, sondern Hebel für den Wirtschaftsaufschwung

Im Gegensatz zu ihrer vorwiegenden Argumentation im Bundestagswahlkampf hat die Regierungskoalition die Eindämmung der Staatsschulden in das Zentrum ihrer Haushaltspolitik geplausibel und nicht belegt ist. Das Zinsniveau wird zudem nicht nur durch die Verhältnisse am Kreditmarkt, sondern auch durch geldpolitische Maßnahmen beeinflußt.

h) Auch die monetaristische Variante der Verdrängungsthese ist nicht haltbar. Die Behauptung, steigende Staatsschulden verstärkten inflationäre Prozesse, ist nicht nachweisbar, denn Inflation ist kausal nicht auf Staatsverschuldung zurückzuführen. Dies wird beispielsweise dadurch deutlich, daß in der BRD im Jahr mit den höchsten Zuwächsen der Staatsverschuldung (1975) gleichzeitig die Preissteigerungsraten besonders niedrig waren. Die Inflation wird jedoch vorwiegend durch die Preissetzungsmacht marktbeherrschender Unternehmen verursacht. Zudem ist die Behauptung, bei kreditfinanzierten Staatsausgaben würden die privaten Investoren wegen dadurch ausgelöster, inflationärer Prozesse eine restriktive Antiinflationspolitik erwarten und daher nicht zusätzlich investieren, weder theoretisch nachweisbar noch empirisch zu belegen.

Angesichts gesamtwirtschaftlicher Nachfrageschwäche verdrängen kreditfinanzierte Staatsausgaben private Investitionen nicht, sondern stabilisieren diese über Verbesserung der Absatzbedingungen für die Produkte.

III. Alternativen zur Austeritätspolitik: Mobilisierung der Ressourcen durch mehr Nachfrage

Der von der Regierungskoalition erklärte Verzicht auf eine aktive Beschäftigungspolitik bei gleichzeitiger Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte zu Lasten der Sozial- und Infrastrukturleistungen muß prozyklisch wirken und die im Unternehmensbereich herrschende Tendenz zur Arbeitsplatzvernichtung verstärken. Beschäftigungspolitische Abstinenz nimmt steigende Arbeitslosigkeit in Kauf und verschärft die Rezession.

Eine Politik der antizyklischen Steuerung gegen die Abschwungskräfte muß zentral eine energische und kontrollierte Ausweitung der öffentlichen Ausgaben betreiben. Sie kann sich dabei auf Art. 109, Abs. 2 GG und auf § 11 StWG berufen, in denen die Berücksichtigung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bei der Gestaltung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern und die „Planung geeigneter Investitionen" bei gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten gefordert sind.

Unser Vorschlag zur vorwiegend finanzpolitischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthält ein *Sofortprogramm* und ein mittelfristiges *„Zukunftsprogramm für die 80er Jahre"*. Es wird ergänzt durch geldpolitische Vorschläge und Argumente für eine expansive Lohnpolitik sowie für Arbeitszeitverkürzungen.

1. Im Zentrum des Vorschlags: Ausweitung der Staatsausgaben

a) *Sofortprogramm.* Wir schlagen ein staatliches Sofortausgabenprogramm in Höhe von 20 Mrd. DM vor, mit dessen Umsetzung unverzüglich begonnen werden muß und kann. Aus der Abwicklung des „Zukunftsinvestitionsprogrammes" (ZIP) sind Projekte für beschäftigungswirksame und bedarfsorientierte Infrastrukturmaßnahmen bekannt, die wegen des Zuschnitts sowie der zeitlichen und rahmenspezifischen Beschränkungen nicht im Rahmen des ZIP abgewickelt werden konnten. Sie sollten den Kern des Sofortausgaben- Programmes bilden. Dabei handelt es sich insbesondere um:

– Beseitigung unfallträchtiger Bahnübergänge sowie von Unfallschwerpunkten im Bundesfernstraßennetz

– Ausbau der Fernwärmeversorgung sowie des Schallschutzes gegenüber Straße und Schiene

– Verbesserung der Müllentsorgung

– Bau von Jugendzentren und Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe

– Ausbau und Verbesserung der Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge sowie der Krankenhäuser.

b) *Haushaltsumschichtung.* Beschlossene Haushaltskürzungen, die der erforderlichen beschäftigungs- und versorgungspolitischen Ausrichtung der öffentlichen Finanzpolitik widersprechen, sind unverzüglich zurückzunehmen.

Dazu gehören zum einen die Beteiligung des Bundes an wichtigen Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsausgaben und im sozialen Wohnungsbau. Zum anderen fallen hierunter die beschlossenen Kürzungen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, sowie die Kürzung der Zuschüsse zur Rentenversicherung. Ausgaben in diesen Bereichen sind sowohl vergleichsweise arbeitsintensiv als auch von der Versorgungslage her geboten. Sie müssen daher nicht eingeschränkt, sondern ausgedehnt werden – auch zu Lasten solcher Subventionen und staatlicher Aufträge, die nur bestimmte Rentabilitätspositionen erhalten, ohne nachweisbare positive Beschäftigungswirkungen zu haben. Dabei dürfen auch die Rüstungsausgaben nicht ausgespart werden.

c) *Zukunftsprogramm für die 80er Jahre.* Damit ein kurzfristiges Verpuffen der Wirkungen aus dem Sofortprogramm verhindert werden kann, ist es in ein mittelfristiges ausgerichtetes, beschäftigungssicherndes und bedarfsorientiertes „Zukunftsprogramm für die 80er Jahre" einzubinden, für das ein ungefähres Volumen in Höhe von 200 Mrd. DM vorzusehen ist.

Neben dem Ziel der Schaffung stabiler, zukunftsorientierter Arbeitsplätze ist dieses Mittelfrist-Programm auf die Sicherung gesellschaftlichen Bedarfs, der zwar laufend zunimmt, aber bei gewinnwirtschaftlicher Produktion und entsprechender Verteilung verdrängt wird, auszurichten. Solche Felder bedarfsorientierter Produktion könnten – in Weiterentwicklung der ZIP – sein:

- Verbesserung der Verkehrssysteme
- rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung
- Entwicklung alternativer Energiequellen
- Verbesserung der Wohnverhältnisse und der Wohnumwelt
- Wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge (Sicherung des Trinkwassers, Sanierung der Stadtentwässerung, schadstoffentlastende Verarbeitung von Abwässern).

Darüber hinaus muß aber auch der fiskalische Spielraum für die Erfüllung unmittelbar staatlicher Dienste – wie soziale Versorgung, präventive Gesundheitspolitik, Therapiezentren, Bildung usw. – erweitert werden. Auf der einen Seite handelt es sich hierbei um arbeitsintensive Bereiche, auf der anderen Seite verbessern diese die sozialen Lebenschancen insbesondere unterer und mittlerer Einkommensschichten.

Aufgrund dieser Orientierung ergibt sich die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit der Kommunen, die mit ihrem Dienstleistungs- und Infrastrukturangebot erheblichen Einfluß auf die sozialökonomischen Lebensbedingungen haben, zu stärken. Dabei muß auch für eine breitere und intensivere politische Partizipation bei der Planung und Durchführung derartiger Projekte gesorgt werden.

d) *Auflagen.* Insbesondere die Erfahrung seit 1974 lehrt, daß die mit staatlichen Beschäftigungsprogrammen verbundenen Ziele vielfach nicht realisiert werden, weil die staatlichen Mittel entgegen ihrer beschäftigungspolitischen Zwecksetzung von den Unternehmen zur Finanzierung von Rationalisierungsinvestitionen benutzt werden. Im Gegensatz zum naiven Konzept keynesianischer Steuerung verhalten sich Unternehmen, die über monopolistische Gewinnverwendungs- und Preissetzungsmöglichkeiten verfügen, nicht so wie es den Zielen der Globalsteuerungspolitik entspricht. Die projektspezifische Vergabe staatlicher Mittel aus dem Zukunftsprogramm für die achtziger Jahre muß daher mit beschäftigungspolitischen Auflagen versehen, die Einhaltung dieser Auflagen sorgfältig kontrolliert werden. Dies gilt auch für die Preisbildung: Öffentliche Aufträge sollten – soweit sie an marktbeherrschende Unternehmen gehen – mit preispolitischen Auflagen versehen werden; andernfalls könnte das Preissetzungsverhalten marktbeherrschender Unternehmen dazu führen, daß auch in der Situation der Unterauslastung staatliche Nachfrageimpulse nur zu Preiserhöhungen genutzt werden.

e) *Finanzierung.* Die Finanzierung des „Zukunftsprogrammes für die 80er Jahre" kann und muß

vor allem über die öffentliche Beanspruchung von Kreditmitteln abgewickelt werden. Kreislaufökonomische Zusammenhänge sprechen für diese Finanzierungsart. Aufgrund der Tatsache, daß der Unternehmenssektor (ohne Wohnungswirtschaft) immer weniger die privaten Ersparnisse in nachfragewirksame Ausgaben transformiert, muß der Staat die gesamtwirtschaftliche Nachfragelücke auch mittelfristig kompensieren. Die produktive Zukunftsorientierung der Staatsausgaben läßt eine Finanzierung über Kreditmittel ebenfalls geboten erscheinen, weil es beim wirtschaftspolitischen Erfolg dieser Strategie zu Selbstfinanzierungseffekten der Staatsschulden kommt. Überdies muß darauf hingewiesen werden, daß die aus der Staatsverschuldung resultierenden Zinsbelastungen erheblich geringer als die aus fortdauernder Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenunterstützung, Produktionsausfall) entstehenden Verluste zu Buche schlagen. Durch kleinere Reformen der Plazierung öffentlicher Schulden lassen sich die Zinsbelastungen überdies vermindern.

2. *Unterstützende Maßnahmen*

Die Politik zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung über öffentliche Haushalte sollte durch folgende Maßnahmen ergänzt und unterstützt werden:

a) *Geldpolitik.* Statt weiter eine restriktive, vor allem steigende Arbeitslosigkeit bewirkende Geldpolitik zu praktizieren, sollte die Deutsche Bundesbank dafür sorgen, daß das Zukunftsprogramm finanziert werden kann. Der Gefahr eines hierdurch verursachten Inflationsanstiegs kann durch preispolitische Auflagen, die mit den Staatsaufträgen verbunden werden, wenigstens teilweise gegengesteuert werden.

Eine weitere unterstützende Maßnahme ist die Rücknahme der Hochzinspolitik, die die Investitionsbereitschaft der kleinen und mittleren Unternehmen lähmt.

b) *Lohnpolitik.* Angesichts der deutlichen Abschwächung der privaten Verbrauchernachfrage kommt einer aktiven Lohnpolitik eine entscheidende Rolle bei der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung zu. Lohnzurückhaltung, die die Mehrheit des Sachverständigenrates im diesjährigen Jahresgutachten verlangt, mindert Arbeitslosigkeit nicht, sondern verschärft sie. Denn die Lage der Wirtschaft ist nicht durch zu geringe Investitionen, sondern durch eine zu geringe Auslastung der durch Investitionen geschaffenen und überwiegend aus Gewinnen finanzierten Produktionskapazitäten geprägt. Lohnpolitische Zurückhaltung würde die Kapazitätsauslastung weiter vermindern und damit auch die Bereitschaft zu Erweiterungsinvestitionen hemmen. Eine aktive Lohnpolitik dagegen führt zu steigender Kapazitätsauslastung; sie ist damit ein wichtiger Schritt zur Auslösung weiterer Investitionen.

c) *Arbeitszeitverkürzungen.* Auch auf eine forcierte Politik der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kann mittelfristig als beschäftigungspolitische Strategie nicht verzichtet werden. Die steigende Produktivität läßt ein Wachstum des Angebots an Gütern und Dienstleistungen bei sinkendem Arbeitsvolumen zu. Damit diese Möglichkeiten nicht durch zunehmende Arbeitsplatzvernichtung zum Nachteil der Beschäftigten genutzt werden, sollte die Arbeitszeit in deutlichen Schritten verkürzt werden. Dabei ist zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards und der kaufkräftigen Nachfrage voller Lohn- und Gehaltsausgleich erforderlich.

Kontaktadresse: Rudolf Hickel, Universität Bremen, Postfach 330440, 2800 Bremen

---

Mitteilung des Verlages

Betr.: Treueangebot für „Blätter"-Abonnenten:

Falls Sie das in diesem Jahr mit getrennter Post verschickte Angebot „Treue-Rabatt" nicht erhalten haben, können Sie auch ohne Bestellformular bis spätestens 31. Dezember 1980 Bücher mit Rabatt beziehen (bitte möglichst Kundennummer angeben): Neuabonnenten und Jahresabonnenten erhalten 20 %, nach zweijährigen Abonnement gewähren wir 25 %, nach drei- und mehrjährigem Abonnement 30 % Rabatt. Fordern Sie bitte unser Gesamtverzeichnis an. Pahl-Rugenstein Verlag.